

Landtag Mecklenburg-Vorpommern

88. Sitzung 5. Wahlperiode

Donnerstag, 28. Januar 2010, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Präsidentin Sylvia Bretschneider, Vizepräsidentin Renate Holznagel, Vizepräsident Andreas Bluhm und Vizepräsident Hans Kreher

Inhalt	Ministerin Manuela Schwesig	10
	Irene Müller, DIE LINKE	12
	Ilka Lochner-Borst, CDU	13
Fragestunde - Drucksache 5/3207 4	Ralf Grabow, FDP	14
Stefan Köster, NPD	Stefan Köster, NPD	14
Ministerin Manuela Schwesig 4	Jörg Heydorn, SPD	15
Sebastian Ratjen, FDP	Beschluss	15
Minister Lorenz Caffier		
Michael Andrejewski, NPD		
Raimund Frank Borrmann, NPD 5, 6, 8, 10	Erweiterung der Tagesordnung gemäß § 74 GO LT	15
Tino Müller, NPD 5, 6, 7	Torsten Koplin, DIE LINKE	
Udo Pastörs, NPD 6, 7, 8	(zur Geschäftsordnung)	15
Ministerin Uta-Maria Kuder 6, 7	Heinz Müller, SPD	17
Minister Jürgen Seidel	(zur Geschäftsordnung) B e s c h l u s s	
Dr. Fritz Tack, DIE LINKE 8, 9	Desciiiuss	10
Minister Dr. Till Backhaus		
Sigrun Reese, FDP	Antrag der Fraktionen der CDU und SPD: Mehr Sicherheit in Bussen und Bahnen – Drucksache 5/3172 –	16
Erweiterung der Tagesordnung 10	Änderungsantrag der Fraktion der FDP – Drucksache 5/3221 –	16
	Egbert Liskow, CDU	16
	Minister Volker Schlotmann	17, 25
Gesetzentwurf der Landesregierung: Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Mitwirkung der Seniorinnen und Senioren am gesellschaftlichen Leben in Mecklenburg-Vorpommern (Senioren- mitwirkungsgesetz M-V – SenMitwG M-V)	Birgit Schwebs, DIE LINKE	18
	Jochen Schulte, SPD	20, 21, 22
	Peter Ritter, DIE LINKE	
	Michael Roolf, FDP	
(Erste Lesung) - Drucksache 5/3094 - 10	Udo Timm CDU	23

Birger Lüssow, NPD	. 25	Antrag der Fraktion der FDP:	
B e s c h l u s s	26	Expertenrunde zur Bahnkonversion einberufen – Drucksache 5/3099 –	69
		Hans Kreher, FDP	
Antrag der Fraktion DIE LINKE: Regierungserklärung zur Umsetzung		Minister Jürgen Seidel	
der Koalitionsvereinbarung bis zum		Peter Stein, CDU	
Ende der Legislaturperiode im Jahr 2011 – Drucksache 5/3186 –	27	Regine Lück, DIE LINKE	
Helmut Holter, DIE LINKE		Tino Müller, NPD	
Heinz Müller, SPD			
Michael Roolf, FDP			
Vincent Kokert, CDU		Antrag der Fraktion der NPD:	
Udo Pastörs, NPD		Gedenken an die Opfer der größten Katastrophe der deutschen	
Torsten Koplin, DIE LINKE		Seefahrtsgeschichte - Denkmal für	
Beschluss		die Toten der "Wilhelm Gustloff" – Drucksache 5/3177 –	74
D 0 3 0 11 1 4 3 3	10	Udo Pastörs, NPD	
		Dr. Norbert Nieszery, SPD	
Antrag der Fraktion der FDP:		Michael Andrejewski, NPD	
Unterstützende Hilfsangebote für Alleinerziehende vernetzen		Beschluss	
- Drucksache 5/3097			
Ralf Grabow, FDP 41	, 50		
Ministerin Manuela Schwesig	. 41	Antrag der Fraktion DIE LINKE: Hartz IV überwinden – grundlegende	
André Specht, CDU		Änderungen auf den Weg bringen	
Irene Müller, DIE LINKE	46	- Drucksache 5/3181	
Dr. Margret Seemann, SPD	48	Irene Müller, DIE LINKE	
Tino Müller, NPD		Jochen Schulte, SPD	
Beschluss	. 51	Ralf Grabow, FDP	
		Günter Rühs, CDU	
Antrag der Fraktion der NPD:		Michael Andrejewski, NPD	
Automatischer Datenabgleich bei		Regine Lück, DIE LINKE	
Empfängern von Arbeitslosengeld II – Drucksache 5/3175 –	. 51	Beschluss	88
Michael Andrejewski, NPD 51	, 54		
Reinhard Dankert, SPD	52	Antrag der Fraktion der NPD:	
Beschluss	54	Landesprogramm zur	
		Reintegration von Ausländern – Drucksache 5/3176 –	88
		Tino Müller, NPD	88, 91
Antrag der Fraktion DIE LINKE: Kreisgebietsreform verschieben und		Peter Stein, CDU	90
2014 mit den Kommunalwahlen umsetzen	F 4	Beschluss	92
- Drucksache 5/3180			
Peter Ritter, DIE LINKE			
Ministerpräsident Erwin Sellering		Antrag der Fraktion DIE LINKE: Bericht zur Umsetzung des Schulgesetze	es.
Heinz Müller, SPD 58, 65		- Drucksache 5/3182	92
Torston Donz, CDU		Änderungsantrag der Fraktion der FDP – Drucksache 5/3222 –	02
Torsten Renz, CDU		Andreas Bluhm, DIE LINKE	
Minister Lerenz Coffier		Mathias Brodkorb, SPD	
Minister Lorenz Caffier		Hans Kreher, FDP	
บ ธ ง c ii i u ง ง 08, 09,	122	Hallo Niellel, FDP	74, 103

Jörg Vierkant, CDU9) 5
Birger Lüssow, NPD9	95
Minister Henry Tesch9	8
Beschluss10	
Antrag der Fraktion der NPD: Einsetzung einer Enquete-Kommission "Drohende Vergreisung des Landes Mecklenburg-Vorpommern und nachhaltige Gegenstrategien" – Drucksache 5/3178 –)5
Stefan Köster, NPD 105, 10)6
Torsten Koplin, DIE LINKE 106, 10)7
Beschluss 11	10
Antrag der Fraktion DIE LINKE: Eckwerte der Hochschulentwicklung des Landes Mecklenburg-Vorpommern – Drucksache 5/3184 –	10
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE 110, 11	12
Minister Henry Tesch 11	11
Mathias Brodkorb, SPD 11	11
Hans Kreher, FDP11	12
Ilka Lochner-Borst, CDU11	12
Beschluss	13
Antrag der Fraktion DIE LINKE: Stärkung der Unabhängigkeit der Gerichte – Drucksache 5/3185 –	13
Barbara Borchardt, DIE LINKE 113, 11	19
Ministerin Uta-Maria Kuder 11	14
Reinhard Dankert, SPD11	15
Gino Leonhard, FDP11	16
Dr. Armin Jäger, CDU11	17
Michael Andrejewski, NPD11	19
B e s c h l u s s	20
Nächste Sitzung Mittwoch, 10. März 2010	21

Beginn: 9.04 Uhr

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 88. Sitzung des Landtages. Die Sitzung ist eröffnet. Die Tagesordnung der heutigen Sitzung liegt Ihnen vor. Wir setzen unsere Beratungen vereinbarungsgemäß fort. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 17**: Fragestunde. Die Fragen an die Landesregierung liegen Ihnen auf Drucksache 5/3207 vor.

Fragestunde

- Drucksache 5/3207 -

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte noch einmal daran erinnern, bevor wir mit der Fragestunde beginnen, dass das Verlesen von Vortexten zu den Fragen nicht zulässig ist. Ebenfalls möchte ich noch mal daran erinnern, dass der Ältestenrat sich darauf verständigt hat, die Reihenfolge der einzelnen Ressorts flexibler zu gestalten, damit nicht immer die gleichen Ressorts davon betroffen würden, wenn entsprechende Fragen aufgrund der Zeitabläufe nicht mehr in der Fragestunde beantwortet werden können.

Ich rufe jetzt auf den Geschäftsbereich der Ministerin für Soziales und Gesundheit. Hierzu bitte ich zunächst den Abgeordneten Stefan Köster, Fraktion der NPD, die Frage 1 zu stellen.

Stefan Köster, NPD: Frau Ministerin!

1. Welche konkreten Ergebnisse wurden bislang hinsichtlich der im Sommer 2008 von den Ländern Berlin, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern geforderten Überarbeitung der Bedarfsplanungs-Richtlinie zur Feststellung von Über- und Unterversorgung in der vertragsärztlichen Versorgung unter Berücksichtigung des kleinräumigen Bedarfs sowie soziodemografischer und sozioökonomischer Daten erreicht?

Ministerin Manuela Schwesig: Herr Abgeordneter, für die Bedarfsplanungsrichtlinie ist der gemeinsame Bundesausschuss nach dem Fünften Buch Sozialgesetzbuch zuständig. Er hat zur Überarbeitung der Richtlinie einen Unterausschuss eingerichtet, der nicht öffentlich arbeitet. Erkenntnisse zum Ergebnis seiner Arbeit liegen noch nicht vor.

Stefan Köster, NPD: Danke.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank.

Ich rufe jetzt auf den Geschäftsbereich des Innenministers und hierzu bitte ich den Abgeordneten Sebastian Ratjen, Fraktion der FDP, die **Frage 2** zu stellen.

Sebastian Ratjen, FDP: Morgen!

Minister Lorenz Caffier: Morgen, Morgen!

Sebastian Ratjen, FDP: Herr Minister!

7. Zu welchem Ergebnis kam das Justizministerium bei seiner Untersuchung über die im Verhältnis zu den alten Bundesländern höheren Kostenrisiken aufgrund des alten Staatshaftungsrechtes der DDR?

Minister Lorenz Caffier: Ich bin aber nicht das Justizministerium, Herr Ratjen.

Sebastian Ratjen, FDP: Verzeihung, dann habe ich das falsch gedruckt bekommen.

2. Falls das mittlerweile höhere Risiko auf die mangelhaft von der Kommunalaufsicht begleiteten Cross-Border-Leasing-Verträge auf kommunaler Ebene zurückzuführen ist, welche notwendigen Verbesserungen hat die Landesregierung ergriffen oder geplant, um so etwas zukünftig nicht mehr stattfinden zu lassen?

Minister Lorenz Caffier: Herr Abgeordneter Ratjen, eine mangelhafte Beratung der Kommunalaufsicht im Zusammenhang mit Cross-Border-Leasing-Verträgen im kommunalen Raum ist nicht ersichtlich. Die in der Fragestellung enthaltene Unterstellung muss ich erst mal grundsätzlich zurückweisen, auch im Rahmen der kommunalen Aufsicht der jeweiligen Gebietskörperschaften inklusive des Landes.

Im Übrigen sei darauf hingewiesen, dass aufgrund der Veränderung der steuerlichen Vorteilhaftigkeit in der Gesetzeslage der USA seit 2004 keine Cross-Border-Leasing-Verträge mehr abgeschlossen worden sind, soweit – das sage ich einschränkenderweise – uns das bekannt ist, weil von den Kommunen keine Meldepflicht darüber besteht. Wir sind aber alle noch mal ausdrücklich darauf hingewiesen worden, welche Risiken im Zusammenhang mit Cross-Border-Leasing-Verträgen auf die Kommunen gegebenenfalls zukommen könnten.

Sebastian Ratjen, FDP: Zusatzfrage: Wie erklären Sie sich, dass nach Aussage eines Mitglieds des Landesverwaltungsgerichtes Greifswald das Kostenrisiko vor der Möglichkeit von Cross-Border-Leasing-Verträgen aus dem Staatshaftungsrecht der DDR, was bis vor Kurzem bestand, als unwesentlich höher als in den westdeutschen Bundesländern eingeschätzt wurde und erst im Zusammenhang mit den Cross-Border-Leasing-Verträgen als wesentlich höher eingeschätzt wurde?

Minister Lorenz Caffier: Das ist die Aussage eines Mitgliedes des Landesverwaltungsgerichtes. Es obliegt mir nicht, die Aussage zu bewerten. Das ist eine rein juristische Betrachtung, zu der es, wie es im Leben immer bei mehreren Juristen ist, auch unterschiedliche Auffassungen gibt.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank.

Ich bitte jetzt den Abgeordneten Michael Andrejewski, Fraktion der NPD, die **Fragen 3 und 4** zu stellen.

Michael Andrejewski, NPD: Herr Minister!

- 3. Welche Areale in Mecklenburg-Vorpommern sind noch mit Munition kontaminiert?
- 4. Welche Perspektiven bestehen für eine Komplettberäumung?

Minister Lorenz Caffier: Ja, vielen Dank.

Herr Abgeordneter Andrejewski, nach momentanem Erkenntnisstand ist noch eine Gesamtfläche von 147.342 Hektar mit Munition kontaminiert. Diese Fläche setzt sich zusammen aus circa 82.906 Hektar Landesfläche sowie aus 64.436 Hektar im Bereich der Ostsee. Durch die Verbesserung der Luftbildauswertung sowie die Soforteinsätze werden ständig neue Erkenntnisstände über den Belastungsgrad der Kontaminierung mit Munition gewonnen.

Zu den Fragen der Perspektive der Entsorgung kann ich derzeit nur ausführen, dass wir davon ausgehen, dass

die Beräumung noch Jahre in Anspruch nehmen wird. Ein abschließender Zeitpunkt, wann alle kontaminierten Flächen beräumt worden sind, lässt sich derzeit nicht festlegen. Im Gegenteil, ich gehe davon aus, dass noch die eine oder andere Fläche durch neue Erkenntnisse dazukommt.

Im Übrigen ist es ja bekanntermaßen auch eine nicht ganz abgeschlossene Auseinandersetzung zwischen Bund und Ländern, was insbesondere den Bereich der Ostsee betrifft – nicht den Bereich der Landflächen, sondern den Bereich der Ostsee, auch aufgrund alleine der technischen Voraussetzungen. Das schließt nicht aus, dass alles, was im Rahmen von Soforteinsätzen notwendig ist, auch ohne Diskussion einfach durchgeführt wird.

Michael Andrejewski, NPD: Okay. Vielen Dank.

Raimund Frank Borrmann, NPD: Eine Zusatzfrage.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Moment, Herr Abgeordneter.

(Udo Pastörs, NPD: Die macht wieder Zirkus, die Dame.)

Herr Abgeordneter Pastörs, ich erteile Ihnen einen Ordnungsruf für Ihre Bemerkung.

(Harry Glawe, CDU: Genau, er muss zum Arzt. Borrmann macht weiter.)

Herr Abgeordneter Borrmann von der NPD möchte eine Zusatzfrage stellen zu dem Ausgeführten. Bitte schön.

Raimund Frank Borrmann, NPD: Herr Minister, haben Sie Kenntnis, aus welcher Zeit diese Munition stammt, Zweiter Weltkrieg oder Sowjetarmee? In welchem Umfang etwa?

Minister Lorenz Caffier: Man kann davon ausgehen, dass circa 80 Prozent, wenn nicht gar bis zu 90 Prozent im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg stehen, nicht ausschließlich Bestände, die aus der Wehrmacht existieren, sondern auch Entsorgungsobjekte et cetera, die zum Ende des Weltkrieges insbesondere im Bereich Ostsee entsorgt worden sind, circa 10 Prozent noch im Bereich des Ersten Weltkrieges. Das andere ist gegebenenfalls aus anderen Zeiten, aber das ist mehr eine hypothetische Behauptung. Der überwiegende Teil ist Bestandteil des Zweiten Weltkrieges.

Raimund Frank Borrmann, NPD: Danke.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Ich bitte jetzt den Abgeordneten Tino Müller, Fraktion der NPD, die **Frage 5** zu stellen.

Tino Müller, NPD: Herr Minister!

5. Wie bewertet die Landesregierung die öffentlich getätigte Aussage des Polizeisprechers der Polizeidirektion Anklam, dass der Brandanschlag auf zwei Greifswalder Polizeibeamte am 17.01.2010 Ähnlichkeiten mit Ausschreitungen während des G8-Gipfels in Heiligendamm vorweist?

Minister Lorenz Caffier: Herr Abgeordneter Müller, sowohl in Rostock angesichts des G8-Gipfels als auch aus Anlass des Überfalls vor wenigen Tagen in Greifswald wurden Polizeibeamte Opfer besonders gewalttätiger Attacken. Ich erinnere mich leider noch gut daran, dass es auch Streifenwagenbesatzungen in Teterow und in Löcknitz gab, die von Gewalttätern mit extremis-

tischer Nähe, hier im Sinne der rechtsextremen Lager, angegriffen wurden. Wann immer Polizeibeamte das Ziel von feigen, hinterhältigen, brutalen Straftaten sind, kann ich weit mehr als nur Ähnlichkeiten bei der Ausführung oder den offenbar niedrigen Beweggründen der Taten erkennen. Weder Proteste gegen einen G8-Gipfel noch persönliche Frustration rechtfertigen in irgendeiner Art und Weise Gewalt oder das Begehen von Straftaten.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU)

Da spielt es schon gar keine Rolle, von welchen extremistischen Lagern die Straftat ausgeht und welchem die Täter angehören. Für einen anständigen Demokraten darf es überhaupt keine Rolle spielen, aus welchen Anlässen solche Taten geschehen.

(Udo Pastörs, NPD: Absolut richtig.)

Hier sind alle demokratischen Kräfte aufgefordert, sich energisch dagegenzustellen und den Beamten in der Ausübung ihrer schweren Aufgabe Rückhalt zu geben.

Die Landesregierung und ich als Innenminister werden dieses Thema weiterhin außerordentlich ernst nehmen. Ich versichere Ihnen und allen meinen Mitarbeitern bei der Polizei, wir werden alles dafür tun, um die Beamten noch besser zu schützen. Darum unterstütze ich eindeutig die Initiative von Bundesinnenminister Thomas de Maizière, das Strafmaß für Straftaten gegen Vollzugsbeamte zu erhöhen, um hier ein härteres Strafmaß anwenden zu können, als das offensichtlich im jetzigen Fall der Fall ist.

Sie wissen, dass man geflissentlich sagt: Das Beschädigen eines Polizeifahrzeuges wird stärker bestraft als die Verletzung eines Beamten. Ich glaube, hier ist auch die Gesellschaft gefordert, klar Flagge zu zeigen. Deswegen die Unterstützung meinerseits, auch der Landesregierung, was die Frage eines härteren Vorgehens gegen solche Straftaten aus extremistischen Lagern betrifft.

Tino Müller, NPD: Zusatzfrage: Ist der Landesregierung bekannt, dass sich unmittelbar am Anschlagsort ein Wohnkomplex befindet, welcher größtenteils von Mitgliedern der linksextremen Szene Greifswalds und Nichtdeutschen genutzt wird?

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU)

Minister Lorenz Caffier: Herr Abgeordneter Müller, ich habe diese Frage schon vor Kurzem im Innenausschuss ähnlich gestellt bekommen. Ich habe dazu ausgeführt, dass der Polizei – und mehr kann ich derzeit nicht ausführen, weil es staatsanwaltschaftliche Ermittlungen gibt – derzeit keine Erkenntnisse vorliegen, dass die Straftat in Greifswald, auf die Sie sich jetzt beziehen, einer extremistischen Gruppierung – egal, ob das jetzt Rechts oder Links oder Sonstiges wäre – zuzuordnen ist, die einen festen politischen Bezug hat, sprich, politisch motivierte Kriminalstraftat.

Der Polizei und auch dem Innenminister ist bekannt, in welchem Umfeld die Straftat begangen worden ist. Aber es ist im Land Mecklenburg-Vorpommern nicht neu, dass wir an einer Stätte unterschiedliche Wohngebiete haben, und dementsprechend kann ich auch nicht den unterschwelligen Vorwurf bestätigen, der hier angewendet wird, dass es in einer Wohngegend ist oder dass es innerhalb eines Szenetreffens ist, wo die Straftat begangen worden ist.

Wie gesagt, ich weise noch mal darauf hin, dass es derzeit staatsanwaltschaftliche Ermittlungen gibt und ich aus dem Grunde keine weiteren Ausführungen zum derzeitigen Ermittlungsstand geben darf.

Tino Müller, NPD: Eine Zusatzfrage hätte ich trotzdem noch: Es wurden also keine Ermittlungen in der linke Szene direkt geführt?

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Hör doch zu! – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Minister Lorenz Caffier: Herr Abgeordneter Müller, ich habe, glaube ich, ausgeführt, dass die Polizei in alle Richtungen ermittelt. Das ist Bestand der Arbeit der Polizei auch im Rahmen der staatsanwaltschaftlichen Untersuchungen. Dazu zählen alle Lager, alle Gebiete.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Es gibt eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Borrmann, Fraktion der NPD.

Raimund Frank Borrmann, NPD: Herr Minister, Sie sprachen von anständigen Demokraten. Wie definieren Sie "unanständige Demokraten"?

(Zurufe aus dem Plenum: Oooh! – Ilka-Lochner-Borst, CDU: Setzen, Sechs! – Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Abgeordneter, diese Frage lasse ich so nicht zu.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Raimund Frank Borrmann, NPD: Gut.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Eine weitere Zusatzfrage. Bitte schön, Herr Pastörs.

Udo Pastörs, NPD: Herr Minister, uns liegen Informationen vor, dass zumindest einer der mutmaßlichen Täter ein Passdeutscher sei mit Migrationshintergrund. Können Sie das bestätigen?

Minister Lorenz Caffier: Herr Abgeordneter Pastörs, in der Fragestunde bestätige ich gar nichts, was den derzeitigen Stand von Ermittlungen in irgendeiner Frage gefährden könnte oder mir zum Vorwurf gemacht würde. Ich habe Ihnen das schon mal im Innenausschuss gesagt, ...

Udo Pastörs, NPD: Das gefährdet nichts!

Minister Lorenz Caffier: ... was die Frage betrifft. Und insofern werde ich zu dieser Frage keine weiteren Äußerungen machen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, richtig, Herr Minister.)

Udo Pastörs, NPD: Das ist auch eine Antwort, danke schön.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Abgeordneter Pastörs, ich erteile Ihnen einen weiteren Ordnungsruf, weil Sie in Ihrer Frageformulierung eine diskriminierende Äußerung vorgenommen haben. Wir sortieren, soweit ich weiß, in Deutschland die Menschen, die eine deutsche Staatsbürgerschaft haben, nicht danach ein, ob sie einen Pass haben oder nicht, sondern wer einen Pass hat, ist Deutscher. Darauf wollte ich nur noch mal aufmerksam machen.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Ich bitte nun den Abgeordneten Udo Pastörs, die Frage 6 zu stellen.

Udo Pastörs, NPD: Herr Minister!

6. Welche Haltung nimmt die Landesregierung zu dem Vorwurf der Polizeigewerkschaft ein, dass aus Kostengründen Mietverträge mit Sporthallen, Sportplätzen und Schwimmhallen gekündigt wurden, wodurch der Dienstsport der Landespolizei vielfach unmöglich gemacht wurde?

Minister Lorenz Caffier: Herr Abgeordneter Pastörs, mit der Haushaltsanmeldung 2010/2011 sind durch die Behörden eine Reihe von Anmietungen, unter anderem auch für Sporthallen, Sportplätze und Schwimmhallen, für den Dienstsport angemeldet worden. Der Landesregierung sind zurzeit keine Kündigungen zu den Sporteinrichtungen bekannt. Bei der Haushaltsanmeldung 2010/2011 selbst sind keine wesentlichen Veränderungen für die Anmietung der Sporteinrichtungen gegenüber dem Vorjahr ersichtlich.

Gleichzeitig verbessern sich die materiellen Bedingungen dadurch, dass wir eine Reihe von Sporteinrichtungen, wie beispielsweise in Güstrow die Sporthalle der Fachhochschule für Polizei und Verwaltung neu in Betrieb genommen haben, die selbstverständlich auch für den Dienstsport und nicht nur für die Ausbildung zur Verfügung gestellt wird. Ich selbst bin derzeit in Gesprächen, dass weitere Hallen, die insbesondere mit Mitteln des Landes zu großen Teilen mit errichtet werden, auch in einem gewissen Grad in bestimmten Gegenden für den Dienstsport mit zur Verfügung gestellt werden können, wo noch nicht ausreichende Räumlichkeiten vorhanden sind.

Udo Pastörs, NPD: Danke schön.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Minister.

Der guten Ordnung halber, Herr Fraktionsvorsitzender Pastörs, mache ich Sie darauf aufmerksam, dass ich Ihnen gemäß unserer Geschäftsordnung den zweiten Ordnungsruf erteilt habe und gemäß Paragraf 98 bei einem weiteren Ordnungsruf Ihnen das Wort für die heutige Sitzung entzogen wird.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Ich rufe auf den Geschäftsbereich der Justizministerin. Hierzu bitte ich den Abgeordneten Sebastian Ratjen, Fraktion der FDP, die **Frage 7** zu stellen.

Sebastian Ratjen, FDP: Morgen, Frau Ministerin!

7. Zu welchem Ergebnis kam das Justizministerium bei seiner Untersuchung über die im Verhältnis zu den alten Bundesländern höheren Kostenrisiken aufgrund des alten Staatshaftungsrechtes der DDR?

Ministerin Uta-Maria Kuder: Herr Abgeordneter Ratjen, das Justizministerium hat hierzu keine Untersuchungen durchgeführt und insofern kann ich Ihnen auch keine Ergebnisse vorlegen.

Sebastian Ratjen, FDP: Zusatzfrage: Es hat in keinster Weise irgendwann mal irgendwelche, auch inoffizielle Abgleiche gegeben oder eventuelle Schätzungen?

Ministerin Uta-Maria Kuder: Ich weiß nicht, ob einzelne Personen, die irgendwo in der Justiz arbeiten, mal irgendwas abgeschätzt haben. Offizielle Untersuchungen hierzu gibt es nicht und die sind letztlich auch sehr schwer durchzuführen. Sie müssen sich vorstellen, man hätte Abgleiche machen müssen zwischen dem, was damals war, und dem, was hätte sein können. Das heißt, man hätte jede Akte, die sich irgendwie mit Amtshaftungsansprüchen/Staatshaftungsansprüchen befasst, nehmen müssen und nach dem alten und nach dem neuen Recht untersuchen müssen. Das ist ein Aufwand, der einfach nicht zu leisten ist.

Sebastian Ratjen, FDP: Danke.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Herr Ratjen hatte wohl andere Informationen.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Ich bitte jetzt den Abgeordneten Stefan Köster, Fraktion der NPD, die **Frage 8** zu stellen.

Stefan Köster, NPD: Frau Ministerin!

8. Wie ist der Stand bei der Umsetzung des vom Justiz- und vom Innenministerium geplanten Erlasses zur Einrichtung einer Datei namens "Fokus", in welcher Straftäter, die wegen besonders schweren Taten wie Mord, Totschlag oder Vergewaltigung inhaftiert waren, erfasst werden sollen?

Ministerin Uta-Maria Kuder: Herr Abgeordneter, die Verwaltungsvorschrift, betreffend das Überwachungskonzept für besonders rückfallgefährdete Sexual- und Gewaltstraftäter in Mecklenburg-Vorpommern "Fokus", wird Anfang April 2010 in Kraft treten.

Stefan Köster, NPD: Eine Zusatzfrage: Welche Behörden sollen Zugriff zu dieser Datei erhalten?

Ministerin Uta-Maria Kuder: Herr Abgeordneter, das ist keine Datei im klassischen Sinne, sondern es ist ein Konzept, wie Polizei und Justiz eng zusammenarbeiten, um das Rückfallrisiko zu reduzieren, und keine Datei, zu der irgendjemand Rückgriffe haben könnte außer Polizei und Justiz, soweit man das Einstellen von Weisungen und Führungsaufsichtsbeschluss in die Datei INPOL als Datei bezeichnen will.

Stefan Köster, NPD: Eine weitere Zusatzfrage: Für welchen Zeitraum sollen die Haftentlassenen in dieser Datei gespeichert werden?

Ministerin Uta-Maria Kuder: "Fokus" sieht vor, dass die Überwachung für die Zeit der Führungsaufsicht gilt. Die Zeit der Führungsaufsicht ist zwischen zwei und fünf Jahren angelegt und für Sexualstraftäter kann sie auch unbefristet laufen.

Stefan Köster, NPD: Danke.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Ministerin.

Ich rufe auf den Geschäftsbereich des Ministers für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus und hierzu bitte ich den Abgeordneten Tino Müller, Fraktion der NPD, die **Frage 9** zu stellen.

Tino Müller, NPD: Herr Minister!

9. Wie viele Verwaltungsangestellte des Landesförderinstituts werden zur Bearbeitung von EU-Fördermitteln für deutsch-polnische Projekte im Gemeinsamen Technischen Sekretariat in Löcknitz beschäftigt? Minister Jürgen Seidel: Herr Abgeordneter, die Aufgabe der Bewilligung von Fördermitteln ist als hoheitliche Aufgabe dem Landesförderinstitut in Schwerin zugeordnet und nicht der Außenstelle des Gemeinsamen Technischen Sekretariats in Löcknitz. Im Landesförderinstitut in Schwerin werden momentan vier Mitarbeiter mit diesem Aufgabenbereich betraut, sind dort eingesetzt.

Tino Müller, NPD: Werden diese Mitarbeiter vom Land finanziert?

Minister Jürgen Seidel: Es gibt einen Vertrag des Landes mit dem Landesförderinstitut über die Erbringung der Leistungen. Darin spielt natürlich auch die Leistung der Mitarbeiter die entsprechende Rolle, das ist klar.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Ich bitte nun den Abgeordneten Udo Pastörs, Fraktion der NPD, die **Frage 10** zu stellen.

Udo Pastörs, NPD: Herr Minister!

10. In welcher Weise war die Landesregierung in die Verkaufsverhandlung zwischen dem Insolvenzverwalter der ehemaligen Wadan-Werften, Marc Odebrecht, und der Rostocker Reederei Laeisz involviert?

Minister Jürgen Seidel: Herr Abgeordneter, die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern war über die Verhandlungen oder, besser gesagt, in die Verhandlungen zwischen der Insolvenzverwaltung der ehemaligen Wadan-Werften und der Reederei Laeisz durch ihre Mitgliedschaft im Gläubigerausschuss der Wadan-Yards MTW Wismar, der Wadan-Yards Warnow Rostock involviert. Dort ist über die Preisverhandlungen und über die Auftragsabarbeitung, insbesondere der Baunummer 163, der Reederei Laeisz berichtet worden. Die Möglichkeiten und Risiken einer Fortführung des Vertrages zur Baunummer 163 wurden in der dritten Gläubigerausschusssitzung der Wadan-Yards Wismar und der Wadan-Yards Warnow GmbH Rostock sowie der zweiten Gläubigerversammlung der Wadan-Yards Real Estate GmbH vom 27.10. ausführlich diskutiert.

Aufgrund von wirtschaftlichen und finanziellen Erwägungen sowie unter Abwägung der prozessualen Risiken wurde durch die den Massekredit gewährenden Banken und durch den Insolvenzverwalter entschieden, die Abnahme von Laeisz II nicht im Prozessweg einzuklagen und somit demzufolge sich dann auf den Verkauf des ersten Schiffes zu konzentrieren.

Udo Pastörs, NPD: Zusatzfrage: Was führte konkret vom Wirtschaftsministerium aus dazu, dass Sie diesen Vorschlag mittragen konnten?

Minister Jürgen Seidel: Es ist eine Abwägung, insbesondere eine juristische Abwägung, inwieweit man Erfolgschancen sieht, da zumindest klar durch den Reeder die Absicht bekundet wurde, das zweite Schiff nicht zu bauen, welche Möglichkeiten man hier sieht. Diese Abwägung ist erfolgt und insofern haben wir dann diese Abwägung auch so mitgetragen.

Udo Pastörs, NPD: Zusatzfrage: Was war konkret der Anlass – ich frage noch mal nach –, hier das mitzutragen?

Minister Jürgen Seidel: Ja, das habe ich aber gerade eben ausgeführt, dass es in erster Linie eine juristische Abwägung ist, inwieweit der Vertrag es hergibt oder, sagen wir mal, inwieweit man erwarten kann, dass man im Gerichtswege dort gewinnt. Die Chancen wurden als sehr gering eingeschätzt. Insofern ist die Entscheidung des Insolvenzverwalters dann durch den Gläubigerausschuss insgesamt mitgetragen worden.

Udo Pastörs, NPD: Danke schön.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Herrn Borrmann, Fraktion der NPD.

Raimund Frank Borrmann, NPD: Herr Minister, welche rechtlichen Möglichkeiten gab es überhaupt, die Interessen des Landes in diesen Verhandlungen ausreichend wahrzunehmen?

Minister Jürgen Seidel: Ja, das habe ich, glaube ich, auch eben ausgeführt, ich bitte wirklich, ein bisschen darauf zu hören, dass im Rahmen der Tätigkeit der – es gibt dort ja mehrere – Gläubigerausschüsse das Land seine Interessen wahrnimmt. Dies ist geschehen und das Ergebnis ist Ihnen bekannt.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Minister.

Ich rufe auf den Geschäftsbereich des Ministers für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz. Hierzu bitte ich den Abgeordneten Professor Dr. Fritz Tack, Fraktion DIE LINKE, die **Fragen 11 und 12** zu stellen.

Dr. Fritz Tack, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Herr Minister!

11. Wie schätzt die Landesregierung die gegenwärtige Situation der Absicherung der Lehrtätigkeit an der Fachschule für Agrarwirtschaft in Güstrow-Bockhorst ein?

Minister Dr. Till Backhaus: Ja, vielen Dank.

Sehr geehrter Herr Professor Tack, ich glaube, wir sind uns einig, dass das grüne Ausbildungszentrum am Standort in Güstrow eine wirklich hervorragende Arbeit leistet. Ich glaube, dass die Zusammenarbeit mit dem Landkreis Güstrow an diesem Standort, mit der Berufsschule, aber auch der Fachschule eine sehr gute Symbiose darstellt. Im Übrigen finde ich es bemerkenswert, dass die Nachfrage nach Fortbildungsmaßnahmen am Standort Güstrow immer größer wird. Das heißt, das Angebot muss wohl ganz gut sein.

Herr Ringguth, haben Sie das eben mitbekommen? Ich glaube, es handelt sich hier um Ihren Wahlkreis.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Alles klar, Herr Dr. Backhaus, ich habe nichts mitbekommen, wir haben über andere Sachen geredet.)

Ich meine das nicht böse.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Gut.)

Wenn wir uns das im Zusammenhang mit den Ausbildungszahlen an der Fachschule in Güstrow anschauen, dann haben wir immerhin rund 200 Fachschüler im Jahre 2007 ausgebildet und im Jahr 2009 waren es 267. Das zeigt einerseits, dass wir eine sehr hohe Vermittlungsquote haben, gleichzeitig macht es aber auch deutlich, dass das Lehrerpersonal dort natürlich hoch angespannt arbeiten muss. Ich weiß, dass Sie das ja auch aus den Medien entnommen haben.

Bereits im Jahr 2004 haben wir mit dem Bildungsministerium die Neuordnung der Fachschulen in Mecklenburg-

Vorpommern durchgeführt. Aus den bis dahin bestehenden zwei Fachschulen für Landwirtschaft entstand eine Fachschule für Agrarwirtschaft, die den Namen Johann Heinrich von Thünen trägt, an der Sie ja selber der Vorsitzende sind. Das war mir auch eine Herzenssache. Die Personalentwicklung der Fachschule trägt sich somit auch mit dem Lehrerpersonalkonzept und da ist diese Schule selbstverständlich mit eingebettet.

Ausgehend von den Prognosen, die aus dem Bildungsministerium kommen zu den Schulabgängern und den sich daraus ableitenden Entwicklungen der Ausbildungsverhältnisse im Berufsbild der Agrar- und der Hauswirtschaft sowie unter Betrachtung der Aufgaben der Fachschule wurde die Personalplanung angepasst. Damit kann ich deutlich machen, dass wir dort – insbesondere was die landwirtschaftliche Fachschulausbildung und die Vorbereitung auf die Meisterausbildung für Berufe der Landwirtschaft, des Gartenbaus, der Hauswirtschaft und die Fachkraft für Agrarservice betrifft – insgesamt 400 Schüler beschulen.

Die Weiterbildungsmaßnahmen für die Beschäftigten der Agrarwirtschaft, Kurse zur Melkerausbildung, Klauenpflege, auf dem Gebiet der Datenverarbeitung und des Gartenbaus, aber auch die Fortbildung der Forstleute, das wissen Sie, sind mittlerweile an diesem Standort gebündelt, sodass wir – und ich finde, das ist eine interessante Zahl – bei der Ausbildungsberatung circa 1.600 Ausbildungsverhältnisse und etwa 650 Ausbildungsbetriebe als solches mit dieser Schule begleiten. Ebenso findet die überbetriebliche Ausbildung in den Bereichen Gartenbau und Fortwirtschaft statt.

Jetzt komme ich konkret zu den Lehrerstellen: Wir haben in der Fachschule 18 Lehrerstellen, vier Ausbildungsberaterstellen und vier Praxislehrer für den Gartenbau und für die Forstwirtschaft.

Aktuell, darf ich damit sagen, ist es so, dass die Fachschul- und Meisterausbildung auf einem hohen Niveau stattfinden und die Personalausstattung ständig geprüft und aktualisiert wird. Bisher wurden alle für die Fortbildung im Bereich der Agrar- und Hauswirtschaft notwendigen Lehrerstellen im geeigneten Bewerberverfahren besetzt. Die Ausbildung an der Fachhochschule oder an der Fachschule Güstrow-Bockhorst ist zu jeder Zeit qualitativ und quantitativ gesichert.

Dr. Fritz Tack, DIE LINKE: Ich habe eine Zusatzfrage: Gibt es hinsichtlich der Qualität Vergleiche mit anderen Bundesländern für diesen Bereich?

Minister Dr. Till Backhaus: Es gibt diese Vergleiche. Wir haben ja auch in der norddeutschen Kooperation insbesondere mit Iden, das werden Sie kennen, mittlerweile eine Querverbindung im Gartenbau, wo wir die Aus-, Fort- und Weiterbildung, aber auch die Beratung koordinieren. Mir wird immer wieder gesagt, dass die Absolventinnen und Absolventen, die aus Güstrow kommen, in der Praxis tatsächlich sehr, sehr nachgefragt sind.

Insofern gehe ich davon aus, dass die Ausbildung dort wirklich positiv läuft. Wir sollten Frau Dr. Spangenberg, ich will den Namen hier ausdrücklich einmal sagen, wirklich für diese Arbeit, die sie dort leistet, danken.

Dr. Fritz Tack, DIE LINKE: Zweite Frage:

12. Welche Maßnahmen für die quantitative und qualitative Absicherung der Ausbildung an dieser Bildungseinrichtung sieht die Landesregierung vor?

Minister Dr. Till Backhaus: Ich komme ein Stückchen auf das zurück, was ja eben in dieser Frage angeklungen ist. Selbstverständlich prüfen wir, ob und inwieweit das Personal ausreichend und verfügbar ist. Es wird auch auf die kommenden Fortbildungsbedarfe angepasst. Unser Haus hat natürlich die Fach- und die Dienstaufsicht über die Fachschulen und sichert somit eine hohe Qualität für die Fortbildung durch ein gut ausgebildetes Lehrerpersonal.

Die Absicherung der Ausbildung wird in unterschiedlicher Weise vorgenommen. Entscheidend ist neben der Ausstattung natürlich auch die innere Organisation der Fachschule. Die Struktur der Ausbildungsberatung muss den Anforderungen an die heutige Zeit genügen. Ich glaube, darauf haben wir uns auch eingestellt.

Ich denke, diejenigen, die da gewesen sind, haben gesehen, was dort in den letzten Jahren an Investitionen geleistet wurde. Es sind fast 30 Millionen Euro, die in diesen Standort hineingeflossen sind. Ich glaube auch, dass das Zusammenführen von Ausbildungsinhalten, beispielsweise bei der Meisterausbildung, zu einer weiteren Synergie führt, die auch für die Berufsbildung und die Ausbildung in Richtung Ökonomie an der Fachschule beiträgt.

Eine gezielte fachliche und pädagogische Weiterbildung der Lehrkräfte trägt im Übrigen zur Qualität bei, aber auch das läuft. Dabei besteht eine enge Zusammenarbeit zwischen der Landesforschungsanstalt – wer die Veranstaltung dort wahrnimmt, der weiß das auch – und der LMS, sodass der Schwerpunkt insbesondere auf eine praxisnahe Ausbildung ausgerichtet ist. Für die Durchführung der Bildungsangebote werden auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von den landeseigenen Einrichtungen wie dem Landesamt für Landwirtschaft, Lebensmittelsicherheit und Fischerei, der LMS, der Landesforschungsanstalt, aber auch der Landesforstanstalt mit einbezogen.

Die Referendarausbildung, womit wir im Übrigen sehr, sehr gute Erfahrungen sammeln im Bereich unseres Hauses, wird durch eine von den Bedürfnissen der Fachschule berücksichtigten Auswahl der Kandidaten spezifiziert. Seit dem Jahr 2000 sind im übrigen Bereich der Fachschule in Güstrow neun Referendare erfolgreich ausgebildet worden, von denen immerhin vier ihre Tätigkeit an dieser Einrichtung aufgenommen haben. Auch in diesem Jahr wird es wieder zwei Referendare, die die Lehrerausbildung erfolgreich abgeschlossen haben, geben. Insofern, glaube ich, darf ich deutlich machen, dass für unser Haus dieser Standort von allergrößter Bedeutung ist und wir mit Neubrandenburg und Güstrow eine Fachschule mit diesen beiden Standorten vorhalten, die für die praxisnahe Ausbildung bereitsteht.

Dr. Fritz Tack, DIE LINKE: Eine Zusatzfrage: Welche Perspektive hat diese Einrichtung angesichts des Berufsnachwuchsmangels in der Landwirtschaft und überhaupt der Perspektive der grünen Berufe im Lande?

Minister Dr. Till Backhaus: Ich glaube, dass sich das Prinzip, was Mecklenburg-Vorpommern gemacht hat, nämlich die Examensberaterinnen, das sind ja ausdrücklich die fünf Frauen gewesen, die durchs Land gereist sind, um an den Schulen und den Einrichtungen Werbung für die grünen Berufe zu machen, außerordentlich bewährt hat und wir im Vergleich zu anderen Berufsbildern nicht diesen abrupten Abbruch der Bewerberzahlen für Ausbildungsberufe in den grünen Beru-

fen zu verzeichnen haben. Auf der anderen Seite haben wir ja in unserem Konzept "Land hat Zukunft – Mecklenburg-Vorpommern 2020" – wenn Sie sich das angesehen haben – einen Schwerpunkt von den Vieren ganz klar auf das lebenslange Lernen für unser Haus und natürlich auch für den Berufsstand gesetzt.

Ich bin davon überzeugt, dass wir langfristig mit den Standorten Güstrow und Neubrandenburg für Mecklenburg-Vorpommern in Zusammenarbeit mit der Universität, mit der Fachschule in Neubrandenburg sowie den Fachschulen und den Einrichtungen, die wir haben, und mit dem Landesbauernverband eine wirklich gute Perspektive haben werden. Die grünen Berufe haben für unser Land eine Zukunft.

Dr. Fritz Tack, DIE LINKE: Danke.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank.

Ich bitte jetzt die Abgeordnete Frau Sigrun Reese, Fraktion der FDP, die **Frage 13** zu stellen.

Sigrun Reese, FDP: Herr Minister!

13. Welche Erkenntnisse lassen sich aus Sicht der Landesregierung aus der Auswertung des Monitoringberichtes ableiten?

Minister Dr. Till Backhaus: Es geht ja um das Monitoring zu der Frage Nährstoffeinträge. Ich denke, dass wir auf der 28. Sitzung des Landtages am 14. November 2007 den Beschluss gefasst haben durch die Koalition, dass die Landesregierung im Rahmen des Zweiten Gesetzes zur Änderung des Wassergesetzes des Landes Mecklenburg-Vorpommern aufgefordert worden ist, dem Landtag einen Untersuchungsbericht zu den ökologischen und den wirtschaftlichen Auswirkungen der geänderten Gewässerabstandregelung vorzulegen.

Die Universität Rostock und insbesondere die Umweltwissenschaftliche Fakultät, worüber ich mich freue, hat in Kooperation und in Begleitung mit der Arbeitsgruppe "Diffuse Nährstoffeinträge", die ich eingesetzt habe, innerhalb unseres Hauses ein entsprechendes Forschungsprogramm aufgelegt. Die Umsetzung im Rahmen einer Projektskizze ist jetzt in Bearbeitung.

Das Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz hat daraufhin mit der Universität Rostock im Jahre 2008 einen Vertrag über eine Laufzeit bis zum 30.11.2010 abgeschlossen. Gegenstand des Vertrages sind die Untersuchung und insbesondere die Funktionsweise und Effektivität von Gewässerrandstreifen zur Reduzierung von Stoffeinträgen über den Grundwasserpfad und übers Oberflächenwasser in den Jahren 2008 bis 2010.

Am 30.11.2009 hat die Universität vertragsgemäß einen Zwischenbericht vorgelegt. Aufgrund der bisher kurzen Laufzeit des Monitorings waren wissenschaftlich belastbare Ergebnisse jedoch noch nicht zu erwarten. Für das weitere Vorgehen müssen die Ergebnisse des Endberichtes abgewartet werden. Termin der Vorlage ist der 30.11.2010.

Sie haben ja an der einen oder anderen Veranstaltung teilgenommen. Ich denke, dass der MeLa-Kongress im letzten Jahr schon einmal eine Tendenz deutlich gemacht hat – ohne dass ich dem Endbericht vorgreifen kann und will –, dass wir insbesondere den Nährstoffeintrag auf der Gesamtfläche, die bewirtschaftet wird, und auf dem Ackerland, das drainiert ist, verringern müssen. Dazu haben wir Programme aufgelegt wie die Mulchsaat, die

Winterbegrünung und die Bienenweide. Ich glaube, dass wir damit wirklich beispielgebend sind in Deutschland. Ich bin gespannt, wie der Endbericht aussehen wird.

Sigrun Reese, FDP: Ich habe noch eine Zusatzfrage: Die befristete Regelung endet ja am 20.12. und die Landwirte gehen allerdings im späten Frühjahr bereits in ihre Flächenplanungen. Bis wann können die Landwirte mit einer verbindlichen Aussage für ihre Flächenplanungen rechnen?

Minister Dr. Till Backhaus: Ich gehe davon aus, dass wir – und da bin ich auch dem Parlament wirklich sehr dankbar – im Februar das Rechtsanpassungsgesetz zum Naturschutzgesetz des Landes Mecklenburg-Vorpommern und das Wassergesetz verabschieden werden, sodass zum 1. März die Rechtsgrundlage des Bundesumweltgesetzes vorhanden und die Anpassung an Landesrecht erfolgt ist. Damit werden dann die Landwirte und auch diejenigen, die sich mit dem Thema auseinandersetzen, klare Rechtssicherheit haben.

Sigrun Reese, FDP: Ich danke Ihnen.

Minister Dr. Till Backhaus: Bitte sehr.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Es gibt eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Borrmann.

Raimund Frank Borrmann, NPD: Herr Minister, halten Sie angesichts der Äußerungen der Wissenschaftler von der Universität Rostock eine Verlängerung des Monitorings um ein Jahr, also bis 2011, für sinnvoll, weil ja recht spät begonnen worden ist mit der Untersuchung?

Minister Dr. Till Backhaus: Wir haben einen Vertrag mit der Universität Rostock und der wird erst einmal abgearbeitet.

Raimund Frank Borrmann, NPD: Gut.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Ich bitte jetzt den Abgeordneten Herrn Borrmann, Fraktion der NPD, die **Frage 14** zu stellen.

Raimund Frank Borrmann, NPD: Herr Minister!

14. Welche Haltung nimmt die Landesregierung zur Entwicklung beziehungsweise Markteinführung von gentechnisch veränderten Zuckerrüben ein angesichts der Schließung des Zuckerrübenwerks in Güstrow sowie der Ablehnung von gentechnisch veränderten Organismen beziehungsweise deren Verarbeitungsprodukten im deutschen Volk?

Minister Dr. Till Backhaus: Ich werde hier vor dem Hintergrund dieser Diskussion, die immer wieder aufflammt, noch einmal Folgendes feststellen: Für Deutschland gibt es zurzeit keine Genehmigung zum Anbau von gentechnisch veränderten Linien. In Europa gibt es die Genehmigung von zwei gentechnisch veränderten Linien – und das müssten Sie eigentlich wissen –, nämlich für zwei Maissorten. Dabei spielt insbesondere der MONSANTO 810 eine Rolle. Aber der Anbau ist in Deutschland durch die Bundesministerin untersagt worden. Die andere Linie beim Mais ist zurzeit für Deutschland nicht im Anbau.

Und dann kommt an Sie ausdrücklich die zweite generelle Ansage: Es gibt zurzeit in Deutschland und in Europa keine Genehmigung für gentechnisch veränderte Linien in Zuckerrüben.

Raimund Frank Borrmann, NPD: Zusatzfrage: Wie wird die Landesregierung Anträge auf Freisetzung behandeln, wenn sie denn gestellt werden von Unternehmen?

Minister Dr. Till Backhaus: Es gibt zurzeit keine Anträge für die Freisetzung von gentechnisch veränderten Linien in der Zuckerrübe. Und wenn es Anträge gäbe, dann entscheidet nicht das Land Mecklenburg-Vorpommern, sondern die Bundesregierung. Wir werden dann zur Stellungnahme aufgefordert und werden dazu auch Stellung beziehen.

Raimund Frank Borrmann, NPD: Wann ist aus Sicht des Ministeriums mit Freisetzungsanträgen zu rechnen, weil ja lange Forschungsvorlaufzeiten gegeben sind, denn 2020 soll es in die Produktion gehen? Gibt es da irgendwelche Mutmaßungen?

Minister Dr. Till Backhaus: Ich glaube, wir müssen kurz unterscheiden: Es geht einmal, wie Sie es jetzt sagen, um die Freisetzung, oder es geht um Forschung. Bei der Freisetzung betone ich noch einmal Folgendes: Es gibt keine Genehmigung der Europäischen Union und auch keine Genehmigung der Bundesregierung zu diesen Konstrukten. Sollten die Anträge gestellt werden, werden wir – und das habe ich bereits gesagt – Stellung beziehen

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Minister.

Wir sind damit am Ende der heutigen Fragestunde.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Fraktion DIE LINKE hat einen Antrag zum Thema "Kindergeldrückforderung bei Hartz IV stoppen" vorgelegt, der auf Drucksache 5/3223 verteilt wird. Wir werden diese Vorlage, um die die Tagesordnung erweitert werden soll, nach Verteilung an die Mitglieder des Landtages sowie in einer angemessenen Zeit für eine Verständigung innerhalb und zwischen den Fraktionen nach dem Tagesordnungspunkt 18 aufrufen. Ich werde das Wort zur Begründung des Dringlichkeitsantrages erteilen sowie die Abstimmung über dessen Aufsetzung durchführen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 18**: Erste Lesung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Mitwirkung der Seniorinnen und Senioren am gesellschaftlichen Leben in Mecklenburg-Vorpommern, auf Drucksache 5/3094.

Gesetzentwurf der Landesregierung: Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Mitwirkung der Seniorinnen und Senioren am gesellschaftlichen Leben in Mecklenburg-Vorpommern (Seniorenmitwirkungsgesetz M-V – SenMitwG M-V) (Erste Lesung)

Drucksache 5/3094 –

Das Wort zur Einbringung hat die Ministerin für Soziales und Gesundheit Frau Schwesig.

Ministerin Manuela Schwesig: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Ich freue mich, Ihnen heute den Entwurf eines Seniorenmitwirkungsgesetzes zu präsentieren. Wir haben eine sehr umfassende und ausführliche Verbandsanhörung hinter uns. Das Ergebnis zeigt, es hat sich gelohnt. Einige Anregungen und Verbesserungsvorschläge der Verbände haben wir berücksichtigt. Lassen

Sie mich aber zunächst noch einmal auf die wesentlichen Punkte kommen, warum wir ein Seniorenmitwirkungsgesetz erarbeitet haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete, wir leben in einem Land, wo die Menschen immer älter werden. Ich will vorausschicken, dass ich das nicht als demografisches Problem sehe, sondern es ist ein demografischer Wandel, der zu begrüßen ist. Denn nach meinem Verständnis haben die Generationen vor mir immer dafür gekämpft, dass es der Generation danach besser geht. Das heißt natürlich auch, dass die Menschen eine höhere Lebenserwartung haben. Die Menschen haben aber die Erwartung, dass sie ein gutes und hohes Alter erreichen bei guter Gesundheit und guter pflegerischer Versorgung. Deswegen ist es so wichtig, dass wir uns um die medizinische Versorgung im Land kümmern, Modellprojekte machen wie die Gemeindeschwester AGnES,

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Wie viele sind es denn?)

die dann in die Regelversorgung geht, und wir uns um eine gute pflegerische Versorgung kümmern.

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Drei AGnES?)

Ich möchte daran erinnern, dass heute der Tag der Pflege ist, um einfach ein Zeichen zu setzen, dass wir es wichtig finden, den Pflegebereich in den Fokus des Mittelpunktes zu rücken und vor allem die Pflegeberufe anzuerkennen.

Ich möchte aber auch, dass die älteren Menschen in unserem Land nicht nur wahrgenommen werden über die Debatte Rente, Pflege, medizinische Versorgung, sondern dass wir auch wahrnehmen, dass die Menschen, wenn sie heute ein hohes Alter erreichen, natürlich auch viel länger gesund sind und viele Potenziale haben. Wenn wir über Senioren sprechen, dann reden wir über die Altergruppe 60 plus. Es sind natürlich Menschen, bei denen es nicht nur um Pflege geht, sondern die viele Potenziale haben, die unsere Gesellschaft braucht.

Viele Seniorinnen und Senioren in unserem Land sind in ehrenamtlichen Bereichen tätig und leisten viel für die Gesellschaft. Sie wollen, dass dies auch anerkannt wird. Sie wollen vor allem mitbestimmen können bei den vielen Fragen, die sie bewegen. Seniorenpolitik ist deswegen eine Querschnittsaufgabe und nicht nur ein Thema der Sozialministerin, sondern findet in allen Lebensbereichen statt. Wir müssen dieser älter werdenden Gruppe in unserem Land auch mehr Möglichkeiten einräumen, wirklich echt mitzuwirken.

Wir wissen alle, dass unser Land vielleicht nicht immer im Fokus der bundespolitischen Debatte steht, weil wir eher klein sind und nicht so bevölkerungsstark wie andere Länder. Aber ich wäre sehr dafür, auf Mecklenburg-Vorpommern zu schauen, denn der demografische Wandel, den wir hier haben, ist der, der zahlenmäßig die Bundesrepublik in den nächsten 20 Jahren erreichen wird. Deswegen sind wir so eine Art kleines Labor für den demografischen Wandel. Und Antworten, die wir heute geben müssen,

(Udo Pastörs, NPD: Zukunftsbiotop!)

die können wichtig und richtig sein für die ganze Bundesrepublik in den nächsten Jahren.

Wir tun es, ich habe es angesprochen, mit dem Modellprojekt AGnES, was ja schon in der letzten Legislatur entwickelt worden ist, welches wir in die Regelversorgung rübergebracht haben. Wir wollen es aber auch mit dem Zeichen tun, die Potenziale älterer Menschen zu nutzen, sie zu stärken.

Das ist auch ein Wunsch der Seniorinnen und Senioren in unserem Land. Das Altenparlament hat diese Forderung seit 1999 aufgestellt. Alle demokratischen Fraktionen sind beim Altenparlament immer anwesend und begrüßen natürlich diese Vorschläge und Wünsche und sagen hier Unterstützung zu. Deswegen ist es so wichtig, dass wir dann auch bestimmte Forderungen wirklich einlösen. Auch deswegen legen wir heute das Seniorenmitwirkungsgesetz vor.

(Harry Glawe, CDU: Sehr richtig.)

Es ist so ...

(Beifall Harry Glawe, CDU: Ihr könnt auch mal alle klatschen!)

Vielen Dank, Herr Glawe.

Es ist so, dass rund ein Drittel der Bevölkerung in unserem Land zur Zielgruppe dieses Gesetzes gehört und das Durchschnittsalter der Menschen wird steigen.

Ich möchte noch einen Punkt voranschicken: Ich finde es sehr bedauerlich, wenn es dann Einzelmeinungen gibt, die jetzt vielleicht die Generationen wieder gegeneinander stellen wollen, die sagen, warum für die und nicht für andere. Ich glaube, dass die Landesregierung sehr deutlich macht, dass ihr Schwerpunkt in der Politik gerade darauf liegt, die Kinder zu fördern. Denn das ist wirklich ein Thema beim demografischen Wandel, wenn wir weniger Kinder haben, dass wir uns darum kümmern müssen, dass die Kinder, die da sind, wirklich gut und gesund aufwachsen. Und wir haben den Schwerpunkt darauf.

Wir haben übrigens gerade von den Seniorinnen und Senioren bei diesem Thema große Unterstützung. Ich werbe sehr dafür, dass die Generationen nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern dass es ein Miteinander der Generationen gibt und dass es richtig ist, dass die Landesregierung an dieser Stelle Flagge zeigt und den Seniorinnen und Senioren echte Mitwirkungsrechte einräumt.

Auch der Landtag hat die Bedeutung dieses Themas erkannt, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete, und deshalb bereits im Jahr 2006 den besonderen Schutz von Seniorinnen und Senioren mit Verfassungsrang ausgestattet. Artikel 17a unserer Landesverfassung verpflichtet das Land, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass auch Ältere ihr Leben gleichberechtigt und eigenverantwortlich gestalten können, dass sie es möglichst selbst gestalten können und man nicht über ihre Köpfe hinweg bestimmt.

Das, meine Damen und Herren Abgeordnete, geht jedoch nicht ohne zwingende verbindliche Mitwirkungsrechte, denn erst diese Verbindlichkeit führt zu einem gesicherten öffentlichen Anspruch der Seniorinnen und Senioren auf Beteiligung. Dieser Anspruch kann nur durch ein entsprechendes Gesetz gewährleistet werden.

Mit diesem Gesetz hat die Landesregierung einen von den Altenparlamenten, dem Landesseniorenbeirat, den Kreissenioren- und örtlichen Seniorenbeiräten lang erwartetes klares politisches Signal gesetzt. Bisher gibt es weder ein Initiativrecht noch eine zwingende Anhörungspflicht des Landesseniorenbeirates. Und deshalb haben wir diese umfassende Beratungsfunktion des Landesseniorenbeirates bei der inhaltlichen Ausgestaltung von seniorenrelevanten Regelungen ins Gesetz geschrieben. Das ist der Kern der Mitwirkung der Seniorenvertreterinnen und -vertreter. Ich halte es für richtig, dem Landesseniorenbeirat diese Befugnisse zu geben, denn er ist demokratisch gewählt und demokratisch legitimiert, die Seniorinnen und Senioren in unserem Land zu vertreten. Die Landesregierung bekennt sich zu einer modernen Seniorenpolitik. Mit diesem Gesetz stärken wir die Vertretungs- und Mitwirkungsrechte der älteren Menschen in unserem Land.

Meine Damen und Herren Abgeordnete, ich darf Sie noch mal daran erinnern, der Landesseniorenbeirat setzt sich aus je zwei gewählten Vertretern der Seniorenbeiräte der Landkreise und kreisfreien Städte zusammen. Kurz nach meinem Amtsantritt am 18. Oktober 2008 habe ich die Jahrestagung des Landesseniorenbeirates besucht, wo alle kreisfreien Städte und Landkreise vertreten waren. Es war der große Wunsch nach diesem Gesetz und der große Wunsch, dass dieses Signal von der Politik ausgeht, sie wirklich ernst zu nehmen und sie mit einzubinden. Wir werden nicht nur den Seniorenbeirat einbinden, wir werden auch eine zusätzliche Beteiligung der Liga der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege in Mecklenburg-Vorpommern organisieren, dass diese eine landesweite Vertretung unter Berücksichtigung der Interessen der Seniorinnen und Senioren sichern. Das war ein Ergebnis der Verbandsanhörung und das haben wir im Gesetz natürlich umgesetzt.

Konkret bedeutet das, dass der Landesseniorenbeirat in Zusammenarbeit mit den anderen Seniorenorganisationen - zukünftig gesetzlich abgesichert - die Interessen der Seniorinnen und Senioren des Landes Mecklenburg-Vorpommern wahrnimmt und den Landtag, seine Ausschüsse sowie die Landesregierung in allen seniorenpolitischen Fragen unterstützt und beraten wird. Ferner soll er berechtigt sein, der Landesregierung Gesetze, Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften vorzuschlagen, die seniorenpolitischen Zielen dienen. Schließlich soll er auch das Recht haben, vor dem Einbringen von Gesetzentwürfen und dem Erlass von Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften, die die Belange alter Menschen betreffen - und das sind eben sehr viele, sehr breit, der Querschnitt -, hier vorher angehört zu werden. Das zeigt, dass Seniorenpolitik eine Querschnittsaufgabe ist und nicht nur ein kleines Randfeld im Bereich der Sozialpolitik.

Diese Aufgaben, Befugnisse und Pflichten, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete, orientieren sich an denen, die der Rat für Integrationsförderung für Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen, der Integrationsförderrat, bereits seit mehreren Jahren hat. Wir haben hier hervorragende Erfahrungen in der Zusammenarbeit und vor allem die Erfahrung, dass diese Angebote von Mitwirkungsmöglichkeiten dazu führen, dass man wirklich zu guten konstruktiven Ergebnissen kommt. Und deswegen habe ich ein hohes Vertrauen darin, wenn wir das genauso regeln für die Seniorinnen und Senioren, dass wir hier zu besseren politischen Entscheidungen kommen, vor allem zu Entscheidungen, die mehr Akzeptanz in der Bevölkerung haben. Ich glaube, das sollte uns auch gemeinsam wichtig sein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben die Chance, einen lang ersehnten Wunsch des Altenparlamentes, das ja hier so hoch angesehen ist, aber auch der Landesseniorenbeiräte in den Kommunen und auch des Landes umzusetzen und ihn in konkrete Politik zu gießen. Wir haben die Chance, dieses wichtige Signal an die Senioren zu geben. Ich habe die Erwartung, dass gerade alle demokratischen Parteien, die das Altenparlament immer so unterstützen, gemeinsam in den Ausschüssen konstruktive Beratungen machen. Es wird vielleicht die eine oder andere Anregung geben. Aber ich würde mich sehr freuen, wenn es uns gelingt, über die Parteigrenzen hinweg dieses Signal zu setzen. Ich würde mich sehr freuen, wenn Sie das Seniorenmitwirkungsgesetz unterstützen. Ich kann für mich sagen, dass ich mich auf die Beratung in den Ausschüssen freue. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Ministerin.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst die Abgeordnete Frau Müller für die Fraktion DIE LINKE.

Irene Müller, DIE LINKE: Werte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete!

Werte Frau Ministerin Schwesig, wir haben seit dem 13.01. dieses Jahres den Entwurf des Seniorenmitwirkungsgesetzes vorliegen. Und, Frau Schwesig, es wird Sie nicht verwundern, meine Fraktion ist froh darüber und unterstützt dieses Seniorenmitwirkungsgesetz, welches sich für Seniorinnen und Senioren einsetzt, ihnen mehr Möglichkeiten der Mitgestaltung und des Mitwirkens im gesellschaftlichen Leben hier in Mecklenburg-Vorpommern gibt.

Wir haben im Vorfeld durch die Presse vernehmen müssen, und zwar durch eine sehr ausgedehnte Presse, aber auch hier in der ersten Debatte zum Seniorenmitwirkungsgesetz, dass es im Vorfeld sehr viele Missverständnisse und Probleme gegeben hat. Ein Dankeschön Ihnen, Frau Ministerin, dass Sie auf diese Art und Weise versucht haben, die Probleme auszumerzen. Wir hoffen auch, dass sie ausgemerzt sind, sowohl die Sorgen der CDU, dass verfassungsrechtliche Bedenken dieses Gesetz überhaupt nicht zustande kommen lassen, als auch die Bemerkungen ihres Staatssekretärs, der ebenfalls anderer Meinung war zum Sinn oder Unsinn so eines Gesetzes.

(allgemeine Unruhe – Harry Glawe, CDU: Was?! Sie haben wohl noch eine ältere Vorlage, Frau Müller. Sie sind wohl völlig verbiestert heute Morgen.)

Das war im Sozialausschuss seine Äußerung. Sie waren doch dabei, meine Damen und Herren aus dem Sozialausschuss. So viel Vergesslichkeit und so viel Alzheimer dürften ja wohl bei uns noch nicht vorhanden sein.

Nicht nur im Interesse der Seniorinnen und Senioren ist dieses Gesetz, sondern natürlich auch im gesellschaftlichen Interesse, also im Interesse der Weiterentwicklung unserer Gesellschaft. Und natürlich ist es völlig richtig, wenn Frau Ministerin hier davon spricht, dass wir alle für Seniorenpolitik verantwortlich sind, viele Politikfelder berührt werden und es eben nicht nur ein Problem des Sozialministeriums ist und abgedriftet wird in Pflege und Betreuung, sondern echte Mitwirkung, Mitgestaltung mit selbstbestimmtem Leben zu tun hat und damit für uns alle ein Feld ist, auf dem wir uns bewegen sollten.

Wir freuen uns auf die Debatten in den Ausschüssen und werden uns in der Anhörung sehr intensiv mit diesen und jenen Punkten befassen. In dem Zusammenhang möchte ich heute schon ankündigen, dass unsere Fraktion sehr wohl weiß, wie finanzielle Ausstattungen sind und wie sie gestrickt werden müssen. Allerdings ist es für uns nicht nachvollziehbar, dass die derzeitige finanzielle Ausstattung der Landesgeschäftsstelle in der Höhe so gestaltet ist, wie sie es ist. Es ist keine auskömmliche Finanzierung. Und wenn ich schon eine institutionelle Förderung anlege, diese dann in der Art und Weise zu koppeln mit dem Eigenanteil, das empfinden wir als nicht vorwärtsbringend, zumal wir die Erfahrungen gemacht haben, dass es durch die flächendeckende Arbeit der Seniorenbeiräte in den Kommunen dem Landesseniorenbeirat, wie das auch in anderen Politikfeldern ist, kaum möglich ist, Gelder einzuwerben aus den Kommunen. Die bedenken erst einmal ihre Seniorenbeiräte, ehe sie ins Land für den Landesseniorenbeirat Geld schicken.

(Zuruf von Ilka Lochner-Borst, CDU)

Ich hoffe auch, dass die verfassungsrechtlichen Bedenken der CDU-Fraktion in der Zwischenzeit ad acta gelegt sind. Wir hatten es damals schon erklärt, auf welche Art und Weise zum Beispiel der Integrationsförderrat arbeitet. Frau Ministerin hat es gerade noch einmal dargestellt. Wir haben diese verfassungsrechtlichen Bedenken nicht, auch deswegen, weil zum Beispiel überhaupt gar kein direktes Initiativrecht in dem Gesetz verankert ist, sondern das ganz normale Recht eines Gremiums, ein Gesetz beziehungsweise einen Entwurf der Landesregierung dem Parlament vorzulegen. Dann hat natürlich das Landesparlament beziehungsweise die Regierung das Recht, es zu betrachten, zu verwerfen oder aufzunehmen, also das Recht, was jeder auch hat.

Wichtig erscheint uns aber, dass in diesem Gesetzentwurf die Mitgestaltung und Mitwirkung der Seniorinnen und Senioren auf feste Füße gestellt wird, auf feste Füße dahin gehend, wie es diese Gruppe Menschen braucht. Und daher die Diskussion aufzumachen, warum die und die nicht und so weiter,

(Zuruf von Ilka Lochner-Borst, CDU)

da muss ich doch die Koalitionäre drauf aufmerksam machen, dass gerade Sie es sind, die stets und ständig davon reden, dass für bestimmte Menschengruppen, egal welchen Alters und welchen Geschlechts, individuelle Arten und Weisen gefunden werden müssen, um sie hier in Mecklenburg-Vorpommern in dieser Gesellschaft fester zu verankern.

(Beate Schlupp, CDU: Zum Beispiel?)

Wir haben ...

Ganz einfach, Kinder. Kinder zum Beispiel.

(Zurufe von Harry Glawe, CDU, Beate Schlupp, CDU, und Sebastian Ratjen, FDP)

Wir haben bemerkt oder festgestellt, dass die Seniorinnen und Senioren auf diese Art und Weise bedacht werden, ihre eigenen Anträge und ihre eigenen Forderungen seit 1999, seit es das Altenparlament gibt, nun ins Gesetz gegossen werden sollen. Das ist positiv. Vor allen Dingen ist es deshalb positiv, weil die Art und Weise, wie sie mitgestalten oder mitwirken sollen, zeigt, dass in Mecklenburg-Vorpommern Demokratie möglich ist, dass sie auf eine recht gute Art und Weise möglich ist, was nicht bedeutet, dass das alles bis zum Ende ausgereizt ist,

(Egbert Liskow, CDU: Demokratie ist doch selbstverständlich.)

und demzufolge demokratische Mitwirkung bei uns im Land Mecklenburg-Vorpommern in diesem speziellen Fall für die Seniorinnen und Senioren nicht nur eine hohle Worthülse ist, sondern wirklich in die Praxis umgesetzt werden kann.

Wir freuen uns auf die Debatten in den Ausschüssen. Demzufolge möchte ich hier beantragen, dass nicht nur der Sozialausschuss über den Entwurf des Seniorenmitwirkungsgesetzes debattiert, sondern auch der Finanzausschuss, denn das Gesetz ist finanzrelevant, auch der Innenausschuss, denn mit den Seniorenbeiräten in den Kommunen haben die Innenpolitikerinnen und -politiker zu tun. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr richtig. – Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Sehr gute Rede.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Müller.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Lochner-Borst für die Fraktion der CDU.

Ilka Lochner-Borst, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der vorliegende Gesetzentwurf der Landesregierung fügt sich ein in eine Vielzahl von Maßnahmen der Koalition, den Seniorinnen und Senioren in unserem Land ein möglichst hohes Maß an aktiver Beteiligung am sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Leben zu garantieren. Dieses Ziel haben wir in unserer Koalitionsvereinbarung in den Ziffern 217 und 218 festgeschrieben. Mit dem heute vorliegenden Gesetzentwurf wollen wir dafür den notwendigen Rahmen schaffen, denn die Arbeit der Seniorinnen und Senioren braucht stabile und verlässliche Bedingungen, die ihre aktive Mitwirkung in unserem Land stärkt.

(Der Abgeordnete Sebastian Ratjen bittet um das Wort für eine Anfrage.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Ilka Lochner-Borst, CDU: Nein.

Angelehnt an die Aufgaben, Befugnisse und Pflichten, die der Rat für Integrationsförderung schon seit mehreren Jahren hat, wollen wir nun für den Landesseniorenbeirat die Frage der Interessenwahrnehmung ebenfalls regeln. Dabei stehen für uns die Unterstützung und Beratung des Landtages und seiner Ausschüsse, der Landesregierung und der kommunalen Spitzenverbände in allen seniorenpolitischen Fragen im Vordergrund.

(allgemeine Unruhe)

Das Anhörungsrecht vor dem Einbringen von Gesetzentwürfen, dem Erlass von Verordnungen und Verwaltungsvorschriften gehört selbstverständlich dazu. Auch die Möglichkeit der Übertragung vergleichbarer Aufgaben auf die kreisliche und örtliche Ebene wurde in diesem Entwurf mitbedacht. Unter Beachtung des Konnexitätsprinzips wurden also Regelungen mit empfehlendem Charakter vorgegeben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, als wir im letzten Jahr hier den Antrag von CDU und SPD "Chancen des Alters nutzen" diskutiert haben, wurde das leider von einigen noch belächelt.

(Harry Glawe, CDU: Genau, auch von der LINKEN. Auch von Ihnen. – Irene Müller, DIE LINKE: Niemals!)

Heute haben wir einen Gesetzentwurf vorliegen, der unsere Bemühungen um die Beteiligung der Seniorinnen und Senioren in unserem Land einen großen Schritt nach vorne bringt.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

In diesem Sinne freue auch ich mich auf die anstehenden Ausschussberatungen und bitte um Überweisung in den Sozialausschuss. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Lochner-Borst.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Grabow für die Fraktion der FDP.

(Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

Ralf Grabow, FDP: Frau Präsidentin! Meine lieben Kollegen! Es ist an dieser Stelle ja schon eine ganze Menge ausgeführt worden, auch von Frau Ministerin, deshalb kann man gar nicht so sehr viel hinzufügen. Da habe ich nur

(Dr. Marianne Linke, DIE LINKE: Oi, oi, oi, Herr Grabow! – Zuruf von Torsten Koplin, DIE LINKE)

Ja, ja, man muss ja nicht immer.

Was ich dazu sagen will, ist Folgendes: Was mir viel wichtiger ist, ist, dass wir in den Anhörungen auf die Bedenken, die teilweise noch da sind, eingehen und Änderungen zugelassen werden, wenn es Änderungen geben sollte. Viel wichtiger ist es, und da müssen wir uns alle, glaube ich, fragen, wir hatten ja schon verschiedene Gesetze, wenn wir uns das Integrationsgesetz angucken, wenn wir uns viele Gesetze angucken oder den Artikel 3 des Grundgesetzes ...

(Irene Müller, DIE LINKE: Ach, wir haben ein Integrationsgesetz?! Wo denn?)

Aber es fängt alles in den Köpfen an, wir können noch so viel Papier beschreiben. Ich hoffe einfach, wenn wir dieses Gesetz beschlossen haben, dass wir dieses Gesetz dann auch leben. Denn das erlebe ich häufigerweise, dass wir so einiges beschließen, aber es eigentlich nicht gelebt wird.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Einen kleinen Wermutstropfen habe ich, denn mir fehlt im Gesetz so ein bisschen der Generationsdialog. Da hätte man vielleicht den einen oder anderen Satz auch noch mitreinbringen können. (Irene Müller, DIE LINKE: Das können Sie ja machen.)

Frau Müller, ich habe meiner Meinung nach im Sozialministerium nur einen Staatssekretär der SPD, dass wir jetzt noch einen von der CDU haben, das weiß ich nicht. Und ich weiß auch nicht, es mag sein, dass ich dement bin, aber ich muss ja ...

> (Irene Müller, DIE LINKE: Ich habe den Staatssekretär mit Parteizugehörigkeit gar nicht genannt.)

Ja, ich habe es Revue passieren lassen, aber das, was Sie da erzählt haben, fand auf jeden Fall nicht im Sozialausschuss statt. – Ich bedanke mich.

> (Irene Müller, DIE LINKE: Diese Vergesslichkeit ist aber merkwürdig. – Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Grabow.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Köster für die Fraktion der NPD.

Stefan Köster, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zum Seniorenmitwirkungsgesetz wurden in diesem Hause schon viele Worte verloren, insbesondere was die Herkunft des damaligen Gesetzentwurfes der LINKEN, welcher diesem ehrenwerten Hause bereits vor rund einem Jahr vorlag, betraf. Die NPD-Fraktion hatte schon damals darauf hingewiesen, welche Wechselwirkungen erzeugt werden können, wenn man dem Landesseniorenbeirat im Vergleich zu anderen Interessengruppen hier im Land eine herausgehobene Stellung in Form von Sonderrechten gewährt. Interessant wird unser damaliger Hinweis vor allem auch vor dem Hintergrund, dass nun ein Schweriner Rechtsanwalt die Öffentlichkeit darüber informiert, dass dieses Gesetz im Widerspruch zu der Landesverfassung steht, welche Sie doch immer und immer wieder hier an dieser Stelle anpreisen.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

In dieser ist nämlich unter anderem verankert, dass beispielsweise nur die Landtagsabgeordneten, die Landesregierung und Volksinitiativen Gesetze in den Landtag einbringen können.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Den genannten Widerspruch muss die Sozialministerin aufklären, was ihr bislang aber nicht gelang.

Es stellt sich also unter anderem die Frage, ob Paragraf 7 des vorliegenden Gesetzentwurfes der Landesregierung, welcher die Befugnisse des Landesseniorenbeirates regelt, insbesondere dem Artikel 55 der Landesverfassung widerspricht. War es im vergangenen Jahr nur eine Mutmaßung, ist eines jedoch jetzt belegt: Der Gesetzentwurf der Landesregierung und der Gesetzentwurf der LINKEN aus dem Jahr 2009 stammen aus einer Feder.

(Irene Müller, DIE LINKE: Das ist so.)

Zum Schluss möchte ich aber noch auf eine Aussage der Ministerin aus ihrer Einbringung eingehen. So bezeichnete Frau Schwesig die Vergreisung unseres Landes, welche für sie ein demografischer Wandel ist, als Glücksfall. Es entspricht die typische Vorgehensweise der politischen Klasse, jede katastrophale Entwicklung (Torsten Koplin, DIE LINKE: Der typischen, der, der! Deutsch sprechen!)

gutreden zu müssen. Es ist für Sie, Frau Schwesig, also ein Glücksfall, dass immer weniger deutsche Kinder hier in unserem Lande geboren werden. Sie sollten sich schämen!

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Zum Schluss: Es sind noch viele, viele verfassungsrechtliche Fragen offen,

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Sie sind ja ein richtiger Verfassungsschützer.)

insbesondere auch, ob dieses Gesetz überhaupt das sogenannte Gleichheitsprinzip einhält. Dieses muss die Landesregierung im Ausschuss klären.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Heinz Müller, SPD: Das war eine schwache Nummer.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Heydorn für die Fraktion der SPD.

Jörg Heydorn, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mit dem zuletzt gehörten Beitrag, müssen wir uns nicht auseinandersetzen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Nee!)

Das war wie immer ein zentraler Schuss in den Ofen. Das hat den Geschmack von Kabelbrand im Hauptverteiler.

(allgemeine Heiterkeit)

Ansonsten kann man sagen, was das Thema Seniorenmitwirkungsgesetz angeht, dass hier eine breite Einigkeit besteht.

(Zurufe von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE, Stefan Köster, NPD, und Udo Pastörs, NPD)

Ich will noch zwei Sätze zu Herrn Grabow sagen:

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Herr Grabow, der Generationsdialog ist nicht Sinn und Zweck des Seniorenmitwirkungsgesetzes, sondern das Seniorenmitwirkungsgesetz regelt das, und zwar sehr präzise, was wir in diesem Land schon seit vielen Jahren praktizieren, nämlich die Partizipationsmöglichkeiten von älteren Leuten. Und dass der Landesseniorenbeirat dabei eine herausgehobene Stellung hat, ergibt sich zwangsläufig aus der Stellung des Landesseniorenbeirates.

Der Landesseniorenbeirat ist die Vertretung der Seniorinnen und Senioren hier in diesem Land, die quasi uns als Parlament gegenüberstehen, wie es das alle paar Jahre durchzuführende Altenparlament ja auch deutlich macht. Also, von unten nach oben kommen die Vertreterinnen des Landesseniorenbeirates in diesen Beirat hinein und wir geben ihnen Möglichkeiten,

(Irene Müller, DIE LINKE: Die werden gewählt.)

ihre Dinge jetzt noch besser zu artikulieren und an die Politiker heranzubringen. Wir institutionalisieren die Finanzierung nicht mehr in Abhängigkeit von Haushalt zu Haushalt unter Vorbehalt der zur Verfügung stehenden Mittel, sondern wir schreiben ins Gesetz hinein, was an Geld zu erwarten ist. Das bringt Verlässlichkeit und Verbindlichkeit in die ganze Angelegenheit hinein. Ich

kann daher verstehen, dass wir uns bei diesem Gesetz so einig sind und es alle gut finden.

Insofern beantrage ich für meine Fraktion die Überweisung in den Sozialausschuss, in den Innenausschuss, in den Rechtsausschuss und in den Finanzausschuss. Ich bitte dem zuzustimmen und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht. Ich schließe die Aussprache.

Der Ältestenrat hat vorgeschlagen, den Gesetzentwurf der Landesregierung auf Drucksache 5/3094 zur federführenden Beratung an den Sozialausschuss und zur Mitberatung an den Finanzausschuss zu überweisen. Ich lasse zunächst über diesen Überweisungsvorschlag abstimmen. Wer ist dafür? – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist dem Überweisungsvorschlag zur federführenden Beratung an den Sozialausschuss und zur Mitberatung an den Finanzausschuss durch die Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP sowie Stimmenthaltung der Fraktion der NPD zugestimmt.

Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, den Gesetzentwurf der Landesregierung zusätzlich an den Innenausschuss und an den Rechtsausschuss zur Mitberatung zu überweisen. Ich lasse jetzt darüber abstimmen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Gibt es Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Überweisungsvorschlag bei Zustimmung der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP sowie einigen Stimmenthaltungen aus der Fraktion der NPD angenommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, von der Fraktion DIE LINKE liegt Ihnen auf Drucksache 5/3223 ein Antrag zum Thema "Kindergeldrückforderung bei Hartz IV stoppen" vor. Auf Wunsch der Antragsteller soll die Tagesordnung um diesen Antrag erweitert werden. Gemäß Paragraf 74 Ziffer 1 unserer Geschäftsordnung kann diese Vorlage beraten werden, wenn zwei Drittel der Mitglieder des Landtages die Dringlichkeit bejahen. Zugleich muss die Einreihung in die Tagesordnung beschlossen werden.

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? – Bitte schön, Herr Koplin.

Torsten Koplin, DIE LINKE (zur Geschäftsordnung): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben Ihnen den Antrag "Kindergeldrückforderung bei Hartz IV stoppen" an die Hand gegeben. Sie haben in der Zwischenzeit Zeit gehabt, sich mit dem Antragstext zu befassen. Sie wissen, die Kindergelderhöhung, die ausgezahlt wurde, soll von Familien mit Hartz-IV-Bezug zurückgefordert werden. Unser Antrag ist als dringlich anzusehen, weil die Rückforderung unverzüglich erfolgen soll, die Kinder jedoch das Geld brauchen.

Ein Votum des Landtages ist als notwendig anzusehen, weil es gilt, Schaden von den betroffenen Familien abzuwenden und den politischen Willen des Landtags, mehrfach bereits geäußert, "Kinderland MV", auch in dieser Situation zu beweisen. Unsere Botschaft sollte sein: Kindergelderhöhung für alle Kinder! – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Danke, Herr Koplin.

Wird das Wort zur Gegenrede gewünscht? – Bitte schön, Herr Müller.

Heinz Müller, SPD (zur Geschäftsordnung): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit dem Antrag der Fraktion DIE LINKE wird die Landesregierung zu einer Handlung aufgefordert beziehungsweise sie soll zu dieser Handlung aufgefordert werden. Mir liegt ein Schreiben der Sozialministerin Manuela Schwesig vom 27. Januar dieses Jahres vor, also vom gestrigen Tage, an die Bundesarbeitsministerin Frau Dr. von der Leyen, in der Frau Schwesig bereits in dem hier angesprochenen Sinne tätig geworden ist und sich bereits an Frau von der Leyen gewandt hat.

Die Landesregierung zu etwas aufzufordern, was sie bereits getan hat, halten wir weiß Gott nicht für dringlich. Aber wenn Sie gestatten, Herr Koplin, würde ich Ihnen nicht nur gern eine Kopie dieses Schreibens überreichen

> (Harry Glawe, CDU: He, he! – Michael Roolf, FDP: Hört auf! Hört auf! Mann!)

was natürlich auch allen anderen Fraktionen zur Verfügung steht, sondern auch sagen, Ihr Wort vom Kinderland aufgreifend: Das Kinderland hat offenbar eine gute Botschafterin.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Müller.

Ich frage jetzt: Wer stimmt der Erweiterung der Tagesordnung um diese Vorlage zu? – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist die Erweiterung der Tagesordnung bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE und zwei Stimmen der NPD-Fraktion, Gegenstimmen der Fraktionen der SPD und CDU sowie Stimmenthaltung der Fraktion der FDP abgelehnt.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: So, so!)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 19**: Beratung des Antrages der Fraktionen der CDU und SPD – Mehr Sicherheit in Bussen und Bahnen, auf Drucksache 5/3172. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/3221 vor.

Antrag der Fraktionen der CDU und SPD: Mehr Sicherheit in Bussen und Bahnen – Drucksache 5/3172 –

Änderungsantrag der Fraktion der FDP – Drucksache 5/3221 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Liskow für die Fraktion der CDU. Bitte schön.

Egbert Liskow, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! In der zurückliegenden Zeit häufen sich Berichte über Straftaten im Bereich des Öffentlichen Personennahverkehrs.

(Zuruf von Birgit Schwebs, DIE LINKE)

Von Schwarzfahren über Sachbeschädigung in Bussen und Bahnen, Farbschmierereien bis hin zu körperlichen Übergriffen auf Bürgerinnen und Bürger, die teilweise in Raub, Bedrohung, Nötigung und gefährlicher Körperverletzung enden, reichen die Taten, die uns und die Bevölkerung beschäftigen.

So wird die Bilanz eines Wochenendes in der Ausgabe von "Spiegel online" wie folgt wiedergegeben: "Eine 19-Jährige stößt einen 20-jährigen dunkelhäutigen Mann vor eine einrollende S-Bahn. Ein 44-Jähriger wird in der U-Bahn mit einem heftigen Fußtritt niedergestreckt. Zwei Busfahrer werden angegriffen, einer davon mit dem Messer."

(Udo Pastörs, NPD: Messerstecherei!)

"Bei einer weiteren Messerstecherei an einem U-Bahnhof gibt es drei Verletzte."

Meine sehr geehrten Damen und Herren, jeder von uns hat noch die abscheulichen Bilder vor Augen, als zwei Jugendliche einen 76-jährigen Rentner in einem Münchner U-Bahnhof brutal zusammengeschlagen haben oder als ein couragierter Mann seinen Einsatz für eine Gruppe Kinder mit dem Leben bezahlte. Klar ist, dass gerade die Jugendgewalt innerhalb des letzten Jahrzehnts drastisch angestiegen ist. Es gibt keine einfache Lösung für diese Problematik oder gar eine hundertprozentige Sicherheit. Deshalb wollen wir mit dem vorliegenden Antrag erste Maßnahmen einleiten, um die Sicherheit in Bussen und Bahnen gerade in unserem Land zu verbessern.

Andere Bundesländer wie Nordrhein-Westfalen, Bayern oder Niedersachsen haben bereits Maßnahmen ergriffen, um die öffentliche Sicherheit in Bussen und Bahnen zu verbessern. So gibt es in Nordrhein-Westfalen bereits ein Programm "Sicherheit in Bussen und Bahnen", was gemeinsame Kontrollen der Polizei und der Bundespolizei regelt. Hierbei führen die Beamten in enger Abstimmung mit den Verkehrsbetrieben gezielte Kontrollen in Bussen und Bahnen, an Haltepunkten und in deren Umfeld durch.

(Birgit Schwebs, DIE LINKE: Ist das mit dem Innenminister abgesprochen?)

In Bayern hat man in einem Präventionsversuch positive Erfahrungen dahin gehend gemacht, dass Polizisten in Uniform, die kostenlos die Bahn benutzen dürfen, in kürzester Zeit in über Tausend sicherheitsrelevanten Fällen einschritten.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, insgesamt geht es um das Sicherheitsempfinden der Reisenden.

(Birgit Schwebs, DIE LINKE: Das ist subjektiv.)

Wenn Reisende sich subjektiv unsicher fühlen, dann wählen sie Verkehrsmittel, in denen sie sich sicher fühlen. Das ist in der Regel das Auto. Vor diesem Hintergrund ist es auch im Interesse der Verkehrsbetriebe, das Sicherheitsempfinden der Reisenden zu verbessern. Genau deshalb fordern wir eine Ausweitung der aktuellen Videoüberwachung. Gerade bei Vandalismus zeigen bisherige Erfahrungen, dass eine verstärkte Videoüberwachung potenzielle Täter durchaus abschreckt.

Als weiteren Punkt kann sich meine Fraktion vorstellen, dass bereits bei der Vergabe im Bereich des Öffentlichen Personennahverkehrs die Sicherheitsvorkehrungen stärker berücksichtigt werden.

(Birgit Schwebs, DIE LINKE: Dazu gab es mal einen Antrag der Fraktion DIE LINKE im Jahr 2008.)

Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, neben den bisherigen genannten Sicherheitsmaßnahmen gibt es weitere Aspekte, die die Sicherheit in Bussen und Bahnen beeinflussen. Zum Beispiel das Sparen am verkehrten Ende oder der Zeitdruck wirken sich negativ auf Busfahrer aus.

(Birgit Schwebs, DIE LINKE: Auch dazu gab es schon einen Antrag.)

Oft werden sie mit einem engen Fahrplan, lautstarken Jugendlichen und den zunehmenden Baustellen konfrontiert. Gleichzeitig haben sie unregelmäßige Arbeitszeiten, die oft über den gesamten Tag verteilt liegen. All das führt zu Konzentrationsstörungen und Stress, die letztendlich die Sicherheit der Fahrgäste gefährden. Hier gilt es, die Arbeitszeiten und die Fahrpläne so zu gestalten, dass die Busfahrer im Interesse aller Beteiligten konzentriert ihre Arbeit machen können. Das gilt es insbesondere schon bei der Ausschreibung zu berücksichtigen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, unter Punkt 2 unseres Antrages fordern wir die Landesregierung auf, "in Abstimmung mit den Unternehmen des öffentlichen Personennahverkehrs zu prüfen, welche Möglichkeiten zur Erhöhung des öffentlichen Sicherheitsempfindens und zur weiteren Verbesserung der Prävention in den Verkehrsmitteln bestehen."

Einige Vorschläge hat meine Fraktion bereits unterbreitet. Wir gehen davon aus, dass mit einem verstärkten Einsatz von Wach- und Sicherheitspersonal, einer verstärkten Videoüberwachung in Bussen, Bahnen und Bahnhöfen und einer verstärkten Präsenz der Polizei oder unter Berücksichtigung der Belange der Beschäftigten bereits bei der Vergabe von Aufträgen die Sicherheit in Bussen und Bahnen insgesamt gestärkt werden kann.

(Birgit Schwebs, DIE LINKE: Das hätten wir schon lange haben können.)

Aus diesen Gründen können wir die Forderung der Verkehrsminister der Länder nur unterstützen, um die zunehmende Gewalt im Öffentlichen Personennahverkehr zu reduzieren und zu mehr Sicherheit auf unseren Straßen beizutragen. Deshalb fordern wir Sie auf, dem vorliegenden Antrag zuzustimmen!

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sie können uns bitten. Sie können uns bitten, Herr Liskow.)

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Liskow.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 30 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Ums Wort gebeten hat zunächst der Verkehrsminister Herr Schlotmann.

Minister Volker Schlotmann: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Vorwegschicken möchte ich, dass bei diesem Thema grundsätzlich in meinem Herzen, nee, in meiner Brust zwei Herzen schlagen, nämlich einmal George Orwell,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

so will ich das eine Herz nennen, und zum anderen die Gefahrenabwehr, die bei dem Thema ebenfalls damit verbunden ist. Meine Damen und Herren, Sicherheit in Bussen und Bahnen ist ein Teilaspekt des Themas innere Sicherheit, daran möchte ich hier erinnern.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Es ist an sich also auch ein Thema für den Innenminister. Weil aber hier und heute über Busse und Bahnen geredet wird, rede ich zu Ihnen als Verkehrsminister. Ich will versuchen, Ihnen meine Position zu dem Antrag und zu dem Thema kurz und knapp zu erläutern.

Sicherheit in Bussen und Bahnen ist ein Thema, über das man reden kann und nach meiner Meinung auch reden muss. Wenn auch nicht einseitig und nur reaktiv, ich hätte beinahe gesagt reaktionär, also reaktiv, sondern auch präventiv muss man dieses Thema diskutieren. Das geht mir leider viel zu oft in der Diskussion darüber etwas unter.

Meine Damen und Herren, es gibt auch Gründe, in Mecklenburg-Vorpommern über das Thema zu reden. Deshalb müssen die Reaktionen bei uns aber nicht automatisch die gleichen sein wie in solchen Städten wie Hamburg, Berlin, München oder Frankfurt am Main. Überall gilt, das hat der Kollege Liskow hier gerade schon deutlich gemacht, wer Angst hat, ob sie begründet ist oder nicht, ob sie subjektiv oder objektiv ist, meidet das öffentliche Verkehrsmittel. Das ist eine Konsequenz, die wir so nicht hinnehmen dürfen. In vielen Regionen des Landes sind die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern aber genau auf den ÖPNV angewiesen. Deswegen nehme ich auch die Sorgen um die Sicherheit in den öffentlichen Verkehrsmitteln in Mecklenburg-Vorpommern sehr ernst.

Die Verkehrsministerkonferenz hat sich im November des vergangenen Jahres mit diesem Thema befasst und folgende Ziele beschlossen. Auch da kann ich einflechten, dass es mir nicht wirklich leichtgefallen ist, diesem Beschluss zuzustimmen. Es gab dazu zwar eine spannende und interessante Diskussion, aber ich begründe gleich noch, warum ich dem dann doch zugestimmt habe. Folgende Ziele sind beschlossen worden:

Die Verkehrsunternehmen und die Infrastrukturbetreiber sollen ihre Anstrengungen zur Verbesserung der sicherheitstechnischen Ausstattung der Fahrzeuge und Zugangsstellen fortsetzen und weiter verstärken. Die Verkehrsministerkonferenz bittet die Innenministerkonferenz, sich des Themas "Sicherheit im ÖPNV" anzunehmen und es gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden zu beraten. Als eine geeignete Maßnahme dieser Gespräche sieht die VMK die kostenfreie Nutzung durch uniformierte Polizeibeamte an. - Zu dem Änderungsantrag, der hierzu von der FDP-Fraktion gekommen ist, werde ich gleich noch etwas sagen. - Der Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung soll gemeinsam mit der DB AG nach Wegen suchen, Bahnhöfe mit Videoanlagen auszustatten und die Präsenz von Sicherheitskräften zu verstärken. Über Zwischenergebnisse wird er dann im April bei der Verkehrsministerkonferenz informieren.

Diese Aufzählung der Ergebnisse der VMK zeigt, es ist nicht tatsächlich ein Thema der Landesverkehrsminister. Vielmehr gefordert und in der Pflicht sind die Betreiber, die Bundesregierung, die Bahn und das Innenministerium. Zu mehr Sicherheit können sowohl eine erhöhte personelle Präsenz als auch eine verbesserte und erweiterte technische Ausstattung beitragen. Ein Schritt in die richtige Richtung ist es, uniformierte Polizisten kostenfrei in den Verkehrsmitteln mitfahren zu lassen. Die Uniform

hat dabei eine gewisse abschreckende, also präventive Wirkung auf potenzielle Straftäter.

Und jetzt komme ich zu dem Änderungsantrag der FDP: Meine Damen und Herren, genau deshalb dürfen uniformierte Polizisten in Mecklenburg-Vorpommern Busse und Bahnen schon seit vielen Jahren kostenfrei nutzen.

(Michael Roolf, FDP: Kostenfrei!)

Diese Festlegung gibt es seit Langem und damit sind wir vielen anderen Bundesländern weit voraus. Von daher erübrigt sich eigentlich der Änderungsantrag. Die dürfen es.

(Michael Roolf, FDP: Ist das so?)

Das hätten wir eben gern auch kostenfrei,

(Michael Roolf, FDP: Was?!)

das hätten wir Ihnen natürlich auch gern mitgeteilt, aber ich sage es Ihnen dann auf diesem Wege.

Bei der Technik sollte dem Einsatz von Notrufsystemen ein breiter Raum eingeräumt werden. Die Deutsche Bahn installiert seit einiger Zeit Notruf- und Informationssäulen, die den genannten Zweck gut erfüllen. In Mecklenburg-Vorpommern betreibt die Deutsche Bahn AG auf 68 Stationen insgesamt 121 Notruf- und Informationssäulen. Und auch die Überwachung der Fahrzeuge und Stationen mit Videoaufzeichnungen hat sich in unserem Bundesland bewährt.

Meine Damen und Herren, ich begrüße es ausdrücklich, dass der Antrag der Koalitionsfraktionen die Bedeutung des Datenschutzes bei diesem Thema besonders erwähnt und hervorhebt. Meine persönliche Auffassung ist, und die vertritt das Haus grundsätzlich und absolut, der Datenschutz ist zwingend zu berücksichtigen. Videoaufzeichnungen können helfen, Täter zu ermitteln. Aber wie der grausame Fall in München gezeigt hat, verhindern können sie Gewalttätigkeiten nicht, zumindest nicht in jedem Fall, wie es gerade dieser tragische Fall in München gezeigt hat.

Meine Damen und Herren, der Fahrer eines Fahrzeuges im ÖPNV ist für die sichere Führung des Fahrzeuges verantwortlich und nicht dazu da, ständig und ununterbrochen Monitore zu beobachten. Wenn wir von den Fahrern auch noch erwarten würden, dass sie für die ständige Beobachtung der Monitore zuständig sind, würde das ihre verantwortungsbewusste Tätigkeit überfordern und das Unfallrisiko deutlich erhöhen. Der Kollege Schwarz kann das sicherlich bestätigen.

(Thomas Schwarz, SPD: Na klar, Herr Minister! – Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE)

Das dachte ich mir.

Auch die Bilder stationärer Kameras können nicht alle gleichzeitig auf Monitoren beobachtet werden. Und, meine Damen und Herren, die Aufnahmen dürfen nur für einen begrenzten Zeitraum, in der Regel 48 Stunden, gespeichert werden, um bei Bekanntwerden eines Deliktes darauf zurückgreifen zu können und die Aufklärung der Tat zu unterstützen – also um die Aufklärung der Tat zu unterstützen, nicht die Verhinderung der Tat.

(Regine Lück, DIE LINKE: Genau.)

Wir reden bei den Videoaufzeichnungen in Bussen beziehungsweise Straßenbahnen auch nicht über neue Dinge, die es noch gar nicht gibt. Zum Beispiel in den Straßenbahnen in Schwerin – Herr Jäger weiß das sehr genau – und auch in Rostock gibt es bereits Videoaufzeichnungen. Alle Technik kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass es gegen Gewaltverbrechen keine absolute Sicherheit gibt. Videoüberwachungen sind kein Allheilmittel, sie können die Tat nicht verhindern, sondern nur zur Aufklärung beitragen.

(Birgit Schwebs, DIE LINKE: Vielleicht.)

Sie sind aus meiner Sicht das kleinere Übel. Die Ursachen für Gewalt, und zwar in jeder Form, müssen bekämpft werden, nicht allein die Symptome.

Meine Damen und Herren, wir tun also schon eine ganze Menge. Und um entsprechend der Intention des Antrages zu prüfen, was wir zusätzlich tun können, wird mein Haus Kontakt zur DB Station & Service AG und zum Landesfachausschuss ÖPNV aufnehmen und bei den nächsten Gesprächen die Ausweitung von Sicherheitsmaßnahmen prüfen, um die Sicherheit und das Sicherheitsempfinden der Bus- und Bahnfahrer im Land weiter zu stärken.

Kollege Liskow, die Anregung, genau diesen Teilaspekt mit in die Ausschreibungen aufzunehmen, haben wir auch schon aufgegriffen. Die letzte Ausschreibung im SPNV-Bereich ist zum Beispiel mit dieser Vorgabe rausgegangen.

(Egbert Liskow, CDU: Toll.)

Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Minister Schlotmann.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Schwebs für die Fraktion DIE LINKE.

(Egbert Liskow, CDU: Das hätten wir alles schon früher haben können. – Peter Ritter, DIE LINKE: Brauchen wir denn eigentlich den Antrag noch, wenn alles schon gemacht ist? – Hans Kreher, FDP: Wir müssen ja beschäftigt werden.)

Birgit Schwebs, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Herr Liskow, wieder einmal liegt uns ein Antrag der Koalitionsfraktionen vor,

(Egbert Liskow, CDU: Habt ihr alles schon gewusst.)

der ganz offensichtlich in die Kategorie Koalitionsarithmetik einzuordnen ist, denn objektive oder schwerwiegende Gründe für die hier aufgemachte Forderung nach mehr Sicherheit in Bussen und Bahnen sind eigentlich nicht ersichtlich, jedenfalls nicht so, wie es der Antrag suggeriert, was auch ein Blick in die Kriminalitätsstatistik beweisen würde. Die sagt nämlich eindeutig: Das öffentliche Sicherheitsempfinden steht im Widerspruch zur objektiven Sicherheitslage in Bussen und Bahnen, weil die Kriminalität dort eher als gering einzuschätzen ist.

Dass wir aber, meine Damen und Herren, wenigstens mehr Sicherheit bei der Bahn brauchen, zeigten die Zustände bei der Berliner S-Bahn im letzten halben Jahr oder die absurden Ausfälle des ICE zu Beginn der Frostperiode im Dezember. Sicherheit an dieser Stelle ist mit mehr Videoüberwachung oder Sicherheitspersonal nicht zu erreichen.

(Egbert Liskow, CDU: Warum nicht?)

Da wären in allererster Linie der Verzicht auf den Börsengang und Profitmaximierung notwendig, um endlich Mittel für Investitionen und Personal im Schienenpersonennah- und -fernverkehr freizusetzen.

(Vincent Kokert, CDU: Das erhöht die Sicherheit. – Zuruf von Michael Roolf, FDP)

Aber der Inhalt des Koalitionsantrages zielt eher auf das subjektive Empfinden der Nutzer, auf ihre gefühlte Sicherheitslage

(Egbert Liskow, CDU: Auch.)

beziehungsweise, Herr Liskow, auf die gefühlte Sicherheitslage der veröffentlichten Meinung,

(Egbert Liskow, CDU: Nein, nein, nein.)

was auch Ihr Zitat vom "Spiegel online" bewiesen hat.

(Egbert Liskow, CDU: Also das ist ein bisschen weit hergeholt.)

Diese gefühlte Sicherheit bedient dieser Antrag und suggeriert ganz offensichtlich, dass mit mehr Videoüberwachung mehr Sicherheit zu erreichen ist.

(Harry Glawe, CDU: Da sollten Sie mal bei Ihren Kollegen in Brandenburg nachfragen, denn die unterstützen das ganz genau. – Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Folgt man den Umfragen und Untersuchungen, dann ist das subjektive Sicherheitsempfinden auf Bahnhöfen und in Verkehrsmitteln durchaus differenziert zu bewerten. Tagsüber fühlen sich Männer und auch Frauen, die Busse und Bahnen benutzen, relativ sicher und haben wenig Angst. Dies ändert sich in den Abend- und Nachtstunden bei Frauen und auch bei Senioren gravierend. Jetzt fühlen sie sich schon an bestimmten Stellen verunsichert, zum Beispiel in schlecht ausgeleuchteten Tunneln oder Haltestellen auf Bahnhofsvorplätzen, wenn sie lange alleine an einer Haltestelle auf das gewünschte Verkehrsmittel warten müssen oder wenn die Fenster der Straßenbahnen aus Werbegründen verklebt und undurchsichtig sind.

Ja, meine Damen und Herren, das Unsicherheitsgefühl in öffentlichen Verkehrsmitteln kann natürlich durchaus ein Merkmal für die Unzufriedenheit mit dem ÖPNV sein und zur Folge haben, dass die Nutzer auf die Fahrten mit öffentlichen Verkehrsmitteln verzichten und auf den Pkw umsteigen. Aber, Herr Liskow, verschiedene Umfragen unter den Nutzern öffentlicher Verkehrsmittel zeigen auch, dass andere Kriterien bei der Beurteilung des Öffentlichen Personennahverkehrs vor dem subjektiven Sicherheitsempfinden rangieren,

(Torsten Renz, CDU: Sprechen Sie doch nicht gute Sachen schlecht hier!)

und das sind Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit, Tarife und Platzangebot. Das wurde in Großstädten angegeben, aber auch bei Umfragen im ländlichen Raum, jedenfalls bei überirdischen Verkehrsmitteln, und davon reden wir hier in Mecklenburg-Vorpommern.

Als Ursache für ein aufkommendes Unsicherheitsgefühl werden neben mangelnder Beleuchtung, ungepflegten und unsauberen Fahrzeugen auch die Anwesenheit von bestimmten Personen oder Personengruppen genannt. Diese verunsichern in der Regel durch ihr Verhalten, das von allgemeinen gesellschaftlichen Normen oder der öffentlichen Ordnung abweicht.

Fasst man all diese Erkenntnisse zusammen, kann man leicht zur Schlussfolgerung gelangen, dass weder der verstärkte Einsatz von Sicherheitspersonal noch eine Videoüberwachung das subjektive Sicherheitsempfinden stärken werden. Denn ungereinigte Züge oder Busse, zu wenig Beleuchtung, undurchsichtige Scheiben, zu wenige Mitfahrer oder generelle Angst vor Überfällen lassen sich damit einfach nicht wegzaubern.

Das wissen die Verkehrsunternehmen und haben die Steigerung des Sicherheitsgefühls der Kunden als wichtiges Handlungsfeld ihrer Arbeit erkannt und entsprechende Maßnahmen eingeleitet. Dazu gehören unter anderem bauliche Veränderungen, technische Sicherheitseinrichtungen wie Notrufsäulen und auch Kameras. Allerdings ist der einzig wirksame Faktor für die Verbesserung des Sicherheitsempfindens der Nutzer die Anwesenheit von Personal, und zwar Personal, das man ansprechen kann, von dem man ein positives Feedback erhält. Deshalb hatte meine Fraktion, Herr Liskow, bereits im Mai 2008 den Antrag gestellt, Sozial- und Qualitätsstandards bei Vergabeverfahren festzuschreiben, dazu gehört auch angemessenes Servicepersonal.

Sie, Herr Liskow, haben mich damals darüber aufgeklärt, dass die von uns geforderten Kriterien bereits in Vergabekriterien des Landes enthalten sind. Sie, Herr Liskow, haben die Einführung von Qualitätsstandards gar als eine nicht notwendige Bevormundung der Unternehmen bezeichnet.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Ach so?!)

Natürlich bedurften die Koalitionsfraktionen unseres Antrages nicht und lehnten ihn ab.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: So ist das halt.)

Na ja!

Die Stärkung des subjektiven Sicherheitsempfindens, meine Damen und Herren, rechtfertigt möglicherweise den Einsatz von Videokameras an bestimmten Orten. Meine Fraktion ist sich darüber im Klaren, und das hat der Minister hier auch betont, dass die objektive Sicherheit damit nicht automatisch verbessert wird.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Zwei Sätze, meine Damen und Herren, möchte ich noch zum FDP-Antrag sagen: Mir war es neu, Herr Minister, dass die Polizisten auch in unserem Land öffentliche Verkehrsmittel kostenfrei nutzen dürfen und dabei eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe erfüllen.

(Michael Roolf, FDP: Ja, das diskutieren wir auch noch mal.)

Wenn das hier in Mecklenburg-Vorpommern wirklich funktionieren soll – und ich komme damit auch sofort zum Schluss –, dann müssten vielleicht einige Fragen im Vorfeld geklärt werden, wie zum Beispiel:

(Michael Roolf, FDP: Wer zahlt das denn?)

Werden die Abfahrtzeiten der Schulbusse auf dem flachen Land mit dem Dienstbeginn der Polizisten abgestimmt?

(Michael Roolf, FDP: Zum Beispiel.)

In manchen Dörfern wird der ÖPNV ja nur mit den Schulbussen abgesichert. Oder wird die Nutzung des ÖPNV den Polizisten alternativ befohlen, wenn die geleasten Dienstwagen ihre Kilometerbegrenzung erreicht haben?

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktionen DIE LINKE und FDP – Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Ist es jetzt aus Sicherheitsaspekten besser, den Beamten eine Monatskarte für den ÖPNV zu finanzieren oder besser für das Fitnessstudio? Ihren Antrag, meine Damen und Herren aus den Koalitionsfraktionen, lehnen wir ab.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Michael Roolf, FDP: Sehr schön.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Schwebs.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Schulte für die Fraktion der SPD.

Jochen Schulte, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Nachdem der Verkehrsminister schon auf das Herz von George Orwell und damit indirekt auf die Möglichkeiten der heutigen Herztransplantationen hingewiesen hat – sonst könnte es ja nicht als zweites in der Brust schlagen –, weiß ich schon kaum noch, was ich hier zu dem Antrag sagen wollte. Vielleicht jetzt einmal ernsthaft zum Thema.

(Zuruf von Sebastian Ratjen, FDP)

Sehr geehrte Frau Kollegin Schwebs, ich weiß nicht, ob man einen Antrag, der sich mit den Ängsten und Befürchtungen der Menschen in unserem Land beschäftigt, einfach einmal unter dem Gesichtspunkt der Koalitionsarithmetik abhandeln sollte und sich nicht vielleicht doch eingehend mit den Punkten beschäftigt.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Solche Anträge greifen Sie auf, unsere nicht.)

Und, Frau Kollegin Borchardt, vielleicht einfach einmal für Sie zur Information: Dieser Antrag besteht nur aus zwei Punkten.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Das haben wir gelesen.)

Das glaube ich Ihnen gerne, da habe ich überhaupt keine Zweifel bei Ihnen.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Das können Sie aber wissen.)

Wenn Sie sich die Ziffer 1 einmal anschauen, wo die Landesregierung aufgefordert wird, gemeinsam mit den Verkehrsunternehmen und den Aufgabenträgern des sonstigen ÖPNV – also in den Landkreisen – ihre Anstrengungen zur Verbesserung der sicherheitstechnischen Ausstattungen der Fahrzeuge sowie der Bahnhöfe und Zugangsstellen fortzusetzen und zu verstärken,

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

dann möchte ich Sie nur auf einen Punkt hinweisen: Es gab – und das ist noch gar nicht so lange her, das ist Ende November 2009 gewesen – eine Verkehrsministerkonferenz, in der alle Bundesländer vertreten waren, auch die Bundesländer, in denen die Linkspartei zusammen mit der SPD regiert.

(Egbert Liskow, CDU: Genau.)

Auch diese Bundesländer haben einem dort getroffenen Beschluss der Verkehrsministerkonferenz zugestimmt, wo genau dieser Punkt tatsächlich zur Diskussion stand und auch entsprechend abgestimmt und beschlossen worden ist.

Ich bin einer Meinung mit Ihnen, Frau Kollegin Schwebs, dass mehr technische Ausrüstungen und mehr Sicherheitsausrüstungen vielleicht ein subjektives Sicherheitsgefühl befördern können, aber letztendlich sicherlich nicht dazu geeignet sind, wirklich Sicherheit zu verschaffen. Wir haben am gestrigen Sitzungstag zum Schluss der Tagesordnung noch eine Debatte zum Einsatz von Nacktscannern gehabt oder, wie die Geräte heute heißen, Körperscannern der zweiten Generation.

(Zurufe von Barbara Borchardt, DIE LINKE, und Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

Das klingt dann auch viel schöner. Es ist von dem Kollegen Ritter deutlich gemacht worden, dass ein Einsatz dieser Geräte nur bedingt dazu geeignet sein kann, tatsächlich sicherheitstechnische Probleme zu lösen. Ähnlich ist es natürlich auch mit der Ausrüstung in Verkehrsunternehmen beziehungsweise an den Bahnhöfen.

(Der Abgeordnete Peter Ritter bittet um das Wort für eine Anfrage.)

Ich komme sofort zu Ihnen, damit Sie Ihre Zwischenfrage stellen können, Herr Kollege Ritter. Aber lassen Sie mich den Satz noch zu Ende bringen.

(Torsten Renz, CDU: Die meiste Zeit seines Lebens wartet man vergebens.)

Es ist natürlich so, dass die Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln gerade auch mit emotionalen und subjektiven Empfindungen verbunden ist. Es sind nicht nur die Nutzer, sondern auch die Fahrer, die letztendlich immer wieder deutlich machen, dass sie sich sicherer fühlen, wenn entsprechende Einrichtungen vorhanden sind.

Bevor ich jetzt fortfahre, Herr Kollege Ritter, ich will Sie da nicht so lange stehen lassen.

Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr geehrter Herr Schulte, ist es in der Tat so, wenn man den Ausführungen des Ministers Glauben schenken kann

(Torsten Renz, CDU: Das können Sie.)

und auch Ihrer Rede bisher, dass die Regierung eigentlich schon auf dem Weg ist, den von Ihnen vorgelegten Antrag in die Praxis umzusetzen?

Jochen Schulte, SPD: Herr Kollege Ritter, das können Sie in der Praxis bereits tatsächlich erleben.

(Birgit Schwebs, DIE LINKE: Das sagen Sie immer.)

Ich lade Sie gerne einmal zu mir nach Rostock ein. Wir können hinterher einen Kaffee trinken gehen, aber vorher fahren wir mit der Straßenbahn. Dann werden Sie sehen, dass in der Straßenbahn tatsächlich schon Videoüberwachung ist. Und wenn Sie am Rostocker Hauptbahnhof ankommen, das hätte ich sonst auch noch ausgeführt, dann werden Sie erleben, dass es wie an vielen größeren Bahnhöfen in diesem Land schon sogenannte 3-S-Systeme gibt. Dazu gehört unter anderem auch Videoüberwachung.

Natürlich ist das auch eine Frage der technischen Ausstattung in den Fahrzeugen im SPNV, die von der Landesregierung schon mit Ausschreibungen oder anderen Maßnahmen in Angriff genommen wird. So weit ist das zutreffend. Da habe ich auch volles Vertrauen zum Verkehrsminister, dass er so weit die Wahrheit sagt.

Peter Ritter, DIE LINKE: Zum Verkehrsminister habe ich auch Vertrauen.

(Vincent Kokert, CDU: Oha!)

Gestatten Sie eine Zusatzfrage?

Jochen Schulte, SPD: Aber gerne.

Peter Ritter, DIE LINKE: Wenn es denn so ist, dass die Regierung schon handelt, würden Sie mir dann zustimmen, dass hier der gleiche Fall vorzufinden ist wie bei dem Dringlichkeitsantrag meiner Fraktion, als der Kollege Müller vorhin gesagt hat, die Sozialministerin handelt schon,

(Heinz Müller, SPD: Hat schon gehandelt.)

und deshalb der Antrag unnötig ist? Ist das die gleiche Herangehensweise bei diesem Antrag? Warum müssen wir uns dann mit diesem Antrag beschäftigen?

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Zurufe von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE, und Michael Roolf, FDP)

Jochen Schulte, SPD: Wenn Herr Kollege Roolf und Herr Kreher jetzt aufgehört haben mit Klatschen und ihren Zwischenrufen,

(Zuruf von Michael Roolf, FDP)

dann möchte ich gerne darauf antworten.

(Jörg Heydorn, SPD: Das ist was völlig anderes.)

Herr Ritter, es wird Sie sicherlich nicht erstaunen, wenn ich das jetzt verneine.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

Ich will jetzt nicht so unhöflich sein und das nicht begründen. Aber Ihre Zusatzfrage wäre im Grunde schon mit der Antwort beendet gewesen. Nein, Herr Kollege Ritter, denn der Punkt ist aus meiner Sicht das Entscheidende – ich glaube, das hat der Verkehrsminister auch deutlich gemacht –, die Frage ist nicht nur die sicherheitstechnische Ausstattung. Da kann man sich natürlich hinstellen und sagen: Dieses Verkehrsunternehmen macht das, jenes macht das und die Landesregierung als Aufgabenträger macht bestimmte Maßnahmen. Aus der Sicht meiner Fraktion ist tatsächlich die Frage der weiteren Verbesserung der Prävention das tatsächlich Entscheidende.

(Der Abgeordnete Michael Roolf bittet um das Wort für eine Anfrage.)

Es kann nicht nur darum gehen, durch sicherheitstechnische Ausstattungen – jetzt bin ich bald eingekeilt hier – bestimmte technische Maximierungen durchzuführen.

(Torsten Renz, CDU: Von beiden Seiten.)

Ich glaube, Gewalt, und da werden Sie mir sicherlich recht geben, Kollege Ritter, ist letztendlich auch ein soziales Problem.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

Und das ...

Da mögen Sie lachen, Herr Pastörs.

(Udo Pastörs, NPD: Auf die Idee bin ich gar nicht gekommen. Binsenweisheit!)

Das anzugehen und tatsächlich gemeinsam mit den Unternehmen, die ja diejenigen sind, die davon auch leidgeprüft sind, zu schauen, wie kann man Maßnahmen schon im Vorfeld der Nutzung ergreifen, um Prävention zu begehen, das, denke ich, ist wirklich der richtige Ansatz. Und da kann man natürlich noch einiges verbessern und einiges tun.

(Udo Pastörs, NPD: Gucken Sie sich Ihr eigenes Programm an!)

Ich weiß, dass es Unternehmen in diesem Land gibt, die da schon tätig sind. Wie gesagt, ich kann nur auf Rostock verweisen.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Ein Glück, dass das der Minister jetzt gehört hat. Jetzt weiß er Bescheid.)

Aber das ist natürlich kein Grund, nicht von der Landesregierung und auch anderen Aufgabenträgern prüfen zu lassen, wie das weiter untersetzt werden kann.

Herr Kollege Ritter, wenn Ihre Zwischenfrage damit beantwortet ist ...

Peter Ritter, DIE LINKE: Ja.

Jochen Schulte, SPD: ... und die Präsidentin mir das gestattet, trotz meiner begrenzten Redezeit, ...

Peter Ritter, DIE LINKE: Eigentlich nicht, aber trotzdem danke.

Jochen Schulte, SPD: ... würde ich jetzt auch Herrn Roolf die Möglichkeit ...

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Moment! Moment! Jetzt muss ich aber einmal einschreiten, meine Herren.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

Bevor ich jetzt die Frage an Sie, Herr Schulte, stelle, ob Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Herrn Roolf beantworten möchten,

> (Harry Glawe, CDU: Die Redezeit ist schon zu Ende.)

will ich noch einmal auf den Paragrafen 81 Absatz 4 der Geschäftsordnung verweisen.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Das war nicht in Ordnung.)

Dort ist von Zwischenfragen die Rede, die gestellt werden können, die kurz und präzise sein müssen und die vorgetragen werden, wenn der Redner sie auf eine entsprechende Frage des amtierenden Präsidenten zulässt. Ich bitte Sie, das zu berücksichtigen. Es gibt auch keine Zusatzfragen im Rahmen der Debatte, sondern es gibt lediglich Zwischenfragen. Hier ist keine Einschränkung gemacht, dass man sich auf eine Zwischenfrage begrenzen muss. Insofern ist es mehrfach möglich, Fragen zu stellen. Aber, wie gesagt, bitte schön nach den Regeln unserer Geschäftsordnung.

Und jetzt frage ich Sie, Herr Schulte: Gestatten Sie eine entsprechende Frage des Abgeordneten Herrn Roolf?

Jochen Schulte, SPD: Der Kollege Roolf ist mir so lieb und teuer, das würde ich nie ablehnen.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Na, na, na, na, na! – Irene Müller, DIE LINKE: Oh, das ist ja eine Schleimspur! Das ist ja nicht zu fassen! – Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Bitte, Herr Roolf, formulieren Sie Ihre Zwischenfrage.

Michael Roolf, FDP: Herr Kollege Schulte, der Verkehrsminister hat uns mitgeteilt, dass im Land Mecklenburg-Vorpommern bereits heute Polizisten schon kostenfrei mitfahren können. Können Sie mir sagen, ob Sie den Kenntnisstand gehabt haben, dass das in Mecklenburg-Vorpommern schon möglich ist? Denn gestern haben wir in den Fraktionen ja noch darüber diskutiert, wie wir bei solch einer Maßnahme die Konnexität herstellen können.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Genau, sehr richtig.)

Haben Sie das vorher gewusst oder sind Sie genauso von dieser Aussage des Ministers überrascht, wie ich davon überrascht bin?

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ein richtiges Überraschungsei war das.)

Jochen Schulte, SPD: Herr Kollege Roolf, der Verkehrsminister ist immer in der Lage, mich zu überraschen,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

auch in Landtagsdebatten. Ich muss, um auf Ihre Frage konkret einzugehen, gestehen, dass mir das selber nicht bewusst war.

Michael Roolf, FDP: Danke schön.

Jochen Schulte, SPD: Aber, Herr Kollege Roolf, da kommt dann auch gleich noch die Anmerkung ...

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE – Vincent Kokert, CDU: Schön stehen bleiben! – Barbara Borchardt, DIE LINKE: Deswegen war der Antrag gut, ne?! Da waren wir alle gut, ne?! – Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Jetzt haben wir es gelernt, ja.

Aber, Herr Kollege Roolf, dann muss man auch ehrlich sein. Ich habe mich im Vorfeld, weil diese Debatte schon bei der Frage der Antragsgestaltung zwischen den Koalitionsfraktionen im Raum stand, auch mit Polizisten unterhalten.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Oh, in der Straßenbahn?)

Die Polizisten haben selber gesagt, und das ist dann vielleicht auch eine Anmerkung zu Ihrem Änderungsantrag als solchem, sie legen gar keinen Wert darauf, denn sie würden nämlich entweder, wenn sie in Uniform fahren würden, regelmäßig den Privat-Pkw nutzen und sich dann zu Hause umziehen,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Genau. – Zuruf von Birgit Schwebs, DIE LINKE)

Oder, wenn sie öffentliche Verkehrsmittel nutzen würden, dann würden sie sich in der Dienststelle umziehen, sodass von deren Seite gar nicht der Bedarf besteht. Aber wenn es doch wider Erwarten tatsächlich Bedarf geben sollte, dann freut es mich natürlich sehr, wenn das, was der Verkehrsminister Schlotmann eben ausgeführt hat, so ist, dass entsprechende Möglichkeiten bestehen.

Michael Roolf, FDP: Vielen Dank.

(Harry Glawe, CDU: Herr Roolf, jetzt müssen Sie aber zustimmen können. – Zuruf von Heinz Müller. SPD)

Jochen Schulte, SPD: Gern geschehen.

Meine Damen und Herren, auch wenn ich jetzt nicht glaube, dass die Kollegen Ritter und Roolf ihre Zwischenfragen zielgerichtet deswegen gemacht haben, um mich aus meinem Redekonzept zu bringen,

(Torsten Renz, CDU:
Das ist doch gar nicht möglich. –
Michael Roolf, FDP: Doch! –
Heiterkeit bei Abgeordneten
der Fraktion der CDU – Zurufe von
Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE,
und Peter Ritter, DIE LINKE)

will ich vielleicht doch noch einmal auf den Punkt eingehen, den ich eben im Zusammenhang mit der Zwischenanfrage von Herrn Kollegen Ritter angesprochen habe.

Wenn man tatsächlich öffentliche Verkehrsmittel benutzt, und der eine oder andere von uns tut das, ich zumindest tue es in der Stadt Rostock immer wieder, dann stelle ich natürlich die Frage: Wie kann man das Problem lösen? Das Problem wird sicherlich nicht allein dadurch gelöst werden, dass in den Fahrzeugen zum Beispiel Video-überwachung ist. Und da kommt tatsächlich der Ansatz unseres Antrages unter Ziffer 2 zum Tragen: Wie kann denn mit den Verkehrsunternehmen und den Aufgabenträgern gemeinsam tatsächlich eine Situation geschaffen werden, in der – ich will es einmal vereinfacht sagen – diejenigen, die die Fahrzeuge nutzen, vielleicht auch etwas mehr Respekt vor dem Eigentum Fremder haben.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Das ist wohl wahr.)

Das fängt im Endeffekt schon damit an, dass ich meine Füße vielleicht auf Sitzflächen drauflege, wo hinterher dann noch jemand sitzen möchte, und endet letztendlich bei dem Zustand, dass Scheiben eingeschlagen und zerkratzt werden. Ich erlebe das in Rostock immer wieder, dass die Haltestellen zertrümmert werden. Das ist nicht nur ein finanzieller Schaden, das macht natürlich den ÖPNV insgesamt unattraktiver. Das wird man – und da muss ich der Kollegin Schwebs recht geben – sicherlich nicht allein dadurch lösen, dass man zum Beispiel Videoüberwachung macht.

Da sollte tatsächlich durch die Landesregierung gemeinsam mit den Aufgabenträgern und den Verkehrsunternehmen im Land noch stärker der Ansatz gesucht werden, wie man dort entsprechend, ob es die Schulen sind, es sind ja nicht nur allein Jugendliche, es sind ja durchaus auch Erwachsene, die so vorgehen, ansetzen kann, um im vorbeugenden Bereich Zerstörungen und Beeinträchtigungen zu verhindern. Und das, meine Damen und Herren, wird dann wahrscheinlich im Ergebnis noch stärker zur Erhöhung des Sicherheitsempfindens der Benutzer führen als eine Videoüberwachung, bei der man im Zweifelsfall sowieso nicht weiß, ob sie in dem Moment, wo sie benötigt wird, auch funktioniert.

Ich bitte Sie im Ergebnis um Zustimmung zu unserem Antrag. Meine Fraktion wird, so, wie auch von der CDU-Fraktion schon erklärt, den Änderungsantrag der FDP-Fraktion ablehnen. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Schulte.

Das Wort hat jetzt der Fraktionsvorsitzende der FDP-Fraktion Herr Roolf.

(Vincent Kokert, CDU: Er hätte doch nur eine Frage stellen müssen.)

Michael Roolf, FDP: Ich wollte ja nur wissen, ob ich allein der Dumme hier bin. Das ist jetzt entscheidend.

(Vincent Kokert, CDU: Sollen wir die Frage jetzt beantworten? – Zurufe von Jörg Heydorn, SPD, Harry Glawe, CDU, und Torsten Renz, CDU)

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich würde ganz gerne mit dem Änderungsantrag beginnen und den Minister bitten, dass er uns schriftlich mitteilt, wo und wann diese Regelung getroffen worden ist, dass Polizisten, die wollen, im Öffentlichen Personennahverkehr kostenfrei in Uniform mitfahren können. Ich würde ihn auch bitten, uns zuzuarbeiten, inwiefern er sich über die Kostenübernahme und über den Ausfall der Fahrpreise mit den Trägern des Öffentlichen Personennahverkehrs verständigt hat, wie das Land diesem Sicherheitsbegehren unterstützend beitritt. Es wäre lieb, wenn Sie das dann allen Fraktionen zur Verfügung stellen würden.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

Das Zweite, was ich sagen möchte, ist, wenn der Verkehrsminister sagt, eigentlich ist das gar nicht meine Aufgabe, sondern die Aufgabe des Innenministers, für die Sicherheit zu sorgen, Herr Minister, dann möchte ich Ihnen sehr deutlich widersprechen. Die sicherheitstechnischen Ausstattungen und das, was für Busse und Bahnen notwendig ist, bearbeiten Sie noch heute aufgrund einer Richtlinie vom 25. Februar 1998. Seit über einem Jahr liegt Ihnen vom Verband der Deutschen Verkehrsunternehmen eine Zuarbeit zur Änderung beim Gegenstand der Förderung vor. Seit über einem Jahr ist Ihr Haus nicht in der Lage, diese Förderrichtlinie so zu ändern, dass sie dem sicherheitstechnischen Bedarf der Unternehmen und der Bürgerinnen und Bürger im Land entgegenkommt.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Ich denke schon, dass die Verantwortung in Ihrem Hause liegt, dass Sie diese Richtlinie vom 25. Februar gemeinsam mit den Verkehrsunternehmen, die Ihnen schon eine Zuarbeit geleistet haben, auf den Stand bringen, dass sowohl der Innen- als auch der Verkehrsminister, die Verkehrsunternehmen und die Bürgerinnen und Bürger im Land damit einverstanden sind.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Hans Kreher, FDP: So ist es.)

Wir sind inhaltlich sehr dicht bei dem, was CDU und SPD eigentlich sagen wollen, aber die Art und Weise stört uns schon sehr deutlich, wie Sie hier im Parlament agieren.

Im Punkt 1 sind Sie bei dem Thema Ausstattung. Und dazu habe ich gesagt: Machen Sie bitte erst einmal Ihre Hausaufgaben in Ihrem eigenen Ministerium,

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP) bevor Sie hier das Thema Ausstattung ansprechen!

Zum Punkt 2 sage ich auch ganz deutlich: Wir sind bei Prävention und bei der gefühlten Sicherheit,

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

bei den Rahmenbedingungen, die da sind. Und da müssen wir als Parlament sehr klar und deutlich unterscheiden. All das, was wir hier beschließen, kostet das Geld der Verkehrsunternehmen und der Kommunen. Und wenn wir das hier im Parlament einfach ohne Weiteres beschließen,

(Egbert Liskow, CDU: Ein Prüfauftrag!)

dann ist das zwar gut gemeint, aber noch lange nicht gut gemacht.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Egbert Liskow, CDU: Prüfauftrag! Prüfauftrag!)

Herr Kollege Liskow, ich muss Ihnen ganz ehrlich Folgendes sagen: Das, was Sie hier machen, ist kein Beitrag für ein höheres Sicherheitsgefühl und für mehr Verkehrssicherheit, sondern das ist Augenwischerei, das ist dummes Zeug.

(Egbert Liskow, CDU: Na, na, na, na!)

Deshalb werden wir diesen Antrag auch ablehnen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Roolf, den Ausdruck "dummes Zeug" muss ich als unparlamentarisch zurückweisen.

(Zurufe von Egbert Liskow, CDU, und Hans Kreher, FDP)

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Timm für die Fraktion der CDU.

Udo Timm, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe sehr aufmerksam zugehört, weil ich jemand bin, der immer gerne die Wirklichkeit beurteilt. Und wenn ich die Wirklichkeit beurteile, dann stelle ich fest, entweder leben wir irgendwo im Traumland oder wir fahren mit geschlossenen Augen in unseren öffentlichen Verkehrsmitteln.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Erstens. Wir beklagen die mangelhafte Sicherheit. Wir beklagen sehr häufig, dass die Jugendlichen eines der Übel sind, dass die Sicherheit nicht mehr ausreichend ist. Besonders Busse haben darunter zu leiden.

Zweitens. Sehr geehrter Herr Schulte, wenn Sie die Straßenbahnen ansprechen, manchmal, wenn ich in Rostock bin, bin ich auch schon Straßenbahn gefahren, dann mag das so sein. Auf der Insel Rügen fahren keine Straßenbahnen, da fahren Busse.

(Jochen Schulte, SPD: Das ist ein Fehler.)

Da fahren auch Busse, die inzwischen so lang sind, dass der Busfahrer von vorne nach hinten auch mit Spiegeln und dem, was er alles im Omnibus hat, gar nicht mehr sehen kann, was hinter ihm passiert. Außerdem ist es so, dass er sich auf die Straße und auf seinen Bus konzentrieren muss. Er darf also nicht der Sicherheitswächter in einem Verkehrsmittel sein, sonst sitzt er völlig umsonst da drip

Drittens will ich Ihnen einfach ein paar Dinge sagen, die ich bei Omnibusfahrern auf der Insel Rügen erfragt habe, denn das ist ja immer das Beste, wenn man sich mit den Betroffenen unterhält. Und wenn ich das mit in Betracht ziehe, was der Herr Verkehrsminister uns hier vorgetragen hat, dann frage ich: Wer trägt die Dinge, die in der Praxis wirken, im Verkehrsministerium vor? Ist es ein Sehender, ist es ein Hörender, ist es ein Fühlender oder ist das jemand, der seine Pflicht erfüllt, um den Minister nicht böse zu stimmen? Ich hoffe, dass das nicht so ist.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Worauf wollen Sie hinaus, Herr Timm?)

Worauf es mir ankommt, Herr Professor Methling, ist, dass zwischen Wahrheit und Erzählung ein ganzes Ende nichts liegt.

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Oh, das ist philosophisch.)

Das ist das, was ich beklage. Und das beklage ich nicht deshalb, weil der Verkehrsminister Schlotmann heißt und er von der SPD ist. Ich stelle mir die Frage, die stelle ich uns allen, denn wir reden sehr viel darüber: Was passiert draußen? Und wenn der Polizist mit dem öffentlichen Verkehrsmittel kostenlos mitfahren darf, was ich bis heute auch nicht wusste,

(Zuruf von Birgit Schwebs, DIE LINKE)

ist das aber nicht schlimm, dass ich das nicht weiß, denn ich bin ja kein Polizist.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU)

Was aber viel schlimmer ist, ist, dass die praktische Umsetzung – ich kann Ihnen nur sagen, wie das auf der Insel Rügen ist, und die ist gar nicht so sehr klein – einer solchen Möglichkeit auf der Insel Rügen einfach Legende ist. Das geht nicht.

(Gino Leonhard, FDP: Richtig.)

Ich will Ihnen auch ganz einfach sagen, warum: Wenn ein Polizist auf der Insel Ummanz wohnt und in sein Revier nach Bergen muss, dann braucht er mit dem Auto 15 Minuten, wenn er sich an die Straßenverkehrsordnung hält, und das machen Polizisten. Wenn er mit dem Omnibus fährt, dann macht er jeden Tag eine Rundfahrt durch den westlichen Teil der Insel Rügen. Er hat also die Chance, bis auf die Banzelvitzer Berge zu fahren. Manch einer weiß, was das ist.

Was leite ich daraus ab? Und das ist die Praxis und die Wirklichkeit, Herr Professor Methling, warum ich das frage. Was leite ich daraus ab? Was nützt uns die Möglichkeit, wenn der Polizist fahren darf, aber es nicht möglich ist? Und das ist auch wieder ein Problem, dass wir über Dinge reden,

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Wer sind denn "wir"?)

die in Praxis und Wirklichkeit weit auseinander liegen.

(Michael Roolf, FDP: Das können wir ja mal bei der Polizeigesellschaft erfragen, ob die das auch so sehen.)

Ich will noch ein bisschen weiter ausholen. Omnibusfahrer sind inzwischen zum Freiwild der Passagiere geworden, besonders bei Jugendlichen, nicht der kleinen Kinder aus der 1. Klasse. Die tun dem Onkel da vorne nichts, aber die, die ein bisschen größer sind, bekommen schon eine ganze Menge fertig.

Ein Beispiel: In einem Omnibus auf der Insel Rügen, der von Ummanz nach Bergen fährt, bauen auf der Strecke von Gingst bis Bergen ein paar handfeste Jungs hinten die letzte Sitzreihe aus dem Bus aus. Damit verbarrikadieren sie, weil sie ja Zeit genug haben, die sind ja lange genug unterwegs, den hinteren Ausstieg. Und die Schrauben, die sie erbeutet haben, benutzen sie als Munition und bewerfen von hinten den Omnibusfahrer. Das ist kein Unsinn, den ich Ihnen hier erzähle. Es gibt einen Omnibusfahrer auf der Insel Rügen, der heißt Thomas Timm, das ist mein Sohn, zu dem können Sie hingehen und ihn fragen.

Warum sage ich Ihnen das? Das geht nicht, wenn wir schon über die Sicherheit solcher Dinge sprechen.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Und deshalb werbe ich um die Videoüberwachung. Die Videoüberwachung ist mit Sicherheit kein Allheilmittel, das wissen wir alle, die wir hier sitzen, aber mit der Möglichkeit der Videoüberwachung sind wir besser in der Lage, Prävention zu betreiben. Wenn ich mir die Videoaufzeichnungen ansehe, dann habe ich am nächsten Tag die Möglichkeit, mit den entsprechenden Schülern oder Jugendlichen zu reden.

Was kommt noch dazu zur Sicherheit? Die Jungs, die diesen Omnibus hinten auseinandergebaut haben, haben das Ausgebaute vor die Tür gestellt. Es konnte keiner aussteigen. Daraufhin sind dann andere Leute in der Busmitte eingestiegen, hat der Omnibusfahrer gesagt. Und das war nun nicht mein Sohn, ich weiß das aber von anderen, weil ich einen recht guten Kontakt zu der Firma habe. Dann wird, und das ist auch ein Problem der Sicherheit, dem Omnibusfahrer noch gesagt: Wenn du auch noch Geld haben willst von mir, dann kannst du auch noch Prügel haben. Auch das ist gelebtes Omnibusfahren, meine Damen und Herren. Auch deshalb ist Videoüberwachung in Omnibussen notwendig.

Was für ein Problem haben wir noch? Wir haben noch das Problem des gestressten Omnibusfahrers. Was hat das zur Folge, wenn der Omnibusfahrer besonders gestresst ist? Das hat zur Folge, dass er nicht mehr in der Lage ist, seine ihm obliegenden Dienstpflichten zur Durchsetzung und Beobachtung von Sicherheit umzusetzen. Das kann er nicht. Warum kann er das zum Beispiel nicht? Er kann es deshalb nicht, Herr Glawe, weil er morgens um 4.00 Uhr schon losfährt. Dann fährt er vier Stunden, dann setzt er sich mit dem ungenügend ausgearbeiteten Fahrplan des Verkehrsunternehmens auseinander, dann hat er vier Stunden Pause und weiß nicht, wo er sich aufhalten soll, und dann fährt er wieder vier Stunden. Somit ist er jeden Tag 14 Stunden unterwegs. Das ist gelebte Praxis des Nahverkehrsbetriebes auf der Insel Rügen. Ich glaube, das ist keine Einzelheit.

> (Dr. Till Backhaus, SPD: Das kann ja wohl nicht angehen! Was ist denn bloß auf Rügen los?!)

Das will ich gerne glauben, dass das nicht bloß auf Rügen so ist, aber deshalb spreche ich das hier an.

(Harry Glawe, CDU: Das ist das Rügener Sondermodell.)

Wenn wir über mehr Sicherheit sprechen, ist auch der physische Zustand des Omnibusfahrers ein ganz wesentliches Merkmal, um auf diese Dinge Einfluss zu nehmen.

(Michael Roolf, FDP: Sehr richtig.)

Und dann müssen Sie sich bitte noch etwas vorstellen, das sage ich und werde bei diesem oder jenem jetzt ein Schmunzeln erreichen: Der Omnibusfahrer, der seit 20 Jahren fährt, hat ein Salär von 13 Euro. Der Omnibusfahrer, der vom 1. April bis zum 30. November fährt, hat ein Salär von 9,50 Euro.

(Vizepräsidentin Renate Holznagel übernimmt den Vorsitz.)

Und dann kommt das Arbeitsamt und sagt: Lieber Herr Busfahrer, ich kann dir ein ganz geiles Angebot machen. Du kannst die nächsten vier Monate auch Omnibus fahren, aber nicht bei dem Omnibusunternehmen, sondern bei einem ausgegründeten Betrieb, man sagt dazu auch Subunternehmer,

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

und bei dem darfst du dann für 7,50 Euro fahren.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Sehen Sie, und jetzt müssen Sie sagen, Sie fordern den Mindestlohn! – Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Jörg Vierkant, CDU: Das haben wir gewusst, dass das kommt. – Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Wir haben alle schon gedacht: Wo bleibt er? Wo bleibt er? – Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Lieber Herr Holter, ich habe das ganz bewusst gesagt, das hat mit Privatisieren und Nichtprivatisieren gar nichts zu tun.

(Heinz Müller, SPD: Das ist eine interessante Diskussion. – Barbara Borchardt, DIE LINKE: Aber genau. – Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Der Omnibusbetrieb auf der Insel Rügen ist zu 100 Prozent

(Michael Roolf, FDP: Öffentliche Hand.)

öffentliche Hand. Dieser öffentliche ...

(Zurufe von Dr. Till Backhaus, SPD, Helmut Holter, DIE LINKE, und Irene Müller, DIE LINKE)

Dieser Omnibusbetrieb, meine Damen und Herren, hat eine Landrätin – ich mache es mal sehr einfach –, die gehört zu den LINKEN. Ich kenne sie persönlich sehr, sehr gut.

(Vincent Kokert, CDU: Was sagt die denn zum Mindestlohn?)

Ich wollte nur anmerken, wenn wir über Sicherheit reden, dass wir nicht nur alleine davon ausgehen dürfen, dass die Videoüberwachung, und das ist hier mehrfach gesagt worden, ein Allheilmittel ist, sondern sie ist etwas, womit man die Sicherheit verbessern kann. Aber viele, viele andere Dinge, die wir möglicherweise relativ schnell beeinflussen und verbessern können, die finden in der Praxis nicht statt. Dafür wollte ich werben und auch dafür, dass der Omnibusfahrer nicht bloß 7,50 Euro verdient. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Timm.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Lüssow von der Fraktion der NPD.

Birger Lüssow, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist schon interessant zu lesen, dass sich die Koalitionsfraktionen hier selbst zum Handeln auffordern. Diese Praxis erweckt den Eindruck, als wäre die Landesregierung nicht willens, dort, wo sie es als notwendig erachtet, selbstständig zu handeln. Und darüber hinaus ist der Antrag als solches doch überflüssig wie ein Kropf.

(Egbert Liskow, CDU: Na, na, na, na!)

Schließlich sind die Unternehmen des Öffentlichen Personennahverkehrs an entsprechende gesetzliche Vorgaben gebunden. Und laut Information aus den Unternehmen stehen diese ohnehin in einem ständigen Dialog mit den Sicherheitsbehörden.

Aber in dem Antrag wird auch eines wieder besonders deutlich: Die Koalitionsfraktionen setzen auf Technik. Mit Videoüberwachung lassen sich aber Straftaten nur sehr begrenzt verhindern. Die gegenüber von meinem Laden in Rostock installierte Kamera hat bisher die Täter nicht davon abgehalten, Brandanschläge zu begehen.

Wenn dann in dem Antrag die Rede davon ist, das öffentliche Sicherheitsempfinden stärken zu wollen, wird erkennbar, dass es nicht um wirkliche Sicherheit geht, sondern lediglich um das Gefühl, sicher zu sein. Um tatsächliche Sicherheit zu gewährleisten, ist Personal notwendig. Aber dieses Personal stellt die Unternehmen vor ein Finanzproblem. Mehr Sicherheitspersonal würde daher die Erhöhung der Fahrpreise nach sich ziehen, gleichzeitig streicht die Landesregierung aber die Stellen bei der Landespolizei zusammen.

Keinem der Opfer wird seine Unversehrtheit oder sein Leben zurückgegeben, nur weil die Täter durch Videokameras erfasst wurden.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Vielfach können auch die Täter trotz Videoüberwachung nicht ermittelt werden. Sie können natürlich dafür sorgen, dass weiter technisch aufgerüstet wird, aber damit wird keine wirkliche Sicherheit geschaffen. Die Bürger fühlen sich dadurch zunehmend überwacht und dauerhaft kontrolliert. Das Sicherheitsgefühl wird gerade dadurch nicht gesteigert. Das Vertrauen in die Gewährleistung von Ordnung und Sicherheit wird mehr und mehr infrage gestellt. Bei vielen Bürgern entsteht der Eindruck, dass Polizeibeamte und Sicherheitspersonal durch Technik ersetzt werden, genau wie beim Einkauf durch die Einführung von Selbstbedienungskassen langfristig die Kassierer eingespart werden.

Sorgen Sie für eine gut aufgestellte und ausgestattete Polizei, die in der Öffentlichkeit sichtbar ist und ihre Fahrzeuge nicht nach 35.000 Kilometern Fahrleistung im Jahr stehen lassen muss! Letztlich ist die Frage der Sicherheit ein Problem der gesellschaftlichen Wahrnehmung. Wir lehnen Ihren Antrag ab.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Lüssow.

Das Wort hat jetzt noch einmal der Minister für Verkehr, Bau und Landesentwicklung Herr Schlotmann.

Minister Volker Schlotmann: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! So eine Debatte kann ja unerwartet doch einen bestimmten Gesinnungsprozess beschleunigen. Das hatte ich gar nicht erwartet. Aber so, wie das zum Teil ja hier läuft – erstaunlich, erstaunlich.

Lieber Kollege Roolf, bei aller Wertschätzung, Ihre Kritik oder mit einem Finger auf die anderen demokratischen Fraktionen zu zeigen, wie man hier mit dem Parlament umgeht und mit einem Antrag,

(Michael Roolf, FDP: Oh!)

also wissen Sie, irgendwie schwillt einem da auch als lang gedienter Parlamentarier langsam der Kamm. Gucken Sie mal auf den Tagesordnungspunkt 24, da werden wir uns über den Umgang mit diesem Parlament und mit den Inhalten, die hier zu diskutieren sind, noch mal ernsthaft auseinandersetzen. Ich finde, dieses Recht steht Ihnen nicht zu. Sie sollten nicht vergessen, vier Finger zeigen immer auf Sie selber zurück dabei.

(Gino Leonhard, FDP: Ganz vorsichtig! Ganz, ganz vorsichtig!)

Nein, das hat mit Vorsicht überhaupt nichts zu tun, Herr Leonhard. Das hat etwas mit Respekt voreinander zu tun

(Gino Leonhard, FDP: Nee! Welche Rechte wir haben, das wissen wir sehr wohl. Seien Sie mal ganz vorsichtig! – Zurufe von Hans Kreher, FDP, und Udo Pastörs, NPD)

Das weiß ich auch. Ich war lange genug in diesem Parlament, und zwar länger als Sie. Und ich bin einer derjenigen, der sehr genau darauf achtet, wie die Rechte des Parlaments hier zu beachten und zu berücksichtigen sind

(Zuruf von Hans Kreher, FDP)

Aber wenn Sie sich hier als Moralapostel aufspielen,

(Zuruf von Gino Leonhard, FDP)

müssen Sie damit leben, dass Sie von den anderen auch mal Kontra bekommen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD – Gino Leonhard, FDP: Wir lassen uns hier nicht provozieren. Was soll das denn jetzt?!)

So einfach ist das, meine Damen und Herren.

Zweitens. Die Arbeit im Verkehrsministerium, die von Ihnen kritisiert worden ist, Herr Kollege Roolf, was das Thema "Vorschlag von Verkehrsunternehmen" anbelangt, dazu werden Sie noch heute im Laufe des Tages ein Papier bekommen, aus dem Sie ersehen, wie im Haus mit diesem Vorschlag umgegangen worden ist, nämlich sachlich, sachkundig, fachlich. Wenn nicht alle Vorschläge davon sofort umgesetzt werden, dann liegt das aus unserer Sicht immer auch an den Vorschlägen. Wir sind ja nicht dazu da, dass uns ein Verband etwas schreibt und wir das 1:1 sofort umsetzen.

(Birgit Schwebs, DIE LINKE: Das macht die FDP alleine. – Zuruf von Michael Roolf, FDP)

Das ist nicht unsere Politik.

Drittens. Mindestens seit 1995 – mindestens! – gilt diese Regelung, dass Polizisten in Uniform kostenlos öffentliche Personennahverkehrsmittel benutzen dürfen, und zwar deshalb, das lässt der Rückschluss ganz einfach zu, weil das – das Datum kriegen Sie heute auch noch konkret geliefert – kein Thema der Konnexität gewesen ist

(Heinz Müller, SPD: Richtig. – Zuruf von Torsten Koplin, DIE LINKE)

weil zum damaligen Zeitpunkt das Thema Konnexität bei uns noch nicht festgeschrieben war. Das genaue Datum bekommen Sie, es liegt definitiv vor 1995. Wenn Sie weiteren Bedarf daran haben,

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

denn einige Vorwürfe sind ja konstruiert worden, weil man das nicht gewusst habe. Na ja, aber wenn man mich nicht fragt,

(Michael Roolf, FDP: Ja.)

habe ich auch keinen Anlass gesehen, Ihnen aus Jux und Tollerei zu erzählen, dass das so ist mit den Polizisten. Da muss dann schon die Bedarfsmeldung kommen.

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Das war aber bei Herrn Schulte genauso.)

Und deswegen bin ich sehr gerne bereit, dem Ausschuss umfassend über das Thema Sicherheit im ÖPNV und SPNV zu berichten. Auch die Fachleute werden Ihnen zu dem Thema berichten.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Den letzten Satz möchte ich an den Kollegen Udo Timm richten. Der ist nicht da, doch, er steht dahinten. Lieber Udo, der Ausbau der Bank in einem Bus auf Rügen ist sicherlich eine äußerst schlimme Sache. Aber ich glaube – und davon bin ich zutiefst überzeugt, weil ich genau das praktiziere, was hier vorgebracht worden ist –, man muss sich auch mit den Leuten vor Ort unterhalten, die davon betroffen sind. Das mache ich ständig und regelmäßig, auch bei Straßenwärtern und, und, und. Fakt ist, das kann man wirklich nicht verallgemeinern. Das ist ein ganz besonderer Fall und den muss man sich auch im Einzelnen angucken. Wer so ein bisschen aus der Praxis Bescheid weiß ...

(Udo Timm, CDU: Angucken!)

Udo, wer in der Praxis Bescheid weiß, bis so eine Truppe eine Bank abgebaut hat und dann immer noch nicht durch den Fahrer Alarm gemeldet worden ist, das sind schon Sachen, darüber müsste man sich im Detail mal unterhalten.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Das wäre mit Thomas am Steuer nicht passiert.)

Das Thema eignet sich nicht dazu, Sicherheit im ÖPNV hier sozusagen beispielgebend zu behandeln. In dem Sinne lade ich Sie gerne ein, im Ausschuss heftig darüber zu diskutieren, und zwar unter Einhaltung aller Fairnessregeln, die für alle gelten sollten. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Minister.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/3221 abstimmen.

Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Danke. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/3221 bei Zustimmung der Fraktion der FDP mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion der NPD abgelehnt.

Wer dem Antrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 5/3172 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Danke. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 5/3172 mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE, der Fraktion der FDP und der Fraktion der NPD angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 20**: Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Regierungserklärung zur Umsetzung der Koalitionsvereinbarung bis zum Ende der Legislaturperiode im Jahr 2011, Drucksache 5/3186.

Antrag der Fraktion DIE LINKE: Regierungserklärung zur Umsetzung der Koalitionsvereinbarung bis zum Ende der Legislaturperiode im Jahr 2011 – Drucksache 5/3186 –

Das Wort zur Begründung hat der Fraktionsvorsitzende der Fraktion DIE LINKE Herr Holter.

Helmut Holter, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist jetzt gut ein Jahr her, da haben wir hier über 100 Tage Arbeit des Ministerpräsidenten Erwin Sellering debattiert. Wir sind der Überzeugung, dass es nach einem Jahr Zeit ist zu fragen: Was ist denn innerhalb des letzten Jahres passiert? Welches Bild bietet die Koalition in Mecklenburg-Vorpommern? Wie nimmt sie ihre Verantwortung und wie nimmt die Regierung ihre Verantwortung für die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern wahr?

Und in der Tat, Herr Dankert, interessiert mich Ihre Koalitionsvereinbarung wenig. Mich interessiert, welche Maßnahmen und welche Botschaften diese Koalition und diese Regierung an die Bürgerinnen und Bürger aussenden.

(Dr. Till Backhaus, SPD: Neustart der LINKEN.)

Wir halten in der Tat eine Regierungserklärung des Ministerpräsidenten hier in diesem Hohen Hause für notwendig, für dringend erforderlich, und das deshalb, weil Sie eine Vielzahl von Baustellen selbst erkannt, angekündigt haben, auf der anderen Seite die vielen vollmundigen Ankündigungen Ihrerseits nicht umgesetzt werden

(Dr. Till Backhaus, SPD: Na, na, Herr Holter!)

und Sie sowohl das Parlament als auch die Gesellschaft, die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern im Unklaren lassen, was denn die nächsten Herausforderungen und die nächsten Maßnahmen dieser Koalition in Mecklenburg-Vorpommern sein sollen. Ich habe das Gefühl, irgendwie wollen Sie bis 2011 schon durchkommen.

(Harry Glawe, CDU: Gefühle helfen Ihnen nicht. – Dr. Till Backhaus, SPD: Neustart!)

Wir sind der Auffassung, Herr Glawe, dass die Regierung und allen voran Ihr Ministerpräsident sich nicht mehr verstecken können. Sie, und konkret Herr Sellering, sollten hier an dieses Pult treten und sich bekennen.

(Zurufe von Harry Glawe, CDU, Wolf-Dieter Ringguth, CDU, und Peter Ritter, DIE LINKE)

Es geht nicht nur über Kleine Anfragen. Die Antworten sind manchmal erschöpfend, manchmal nicht so erschöpfend, aber sie reichen uns nicht mehr.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Zu spät.)

Es liegt vieles im Argen und vieles bleibt im Dunkeln. Ja, wir wollen wissen ...

(Dr. Till Backhaus, SPD: Alles ist schlecht, nur DIE LINKE hat recht. Und jetzt brauchen Sie einen Neustart.)

Nein, nein, nicht alles ist schlecht, sondern die Regierung ist schlecht.

Wir wollen wissen, wie es weitergeht.

(Zuruf von Birgit Schwebs, DIE LINKE)

Wir wollen wissen, wie die Große Koalition in Mecklenburg-Vorpommern die heutigen Probleme lösen und die morgigen Herausforderungen anpacken will.

(Dr. Till Backhaus, SPD: Mensch, Sie waren immer so vernünftig, Herr Holter. Sie waren immer so vernünftig. Das verstehe ich jetzt nicht.)

Fehlte mir, Herr Backhaus, bisher der Glaube, bin ich jetzt davon überzeugt, dass Sie, dass diese Regierung und diese Koalition es nicht raffen werden.

(Harry Glawe, CDU: Oh Gott, oh Gott!)

Gegenwärtig – und ich will jetzt zu Beispielen kommen – sind Sie wirklich sehr zerstritten.

(Harry Glawe, CDU: Wer?)

Na, Sie beide.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU – Dr. Till Backhaus, SPD: Was haben Sie denn für eine Wahrnehmung? Ihr habt ja wohl keine Probleme!)

Wir? Wir sind überhaupt nicht zerstritten.

(Dr. Till Backhaus, SPD: Ihr habt ja wohl keine Probleme!)

Nein, nein, nein, nein, nein.

(Dr. Till Backhaus, SPD: Dann guckt mal in den "Pressespiegel", was DIE LINKE für Probleme hat! Neustart SED-PDS-LINKE! Und wie heißt die nächste Partei?! – Zurufe von Dr. Norbert Nieszery, SPD, und Harry Glawe, CDU)

Also wissen Sie, Herr Backhaus, Herr Glawe und Herr Nieszery, wir können uns gerne über den Zustand der Parteien unterhalten.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Nein, nein, ganz ruhig! Wir können uns gerne über den Zustand der Parteien unterhalten.

(Dr. Till Backhaus, SPD: Vorwärts und nicht vergessen! – Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE) Wenn DIE LINKE nicht zu dem politischen Faktor in Deutschland geworden wäre, würde sie gar nicht die Aufmerksamkeit haben,

(Dr. Till Backhaus, SPD: Ihr habt ja gar kein Programm mehr.)

die heute in der Presse nachzulesen ist.

(Dr. Till Backhaus, SPD: Ihr habt ja gar kein Programm mehr. Ihr wisst ja gar nicht mehr, was ihr wollt.)

Davon gehen Sie mal aus, weil wir nämlich in Ihrem politischen Geschäft stören.

(Zurufe von Dr. Norbert Nieszery, SPD, und Harry Glawe, CDU)

Aber Sie beide hier in Mecklenburg-Vorpommern – und jetzt kommen wir zum Thema zurück –

(Dr. Till Backhaus, SPD: DIE LINKE weiß nicht was sie will, aber das mit ganzer Kraft. – Barbara Borchardt, DIE LINKE: Das ist bei der SPD aber auch nicht anders. – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

sind so zerstritten, dass inzwischen jeder auf der Straße, jeder Mann und jede Frau, bei noch so wohlwollender Betrachtung Zweifel haben muss,

(Dr. Till Backhaus, SPD: SED-PDS-LINKE!)

ob Sie überhaupt regierungs- und handlungsfähig sind, ob Sie gestalten können oder ob Sie mehr recht oder schlecht das Land verwalten.

> (Zurufe von Dr. Till Backhaus, SPD, Barbara Borchardt, DIE LINKE, und Irene Müller, DIE LINKE)

Gegenwärtig, das haben Sie ja gerade dieser Tage wieder im Koalitionsausschuss praktiziert,

(Harry Glawe, CDU: Hat er aber gut gemacht. – Vincent Kokert, CDU: Da waren Sie richtig neidisch drauf. – Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

hören wir viel über ...

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Abgeordneter, ich muss Sie mal unterbrechen.

Meine Damen und Herren Abgeordnete, das Wort hat der Fraktionsvorsitzende.

(Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Der Redebeitrag muss zu verstehen sein. Auch bei einer lebhaften Debatte bitte ich,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

die Zwischenrufe so zu gestalten, dass das Wort, das der Fraktionsvorsitzende Herr Holter hat, zu verstehen ist.

(Dr. Till Backhaus, SPD: Aber Herr Holter bringt uns auch ganz schön hoch hier.)

Bitte, Sie haben das Wort.

Helmut Holter, DIE LINKE: Ja, reden wir mal über die Verwaltungsreform.

(Heinz Müller, SPD: Au ja! – Zuruf von Vincent Kokert, CDU) Wir hatten einen sehr großen Wurf von der Pipeline, Herr Kokert. Und im Übrigen stehe ich nach wie vor zu dem, das habe ich hier mehrfach gesagt.

> (Zurufe von Dr. Till Backhaus, SPD, Harry Glawe, CDU, und Peter Ritter, DIE LINKE)

Das herausragende Beispiel Ihrer Zerstrittenheit ist die geplante Verwaltungsreform, nach Ihrem Bekunden das wichtigste Vorhaben in dieser Legislaturperiode.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ein Reförmchen.)

Das, was wir erleben, nicht erst jetzt in diesen Tagen, sondern von Beginn an,

(Harry Glawe, CDU: Was haben Sie denn erlebt?) ist ein Stück aus dem Tollhaus.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr richtig.)

Sie sind nicht einmal in der Lage zu sagen, wohin Sie eigentlich wollen.

(Harry Glawe, CDU: Sollen wir Sie bedauern?)

Die CDU tritt für mehr Aufgabenübertragung vom Land an die Kommunen ein. Das eint uns übrigens.

(Vincent Kokert, CDU: Na, na, na! Es gibt aber auch einiges, was uns trennt.)

Die SPD spricht sich gegen konsequente Kommunalisierung aus. Sie streiten wie die Kesselflicker.

(Zurufe von Dr. Till Backhaus, SPD, und Peter Ritter, DIE LINKE)

Einig sind Sie sich allerdings darin, dass die Ergebnisse aus Anhörungen keine Rolle spielen und dass Sie selbst Ihr eigenes Leitbild, was Sie hier in diesem Haus durchgebracht haben, inzwischen ignorieren.

> (Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Harry Glawe, CDU: Das stimmt ja überhaupt nicht.)

Vernünftige Vorschläge, eine gute solide Basis – übrigens auch von Herrn Krüger, Neubrandenburg, Mitglied der CDU, von Herrn König, Oberbürgermeister in Greifswald, CDU, und von anderen immer wieder eingefordert – für eine zukunftsweisende Verwaltungsmodernisierung in Mecklenburg-Vorpommern zu schaffen, werden von Ihnen abgelehnt. Wir haben heute einen Antrag auf der Tagesordnung und Sie werden erleben, wie sich die Koalition genau zu der Verschiebung auf 2014 verhalten wird.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Sie suchen sich eine Sache aus dem Gesamtpaket aus. – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Nehmen wir ein anderes Beispiel, das energiegeladene Beispiel, Herr Glawe. Ja, die Energiepolitik der regierenden Koalition in Mecklenburg-Vorpommern ist desaströs

(Reinhard Dankert, SPD: Wieso? Wir machen doch Vorschläge. Was ist denn daran desaströs? – Vincent Kokert, CDU: Wieso das denn? – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Ja, Sie haben sich in Ihrem Koalitionsvertrag auf eine Gesamtstrategie verständigt. Sie wollten und haben ein Energieland 2020 ausgearbeitet, also das Konzept "Energieland 2020".

(Dr. Till Backhaus, SPD: Haben Sie unsere Papiere mal gesehen?)

Aber wie lange hat es denn gedauert?

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Sie mussten die Regierung auffordern, ein Konzept vorzulegen. Das war im September 2007. Die Strategie sollte im Mai 2008 vorgelegt werden. Es hat bis zum April 2009 gedauert, bis Sie sich endlich geeinigt hatten, was Sie der Öffentlichkeit hier präsentieren wollen.

(Zuruf von Michael Roolf, FDP)

Die Gesamtstrategie – und das haben wir ja bei der Auseinandersetzung und Ihrem Wehleiden und Gezeter über die Absage von Dong Energy erlebt –

(Vincent Kokert, CDU: Wer hat denn da gezetert? Gezetert haben Sie!)

war rund um das Steinkohlekraftwerk in Lubmin gestrickt. Und das \dots

(Dr. Till Backhaus, SPD: Aber doch nicht von der SPD, Herr Holter.)

Ich rede über die CDU. Das war ja wohl das federführende Ministerium. Herr Backhaus, Sie sind mit der CDU in der Koalition und Sie tragen eine Verantwortung.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Zurufe von Dr. Till Backhaus, SPD, Harry Glawe, CDU, und Peter Ritter, DIE LINKE)

Ich kann hier nur sagen – und ich höre ja immer Herrn Timm, ich lese auch die Antworten auf seine Kleinen Anfragen –, Ihre Schwerpunkte und Ihre Ziele

> (Zurufe von Harry Glawe, CDU, und Peter Ritter, DIE LINKE – Glocke der Vizepräsidentin)

zu den erneuerbaren Energien sind längst überholt worden.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Ich kann Sie nur auffordern: Überarbeiten Sie Ihr Konzept!

(Zuruf von Birgit Schwebs, DIE LINKE)

Dieses Konzept ist inzwischen das Papier nicht mehr wert,

(Harry Glawe, CDU: Das reicht jetzt langsam hier!)

auf dem es steht.

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Sehr richtig.)

Eben, meine Damen und Herren, haben wir über den Öffentlichen Personennahverkehr gesprochen. Herr Timm hat sehr anschaulich von

(Dr. Till Backhaus, SPD: Von der Landrätin gesprochen.)

seinem Sohn gesprochen.

Ja, auch von der Landrätin natürlich.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Und wenn es ein Landesvergabegesetz geben würde in Mecklenburg-Vorpommern, würde das, was Herr Timm

beschrieben hat, gar nicht aktuell und Usus sein in Mecklenburg-Vorpommern.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

In diesem Landesvergabegesetz ging es darum, dass Dumpinglöhne zumindest bei öffentlichen Aufträgen verhindert werden. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei den öffentlichen Auftraggebern haben genau dieses verdient und deswegen streiten wir nach wie vor für dieses Landesvergabegesetz. Wie man weiß, gibt es ja auch Entwürfe, die sich insbesondere auf die Verkehrsbetriebe beziehen. Und diese Frage ...

(Dr. Till Backhaus, SPD: Die kommen aber von der SPD, ne?!)

Ja, ja, ja.

Und Sie haben hier beide, Sie beide, SPD und CDU, zwei Gesetzentwürfe eingebracht.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Diese Zwischenrufe machen eindeutig den Zustand der Koalition deutlich.)

Wir haben diese beiden Gesetzentwürfe an die Regierung gegeben, damit die Regierung uns sagt, welcher denn nun umgesetzt werden kann. Sie haben bisher noch nicht mal das Gutachten in Auftrag gegeben.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Was das mit diesem Thema zu tun hat, das müssen Sie mir mal sagen. – Zurufe von Andreas Bluhm, DIE LINKE, und Birgit Schwebs, DIE LINKE)

So handlungsunfähig sind Sie, weil Sie sich nicht einigen können, wer denn nun das Gutachten erstellen soll. Welch ein Armutszeugnis!

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Harry Glawe, CDU: Sie sind nicht richtig informiert.)

Ich kann, Herr Glawe, die Warteliste beliebig fortsetzen.

(Harry Glawe, CDU: Sie sind nicht richtig informiert, Herr Kollege Holter. So einfach ist das.)

Wir haben es dieser Tage vernommen, dass die Regierung eine Novelle des Kindertagesförderungsgesetzes vorgenommen hat. Die Träger der Kindertagesstätten, die Eltern und Kinder warten seit Monaten auf dieses Gesetz. Inzwischen steigen die Kosten in den Kindertagesstätten.

(Harry Glawe, CDU: Die steigen jedes Jahr.)

Eine vorzeitige Auszahlung der Mittel ist nicht möglich, weil Sie es nicht geschafft haben,

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Harry Glawe, CDU: Und dieses Gesetz haben Sie 2004 eingebracht.)

mit dem Doppelhaushalt auch das notwendige Begleitgesetz auf den Tisch zu packen. Das ist die Wahrheit! Und das Nachsehen haben die Kommunen und die Eltern in Mecklenburg-Vorpommern.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Harry Glawe, CDU: Sie haben das Gesetz auf den Weg gebracht und Sie sind dafür verantwortlich.)

Jetzt kommen wir zu dem Thema, wo Sie auch Spezialist sind, ...

Reden Sie ruhig gegen mich, ich habe das Mikro.

(Harry Glawe, CDU: Da steht drin, DIE LINKE hat das Ding auf den Weg gebracht 2004, ja.)

... die Pflegestützpunkte, die aufgebaut werden sollen.

(Dr. Till Backhaus, SPD: Harry, hol schon mal den Wagen! – Harry Glawe, CDU: Ist doch wahr. Er bringt es auf den Weg und wirft es uns vor.)

Es fehlen die Voraussetzungen.

(Zuruf von Regine Lück, DIE LINKE)

Pflegebedürftige und deren Angehörige haben schon seit einem Jahr einen Anspruch auf wohnortnahe Beratung. Das Geld ist eingestellt. Die Landesregierung macht ihre Hausaufgaben nicht. Wo ist die Allgemeinverfügung,

(Harry Glawe, CDU: Das stimmt doch gar nicht. Wir haben 750.000 Euro eingestellt dafür. – Andreas Bluhm, DIE LINKE: Eingestellt, aber es fließt doch nichts.)

damit diese Pflegestützpunkte aufgebaut werden können?

Ja, das habe ich gesagt, dass das Geld da ist. Es kann nicht umgesetzt werden, weil die Allgemeinverfügung nicht da ist. Das ist die Wahrheit!

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Da können Sie über Geld philosophieren, so viel, wie Sie wollen.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Ende des Jahres

(Irene Müller, DIE LINKE: Und dann dauert es immer noch ein halbes Jahr, selbst wenn Hilfe da ist.)

laufen die Zielvereinbarungen ...

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Abgeordneter, ich muss Sie noch einmal unterbrechen.

Herr Abgeordneter Glawe, ich lasse Zwischenrufe zu, aber keine Dauerreden.

(Harry Glawe, CDU: Ich habe kein Mikrofon. – Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Er ist ein Bauchredner.)

Außerdem ist noch genügend Redezeit vorhanden.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das war gerade eine Kritik an der Amtsführung der Präsidentin. – Harry Glawe, CDU: Dafür nehme ich gerne einen Ordnungsruf in Kauf. Gleiches Recht für alle.)

Also unterlassen Sie diese Dauerreden!

Bitte.

Helmut Holter, DIE LINKE: Danke, Frau Präsidentin.

Die Kultur einiger Abgeordneter wäre vielleicht auch mal ein Thema wert, welches man hier diskutieren könnte.

Ende des Jahres laufen die Zielvereinbarungen des Landes mit den Hochschulen aus. Wir fragen: Wo bleiben die Eckwerte für die Hochschulentwicklung? Wir alle können uns sehr gut daran erinnern, wie lange es gedauert hat, bis die ersten Zielvereinbarungen diskutiert und verhandelt wurden. Auf welcher Grundlage sollen nun die neuen Zielvereinbarungen abgeschlossen werden? Wir wollen das wissen, die Hochschulen wollen das wissen. Und ich meine, für die Zukunft des Landes, der Universitäten, der Hochschulen ist es notwendig, dass die Eckwerte tatsächlich auf den Tisch kommen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Minister Henry Tesch: Da gibt es doch einen festgelegten Plan. – Peter Ritter, DIE LINKE: Melden Sie sich, gehen Sie ans Pult! – Zuruf von Regine Lück, DIE LINKE)

Es ist, meine Damen und Herren, inzwischen ein offenes Geheimnis, dass Sie sich gegenseitig blockieren.

(Zuruf von Minister Henry Tesch – Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist eine Unart. Kultusminister nennt sich so was! – Zurufe von Dr. Till Backhaus, SPD, und Harry Glawe, CDU)

Ja, Sie ziehen an einem Strang, aber jeder an seinem Ende und jeder in seine Richtung. Es ist vollkommen unübersichtlich, wohin sich das Land entwickeln soll. Zukunft ist für Sie ein Fremdwort, es gibt keine Vision, es gibt keine Strategie, geschweige denn einen Fahrplan.

(Dr. Till Backhaus, SPD: Neustart.)

Streit und Hader ...

Ja, mit Ihnen zusammen, wäre doch gut.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion der CDU – Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Oh, jetzt kommen wir mal zum Eigentlichen! – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Streit und Hader dominieren das Handeln. Die Koalitionäre gönnen sich nicht das Schwarze unter dem Nagel und den Erfolg, den gönnen Sie dem anderen schon gleich gar nicht.

(Zuruf von Dr. Till Backhaus, SPD)

Das Nachsehen haben die Bürgerinnen und Bürger.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Und in der Tat fragen inzwischen die Menschen im Land: Was ist los mit dieser Koalition?

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Die sind alle scharf auf Rot-Rot.)

Was ist los mit diesem Ministerpräsidenten? Was ist Sache in Mecklenburg-Vorpommern?

(Dr. Till Backhaus, SPD: Herr Holter, Sie teilen wieder so stark aus, Mensch!)

Oder ist es nicht besser, dass diese Koalition zum Scheidungsrichter geht?

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Ja, das ist meine Überzeugung. Sie versagen hier in der Tat vor den Menschen in diesem Lande.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

Und, Herr Glawe, da können Sie lachen,

(Zurufe von Harry Glawe, CDU, und Vincent Kokert, CDU)

Sie sind nicht fähig, dieses Land zu führen.

(Vincent Kokert, CDU: Wer hat Ihnen das bloß aufgeschrieben?!)

Sie sind auch nicht fähig, die entscheidenden Herausforderungen anzupacken.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Harry Glawe, CDU: Sie haben einen schlechten Redenschreiber.)

Ich bin der Überzeugung, es ist endlich Zeit, dass Erwin Sellering sich hier hinstellt und erklärt, wie in den nächsten zwei Jahren und darüber hinaus

(Vincent Kokert, CDU: Das machen Sie schon ganz gut.)

das Land Mecklenburg-Vorpommern sich entwickeln soll und welche Entwicklung er ganz konkret unterstützen will.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

In der Öffentlichkeit entsteht der Eindruck, dass Sie sich gegenseitig überhaupt nicht mehr glauben, dass Sie nicht mehr an sich glauben, geschweige denn an eine gedeihliche Zukunft denken und dass Sie Zukunft gestalten wollen.

(Harry Glawe, CDU: Das ist doch Wunschdenken, was Sie uns hier vortragen.)

Wir bräuchten uns eigentlich nur zurückzulehnen. Wir bräuchten nur zu beobachten, wie Sie sich ...

(Dr. Till Backhaus, SPD: Oh, ihr habt doch in eurem eigenen Lager auch ganz schön was zu tun. – Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Ja, ja.

... gegenseitig demontieren bei jeder Gelegenheit.

(Zuruf von Dr. Till Backhaus, SPD)

Sie schieben sich dann noch gegenseitig die Schuld zu.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Ja, man muss sich die Tagesordnung anschauen. Also, meine Herren und Damen von der Koalition, wenn wir uns die Tagesordnung der Landtagssitzung anschauen, zwei Anträge der Koalition.

> (Michael Roolf, FDP: Und 43 Abgeordnete. – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Da sagen die einen, die SPD sei zu faul, die anderen sagen, die CDU sei zu blöd. Das bescheinigt man sich gegenseitig.

(Dr. Till Backhaus, SPD: Herr Holter, haben Sie irgendwelche IMs unterwegs?)

Ich habe meine Informationen.

Und deswegen, meine Damen und Herren, diese Koalition ist gekennzeichnet durch Kakofonie und Dissonanzen.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Ich bin der Überzeugung,

(Vincent Kokert, CDU: Wir sind hier nicht bei "Wünsch Dir was!")

es ist Zeit, dass der Ministerpräsident erklärt, wie es weitergehen soll in Mecklenburg-Vorpommern. Die Menschen haben ein Recht darauf zu erfahren, wohin dieses Land gesteuert werden soll. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Holter.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Müller von der Fraktion der SPD.

(Dr. Till Backhaus, SPD: So, Heinz, nun zeig Ihnen mal, was 'ne Harke ist!)

Heinz Müller, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will hier ganz freimütig einräumen, dass es Anträge der Fraktion DIE LINKE gibt, die mir nicht nur inhaltlichen Respekt abnötigen, sondern die mir auch Arbeit machen, wenn ich darauf eine entsprechende Antwort formulieren soll.

(Vincent Kokert, CDU: Der gehört aber nicht dazu.)

Es gibt allerdings auch Anträge der Fraktion DIE LINKE, wo ich sage, na, was machen Sie denn da wieder fürs Schaufenster, nichts drin, nichts dran, eigentlich nur eine Nummer heiße Luft.

(Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

Zu dieser Kategorie, meine Damen und Herren,

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

gehört zweifellos der jetzt vorliegende Antrag:

(Regine Lück, DIE LINKE: Das kennen wir aber auch von der Regierungskoalition. – Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

nichts dran, nichts drin, nur heiße Luft.

(Irene Müller, DIE LINKE: Ja, reden Sie mal Ihre Fraktion richtig gut.)

Meine Damen und Herren, wenn ich mir diesen Antrag angucke, dieses Blatt Papier, das ich da bekommen habe.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

dann hat DIE LINKE schon mal darauf verzichtet, ihren Antrag zu begründen.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Das hat Herr Holter gerade gemacht.)

Das spricht, glaube ich, für sich. Aber nachdem, was ich von Herrn Holter jetzt eben gehört habe, kann ich nur

sagen: Dieser Antrag ist nicht nur ohne Begründung, er ist auch unbegründet.

(Vincent Kokert, CDU: Ja.)

Denn das, was Sie uns hier vorgetragen haben, Kollege Holter, warum wir denn jetzt eine Regierungserklärung abgeben müssten,

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Nicht Sie, der Ministerpräsident, Herr Müller.)

das war vorne und hinten nicht stichhaltig.

Ich meine die Koalition, Herr Bluhm, und damit den Ministerpräsidenten selbstverständlich.

(Zuruf von Sebastian Ratjen, FDP)

Und ganz nebenbei ist es wahrscheinlich auch Ihren eigenen Leuten nicht aufgefallen, dass Sie sich dabei auch noch widersprechen, wenn Sie auf Einlassung des Kollegen Dankert hier in Zwischenrufen sagen, Sie interessiert die Koalitionsvereinbarung nicht. Der Text Ihres Antrags sagt genau, Sie wollen gucken, wie das denn mit der Umsetzung des Koalitionsvertrages steht.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Jo! – Michael Roolf, FDP: Sehr richtig.)

Also offenbar scheint es Sie ja doch zu interessieren.

(Vincent Kokert, CDU: Ein richtiger Redenschreiber.)

Aber solche kleinen Widersprüche tun ja hier, zumindest für Sie, offenkundig nichts zur Sache.

(Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

Also, meine Damen und Herren, beschäftigen wir uns mit der Realität und nicht mit heißer Luft.

Zu Beginn der Koalition aus SPD und CDU in diesem Landtag hat es eine Regierungserklärung des damaligen Ministerpräsidenten Ringstorff gegeben. Als Harald Ringstorff sein Amt niedergelegt und dieses Hohe Haus als Nachfolger Erwin Sellering gewählt hat, hat Erwin Sellering eine Regierungserklärung abgegeben. Er hat die Schwerpunkte dieser Koalition umrissen, er hat ein Bild für dieses Land gezeichnet, er hat die Aufgabenstellung, die Richtung und die Vision hier angegeben. Und anhand dieser Leitlinie arbeitet diese Landesregierung, arbeitet diese Koalition.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Na dann ist es ja kein Wunder, dass es nicht vorwärtsgeht. – Harry Glawe, CDU: Oooch!)

Und, lieber Herr Holter, vielleicht fangen wir mal vorne an. Das Wichtigste beim Politikmachen ist, da beißt keine Maus den Faden ab, das Geld. Der Haushalt wird nicht umsonst als in Zahlen gegossene Politik bezeichnet.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Ja, das habe ich Ihnen bei den Haushaltsberatungen auch erzählt.)

Und, meine Damen und Herren, halten wir doch einfach mal fest, wir haben einen Doppelhaushalt 2010/2011. Wir haben die finanzielle Basis des Handelns dieser Koalition und dieser Landesregierung bis zum Ende dieser Legislaturperiode in diesem Hohen Haus auf Vorschlag der Landesregierung beschlossen. Wir haben also eine Basis für unser Handeln.

(Michael Roolf, FDP: Schauen wir mal, wann der erste Nachtragshaushalt kommt. – Zuruf von Helmut Holter, DIE LINKE)

Und in der Tat, dieses ist in Zahlen gegossene Politik. Wir haben die wesentlichen Voraussetzungen hier beschlossen, Herr Kollege Holter, und wir haben sie ohne großen Streit und ohne großen Klamauk, sondern in sachlich vernünftiger Arbeit beschlossen. Und wer dabei erwartet hat, dass er von der Opposition, insbesondere von der Opposition von der linken Seite dieses Hauses, etwas bekommen hätte, was dem verfassungsmäßigen Auftrag der Opposition entspricht, nämlich vernünftige Alternativvorschläge unterbreitet zu bekommen,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Was ist vernünftig? – Torsten Koplin, DIE LINKE: Das definieren Sie doch nicht.)

der, meine Damen und Herren, hat sich hier bitter enttäuscht gesehen. Da haben Sie uns sehr, sehr, sehr wenig vorgelegt.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Dann kennen Sie unsere Anträge nicht, Herr Müller.)

Denn das, was Sie vorgelegt haben, das war im Wesentlichen ein Vorschlag, nämlich 300 Millionen Euro neue Schulden aufzunehmen. Und das kann keine vernünftige Alternativpolitik sein.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Doch! – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Dem haben wir uns selbstverständlich nicht angeschlossen

Also, meine Damen und Herren, zeigen Sie nicht mit dem Finger auf eine angeblich handlungsunfähige Koalition,

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Die ist nicht nur "angeblich" handlungsunfähig. – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

sondern versuchen Sie mal, Ihren Auftrag, eine vernünftige, eine konstruktive, eine Alternativen aufzeigende Opposition zu sein! Dabei haben Sie bisher herzlich wenig geleistet.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Das ist auch alles heiße Luft, Herr Müller.)

Und wenn Sie, um den nächsten inhaltlichen Punkt anzusprechen, das Thema Verwaltungsreform hier aufgreifen,

(Helmut Holter, DIE LINKE: Das ist doch ein Trauerspiel.)

ich glaube, wir werden uns einige Tagesordnungspunkte weiter noch mit der Verwaltungsreform auseinandersetzen – ich freue mich schon darauf, darüber dann mit Ihnen in den Clinch treten zu können, lieber Kollege Ritter,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ich auch.)

das werden wir beide dann machen, glaube ich –, dann müssen wir doch feststellen, dass es natürlich ein sehr schwieriges Unterfangen ist, eine solche Verwaltungsreform unter den obwaltenden Umständen hier tatsächlich umzusetzen. Und dass es dabei Diskussionen bedarf und Anhörungen, um viele neue Aspekte auf den Tisch zu legen, die berücksichtigt werden müssen, das ist doch klar.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Man muss es nur tun.)

Das bestreiten zu wollen, wäre doch völlig realitätsfern.

Und was ist passiert? Wir haben uns in der Koalition, und das konnte jeder in der Zeitung nachlesen, auf wesentliche Linien für diese Reform geeinigt. Natürlich hat es unterschiedliche Positionen gegeben,

(Helmut Holter, DIE LINKE: Ich denke, es gibt ein Leitbild?)

aber eine Koalition, die funktioniert – und diese Koalition funktioniert –, hat die Kraft für vernünftige Kompromisse. Ich glaube, das, was wir dort an Kompromissen gefunden haben, das kann sich sehen lassen.

(Irene Müller, DIE LINKE: Ja, ja, verbiegen Sie sich mal ruhig.)

Ich stehe voll und ganz dazu. Ich glaube, gerade an diesem Punkt haben wir unsere Handlungsfähigkeit bewiesen.

Ich könnte das jetzt fortsetzen. Ich weiß, dass nicht jedes der Projekte dieser Koalition jedem gefällt. Ich will mal das Beispiel des Finanzausgleichsgesetzes ansprechen, über das wir hier ja sehr heftig diskutiert haben. Ich glaube, wir brauchen als funktionierende Koalition auch Kraft,

(Helmut Holter, DIE LINKE: Das sind alles abgeschlossene Dinge. Was ist mit den zukünftigen Fragen?)

um schwierige Probleme zu lösen, und dieses haben wir hier eindrucksvoll bewiesen.

(Irene Müller, DIE LINKE: Sehr eindrucksvoll.)

Und wenn wir auf die heutige Tagesordnung gucken – Sie bemängeln, da sind ja so wenige Anträge der Koalition –, Herr Holter, ich erinnere mich an Zeiten, wo wir gemeinsam Oppositionspolitiker in die Schranken gewiesen haben, die gemeint haben: Masse sei Klasse und die Regierungskoalition würde ja so wenig Anträge bringen.

(Zurufe von Vincent Kokert, CDU, und Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Dass Sie jetzt in das gleiche Horn tuten und sagen, ihr seid ja als Koalition so schwach, weil ihr so wenige Anträge bringt, lieber Herr Holter, das enttäuscht mich bitter. Das ist wirklich nicht Ihr eigenes Niveau, so zu argumentieren.

(Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

Lassen Sie uns aus der Tagesordnung lieber ein anderes Beispiel nehmen. Ich meine das Seniorenmitwirkungsgesetz. Wir greifen gesellschaftliche Entwicklungen auf,

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

wir machen daraus Politik und wir tun etwas für dieses Land. Und auch dort habe ich auf Alternativen der Opposition, insbesondere Ihre Alternativen, leider vergeblich gewartet.

Also, meine Damen und Herren, worum geht es hier eigentlich?

(Vincent Kokert, CDU: Das frage ich mich auch.)

Es geht hier doch offenbar nicht darum, ob Erwin Sellering sich hier hinstellt und noch einmal seine Regierungspolitik darstellt. Wer Einzelheiten wissen will, wer wissen will, wie der Arbeitsstand ist, der kann – das haben die Politiker der LINKEN im Innenausschuss getan – den zuständigen Fachminister fragen

(Helmut Holter, DIE LINKE: Das haben wir auch getan im Finanzausschuss.)

und wird umfassend Auskunft bekommen. Nein, meine Damen und Herren, darum geht es offenbar nicht. Das, was hier auf diesem Blättchen Papier steht, soll offenkundig etwas vortäuschen. Es geht eigentlich um etwas ganz anderes.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Na, nun bin ich aber gespannt.)

Es geht darum, sich in einer politischen Auseinandersetzung besser zu positionieren, um das eigene Interesse durchzusetzen –

(Helmut Holter, DIE LINKE: Fragen Sie mal die Busfahrer!)

das mag man ja noch verstehen können –, vor allen Dingen aber, um von sich selbst, von eigenen Problemen, die man im eigenen Hause, in der eigenen Partei, in der eigenen Fraktion hat, abzulenken und zu sagen, es sind ja eigentlich die anderen, die zerstritten sind, wobei jeder, der morgens die Zeitung liest, weiß, welche Partei in diesem Land und in diesem Haus im Augenblick eigentlich die Hauptprobleme hat.

(Vincent Kokert, CDU: DIE LINKE fällt durch Geschlossenheit auf. – Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Und deswegen, meine Damen und Herren, lieber Kollege Holter, dieser Antrag ist wirklich ein Klamaukantrag, der gehört wirklich ins Schaufenster. Und das ist kein ernst zu nehmender Beitrag einer vernünftigen Oppositionspolitik. – Wir lehnen diesen Antrag ab.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Müller.

Das Wort hat jetzt der Fraktionsvorsitzende der Fraktion der FDP Herr Roolf.

(Minister Dr. Till Backhaus: Haben Sie auch schon Winterreifen?)

Michael Roolf, FDP: Wir fahren mit Ganzjahresreifen.

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Abgeordneter, ich muss Sie noch mal unterbrechen.

Ich bitte, hier von der Regierungsbank die Diskussion zu unterlassen.

(Zuruf von Sebastian Ratjen, FDP)

Bitte, Sie haben das Wort.

Michael Roolf, FDP: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Ansatz der Kollegen der LINKEN, von dem Ministerpräsidenten von Mecklenburg-Vorpommern zu hören, wie er gedenkt, das Land durch die Probleme der Jahre 2010 und 2011 zu führen, ist ein richtiger und ein guter Ansatz.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Torsten Koplin, DIE LINKE: Genau.)

Das, was Sie aber daraus machen, liebe Kollegen der LINKEN, ist wieder etwas, was uns überhaupt nicht weiterhilft, denn das Bild, was Sie von der Koalition gezeigt haben, ist ein richtiges Bild.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion der CDU – Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Wozu brauchen wir zu den alten Geschichten des Herrn Sellering heute neue dazu? Woher nehmen Sie die Überzeugung, dass das, was er an leeren Versprechungen uns früher gegeben hat, heute Substanz ist und dass wir heute – Sie wollten es so hören – etwas haben?

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Zuruf von Helmut Holter, DIE LINKE)

Wir sind bei der Bewertung dieser Dinge so rangegangen, wie Sie es in Ihrem Antrag geschrieben haben, nämlich über die Koalitionsvereinbarung, und haben uns das einmal angeguckt. Wir haben uns die Ziffer 173, da sind wir beim Hochschulzugang, wir haben uns die Ziffer 197, da sind wir beim kulturellen Erbe, haben uns die Ziffer 292, da sind wir bei der Polizeistruktur, die Ziffer 318, Landesstrafvollzugsgesetz – ich kann das jetzt eine Stunde hier vorführen –,

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Guten Morgen, Herr Roolf! Da sind wir überall dabei.)

angeguckt und gesagt, das ist alles nicht erfüllt.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Und Herr Sellering braucht sich hier auch nicht hinzustellen und uns zu erklären, warum das alles nicht passiert ist. Wir haben die Arbeitsweise beim Nichtraucherschutzgesetz gesehen, was neu gemacht worden ist. Wir haben es beim Ladenöffnungsgesetz gesehen,

(Hans Kreher, FDP: Genau.)

wir haben es beim KiföG gesehen. Ich meine, wie viel Nachweise, lieber Kollege Holter, wie viel Nachweise brauchen wir noch,

(Harry Glawe, CDU: Ihr müsst euch mal einbringen und was machen.)

um die Unfähigkeit der jetzigen Landesregierung zu dokumentieren?

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Zuruf von Helmut Holter, DIE LINKE)

Das ist völlig in Ordnung, völlig richtig.

Und, ich sage mal, der Opposition vorzuwerfen, dass sie ihrer Aufgabe nicht gerecht wird – wir haben zwei Aufgaben, einmal zu kontrollieren und auch Vorschläge zu machen.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Richtig. – Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Auf die haben wir jedes Mal gewartet. – Zurufe von Harry Glawe, CDU, und Vincent Kokert, CDU)

Und auch da wollen wir der Öffentlichkeit ein Stückchen Einblick in Oppositionsarbeit geben.

(Vincent Kokert, CDU: Den Klamauk haben wir abgehakt. Jetzt kommen wir zu den Vorschlägen.) Was wäre denn gewesen, wenn Frau Reese von der FDP nicht eine Sondersitzung des Landtages für den 23. Februar beantragt hätte, wo es um die Rechtsbereinigungsgesetze zum Wassergesetz und zum Naturschutzgesetz geht?

(Harry Glawe, CDU: Das haben wir doch mit Frau Reese abgesprochen.)

Sie hätten es ja nicht mal geschafft. Sie schaffen es nicht mal, fristgerecht hier Gesetze durchzubringen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Das ist die Realität, meine sehr geehrten Damen und Herren. Und wenn ich mir dieses Bild angucke und dieses Bild hier habe, dann, Herr Kollege Holter, gebe ich Ihnen völlig recht, das können wir von morgens bis abends uns noch mal wieder vorführen, mit welcher Unfähigkeit diese Landesregierung agiert. Aber ich glaube, wir blockieren uns damit, denn für uns kommen keine neuen Erkenntnisse dabei heraus. Ihnen würde ich ein neues Modul der Landesregierung empfehlen, was sich wirklich eignet, wo Sie dann auch für sich als LINKE und Sie als Fraktionsvorsitzender Ihren Informationsstand haben. Wenn ich richtig informiert bin, hat der Ministerpräsident einmal in der Woche einen Chat jetzt.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Melden Sie sich dort an! Lassen Sie sich vom Ministerpräsidenten erzählen, was er denn in den nächsten Wochen machen wird!

(Helmut Holter, DIE LINKE: Das ist unerhört, unerhört, was Sie hier machen!)

Eine Regierungserklärung zur Regierungsarbeit brauchen wir hier an dieser Stelle nicht.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Frech ist das!)

Und aus dem Grund werden wir diesen Antrag dann auch ablehnen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Helmut Holter, DIE LINKE: Herr Roolf, das ist eine Frechheit, was Sie hier machen!)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Kokert von der Fraktion der CDU.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Jetzt kommt der Generalsekretär.)

Vincent Kokert, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich habe mir mal die Mühe gemacht, im Internetlexikon "Wikipedia" nachzugucken, Herr Kollege Holter. Was ist eine Regierungserklärung überhaupt?

"Eine Regierungserklärung ist eine ..."

(Toralf Schnur, FDP: Das wusstet ihr noch nicht? – Zurufe von Regine Lück, DIE LINKE, und Michael Roolf, FDP)

Ich erkläre Ihnen das ja jetzt. Schreien Sie doch nicht schon von vornherein dazwischen!

"Eine Regierungserklärung ist eine Erläuterung politischer Handlungen, Pläne und Absichten einer Regierung, bezogen auf einen konkreten Anlass oder, bei Amtsantritt, auf die gesamte Legislaturperiode. Abge-

geben wird sie vom Regierungschef oder einem Minister vor dem Parlament."

(Zuruf von Helmut Holter, DIE LINKE)

"In Deutschland wird" von der Bundeskanzlerin oder "vom Bundeskanzler zu Beginn seiner Amtszeit vor dem Bundestag eine Regierungserklärung abgegeben, in der dem Parlament die beabsichtigte Politik der Regierung während der Legislaturperiode vorgestellt wird. Sie hat keine juristische, wohl aber eine bedeutende verfassungspolitische Verbindlichkeit für Parlament und Regierung. Während der Legislaturperiode kann die Bundesregierung von sich aus Erklärungen durch den Bundeskanzler oder Minister zu aktuellen politischen Themen vor dem Parlament abgeben. Sie kann jedoch vom Bundestag nicht verpflichtet werden, Erklärungen abzugeben. Entsprechendes gilt für die Landesparlamente."

(Helmut Holter, DIE LINKE: Das wissen wir. – Peter Ritter, DIE LINKE: Schön vorgelesen!)

So weit die Internetenzyklopädie "Wikipedia".

(Helmut Holter, DIE LINKE: Danke für die Belehrung! Das wissen wir alles.)

Da hätten Sie vielleicht vorher lesen sollen, dann hätten Sie von Ihrem Antrag auch absehen können.

(Irene Müller, DIE LINKE: Na ja. – Peter Ritter, DIE LINKE: Ihnen fällt ja nicht mal eine eigene Argumentation ein. Sie müssen ja ablesen. – Irene Müller, DIE LINKE: Und dann noch von "Wikipedia", wobei jeder weiß, dass das oberflächlich ist.)

Aber ich sage Ihnen auch, Herr Kollege Holter, natürlich ist es das Recht der Opposition, eine Regierungserklärung einzufordern. Ich will auch erwähnen, dass wir in der Opposition im Herbst 2003 das Gleiche getan haben.

(Toralf Schnur, FDP: Da gab es aber noch nicht "Wikipedia".)

Erfolgreich wird aber ein solches Begehren, das kann ich Ihnen schon hier von diesem Pult sagen, trotzdem nicht sein. Ich kann Ihnen schon deshalb sagen, wir werden natürlich Ihren Antrag ablehnen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das überrascht mich nicht.)

Dennoch, Herr Kollege Ritter,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja?)

möchte ich die Chance nutzen, die mir der Antrag gibt, und mit einigen wenigen Schlaglichtern den Stand der Umsetzungen des Koalitionsvertrages skizzieren.

> (Unruhe bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Wir haben, Herr Kollege Methling, insbesondere eine Entwicklung am Arbeitsmarkt genommen,

(Helmut Holter, DIE LINKE: 17.000 Arbeitslose mehr als im Dezember.)

und das, denke ich, müssen auch Sie eingestehen, sind wir außerhalb der Werften sonst bis jetzt sehr glimpflich durch die Wirtschaftskrise gekommen.

(Irene Müller, DIE LINKE: Immer mehr Aufstocker. – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Die Zahl der Arbeitslosen – jetzt kommt eine interessante Zahl, Herr Holter – ging von 165.543 im Dezember 2005, Ihre Bilanz, Herr Holter,

> (Helmut Holter, DIE LINKE: Meine, ja, richtig. – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

auf 113.886 im Dezember 2009 um 31,2 Prozent zurück.

(Irene Müller, DIE LINKE: Bei frisierter Statistik, ja.)

Da können Sie ablesen, welche Bilanz Sie hier hinterlassen haben und was jetzt passiert ist.

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Zuruf von Regine Lück, DIE LINKE)

Die Zahl der Hilfebedürftigen ...

(Zuruf von Helmut Holter, DIE LINKE)

Hören Sie zu, Herr Holter!

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Glocke der Vizepräsidentin)

Die Zahl der Hilfebedürftigen – das ist das, worauf Sie immer rumtrommeln, was Sie uns immer vorwerfen, SGB I und SGB II – ging von 259.500 im September 2006, wieder Ihre Bilanz, Herr Holter, auf 224.200 im September 2009 um 14 Prozent zurück.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Ist das das Verdienst der Koalition?)

Und Sie werfen jetzt dieser Regierung vor, sie sei nicht handlungsfähig.

(Irene Müller, DIE LINKE: Das ist doch nicht Ihr Verdienst!)

Da kann ich nur sagen, ein Hohn, was Sie hier heute abgeliefert haben!

(Irene Müller, DIE LINKE: Da haben Sie doch gar nichts dazu getan. – Regine Lück, DIE LINKE: Sagen Sie doch mal was zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten! – Zurufe von Harry Glawe, CDU, und Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

Angebot und Nachfrage auf dem Ausbildungsmarkt – auch ein sehr spannendes Thema – sind nahezu ausgeglichen. Und wir haben es geschafft in dieser Regierungszeit, was früher nicht gelang, jedem Ausbildungsfähigen und -willigen einen Ausbildungsplatz

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Ach, du großer Gott, ich schmeiß mich ja hin!)

zur Verfügung zu stellen, Frau Kollegin Borchardt. Auch da kann ich mich noch sehr genau an Ihre Bilanz erinnern. Es war ein Scherbenhaufen.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Das kann ja wohl nicht wahr sein! – Zurufe von Irene Müller, DIE LINKE, und Peter Ritter, DIE LINKE) Und auch im Tourismus konnten wir im Jahr 2009 Zuwächse verzeichnen.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Wollen wir mal des Buch herunterholen, Demografie 2005? Das kann nicht wahr sein!)

Ich sage Ihnen ganz deutlich, daraus ziehe ich folgendes Fazit: Wir haben einen hervorragenden Wirtschafts- und Arbeitsminister, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU – Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Schade, dass er nicht da ist. Das hätte er gerne gehört. – Zurufe von Peter Ritter, DIE LINKE, und Toralf Schnur, FDP)

Und auch die Selbstständige Schule ist hervorragend angelaufen,

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Oh, oh, oh, da kommen wir noch zu!)

auch wenn Sie das von der Opposition nicht vermutet haben.

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Barbara Borchardt, DIE LINKE: Da gehen Sie mal in die Schule! – Zuruf von Helmut Holter, DIE LINKE – Glocke der Vizepräsidentin)

Die neue Regelung für die Förderschulen greift ab diesem Schuljahr und führt dazu, dass Kinder mit pädagogischen Problemen nicht mehr in andere Schulsysteme abgeschoben werden,

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Oh, träumen Sie mal weiter!)

sondern mit normalen Kindern in der 1. Klasse ganz vernünftig ausgebildet werden.

(Irene Müller, DIE LINKE: Und warum haben wir hier so eine hohe Quote an den Förderschulen? – Zuruf von Andreas Bluhm, DIE LINKE)

Wir starten ein Junglehrerprogramm und bereiten für bereits tätige Lehrer die Vollbeschäftigung vor. Die Hochschulen erfahren Unterstützung und ziehen so immer mehr junge Menschen in unser Land.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Das können Sie an den Standorten, wo wir Fachhochschulen und Universitäten haben, sehr genau ablesen.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Auch die politische Bildung – auch das ist unter Ihrer Regierungszeit nicht passiert – wurde finanziell und organisatorisch gestärkt.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Das stimmt nicht. Das war falsch, was Sie jetzt gesagt haben.)

Die Bildungskonzeption für Null- bis Zehnjährige ist auf dem Weg.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Immer noch auf dem Weg. – Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Da sind Sie vorher immer wieder zum Jagen getragen worden.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Genauso ist das.)

Sie haben es in achtjähriger Regierungszeit nicht hinbekommen, dieses Problem zu klären, und das wissen Sie auch ganz genau.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU – Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Genauso ist es. – Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Und die Theater und Orchester erhalten in diesem Land Planungssicherheit.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Sie reden wieder über Ihre Partner. Sie reden immer über Ihre Partner. – Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Auch wenn Sie hier groß herumkrakeelt haben, ist das derzeit die politische Realität. Und auch daraus ziehe ich das Fazit:

(Michael Andrejewski, NPD: Wo? In Fantasia?)

Wir haben einen hervorragenden Kultusminister,

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

der mittlerweile auch deutschlandweit hohes Ansehen genießt.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU – Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Jetzt kommt die Justizministerin. – Zurufe von Peter Ritter, DIE LINKE, und Udo Pastörs, NPD)

Herr Kollege, um die SPD-Minister hat sich bereits mein Kollege Müller gekümmert, somit kann ich mich nur auf meine Minister konzentrieren und das werde ich auch tun.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktionen der CDU, DIE LINKE und FDP – Zuruf von Helmut Holter, DIE LINKE)

Wichtige Reformen ...

(Helmut Holter, DIE LINKE: Sie kritisieren die SPD-Minister. Sie kritisieren die SPD, um die CDU herauszustellen. Das ist die Wahrheit! – Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Blödsinn!)

Ich habe hier keinen SPD-Minister kritisiert. Herr Holter, hören Sie zu!

Wichtige Reformen wie die Kreisgebiets- und die Funktionalreform und vor allem auch die Polizeireform sind auf dem Weg,

> (Unruhe bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Andreas Bluhm, DIE LINKE: Wo ist sie denn? Wo ist sie denn, die Polizeireform? – Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE – Glocke der Vizepräsidentin)

ob Sie es hören wollen oder nicht. Da sind Sie doch schon daran gescheitert und das wissen Sie auch ganz genau. Das neue FAG und der Kommunale Ausgleichsfonds sind beschlossen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: 200 Stellen! Und da sagt er Funktionalreform dazu.)

Die wehrhafte Demokratie ist bei uns im Land Wirklichkeit. Die Sportförderung unterstützt Spitzen- und Breitensport gleichermaßen.

> (Harry Glawe, CDU: Haben wir gut gemacht. Richtig, haben wir gut gemacht. – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Und auch daraus ziehe ich wieder das Fazit: Wir haben einen hervorragenden Innenminister und Sportminister.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Bravo!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben die Opferhilfe verbessert, Beratungsstellen eingerichtet, die Bewährungshilfe verstärkt und Überwachungssysteme für besonders rückfallgefährdete Sexual- und Gewaltstraftäter auf den Weg gebracht.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Und daraus kann ich auch das Fazit ziehen, Herr Kollege Methling, Sie werden es erraten können: Wir haben eine hervorragende Justizministerin.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU – Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Jawoll! – Zurufe von Barbara Borchardt, DIE LINKE, und Helmut Holter, DIE LINKE)

Und ich will anfügen, auch in Bereichen, in denen wir als CDU nicht die Verantwortung tragen, haben wir sehr wichtige Weichenstellungen auf den Weg gebracht

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Na sag mal, welche!)

und werden das auch zukünftig noch tun.

(Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Ich erinnere zum Beispiel an das für die Eltern fast beitragsfreie letzte Kita-Jahr,

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

auch das hätten Sie in Ihrer Regierungszeit auf den Weg bringen können. Dazu fehlte Ihnen die Kraft. Auch das haben Sie nicht geschafft.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Die Regierung hat sich bemüht, das Beitragsjahr freizumachen.)

Oder ich denke an die familienfreundlichen Unternehmen, an die familienfreundliche Kommune und die weitere Unterstützung der Angebote der Familienberatung,

(Regine Lück, DIE LINKE: Das ist nur ein Schlagwort.)

die auch endlich auf den Weg gebracht wurden.

(Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

Die CDU-Fraktion ist mit der Arbeit der Landesregierung, mit der Arbeit der Koalition zufrieden. Der Stillstand, Herr Kollege Holter, von Rot-Rot in diesem Land ist vorbei. Es wird aktiv gehandelt,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Oh!)

ob Sie das hören wollen oder nicht. Es werden über Jahre liegende Probleme geklärt und angegangen. Wir arbeiten erfolgreich für Mecklenburg-Vorpommern.

(Harry Glawe, CDU: Genau.)

Und damit Sie das auch noch mal nachlesen können, habe ich den Kolleginnen und Kollegen von der LINKEN zwei Broschüren heute früh in ihre Postkiste legen lassen,

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Jawoll, die brauchen das als Bettlektüre, jeden Tag.)

einmal "Zupacken für unser Land" und einmal "Erfolgreich für Mecklenburg-Vorpommern",

(Zurufe von Barbara Borchardt, DIE LINKE, und Peter Ritter, DIE LINKE)

denn das sind wir in dieser Regierungskoalition. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU – Regine Lück, DIE LINKE: Zwei Mitglieder des Landtages spenden Beifall. – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Kokert.

Das Wort hat jetzt der Fraktionsvorsitzende der Fraktion der NPD Herr Pastörs.

Udo Pastörs, NPD: Frau Präsidentin! Als "Theaterspielen gegen das Volk" möchte ich das bezeichnen, was wir hier bisher gehört haben.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Sie sind ein Statist.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, DIE LINKE will Klarheit, sollte man meinen. Nur liest man Ihren Antrag, so scheint dieser vorher mit Ihren Duzfreunden sowohl von der SPD als auch von der CDU bereits abgesprochen. Wenn das anders wäre, hätten Sie doch viel konkreter definiert, was Sie an Stellungnahmen von der Landesregierung verlangen. Aber nein, Sie verlangen weit gefasst,

(Harry Glawe, CDU: Er muss wieder zum Arzt. Herr Pastörs muss zum Arzt.)

Zitat: "Regierungserklärung über den Stand der Umsetzung der Koalitionsvereinbarung von SPD und CDU in Mecklenburg-Vorpommern", und bieten damit bewusst dem Ministerpräsidenten die Möglichkeit, einmal mehr den Menschen im Lande sein Showprogramm, wie gut alles läuft und wie hervorragend die Häppchen auf der Grünen Woche geschmeckt haben, unterzujubeln.

Aber nun mal ernsthaft: Was erwarten Sie eigentlich, Herr Holter, von einer Regierungserklärung von diesem Ministerpräsidenten? Doch sicherlich nicht die Wahrheit über die Zustände, weder in der Koalition noch hier im Lande, oder?

(Zurufe von Ilka Lochner-Borst, CDU, und Michael Andrejewski, NPD)

"Mecklenburg-Vorpommern – kraftvoll, zuversichtlich und gemeinsam in die Zukunft", so ist die Präambel der Koalitionsvereinbarung überschrieben. Und weiter: "Mecklenburg-Vorpommern blickt auf eine bewegte Geschichte. Der größte Reichtum des Landes sind seine Menschen." Und dann hagelt es nur so von Lügen in diesem Pamphlet. Apropos, der größte Reichtum eines Landes sind seine Menschen.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Ja, das passt Ihnen wohl nicht. Das ist einfach so. Das passt Ihnen nicht.) Meine Damen und Herren der LINKEN, was meinen Sie, was Ihnen hierzu der Herr Sellering sagen wird? Obwohl die Tatsache bekannt ist, dass die meisten leistungsfähigen jungen Menschen schon längst durch Abwanderung dokumentiert haben, was sie von der politischen Klasse im Lande halten, wird der Herr Sellering sanft reden und von Zurückgewinnung des Vertrauens der Bevölkerung zu den Parteien schwadronieren, und überhaupt wird er sagen, das Wichtigste sind doch Weltoffenheit und Toleranz.

Sie, Herr Holter, können ja mal probieren, dem neu verliebten Chef der Regierung beizubringen, dass es neben allerlei anderer Torheiten auch die Torheit von unbegrenzter Toleranz und Offenheit gibt.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Barbara Borchardt, DIE LINKE: Sind Sie schon wieder neidisch? – Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Aber, lieber Herr Holter, als Teil des Systems begnügen Sie sich lieber, das zu tun, was Sie schon als Arbeitsminister taten, und zwar abkassieren, Leute verdummen, Kompetenz vortäuschen, Machtlosigkeit verbergen,

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Hören Sie auf, Leute zu beleidigen!)

kurzum mitzumachen. Ministergehälter tun gut. Und was tut die Regierung für das Volk?

Meine Damen und Herren der LINKEN, Ihr Antrag ist ein Lückenfüller, nicht mehr. Sie von den PDS-Kommunisten halten an der Verirrung des BRD-Systems bis zum hoffentlich dann auch einmal für Sie bitteren Ende fest,

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Das meinen Sie, ja?)

wie Sie an Ihrem Sozialismusschwindel festgehalten haben. Die Verelendung breiter Bevölkerungsteile in der ehemaligen DDR, lieber Herr Holter, hat die linke Denkschule damals, ehrlich gesagt, überhaupt nicht interessiert.

(Regine Lück, DIE LINKE: Das können Sie doch gar nicht beurteilen!)

Und dem System, dem Sie, mein lieber Herr Fraktionsvorsitzender der LINKEN, heute anhängen, interessiert das Schicksal des eigenen Volkes ebenso einen feuchten Dreck.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Das demokratische Pingpongspielen wird zu Ende gehen, schneller als Ihnen lieb ist.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Die Menschen werden nur begrenzt einer systematischen, wirtschaftlichen, intellektuellen Auszehrung des Landes tatenlos zusehen. Für die Bevölkerung ist die Politik ein Synonym für Bonzentum und Korruption geworden. Das System hat keine Fehler. Das System, wie es real existiert, ist der Fehler selbst, meine Damen und Herren. Wir lehnen Ihren Antrag als heuchlerisch ab, Herr Holter.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Peter Ritter, DIE LINKE: Jetzt sind wir zutiefst erschüttert.) **Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Herr Pastörs, Ihre persönlichen Angriffe weise ich zurück.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Koplin von der Fraktion DIE LINKE.

Torsten Koplin, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Als unser Fraktionsvorsitzender Helmut Holter gesprochen hat, mussten Sie seitens der Koalitionsfraktionen zur Ordnung gerufen werden, offensichtlich deshalb, weil er mit seiner Rede voll und ganz ins Schwarze getroffen hat

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Unser Fraktionsvorsitzender hat deutlich gemacht, dass die Regierungspolitik in Mecklenburg-Vorpommern Ausdruck des Versagens ist.

(Egbert Liskow, CDU: Was?)

Die Landesregierung gestaltet nicht in diesem Land, sie verwaltet das Land, und dies auch noch schlecht. Und wenn Sie, Herr Müller, tut mir leid, bei allem Respekt, lediglich sagen, das wäre heiße Luft, muss ich Ihnen entgegnen, das zeugt von fehlendem Problembewusstsein und von Ignoranz gegenüber den Herausforderungen, vor denen dieses Land steht.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Beate Schlupp, CDU: Ihr habt alles besser gemacht, ne?)

Und, Herr Kokert, eine intakte Regierungskoalition würde sich dadurch ausgezeichnet haben, wenn Sie hier am Rednerpult gestanden hätten und die Arbeit der SPD-Ministerinnen und -Minister gelobt hätten und umgekehrt.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Was mich sehr verärgert, Herr Roolf, das will ich hier nicht verheimlichen, ist, dass Sie hier ans Rednerpult gegangen sind und unseren Antrag lächerlich gemacht haben.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Das ist eine Unverfrorenheit, denn das Land hat ein Recht darauf zu erfahren, dass es fahrlässig regiert wird.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Egbert Liskow, CDU: Oi, oi, oi, oi, oi!)

Ich möchte das an mehreren Beispielen deutlich machen, denn in dem Punkt hat Herr Roolf recht.

(Zuruf von Hans Kreher, FDP)

Es muss einmal deutlich gemacht werden, wo die Landesregierung, wo Sie als Koalitionäre Defizite zugelassen haben, wo Sie nicht einmal den Gesetzgebungsfahrplan eingehalten haben.

> (Vincent Kokert, CDU: Das, was Sie hinterlassen haben, das habe ich Ihnen ja schon mal gesagt.)

Dafür möchte ich Beispiele bringen, so das Sozialhilfefinanzierungsgesetz. Das Sozialhilfefinanzierungsgesetz ist zum wiederholten Male in Verzug geraten, und das zum wiederholten Male!

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktion der CDU – Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Das hat DIE LINKE genau pünktlich gebracht. Also das ist ja lustig! Das hätten Sie sich hier lieber verkneifen sollen. Das war bei Frau Linke immer superpünktlich. – Andreas Bluhm, DIE LINKE: Na, Sie wollen doch alles besser machen! – Glocke der Vizepräsidentin)

Ein dreiviertel Jahr sind Sie in Verzug und Sie werden voraussichtlich ein weiteres halbes Jahr in Verzug geraten. Was hat das für eine Konsequenz, Herr Ringguth? Was hat das für eine Konsequenz?

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Das gibt's ja wohl nicht!)

Die Konsequenz ist, dass die Kommunen, die mit dem Geld für die überörtliche Sozialhilfe nicht klarkommen,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Kredite aufnehmen müssen.

(Birgit Schwebs, DIE LINKE: Wir lassen die Kommunen nicht im Regen stehen. – Zurufe von Vincent Kokert, CDU, und Andreas Bluhm, DIE LINKE)

Frau Schlupp, Sie können sich sicherlich daran erinnern, dass Sie vor einiger Zeit eine Anfrage gestellt und gefragt haben, wie denn das mit der Unterfinanzierung in der überörtlichen Sozialhilfe ist.

(Harry Glawe, CDU: Sie haben die Verträge beim Wohngeld ein ganzes Jahr vergessen.)

Die nicht auskömmliche Finanzierung betrug ausweislich Ihrer Anfrage 3 Millionen Euro.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Halten wir fest: Mit Ihrer Nachlässigkeit zwingt die Landesregierung, weil eben die Kommunen die Kredite aufnehmen müssen, zwingt sie die Kommunen zur Kreditaufnahme. Dieselbe Landesregierung, nur ein anderes Ministerium, Herr Caffier, verhängt gegenüber den Kommunen Sanktionen, weil sie wiederum Kredite aufnehmen müssen, und zwar in zweifacher Hinsicht. Sie verlangt einerseits eine Beschränkung des Kreditrahmens mit der Folge, dass freiwillige Leistungen im sozialen und kulturellen Bereich gestrichen werden müssen, und sie verlangt zweitens den Verkauf von Tafelsilber.

(Regine Lück, DIE LINKE: Genau das ist es.)

In Stralsund soll die Wohlfahrt privatisiert werden, in Neubrandenburg das Pflegeheim und Anteile der Stadtwirtschaft.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Halten wir fest: Weil die Landesregierung nicht ordentlich arbeitet, erleiden Kommunen Vermögensverlust. Unser Fazit: Der Ruin der Kommunalfinanzen hat in diesem Land einen Namen und der heißt "Landesregierung".

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Heinz Müller, SPD: Ach, Herr Koplin! Das ist Unfug! – Zurufe von Harry Glawe, CDU, Vincent Kokert, CDU, und Beate Schlupp, CDU) Ein zweites Beispiel – der Landeskrankenhausplan. Der Landeskrankenhausplan, Herr Glawe, ist am 1. Januar 2005 in Kraft getreten für vier Jahre.

> (Harry Glawe, CDU: Oh ja, mein Lieber, das ist ein gutes Beispiel! – Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Er wäre also zum 01.01.2009 wieder fällig gewesen. Auf dem Achten Krankenhaustag, am 13.11.2008 – beachten Sie die Chronologie –

(Harry Glawe, CDU: Das wird jedes Jahr immer fortgeschrieben.)

erklärte ein Regierungsvertreter,

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

im Jahr 2009 werden wir den Landeskrankenhausplan und das Landeskrankenhausgesetz novellieren.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Passiert ist nichts. Es wäre aber dringend geboten.

Ich habe gestern schon auf Herrn Professor Schuff-Werner Bezug genommen. Der demografische Wandel verlangt Veränderungen in der Krankenhauslandschaft. Wir brauchen insbesondere Veränderungen in der medizinischen Versorgung von Hochbetagten und Mehrfacherkrankten.

(Zurufe von Harry Glawe, CDU, und Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

So nimmt in den nächsten Jahren die Zahl der Hochbetagten um das Vierfache zu. Wir brauchen mehr Fachabteilungen der Inneren Medizin, der Onkologie und der Kardiologie. Wir brauchen mehr Intensivbetten. Halten wir fest: Die Landesregierung gefährdet durch ihr Handlungsunvermögen die Qualität der Gesundheitsversorgung in Mecklenburg-Vorpommern.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Regine Lück, DIE LINKE: Jawohl. – Heinz Müller, SPD: Unfug! – Zurufe von Harry Glawe, CDU, und Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Unser Fraktionsvorsitzender ist auf das KiföG eingegangen. In den Haushalt haben wir zusätzliche Mittel für die Kindertagesstättenbetreuung eingestellt. Weil aber kein Gesetz da ist, das ist deutlich gemacht worden, gibt es keine Rechtsgrundlage zur Auszahlung.

(Unruhe bei

Abgeordneten der Fraktion der CDU – Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Das haben wir ja eingestellt. Sie haben dagegengestimmt. Das haben wir ja eingestellt. Und jetzt setzen Sie sich hin und sagen, Sie haben Geld eingestellt. Das ist doch aberwitzig! – Zurufe von Vincent Kokert, CDU, und Beate Schlupp, CDU – Glocke der Vizepräsidentin)

Das Problem, was im Moment besteht, Herr Kokert, ist keine Entlastung der Eltern, sondern eine Belastung, und zwar in Höhe von 40 Euro, in Höhe von 40 Euro durchschnittlich pro Monat und Kind.

(Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Wo an der Stelle, Herr Ringguth, die Luft für die Eltern dünn wird, gibt es nur noch zwei Möglichkeiten:

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Entweder müssen die Kommunen als Ausfallbürgen in Haftung gehen

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Ja, das habt ihr damals so gewollt bei diesem Gesetz.)

oder die Kinder werden aus den Betreuungsformen herausgenommen.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Das Gesetz habt ihr so erarbeitet, Herr Koplin! – Vincent Kokert, CDU: Das ist doch eine Frechheit!)

Halten wir fest, Herr Ringguth: Die Landesregierung schwadroniert mit dem Slogan "Kinderland MV". Tatsächlich belastet sie die Familien.

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktion der CDU – Barbara Borchardt, DIE LINKE: Die sehen das Problem der Kommunen und der Träger überhaupt nicht. – Zuruf von Andreas Bluhm, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Abgeordneter, ich muss Sie noch einmal unterbrechen.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, doch so viel Ruhe zu halten, damit der Redner wirklich seinen Vortrag hier halten kann. Bitte, Sie haben das Wort.

Torsten Koplin, DIE LINKE: Danke schön, Frau Präsidentin.

(Harry Glawe, CDU: 29.000 mehr rein in die KiföG-Finanzierung und er sagt, das wird weniger. Das ist ja wohl unglaublich! Hören Sie bloß auf zu lügen! – Zuruf von Ilka Lochner-Borst, CDU)

Am meisten gäbe es zu sagen zu dem, was nicht passiert ist, aus dem Hause des Bildungsministeriums. Aus Zeitgründen kann ich nur ein Beispiel nennen. In der Koalitionsvereinbarung im Punkt 188 – Sie erinnern sich – ist ausgewiesen,

(Irene Müller, DIE LINKE: Ah ja!)

dass spätestens zum Jahr 2010 die Lehrerbildung modernisiert wird.

(Ilka Lochner-Borst, CDU: Ja, das passiert doch alles. – Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Bevor das passieren kann, sollen die bestehenden Bachelor- und Masterstudiengänge der betroffenen Fächer einer kritischen Bestandsanalyse unterzogen werden, wird dann weiter ausgeführt. Wie oft durch den Bildungsminister und die Koalitionsfraktionen nun schon ein neues Lehrerbildungsgesetz angekündigt wurde, lässt sich von uns kaum noch zählen,

(Zuruf von Ilka Lochner-Borst, CDU)

zuletzt durch den Staatssekretär in der Presseerklärung zur neuen Strategie zur schulischen Förderung von Kindern mit besonderem Förderungsbedarf am Montag dieser Woche. Dort heißt es, ich zitiere: "Zukunftsweisend wird das neue Lehrerbildungsgesetz Module zu Inhalten und Methoden"

(Udo Pastörs, NPD: Wieder nur Strategie.)

"sonderpädagogischer Förderung für die Lehrämter aller Schularten festschreiben."

(Zurufe von Harry Glawe, CDU, und Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Genau daran, Herr Ringguth, meine Damen und Herren, wird die Misere deutlich. Es werden gravierende Veränderungen im Schulsystem vorgenommen und erst danach macht man sich offensichtlich Gedanken, wie das Personal, das diese Maßnahmen umsetzen muss, qualifiziert wird. Ein Lehrerbildungsgesetz ist neben dem Schulgesetz praktisch die zentrale Vorschrift für nachhaltige und innovative Schulpolitik.

(Ilka Lochner-Borst, CDU: Na schön, dass ihr alles gemacht habt!)

Das eine geht nicht ohne das andere.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Schön, dass ihr alles gemacht habt!)

Auch beim Junglehrerprogramm, Herr Ringguth, kreißte der Berg und gebar ein klitzekleines Mäuslein. Angekündigt war ein – ich zitiere – "zukunftsweisendes Personalentwicklungsprogramm für den Schulbereich". Das ist erheblich mehr, als dann herausgekommen ist.

Halten wir fest: Sie kündigen an, Sie versprechen, Sie propagieren.

(Zuruf von Beate Schlupp, CDU)

Mit Blick auf die nach dem Schulgesetz vorgesehene Bewertung des Arbeitsverhaltens von Schülerinnen und Schülern wäre das schlechteste Urteil "entwicklungsbedürftig" noch viel zu milde.

(Zuruf von Birgit Schwebs, DIE LINKE)

Unser abschließendes Fazit ist: Entweder, sehr geehrte Damen und Herren, Sie befleißigen sich in der Regierungspolitik, in der Politik der Koalitionsfraktionen, die Interessen der Bürgerinnen und Bürger zum Gegenstand Ihrer Politik zu machen, oder Sie machen den Weg frei für eine andere Regierungskoalition,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU)

ohne CDU und ohne FDP.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Ich hab doch gesagt, da steht der Bildungsminister oder der Sozialminister. Das war seine Antrittsrede.)

Schönen Dank für das Interesse.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Junge, Junge!)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Meine Damen und Herren, ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3186. Wer diesem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Danke. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3186 bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE, Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion der FDP und der Fraktion der NPD abgelehnt.

Meine Damen und Herren, wir treten jetzt in die Mittagspause ein. Die Sitzung wird fortgesetzt um 13.05 Uhr.

Unterbrechung: 12.07 Uhr

Wiederbeginn: 13.08 Uhr

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Meine Damen und Herren Abgeordnete, die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 21**: Beratung des Antrages der Fraktion der FDP – Unterstützende Hilfsangebote für Alleinerziehende vernetzen, Drucksache 5/3097.

Antrag der Fraktion der FDP: Unterstützende Hilfsangebote für Alleinerziehende vernetzen – Drucksache 5/3097 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Grabow von der Fraktion der FDP.

(Jörg Heydorn, SPD: Ein wichtiges Thema für die FDP. Man sieht es an der Anwesenheit.)

Ralf Grabow, FDP: Sehr geehrte Präsidentin! Sehr geehrte Kollegen!

Herr Heydorn, ich habe schon gewartet, was heute kommt. Ich hoffe auch, dass meine Kollegen gleich da sind.

In Mecklenburg-Vorpommern gibt es die meisten Alleinerziehenden in ganz Deutschland. Mit unserem Antrag wollen wir dieser gesellschaftlichen Entwicklung Rechnung tragen. Unser Ziel ist es, einen Rahmen für Alleinerziehende zu schaffen, in dem sie ohne finanzielle Hilfe ein Auskommen für sich und ihre Kinder erwirtschaften können.

Im Jahr 2008 kamen mehrere Studien des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zu dem Ergebnis, dass Alleinerziehende nicht nur auf finanzielle Unterstützung angewiesen sind, vor allem die Notwendigkeit einer individuellen Betreuungssituation der Kinder stellt für die meisten Alleinerziehenden die größte Hürde für die Berufstätigkeit dar. Dies trifft vor allem Frauen, die mit knapp 90 Prozent den Großteil der Alleinerziehenden ausmachen, und oftmals sind diese von staatlichen Sozialleistungen abhängig.

Die neuesten Erkenntnisse zeigen, dass gerade Kinder in der Hartz-IV-Bedarfsgemeinschaft einem weitaus größeren Armutsrisiko ausgesetzt sind

(Zurufe von Peter Ritter, DIE LINKE, und Udo Pastörs, NPD)

als andere Kinder.

Hier gilt es aus Sicht der FDP, den Müttern und Vätern den Rahmen zu bieten, der sie unabhängig von Transferleistungen macht und ihnen die Möglichkeit bietet, ein auskömmliches Einkommen zu erwirtschaften.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Gerade in der Gruppe der Alleinerziehenden sind die Voraussetzungen wie geschaffen. Das Ansbacher Institut bescheinigt 90 Prozent der alleinerziehenden Frauen eine hohe ausgeprägte Berufsmotivation.

(Irene Müller, DIE LINKE: Das soziale Gewissen der FDP für Alleinerziehende, Donnerwetter!)

Den Alleinerziehenden sollten hier keine Steine in den Weg gelegt werden, um für sich und ihre Kinder selbst zu sorgen. Da gilt es gerade für uns in Mecklenburg-Vorpommern, die Möglichkeiten auszureizen, den Alleinerziehenden eine würdige Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu bieten.

Im Entwurf des neuen KiföG ist die Landesregierung auf die veränderten Bedürfnisse eingegangen, also die Betreuungszeiten. Dies reicht jedoch aus Sicht der Liberalen bei Weitem nicht aus, um Alleinerziehenden eine ausreichende Flexibilität in ihrer Arbeitszeit zu bieten. Hier stehen für uns weitere unterstützende Hilfsangebote im Vordergrund.

Soziale Netzwerke und eine gute Beratung stellen den Grundstein der Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Alleinerziehende dar. Je einfacher der Zugang zu diesen Netzwerken und Beratungsangeboten ist, desto größer sind die Möglichkeiten der Alleinerziehenden, darauf zurückgreifen zu können. Hier sollten Bund, Land und Kommunen enger zusammen arbeiten. Daher fordern wir eine Übersicht über die Hilfsangebote in Mecklenburg-Vorpommern. Auch diese Hilfsangebote müssen aus Sicht der FDP untereinander vernetzt werden, um sie untereinander greifen zu lassen und den Alleinerziehenden ein wirkliches Netz der Unterstützungsangebote bieten zu können.

Für die Liberalen steht am Ende dieser Entwicklung ein regionalisiertes Hilfsangebot aus einer Hand, ein Ansprechpartner für alle Fragen, ein unbürokratischer Zugang zu der Unterstützung der Alleinerziehenden, um sie in die Lage zu versetzen, für den eigenen Lebensunterhalt selbst zu sorgen. Daher fordern wir die Landesregierung auf, genau dieses Konzept zur Bündelung der Hilfeangebote für Alleinerziehende zu erstellen. Denn diese Hilfe zur Selbsthilfe ermöglicht Alleinerziehenden ein würdiges Leben ohne Abhängigkeit von staatlichen Sozialleistungen, es verringert das Armutsrisiko der Kinder von Alleinerziehenden und am Ende auch unserer Sozialkassen. Ich bitte um die Zustimmung. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Grabow.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat die Ministerin für Soziales und Gesundheit Frau Schwesig.

Ministerin Manuela Schwesig: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! In Ihrem Antrag fordert die FDP-Fraktion die Landesregierung auf, über Angebote für Alleinerziehende in unserem Bundesland zu berichten sowie über Konzepte zur Bündelung der Angebote. Wenn ich aber den Antrag lese, meine Damen und Herren, dann wird darin suggeriert, dass es keine Vernetzung der unterschiedlichen Angebote gibt. Dem ist nicht so und darauf werde ich noch eingehen.

Ich will voranstellen, dass es bei der sozialen Familienpolitik darum geht, dass Familienpolitik auch für die verschiedenen Familienformen gemacht werden kann. Ich bin nicht der Meinung – so wie vielleicht bei der sehr stark konservativ ausgerichteten Familienpolitik –, dass wir den Menschen vorschreiben sollten, wie sie zu leben haben.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist ja richtig. – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Familien sind so bunt wie das Leben. Und deswegen müssen wir akzeptieren, wie die Familien zusammenleben. Deswegen müssen wir Familienpolitik machen für Familien und für Menschen, die partnerschaftliche Verantwortung füreinander übernehmen. Und dazu gehören eben nicht nur die Paare mit Kindern, egal ob mit oder ohne Trauschein, dazu gehören vor allem auch die vielen Alleinerziehenden, am Ende sogar der Single, wenn es darum geht, sich Gedanken zu machen, wie vereinbare ich Beruf und Pflege miteinander, wenn ich heute berufstätig bin und mein Vater oder meine Mutter pflegebedürftig wird, ganz aktuelles Thema heute auch am Tag der Pflege. Deswegen finde ich es sehr gut, wenn der Landtag sich mit der Thematik Alleinerziehender beschäftigt.

Herr Grabow, Sie haben es zu Recht angesprochen, die Anzahl der Alleinerziehenden hier in Mecklenburg-Vorpommern ist sehr hoch. Generell in Ostdeutschland sind mittlerweile 30 Prozent der Familien Alleinerziehende und in Westdeutschland 20 Prozent. Die Zahl steigt und deswegen müssen wir auch speziell auf die Bedürfnisse von Alleinerziehenden reagieren.

Bevor ich darauf eingehe, frage ich trotzdem noch mal den Antragsteller, was Sie mit Alleinerziehenden meinen. Nach meiner Auffassung gibt es bei dieser Gruppe auch noch mal vielschichtige verschiedene Formen und deswegen eben auch vielschichtige Angebote. Es gibt Angebote, die Familien ansprechen, aber auch die Alleinerziehenden ohne Partner. Es gibt Alleinerziehende, die in Arbeit sind, und es trotzdem sehr schwer haben, beides zu vereinbaren, es gibt die vielen Alleinerziehenden, die nicht in Arbeit sind, es gibt auch Alleinerziehende, die in Bedarfsgemeinschaften leben, und es gibt die alleinerziehenden Teeniemütter, die wiederum einen ganz anderen Hilfebedarf haben und Unterstützung brauchen. Daran sehen Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, dass sich aus diesen Beispielen ergibt, dass wir eben sehr unterschiedliche Hilfsangebote brauchen.

Lassen Sie mich kurz anhand einiger Zahlen deutlich machen, warum dieses Thema für die Landesregierung so wichtig ist: 30 bis 40 Prozent der Kinder in unserem Land sind von Armut betroffen. Damit liegen wir weit über dem Bundesdurchschnitt.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Kinderarmut ist natürlich eine Folge von Dauerarbeitslosigkeit, von geringem Einkommen in Familien, auch eine Folge von Niedrig- und Billiglöhnen, die wir leider in unserem Land zu verzeichnen haben. 124.000 Menschen waren beispielsweise im Jahr 2008 davon betroffen. Eine Vielzahl von Kindern von Alleinerziehenden ist eben von Kinderarmut betroffen, weil es für Alleinerziehende viel schwerer ist, Beruf und Familie zu vereinbaren, weil es viel schwerer ist, in Arbeit zu kommen, gerade dann, wenn der Berufsabschluss/Schulabschluss fehlt und Dauerarbeitslosigkeit schon in vielen Generationen vorgegeben war.

Deswegen ist es so wichtig, dass wir hier Angebote finden. Wir haben supergute Angebote für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. In unserem Bundesland sind wir mit Sachsen-Anhalt bundesweit an der Spitze. Ich erinnere an die Betreuungsquote der über Dreijährigen. 98 Prozent unserer Kinder über drei Jahre gehen in

unsere Einrichtungen und bereits 50 Prozent unter Dreijährige in die Krippen.

Ich darf Ihnen ein Vergleichsbeispiel machen: In Niedersachsen gibt es nur für zehn Prozent der Kinder Krippenangebote. Und dann unterscheiden sich unsere Angebote darin, dass eben die Kita nicht zur Mittagspause schließt, sondern die Kitas im Regelfall bis 17.30 Uhr geöffnet sind.

Wir haben zusätzliche Angebote im Land, wie gerade hier in Schwerin aktuell die 24-Stunden-Kita, um zum Beispiel Schichtdienste abzudecken, was gerade für Alleinerziehende wichtig ist, für die Verkäuferin, die heute bis 20 Uhr arbeiten muss, aber auch für die Leute, die im Schichtdienst arbeiten. Aber die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und auch die Öffnung der weiten Ladenzeiten beeinträchtigen die Situation dieser Familien, gerade der Alleinerziehenden, denn wenn von solchen Arbeitnehmerinnen immer mehr verlangt wird, flexibel zu sein, dann ist es immer schwieriger, Beruf und Familie, wenn man alleine ist, unter einen Hut zu bekommen.

An der Stelle möchte ich gerne noch einmal den Spruch von Herrn Kokert aufrufen. Deswegen hat nach meiner Vorstellung gute Familienpolitik für Alleinerziehende nicht nur etwas mit Transferleistungen und Bereitstellung von Infrastruktur zu tun, sondern auch mit guten Arbeitsangeboten. "Dazu gehört" – und jetzt darf ich Sie noch mal zitieren, Herr Kokert,

(Vincent Kokert, CDU: Ja, gerne.)

das haben Sie mal in der Debatte zur Familienpolitik gesagt –, "dass eben nicht die Familien arbeitsfreundlicher werden müssen, sondern die Arbeitswelt auch familienfreundlicher", meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Vincent Kokert, CDU: Genau, das habe ich gesagt. Sehr richtig. – Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Richtig gesagt.)

Ja, was gut ist, nehme ich gerne auf. Wenn sich die praktische Politik dann auch in der Bundesregierung fortsetzen würde, würde ich mich sehr freuen, denn das würde einige Probleme in unserem Land verringern.

(Vincent Kokert, CDU: Ich rede mal mit der Familienministerin.)

Aber noch einmal: Deswegen sind die Kita-Angebote so wichtig. Wir haben sie quantitativ, wir wollen qualitativ investieren. Wir werden gerade im KiföG die Vernetzung der Familienberatungsangebote mit Kitas stärken. Wir wollen gerade hier stärken, damit Familien und ihren Kindern, die besonderen Förderbedarf haben, zusätzliche Angebote gemacht werden. Davon werden vor allem Kinder aus Familien profitieren, wo vor allem Frauen alleinerziehend sind mit mehreren Kindern, weil sie oftmals diesen Hilfebedarf brauchen. Wir wollen vor allem die Eltern da abholen, wo sie hinkommen, und wir wollen die Beratungsangebote, die guten, die wir im Land haben, dahin bringen, wo die Familien und vor allem die Alleinerziehenden sie brauchen.

An dieser Stelle möchte ich auch noch mal darauf hinweisen, dass die Landesregierung viel dafür tut, dass möglichst diese Familien entlastet werden. Ich darf daran erinnern, dass wir das kostenfreie Mittagessen für Kinder aus finanziell schwachen Familien haben, wovon natürlich vor allem die Alleinerziehenden profitieren, dass wir das letzte Kindergartenjahr kostenfrei gestellt haben,

wovon natürlich vor allem Alleinerziehende, die immer kurz über Hartz IV verdienen und von der ganzen Entlastung nicht profitieren, eben auch profitieren. Das ist ganz wichtig.

Herr Koplin, natürlich sehe ich auch mit Sorge, dass in diesem Bereich die Gebühren wieder steigen. Aber das ist zum einem eine Folge daraus, dass Kommunen und Länder das wenig abfedern können, wenn ihnen auf der anderen Seite Einnahmeausfälle wegen Steuergeschenken für Besserverdienende blühen. Das ist auch eine Politik Ihrer Partei, Herr Grabow.

Und das zweite Problem – und daran möchte ich Sie erinnern – war der Gesetzentwurf aus dem Haus von Frau Dr. Linke. Das alte KiföG sieht leider vor, dass der Landeszuschuss gedeckelt ist.

(Irene Müller, DIE LINKE: Ja, fragen Sie doch mal, mit welcher Partei das ausgehandelt wurde!)

Ja, Frau Müller, darauf kann man sich nicht immer zurückziehen. Entweder waren Sie zu schwach, sich da durchzusetzen, oder Sie wollten es nicht richtig.

Fakt ist, dass diese Regierung ...

(Zurufe von Barbara Borchardt, DIE LINKE, und Regine Lück, DIE LINKE)

Ja, da kann ich Ihnen sagen, wie stark ich an der Stelle bin. Ich freue mich, dass ich da gar nicht richtig Rabatz machen musste, weil die SPD und die CDU das gleich ausdrücklich unterstützt haben. Wir werden den Deckel des Landeszuschusses aufheben,

> (Barbara Borchardt, DIE LINKE: Gleich? Oh, hervorragend! – Zurufe von Reinhard Dankert, SPD, Regine Lück, DIE LINKE, und Irene Müller, DIE LINKE)

damit die zukünftige Inanspruchnahme nicht mehr andere Familien belastet. Das wird ein wichtiger finanzpolitischer Schritt im neuen KiföG sein und das wird diese Landesregierung gemeinsam mit den Regierungsfraktionen auf den Weg bringen.

> (Barbara Borchardt, DIE LINKE: Sie konnten das Gesetz nicht ändern in den ganzen Jahren, ne?!)

Frau Borchardt, ich arbeite seit einem Jahr an diesem Gesetz. Wir haben diesen Vorschlag gemacht.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Da war die Große Koalition nicht stark genug.)

Und dass es Sie ärgert, dass es ein kostenfreies Mittagessen, dass es Elternentlastungen und solche guten Vorschläge mit anderen Regierungspartnern gibt, das kann ich verstehen.

(Zurufe von Barbara Borchardt, DIE LINKE, und Peter Ritter, DIE LINKE)

Aber lassen Sie das nicht an der Sozialministerin aus!

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wir sind sehr froh darüber, dass es das endlich gibt.)

Aber das kann ich auch noch ertragen, gar kein Problem. Ich wollte nur Herrn Koplin darauf hinweisen, dass er es sich an der Stelle ein bisschen zu leicht macht. Die Fehler liegen im alten Gesetz, wir werden diesen Fehler beheben.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Zur Frage der Regelangebote für Alleinerziehende: Wir haben viele Regelangebote, etwa Beratungsstellen, Informationen durch Ämter, außerdem natürlich die gesetzlichen Leistungen wie Unterhaltsvorschuss, Kinderzuschlag, Kindesunterhalt, Kindergeld und natürlich die Vergünstigungen bei der Kindertagesförderung. Ich habe es gerade angesprochen. In diesem Bereich, das möchte ich ausdrücklich betonen, gehen auch die Kommunen in eine ganz starke finanzielle Leistung, weil die Kommunen gerade für die Eltern, und da sind auch viele Alleinerziehende betroffen, die von Hartz IV leben müssen, den vollen Beitrag übernehmen. Herr Grabow, Sie kennen sich da kommunalpolitisch gut aus, gerade in einer Stadt wie Rostock übernehmen die Kommunen auch einen großen Anteil. Das muss man hier, denke ich, auch mal als Vertreterin der Landesregierung wertschät-

Andere Angebote, die vom Bund und auch vom Land mitfinanziert werden, haben meist Modellcharakter, sind zeitlich befristet und setzen stark auf Vernetzung und Kooperation mit bestehenden Angeboten. Und damit sehen Sie, dass es natürlich längst eine Vernetzung von Angeboten gibt. Ich würde gerne noch mal beispielhaft einige Sachen herausstellen:

Uns liegt es am Herzen, dass die Kinder mit gleichen Chancen im Land gesund aufwachsen und frühzeitig und individuell gefördert werden. Wir werden hier neue Angebote mit dem KiföG auf den Weg bringen. Wir wollen aber, dass Eltern vor allem niederschwellig Hilfe und Unterstützung erhalten. Das heißt, wir setzen zum Beispiel im Bereich der Kita an. Wir wollen, dass diese Angebote verzahnt und vor allem die Angebote für Kindergesundheit und Kindeswohl verbessert werden.

Ich darf Ihnen von einem ganz praktischen Fall berichten, woran man sieht, dass die Instrumente, die in den letzten Jahren auf den Weg gebracht worden sind, wirken Hand in Hand zwischen Land und Kommunen: Der heutige Ministerpräsident und damalige Sozialminister hat das Gesetz für das Änderungssystem für Vorsorgeuntersuchungen auf den Weg gebracht. Ich habe es als Sozialministerin dann umgesetzt. Es ist so, das wissen Sie, dass die Eltern, wenn Sie nicht zur Vorsorgeuntersuchung gehen, erinnert werden. Das war zum Beispiel im Fall einer alleinerziehenden Mutter im ländlichen Raum so. Das Gesundheitsamt, weil die Mutter auch nach Erinnerung nicht mit ihren Kindern zu den Untersuchungen ging, ging raus. Diese Mutter ist eine liebe Mutter, die aber in einer überforderten Situation ist und nicht die Möglichkeit hat, ihre Kinder so zu fördern, wie wir es uns vielleicht für die Kinder wünschen. Trotzdem kümmert sie sich um die Kinder, das muss man immer sehen.

Es gibt diese Familien, die frühzeitig Hilfe brauchen. Über dieses Erinnerungssystem sind wir auf diese alleinerziehende Mutter von mehreren Kindern aufmerksam geworden und haben natürlich über den öffentlichen Gesundheitsdienst diese Vorsorgeuntersuchungen nachgeholt. Wir haben vor allem gemeinsam mit dem Jugendamt empfohlen, dass diese Kinder in eine Einrichtung gehen. Man hat sogar geholfen, hier die Fahrsituation klarzustellen, weil die alleinerziehende Mutter auch nicht so mobil war für die Kinder, sodass die Kinder frühzeitig in die Einrichtung gehen und dort gefördert werden.

Und da, so sieht es der Entwurf, der jetzt vom Kabinett beschlossen worden ist, im KiföG vor, wollen wir zum Beispiel auch noch einmal 1 Million Euro drauflegen, um gerade die Kinder in den Krippen, die heute noch keinen vollständigen Rechtsanspruch haben, wo aber das Jugendamt sagt, da muss für die Kinder eine Förderung sein, um auf der anderen Seite die Eltern irgendwo zu entlasten, ihnen Mut zu machen und zu sagen, deine Kinder können was, wir fördern sie, dass wir da noch einmal 1 Million Euro drauflegen, um zum Beispiel die Stundenzahl zu erhöhen. Ich persönlich habe mich gefreut, dass man an diesem praktischen Beispiel sieht, dass diese verschiedenen Instrumente, die wir haben, greifen, und dass die Verzahnung, die Sie natürlich ansprechen, auch notwendig ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir dürfen bei der Debatte um die Hilfe für Alleinerziehende nicht den Bund außen vor lassen. Es geht natürlich um ganz konkrete Hilfsangebote. Wir brauchen zum einem Hilfen aus einer Hand für die vielen Alleinerziehenden, die dauerarbeitslos sind und dauerhaft von Transferleistungen leben müssen. Und deswegen ist es so wichtig, dass wir bei der Betreuung aus einer Hand bleiben. Daher sehe ich mit Sorge - und ich habe das aus den Medien zur Kenntnis genommen, dass es gestern sozusagen hier der Kern der Debatte war, und weiß, dass der Wirtschaftsminister und ich als Sozialministerin da gleich ticken -, daher sehe ich mit Sorge, wenn die Beratungsangebote wie zum Beispiel die Argen jetzt auseinandergespalten werden sollen, denn wir brauchen diese Hilfen aus einer Hand.

Alleinerziehende haben nicht nur das Bedürfnis, gesagt zu bekommen, wo sie vielleicht ein Jobangebot haben können, sondern sie brauchen dazu oftmals ein Angebot für Kinderbetreuung und noch andere Beratungsangebote, das reicht auch manchmal hin bis zu Schuldnerberatungsstellen oder vielleicht auch der Bewältigung von Sucht und anderen Problemen. Deswegen ist diese ganzheitliche Beratung so wichtig.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Deswegen hoffe ich, dass es doch noch zur Grundgesetzänderung kommt, sodass wir entweder über die Argen oder die Optionskommunen wirklich die Hilfen aus einer Hand bieten können. Wenn die Bürokratie größer wird und das alles noch mehr kostet und weniger Hilfen bei diesen Alleinerziehenden ankommen, dann geht es eher den Schritt zurück, anstatt nach vorne. Daher ist es so wichtig, dass wir hier vielleicht doch zu einer anderen Lösung kommen, als diese bisher die Bundesregierung vorgeschlagen hat.

Wir brauchen die ganzheitliche Betreuung, ich habe es angesprochen, denn wir haben sehr gute Angebote an Kitas bereits im Land, aber ich wünsche mir, dass wir die Kitas zu Eltern-Kind-Zentren ausbauen können. Deswegen ist es so wichtig, dass auch hier der Bund noch mal einsteigt in eine weitere Förderung. Denn dass er sich bisher nur mit fünf Prozent an den Kita-Gesamtkosten beteiligt, ich glaube, das ist einfach zu wenig, wenn man auf Kinder den Schwerpunkt legen will, und dann natürlich zu direkten Geldleistungen für solche Familien, gerade für die Alleinerziehenden, die besonders wenig haben, und das sind die, die von Hartz IV leben müssen.

Im Übrigen müssen auch viele von Hartz IV leben, die Aufstocker, wie zum Beispiel eine bekannte Verkäuferin, die zwei Jobs nachgehen muss, die eine Tochter auf dem Gymnasium hat und davon trotzdem nicht leben kann, die für jede Schulfahrt zum Amt gehen muss. Das sind

dann die Fälle, die ich sehr diskriminierend finde. Da, wo sich Alleinerziehende, und das sind vor allem Frauen, einen Kopf machen, arbeiten gehen, sich anstrengen, aber dann nicht von ihrer Arbeit leben können, das ist für mich ein unhaltbarer Zustand als Sozialministerin. Und an der Stelle, das sei auch mal gesagt, würden flächendeckende Mindestlöhne helfen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD – Toralf Schnur, FDP: Nicht einen Zentimeter!)

Bei der Frage: "Was tun, was können wir im Bund für diese Kinder tun?", muss ich auch leider feststellen, dass die Familienpolitik des letzten Gesetzes, des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes, eines beschleunigt hat – die Schere zwischen Arm und Reich in diesen Familien.

(Toralf Schnur, FDP: So ein Quatsch!)

Nein, für mich ist es unerklärlich. Sie können es ja nachher noch mal vortragen. Aber Sie müssen mir mal erklären, warum ich für meinen Sohn 35 Euro bekomme und diese alleinerziehende Frau, die von Hartz IV leben muss, null Euro! Offensichtlich sind Ihnen die Kinder nicht gleich viel wert. Und das halte ich für sehr sozial ungerecht.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE – Unruhe bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr richtig, Frau Ministerin. Sehr richtig. – Toralf Schnur, FDP: So ein Quatschkram!)

Ich sage Ihnen ganz ehrlich, ich zahle von meinen Steuergeldern sehr gerne den Kita-Platz für solche Kinder.

(Toralf Schnur, FDP: Diese Gelder sind die Steuergelder.)

Ich bin auch dafür, dass alle Kinder gleich gefördert werden. Das ist meine innere und auch meine politische Haltung.

(Michael Roolf, FDP: Der Heiligenschein da oben drüber!)

Und wenn Sie eine andere Haltung haben und Sie diese Neiddebatte gegen diese Frauen schüren, dann sieht man ganz deutlich, wo der Unterschied zwischen FDP und sozialdemokratischer Sozialministerin ist.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD – Toralf Schnur, FDP: Da gibt es noch mehr Unterschiede.)

Ja, zum Glück!

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, Herr Schnur, das müssen Sie sich schon anhören. – Irene Müller, DIE LINKE: Das tut weh, ne?!)

An der Stelle sei gesagt, wenn es heißt, Arbeit muss sich wieder lohnen, dann ist es so wichtig, dass die Alleinerziehenden, die in Arbeit sind, aber davon nicht leben können, die ihre Kinder nicht ernähren können, die durch den geringen Lohn, den sie bekommen, und weil sie Kinder haben, in Hartz IV fallen, dass diese mehr unterstützt werden.

Die Große Koalition hat es in der vergangenen Legislatur auf den Weg gebracht, den Kinderzuschlag, ein Ausbau für Alleinerziehende. Und da fordere ich, dass dieser Kinderzuschlag natürlich gerade für die Alleinerziehenden ausgebaut wird. Aber da ist Sense, da kommt leider nichts, auch nichts aus Ihrer Partei. Das sind, wenn Sie

über Alleinerziehende ehrlich reden wollen, Probleme, die muss man mit ansprechen.

(Udo Pastörs, NPD: Agenda 2010, wer hat die gemacht?)

Wir haben hier etwas im Land zu tun, aber es gibt auch eine Menge im Bund zu tun. Es wäre schön, wenn Sie sich an der Stelle dafür einsetzen würden.

(Udo Pastörs, NPD: Das ist ja unvorstellbar!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die vielschichtigen Angebote für Alleinerziehende, Aussagen zu Teilhabechancen und natürlich auch die Maßnahmen von Bund und Land werden Gegenstand des von der FDP gewünschten Ergebnisberichtes sein. Allerdings ist meines Erachtens ein Extrabericht nicht notwendig, die Landesregierung wird nämlich den Bericht – so wurde das hier im Landtag schon längst beschlossen – "Gleiche Teilhabe von Vätern und Müttern am Erwerbs- und Familienleben" dem Landtag zum 30. Juni zuleiten. Und weil wir natürlich die Alleinerziehenden unter Vätern und Müttern sehen, wird das ein Bestandteil dieses Berichtes sein.

Außerdem wird bis zu diesem Zeitpunkt auch die Stellungnahme der Landesregierung zur Umsetzung des Prognos-Berichtes vorliegen. Wir werden darin darlegen, welche Schlussfolgerungen für die Alleinerziehenden aus dem Prognos-Bericht gezogen werden müssen. Ich freue mich auf die weiteren Beratungen. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU – Zurufe von Heinz Müller, SPD, und Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Frau Ministerin.

Die angemeldete Redezeit durch die Landesregierung wurde mit acht Minuten überzogen,

(Michael Roolf, FDP: Das war unnütze Zeit. – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das war eine hervorragende Rede, sehr hervorragend!)

sodass entsprechend Paragraf 85 unserer Geschäftsordnung diese der Opposition zur Verfügung steht.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Specht von der Fraktion der CDU.

André Specht, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Antrag der Fraktion der FDP auf unterstützende Hilfsangebote für Alleinerziehende ist teilweise widersprüchlich, zum Teil stellt er aber auch aus meiner Sicht einfach nur kontraproduktiven Aktionismus dar.

Was beantragt die FDP konkret? Sie will zum einen, dass die Landesregierung eine Übersicht über alle Angebote für Alleinerziehende erstellt. Gut, das kann man wollen. Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen diesen Hilfsangeboten zu prüfen, ist ja auch noch okay. Aber darüber hinaus geht es dann darum, dass ein Konzept zur Bündelung aller Hilfsangebote erstellt werden soll. Das heißt, wir reden hier offensichtlich nicht über eine Vernetzung, sondern über eine Bündelung. Und da frage ich mich: Ist das der liberale Kern der Politik der FDP, dass man Dinge, die auf breiten Schultern oder auf mehreren Schultern verteilt sind, von Staatsseite her bündeln will und sagen will, wir führen alles zusammen?

(Heinz Müller, SPD: Das ist der neue Staatsliberalismus. Liberale Sozialpolitik, das ist schwierig. – Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Ich habe die Liberalen und die liberale Position bisher immer so verstanden,

(Zurufe von Hans Kreher, FDP, und Toralf Schnur, FDP)

dass das Verteilen auf breite Schultern durchaus dem Grundansatz ihrer Politik entspricht. Hier habe ich Zweifel, ob dieser Antrag genau in die richtige Richtung geht.

Um zum eigentlichen Thema zu kommen, vorab: Selbstverständlich ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf heutzutage eine hohe Herausforderung, nicht nur für Alleinerziehende, sondern sogar auch für gemeinsam erziehende Eltern, die in der Regel im Doppelverdienerhaushalt ebenfalls Beruf und Familie unter einen Hut bringen müssen. Ungleich größer ist diese Herausforderung zweifelsohne dann selbstverständlich für Alleinerziehende, die deutlich höhere Anforderungen, was die Organisation des Alltages, was Haushaltsführung, Kindererziehung und die Sicherung des finanziellen Einkommens betrifft, schultern müssen.

Es ist insofern – da sind wir uns einig – wichtig, ein engmaschiges Netz der Unterstützung zu gewährleisten, aber das, und das hat ja auch Frau Ministerin schon dargestellt, gibt es in weiten Teilen. Es ist richtig und wichtig, Alleinerziehende zu fördern, auch aus gesellschaftspolitischen Gesichtspunkten. Auch hierzu wurden bereits Fakten genannt wie, dass Alleinerziehende einen ganz wesentlichen Anteil in Deutschland bei den Familien ausmachen. Es gibt rund 1,6 Millionen Alleinerziehende mit 2,2 Millionen Kindern deutschlandweit. Jede fünfte Familie, auch das wurde bereits genannt, in Deutschland hat einen alleinerziehenden Elternteil, Tendenz steigend.

Gesellschaftspolitisch wird es umso wichtiger, dass man diese Hilfe bereitstellt, wenn man berücksichtigt, dass 800.000 Kinder von Alleinerziehenden armutsgefährdet sind und überproportional viele davon auch in Mecklenburg-Vorpommern. Die Zahl der Alleinerziehenden mit Bezug von Leistungen aus dem Sozialgesetzbuch II, also Hartz-IV-Empfänger, ist seit Jahren unverändert hoch. Und das ist selbstverständlich auch inakzeptabel.

Zum Glück ist es so, dass die meisten der Alleinerziehenden, nämlich über zwei Drittel, gerne in die Arbeitswelt integriert werden würden, also arbeiten wollen. Und dass man hier auf diesem Weg versucht, die Alleinerziehenden künftig besser zu unterstützen, ist wie gesagt eindeutig. Wir benötigen dazu spezifische Angebote, die mehr umfassen als Arbeits- und Ausbildungsvermittlung oder ausgewählte Einzelmaßnahmen. Wir brauchen eine frühe aktive Förderung und einen spezifischen, auf die Bedürfnisse der Alleinerziehenden abgestimmten Maßnahmenkatalog, dass hier die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gewährleistet ist.

Deshalb und vor diesem Hintergrund wurde auch bereits vom Bundesfamilienministerium im Frühjahr letzten Jahres das Projekt "Vereinbarkeit für Alleinerziehende" ins Leben gerufen. Auch dieses Projekt zielt darauf hin, stabile und nachhaltige Netzwerkstrukturen zu schaffen und zur wirksamen Integration von Alleinerziehenden in den Arbeitsmarkt beizusteuern.

Die Kooperationen der eher fallbezogenen Arbeitsagenturen mit Unternehmen und Verbänden, Kammern,

Bildungs- und Jugendhilfeträgern sowie Netzwerken sollen auch im Rahmen dieses Bundesprojektes weiterentwickelt werden. Dieses Bundesprojekt greift dabei auf zahlreiche, sehr kreative und auch bedarfsorientierte Angebote von lokalen Bündnissen für Familien zurück. Diese reichen dann auch vom Mittagstisch über Hol- und Bringedienste, Ferien-, Notfallbetreuung, Unterstützung in Erziehungs- und Weiterbildungsmaßnahmen, also in sehr vielen Alltagsfragen. Dazu gab es von dem Bundesministerium zwölf Pilotstandorte, die ausgewählt worden sind, unter anderem einer davon auch in Rostock. Das Bundesministerium fördert diese Projekte mit jeweils 40.000 Euro. Und da sollen, ich sagte es gerade schon, in dem Projekt "Vereinbarkeit für Alleinerziehende" beispielhaft stabile und nachhaltige Netzwerke etabliert werden

Es gilt zunächst aus Sicht der CDU-Fraktion, die bundesweit noch laufenden Pilotprojekte erst einmal erfolgreich zu Ende zu führen, dann umfassend zu evaluieren und zu sehen, inwieweit es weitergehenden Handlungsbedarf und Möglichkeiten, hier weiter einzugreifen, gibt.

Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass das Serviceportal des Bundesfamilienministeriums einen schnellen
Zugriff auf Wegweiser bereithält, dass man also über das
Internet die wichtigsten Informationen zu Leistungen und
Ansprechpartnern jederzeit abrufen kann. Außerdem ist
es den Kommunen vor Ort selbstverständlich möglich,
alle vor Ort vorgehaltenen Angebote für Alleinerziehende
in einem kleinen Ratgeber zusammenzufassen. Das gibt
es beispielsweise bereits in Bayreuth, in Baden-Württemberg, in Marburg. Da gibt es sehr gute Broschüren,
an denen sich auch die Kommunen in unserem Land
orientieren könnten.

(Gino Leonhard, FDP: Auf Rügen sogar.)

Es ist nicht Aufgabe des Landes – und das muss eben dann an dieser Stelle auch im Hinblick auf den Antrag der FDP-Fraktion deutlich gesagt werden –, neben dem Familienwegweiser des Bundesministeriums und auch neben den vor Ort kommunal vorgehaltenen Hilfsmöglichkeiten und Wegweisern eine weitere Struktur zu etablieren, die letztendlich dem zuwiderläuft beziehungsweise hier nur unnötig zusätzliche Strukturen schafft.

Darüber hinaus ist es so, dass niemand in Mecklenburg-Vorpommern eine umfassende Übersicht braucht, was außerhalb des eigenen Zuständigkeitsbereiches, sage ich mal, an Möglichkeiten vorhanden ist. Also ein Rostocker braucht in der Regel nicht zu wissen, was in Neubrandenburg oder auf Usedom oder in Ludwigslust vor Ort vorgehalten wird.

(Michael Roolf, FDP: Es sei denn, er will umziehen. – Zurufe von Dr. Norbert Nieszery, SPD, und Irene Müller, DIE LINKE)

Dann kann er sich aber vor Ort auch wieder neu informieren. Und das ist ...

Herr Roolf, die Möglichkeiten, sich heute über das Internet zu informieren, sind ja gegeben. Wir brauchen da nicht zusätzlich eine Konzeption des Landes,

(Michael Roolf, FDP: Wir haben doch eine.)

die hier den Kommunen letztendlich noch zusätzlich übergestülpt wird.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr richtig.)

Die staatliche Bündelung der regionalen Initiativen, diese letztendlich Gleichschaltung der Initiativen vor Ort wäre für das Land fatal. Und aus diesem Grund lehnt die CDU den Antrag auch ab. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Specht.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Müller von der Fraktion DIE LINKE.

Irene Müller, DIE LINKE: Werte Frau Präsidentin! Werte Damen und Herren Abgeordnete! Werte Dame und Herren der FDP!

(Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Herr Roolf, Sie sprachen vorhin bei unserem Antrag davon, dass wir unsere Hausaufgaben machen sollten. Ich würde Sie dringend bitten als FDP-Fraktion, mal gegenseitig auf die Anträge zu gucken und uns zukünftig so was zu ersparen wie diesen Antrag. Ich komme nicht umhin, diesen Antrag zu betrachten, und zwar Stück für Stück. Es wird Zeit, dass in bestimmte Anträge, auch wenn sie ehrlich gemeint sind, Aktion und vor allen Dingen Verstand einzieht.

Sie fordern die Landesregierung auf, zu vernetzen, und zwar zu vernetzen Bundes-, Landes- und kommunale Angebote. Es sind schon Dinge hier gesagt worden. Auf welche Art und Weise Sie sich das vorstellen, niemand weiß es. Ganz vergessen haben Sie wahrscheinlich auch, dass zu Vernetzungen Menschen, Arbeitskraft und Zeit gehören. Kein Wort darüber.

Sie fordern auf, "Möglichkeiten ... zu prüfen" – ich betone: zu prüfen – "der Zusammenarbeit zwischen den ... Hilfsangeboten". Ich frage mich ganz besorgt: Was ist das für ein Deutsch? Seit wann können Hilfsangebote zusammenarbeiten? Sie können sehr wohl miteinander wirken, zueinander wirken, sich auswirken, aber dass die Landesregierung prüfen soll, wie Hilfsangebote zusammenarbeiten sollen, halte ich schlicht und ergreifend für nicht akzeptabel und für nicht durchführbar, weil es einfach nicht funktioniert. Falsche Grammatik, falsches Deutsch.

Zum Konzept der Landesregierung, um zu bündeln, wurde schon genug gesagt. Da lasse ich mich jetzt nicht mehr aus.

Aber was lesen wir dann unter Punkt 3? Es soll ein "einfaches ... und ... lückenloses" Angebot "aus einer Hand" geschaffen werden, damit die Hilfsangebote allen zugute kommen. Werter Herr Grabow, meine Dame und Herren aus der FDP-Fraktion, auch wenn man Worte, die ins Politikfeld gehören und parlamentarische Ausdrücke sind, aneinanderreiht, sind sie nicht unbedingt schlau. Und wie soll wohl funktionieren ein lückenloses Angebot vor Ort, wo Sie gerade von Herrn Specht gehört haben, dass die Kommunen ihre Angebote alleine regeln und es demzufolge einer Unmenge an Personen bedürfte, die dann überall sitzen und sich damit beschäftigen und dazu beraten?

Also wir sehen, dieser Antrag ist ein Kracher der FDP-Fraktion, der hinten und vorn erst mal nichts aussagt, was man auch handhaben könnte.

Man kann ja dann in die Begründung gucken, um vielleicht ein bisschen schlauer zu werden. Da ging es aller-

dings dann völlig durcheinander, denn die Begründung zu diesem Antrag ist einfach nicht da. Es ist eine Begründung da, wozu auch immer, die in sich widersprüchlich ist und auch noch falsch.

Herr Grabow, was wollen Sie denn nun eigentlich?

(Heinz Müller, SPD: Das fragen wir uns auch.)

Wo liegt denn nun das Problem, das da geregelt werden soll?

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das fragen wir uns fast bei jedem FDP-Antrag.)

Sind es denn die Alleinerziehenden, die in der Hansestadt Rostock - ausgerechnet in der Hansestadt Rostock, wo es so viele Angebote gibt - nicht wissen, an wen sie sich wenden sollen? Oder sind es vielleicht die Erzieherinnen und Erzieher von Kindertagesstätten, von Kindereinrichtungen, die mit alleinerziehenden Müttern und Vätern nichts anzufangen wissen, die nicht wissen, wo sie sie hinschicken sollen? Oder wissen vielleicht die Familienberatungsstellen nicht, in welche Familien, in welche Richtung sie ihre Beratung stricken sollen, oder die Schuldnerberatungen nicht? Oder weiß das Jugendamt nicht, wie es mit Alleinerziehenden umzugehen hat? Wo ist das Problem? Wo ist die Analyse, wo ist die Recherche, welche Lücken Sie mit der Vernetzung, die angeblich – ich betone: angeblich – nicht da ist, füllen wollen? Wir können es nicht sehen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wir auch nicht.)

Benötigen wir wirklich einen Katalog, den die Landesregierung aufstellt, im Internet und sonst wo, der Alleinerziehende besser durch manchen Dschungel von Anträgen hilft? Wir sind der Meinung, nein. Wir haben nämlich unterschiedlichste Angebote, auf die Frau Schwesig schon sehr intensiv eingegangen ist.

Auf ein Angebot möchte ich aber im Gesamten noch einmal eingehen. Es gibt nämlich die Lokalen Familienbündnisse und es gibt die Initiative Familienbotschaft. Und genau diese Vereinigungen sind dazu angetreten, um Vernetzungen zu gestalten, und zwar von innen heraus, von den Beratungsstellen heraus, wie Initiativen, wie Bündnisse das machen. Und es heißt "Lokale Familienbündnisse". Also auch da ist eine Lücke geschlossen.

Außerdem gibt es, wenn Sie so schön auf die Selbsthilfe Alleinerziehender unter Punkt 3 abstellen, den Verband der Alleinerziehenden. Da gibt es auch eine Internetseite. Und wenn Sie da mal draufgucken, haben Sie dort ein sehr übersichtliches Angebot dessen, was es alles gibt. Und da können Sie sogar lesen, was, wenn Sie umziehen wollen, in einer anderen Kommune angeboten wird. Also wo liegt das Problem? Welche Lücken sollen geschlossen werden?

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das wird Herr Grabow gleich sagen.)

Die Realität der alleinerziehenden Mütter und Väter in unserem Bundesland und in Deutschland, die sieht ja auch ganz anders aus. Und gerade Sie als FDP sind es, die viele politische Aktionen unterstützt haben beziehungsweise nicht dagegen gesprochen haben, die dazu führten, dass Frauen in unserer Gesellschaft nicht gleichberechtigt agieren können, dass Frauen und alleinerziehende Männer ein Problem haben, wenn sie alleinerziehend sind. Wo sind denn jetzt Ihre Steuerangelegenheiten in Richtung Alleinerziehende? Wenn Sie sich hier als FDP im Landtag Mecklenburg-Vorpommern als

das soziale Gewissen für alleinerziehende Frauen und Männer bezeichnen wollen, hat das keine Glaubwürdigkeit. So agieren Sie unglaubwürdig als Partei, Sie haben so viel zu tun in der Angelegenheit, dass es eigentlich reicht

Sie geben in der Begründung an, dass dieser Antrag wichtig ist, weil es um die finanzielle Ausstattung von alleinerziehenden Müttern und Vätern geht. Also das kann ja nun überhaupt nicht sein, Herr Grabow. Vorhin in der Einbringungsrede haben Sie gerade gesagt, Sie möchten Angebote so vernetzen, dass Alleinerziehende unabhängig von staatlicher Hilfe sind. Das wusste ich allerdings auch noch nicht, dass, wenn es um finanzielle Angelegenheiten geht, allein eine Vernetzung diese finanziellen Angelegenheiten unter den Tisch schiebt. Im nächsten Satz in Ihrer Begründung stellen Sie allerdings dann fest, dass es viele Hilfsangebote gibt, mit denen agiert werden kann. Und im nächsten, darauf folgenden Satz, da wird es dann noch kunterbunter. Da machen Sie darauf aufmerksam, dass es ab 01.01. des Jahres 2010 mehr Kinderunterhalt gibt und demzufolge ja ein großer Schritt gemacht wird. Also was soll Ihr Antrag?

Wenn wir jetzt noch in der Begründung weitergehen, wissen wir nicht mehr, ob wir lachen oder heulen sollen.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Richtig.)

Da steht dann nämlich – und das muss ich jetzt im Original vorlesen –, dass es einen Hilfebedarf gibt, der in der Unvereinbarkeit von Familie und Beruf liegt, und dass sie die Vernetzung benötigen– man höre und staune! –, damit Alleinerziehende "ihre Motivation" zur Aufnahme von Arbeit "voll ausleben" können.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Das ist eine Unverschämtheit, ist das.)

Nicht nur eine Unverschämtheit, ich frage mich auch ganz besorgt, wozu ich Vernetzung brauche, um meine Motivation auszuleben. Eine Motivation habe ich,

(Dr. Margret Seemann, SPD: Gerade die Frauen sind motiviert.)

viel weniger gar nicht. Aber dass ich die Motivation dann mit Vernetzung auslebe, das müssen Sie mir bitte ins Deutsche übersetzen, das ist ein Konglomerat aneinandergereihter Wörter, die völlig sinnlos sind.

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Wir als LINKE-Fraktion sind es leid, entweder an Ihren unvollkommenen Anträgen rumzubasteln mit Änderungsanträgen oder über irgendwelche schlechten Recherchen, falsche Informationen, falsche Darstellungen und kunterbunte Inhalte, die zueinander nicht passen, abzustimmen, positiv abzustimmen. Wir werden diesen Antrag ablehnen, weil er so, wie er aufgeschrieben ist, keinen Sinn hat.

Und wir würden Sie darum bitten, helfen Sie uns, vor allem jetzt im Jahr der Armut und sozialen Ausgrenzung, dass Dinge, die Familien wirklich Schwierigkeiten bereiten, beseitigt werden, dass die Hartz-IV-Regelsätze, solange es Hartz IV noch gibt, auf eine vernünftige Höhe geschraubt werden, dass es nicht mehr nötig ist, dass 40 Stunden arbeitende Menschen aufstocken müssen. Auch das würde uns helfen. Familienfreundliche Bedingungen bestehen für uns hier alle, davon haben auch Alleinerziehende was. Bitte überlegen Sie sich Ihre Anträge und deren Sinnhaftigkeit und verschonen Sie uns mit solchen. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Frau Müller.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Dr. Seemann von der Fraktion der SPD.

Dr. Margret Seemann, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Gruppe der alleinerziehenden, und ich sage hier ausdrücklich: alleinerziehenden Mütter und Väter – in Mecklenburg-Vorpommern haben wir nämlich nicht nur zehn Prozent alleinerziehende Väter, sondern sogar zwölf Prozent alleinerziehende Väter – steht, das ist richtig, Herr Grabow, im Zentrum vieler Studien, vieler Analysen und vieler Angebote. Das steht auch in Ihrer Begründung hier zum Antrag. Das ist aber auch für mich das Einzige, was da so einigermaßen in der Begründung verständlich gewesen ist.

Ich möchte jetzt nicht das noch mal zitieren, was Frau Müller hier vorgetragen hat, aber ich möchte an einer anderen Stelle noch mal zitieren aus der Begründung. Hier steht: "Betroffen sind davon", gemeint ist die Notwendigkeit der Arbeitsmarktintegration, "vor allem alleinerziehende Mütter, welche aber einen weitaus höheren Wunsch zur Berufstätigkeit aufbringen, als Frauen in Paarhaushalten." So weit, so gut. Dann steht hier aber: "Dies führt dazu, dass ein Großteil der Alleinerziehenden nur für einen bestimmten Zeitraum Transferleistungen bezieht."

Meine sehr geehrten Damen und Herren, sowohl die Rede der Ministerin als, ich glaube, Herr Grabow, auch Ihre eigene Rede haben deutlich gemacht, dass diese Aussage falsch ist. Alleinerziehende haben nämlich genau das Problem, dass sie länger, zum Teil zeitlebens, auf Transferleistungen angewiesen sind. Sie haben erst mal, da komme ich nachher noch mal zu, größere Schwierigkeiten, überhaupt eine Beschäftigung zu finden, und noch viel größere Schwierigkeiten, wenn sie denn eine finden, eine existenzsichernde Beschäftigung zu finden. Sie sind häufig auch dann noch auf Transferleistungen angewiesen. Also dieser Teil der Begründung ist nicht nur missverständlich, sondern regelrecht falsch.

Und besonders interessant finde ich dann den anschließenden Satz. Den zitiere ich jetzt doch auch noch mal, denn ich komme noch zu einer anderen Schlussfolgerung als Frau Müller. Hier steht: "Mit einem erleichterten Zugang zu Hilfsangeboten können sich Alleinerziehende schneller an die neuen Lebensumstände anpassen …" Können sich schneller an die neuen Lebensumstände anpassen?! Meine sehr geehrten Damen und Herren, gerade Alleinerziehende müssen sich sofort an die neuen Lebensumstände anpassen, denn sie sind vom ersten Tag an alleine für die Kinder zuständig. Und wir brauchen hier denen nicht noch irgendwelche Erleichterungen zu geben, ich glaube, darin besteht ja gerade die Lebensleistung auch von Alleinerziehenden.

Und es geht hier noch weiter: "und ihre Motivation zur Berufstätigkeit voll ausleben". Ich habe den Eindruck, dass die FDP – insgesamt auch im Kontext mit diesem Satz – die Alleinerziehenden gerade als Last für die Sozialkassen sieht und dass Sie deshalb die Alleinerziehenden aus den Sozialkassen raushaben wollen, während wir den Ansatz haben, die Lebensumstände der Menschen zu verändern, weil sie nämlich großartige Erziehungsleistungen und Leistungen für die Gesell-

schaft vollbringen. Und da, glaube ich, unterscheidet sich dann die SPD auch wesentlich von der FDP.

(Zuruf von Hans Kreher, FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Frau Ministerin Schwesig hat vorhin schon darauf hingewiesen, dass die Gruppe der Alleinerziehenden ja sehr heterogen ist. Ich habe noch mal nachgeguckt, was versteht man denn so unter Alleinerziehenden. Unter Alleinerziehenden werden in der Regel Personen verstanden, die ohne Partner oder Partnerin mit einem oder mehreren unverheirateten Kindern im Haushalt leben. Das schließt eine neue Partnerbeziehung ohne gemeinsame Haushaltsführung aber nicht aus. Und laut einer Alleinerziehenden aktuell in einer neuen Partnerschaft.

Schaut man genauer hinter diese Gruppe, so stellen wir an folgenden Merkmalen die Heterogenität fest:

- Die Geschlechtsspezifik, das habe ich gesagt.
- Der Bildungsstand von Alleinerziehenden unterscheidet sich in einzelnen Punkten, aber nicht wesentlich von dem der Mütter aus Paarfamilien. 30 Prozent der alleinerziehenden Mütter haben einen Hauptschulabschluss, Alleinerziehende mit Abitur sind mit einem knappen Viertel gegenüber Müttern aus Paarfamilien unterrepräsentiert, Absolventinnen der Realschule sind mit über 40 Prozent stark vertreten, 5 Prozent haben keinen Abschluss. Aber alleinerziehende Mütter sind etwas häufiger ohne beruflichen Abschluss als Mütter in Paarbeziehungen.
- Auch bei der Erwerbstätigkeit zeigen sich in der Gesamtbetrachtung nur geringfügige Unterschiede zwischen alleinerziehenden Müttern und Müttern in Paarfamilien. Etwa jeweils knapp zwei Drittel sind erwerbstätig.
- Anders sieht es aus, wenn wir das Einkommen betrachten. Das Haushaltseinkommen liegt bei Alleinerziehenden zum Teil bei mehr als 30 Prozent unter dem jeweiligen Landesdurchschnitt. In Mecklenburg-Vorpommern beziehen 56 Prozent der Alleinerziehenden Mindestsicherungsleistungen nach SGB II. In der Gruppe der wirtschaftlich schwachen Familien sind Alleinerziehende überproportional vertreten, 51 Prozent der Alleinerziehenden sind dieser Gruppe zuzuordnen.

Aber auffällig ist nach Untersuchungen, dass Alleinerziehende besser Bescheid wissen über Beratungsangebote, diese auch mehr nutzen als Familien mit zwei Elternteilen. Das wiederum widerspricht der Aussage in der Begründung der FDP, die uns ja eigentlich mitteilen will, dass die Alleinerziehenden nicht Bescheid wissen und dass wir deshalb ein entsprechendes Konzept noch entwickeln müssen.

Wo liegen denn nun eigentlich die Schwierigkeiten für alleinerziehende Mütter, aber eben auch alleinerziehende Väter? Gemäß Arbeitsmarktbericht der Bundesagentur für Arbeit ist es für Alleinerziehende wegen familiärer Verpflichtungen schwerer als für andere Personen, die Arbeitslosigkeit zu beenden. Wie gesagt, das ist falsch, was da in der Begründung des FDP-Antrags steht.

Allerdings ist bemerkenswert, dass die Erwerbstätigenquote bei alleinerziehenden Vätern mit circa 79 Prozent erheblich über der Erwerbstätigenquote von alleinerziehenden Müttern liegt, aber gleichzeitig auch deutlich unter der Erwerbstätigenquote der Väter aus Paarfamilien. Dabei ist in den ostdeutschen Bundesländern der Anteil der Erwerbstätigen unter den Alleinerziehenden niedriger, was offensichtlich mit der höheren Gesamtarbeitslosigkeit zusammenhängt. Aber Alleinerziehende aus Ost und West sind überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffen.

Meines Erachtens macht das sehr deutlich, dass vonseiten der Arbeitgeber viel zu wenig Kinder als Gewinn statt als Belastung gesehen werden. Hier bedarf es vermehrter Anstrengungen, und zwar sowohl seitens der Politik, aber auch der Wirtschaft. Kinder von Alleinerziehenden besuchen überdurchschnittlich oft Ganztagsschulen beziehungsweise brauchen eine angebotene schulische Nachmittagsbetreuung. Ebenso sind Alleinerziehende angewiesen auf die Betreuung ihrer Kinder in Kindertageseinrichtungen.

Es ist deshalb sehr wichtig, dass neben den regulären Öffnungszeiten Kinderbetreuung in Randzeiten angeboten wird, darauf hat Frau Ministerin Schwesig auch hingewiesen. Diese dürfen aber nicht teurer sein als die Angebote in der regulären Betreuungszeit, da das wiederum insbesondere Alleinerziehende benachteiligt oder Geringverdienende, vor allem jene, die auch noch in Schicht arbeiten müssen.

Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bin vor Kurzem in einer Tagespflegeeinrichtung in Stralsund gewesen, die ein sehr schönes Angebot mit einer 24-Stunden-Betreuung macht. Aber es ist in der Tat so, die Eltern oder die Erziehungsberechtigten, die dieses Angebot außerhalb der regulären Öffnungszeit nutzen wollen, müssen pro Stunde 7,50 Euro aufbringen, selbst wenn sie in der regulären Öffnungszeit ihr Kind dort nicht hinbringen, also keinen Platz in Anspruch nehmen.

Ich finde, dafür muss es Lösungen geben, gerade für Menschen, die in Schichten arbeiten. Und machen wir uns nichts vor, es sind ja nicht nur Alleinerziehende. Auch im ländlichen Raum pendeln sehr häufig beide Elternteile und auch die sind auf solche flexiblen Angebote oder Randzeitenangebote angewiesen. Aber gerade hinsichtlich der Randzeitenbetreuung müssen vor Ort und unter Einbeziehung und mit Unterstützung der Unternehmen Lösungen gefunden werden.

In diesem Zusammenhang möchte ich beispielhaft das Unternehmen STA-BAU in Anklam hervorheben. Wir haben sonst immer, glaube ich, so unsere Standardunternehmen. Das Unternehmen ist 15 Jahre erfolgreich am Markt und hat zurzeit 38 Beschäftigte. Dieses Unternehmen lebt die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Es beteiligt sich an den Betreuungskosten für die Kita und hilft bei der Suche nach einer geeigneten Kindertagesstätte und nach Wohnraum in der Nähe der Arbeitsstelle. Darüber hinaus bietet es flexible Arbeitszeiten für Frauen und Männer an. Wo ein Wille ist, da ist in diesem Unternehmen auch ein Weg. An dem Beispiel von STA-BAU kann gezeigt werden, dass es auch für kleine Unternehmen möglich ist, Lösungen für ihre Mitarbeitenden mit Kindern zu finden.

Notwendig ist die Entwicklung von individuellen und kooperativen Lösungen sowie von Netzwerkstrukturen und unkomplizierten Verbundlösungen vor Ort.

(Vizepräsident Andreas Bluhm übernimmt den Vorsitz.)

Ich habe mich im Dezember in dem Unternehmen vor Ort kundig gemacht. Ich habe dort gespürt, dass diese Familienfreundlichkeit als Unternehmensphilosophie in Fleisch und Blut übergegangen ist, dass sie dort gemeinsam gelebt wird und man faktisch wie in einer großen Familie lebt. Sowohl das Unternehmen als auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Familie profitieren davon. In dem Unternehmen gibt es keine Fluktuation, keine einzige, dafür aber eine hohe Flexibilität während Durststrecken und große Einsatzbereitschaft, wenn viele Aufträge eingehen. Und was bemerkenswert war: Auch in der Krise gab es keine gedrückte Stimmung, sondern eher eine positive Stimmung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, neben der notwendigen Beratung von Alleinerziehenden sehe ich das Wichtigste darin, sie dabei zu unterstützen, dass sie am Erwerbsleben teilhaben können und sich somit eine Existenzsicherung selbst erarbeiten und eigene Rentenanwartschaften erwerben können.

Und, sehr geehrte Herren, meine Dame von der FDP, nach diesem Antrag hoffe ich sehr, dass Sie auf Bundesebene unterstützen, dass wir die Mittel, die für das Betreuungsgeld eingesetzt sind, nicht für diesen Zweck ausgeben, denn nach einer Untersuchung – Sie wissen vielleicht, dass in Thüringen einige Jahre schon Betreuungsgeld gezahlt wird –, nach einer Untersuchung zu diesem Betreuungsgeld steht fest, dass gerade Alleinerziehende und Geringverdienende dann das Nachsehen haben, weil sie länger aus dem Berufsleben ausscheiden und weil sie dann nicht mehr in die berufliche Tätigkeit hineinkommen. Und ich sage Ihnen ganz ehrlich, dieses Geld,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

dieses Geld in die Kinderbetreuung, in die Infrastruktur zu stecken und qualitativ hochwertige Kinderbetreuung anzubieten, das wäre weitaus sinnvoller, gerade für Alleinerziehende und Geringverdienende, als ein Betreuungsgeld zu zahlen und die Frauen vor allen Dingen damit länger vom Arbeitsmarkt wegzuhalten.

(Gino Leonhard, FDP: Das stimmt überhaupt nicht, das stimmt überhaupt nicht.)

Von den zahlreichen Projekten im Land, gefördert aus Bundes- oder Landesmitteln, die insbesondere dazu beitragen, die Vereinbarkeit von Erwerbs- und Privatleben zu verbessern, profitieren natürlich auch die Alleinerziehenden. Lassen Sie mich beispielhaft, hier sind schon Beispiele genannt worden, das Landesprojekt "Modulare Qualifizierung in der Elternzeit" oder auch das Bundesprojekt "Perspektive Wiedereinstieg" nennen.

Frau Ministerin Schwesig hat bereits gesagt, dass die Landesregierung noch die Stellungnahme zur Situation von Haushalten mit Kindern in Mecklenburg-Vorpommern erarbeitet, und dort spielen natürlich die Alleinerziehenden eine entsprechende Rolle, und dass auch noch die Antwort auf den Antrag der Koalitionsfraktionen auf Drucksache 5/2254 aussteht, auch hier sind die Alleinerziehenden mit einbezogen.

Ich hatte mir vorher überlegt, ob man angesichts dieser noch offenen Sachen den Antrag schieben sollte, aber ich bin mittlerweile der Auffassung, dass der Antrag und auch gerade die Begründung wirklich keinen Sinn machen, auch kein Zusammenhang zu erkennen ist. Und deshalb macht es auch keinen Sinn, den vorliegenden Antrag zu verschieben. Immer mehr Berichte und

Konzepte, wenn möglich unter ähnlicher Aufgabenstellung doppelt und dreifach helfen nicht. Sie binden vielmehr Arbeitskräfte und Arbeitszeit, die wir dringend für die Umsetzung und Weiterentwicklung von Maßnahmen und Hilfsangeboten, unter anderem eben auch für Alleinerziehende, benötigen.

Lassen Sie uns die Antworten abwarten, die Stellungnahme und die Antwort. Ob dann noch Bedarf besteht, werden wir dann entscheiden. Die SPD lehnt den vorliegenden Antrag deshalb ab. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Dr. Seemann.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der NPD der Abgeordnete Müller. Bitte, Herr Abgeordneter.

Tino Müller, NPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die FDP-Fraktion hat hier einen Antrag vorgelegt, der eines besonders deutlich macht: Von der Materie selbst haben Sie keine Ahnung.

Um das zu erkennen, muss man sich nur die Begründung ansehen. Dort wird die Erhöhung des Kindesunterhalts gefeiert und ein paar Zeilen weiter wird darauf hingewiesen, dass mehr als die Hälfte der von staatlichen Transferleistungen abhängigen Bedarfsgemeinschaften Alleinerziehende mit Kindern sind. Hätten die Liberalen, die seit Jahren als Partei der Besserverdienenden gelten, hier einfach eins und eins zusammengezählt, hätte ihnen auffallen müssen, dass ihre Argumentation hinkt. Die durch das Gesetz zur Beschleunigung des Wirtschaftswachstums beschlossene Erhöhung des Kindesunterhalts kommt bei den Empfängern von Hartz IV-Leistungen genauso wenig an wie die Erhöhung des Kindergeldes. Sie wird nämlich mit den Transferleistungen verrechnet. Das führt dann oftmals dazu, dass ein alleinerziehender Elternteil mit zwei oder drei Kindern vom Geld der Kinder leben muss, weil die Leistungen vom Jobcenter entsprechend der Erhöhung von Kindergeld und Unterhalt gekürzt werden. So kommt eben gerade dort nichts an, wo es besonders notwendig wäre.

Und dann gibt es auch noch die Gruppe der Alleinerziehenden, die Unterhaltsvorschuss bekommen, weil der andere Elternteil nicht in der Lage oder nicht willens ist, zum Unterhalt des Kindes beizutragen. Dieser Personenkreis hätte zwar indirekt etwas davon, dass der Mindestunterhalt um rund 13 Prozent erhöht wurde, aber das Kindergeld wird in voller Höhe dagegengerechnet. Würden Sie diese Ungerechtigkeit grundlegend beseitigen, wäre auch den Alleinerziehenden mehr geholfen, als es durch die wie auch immer geartete Bündelung von Hilfsangeboten möglich wäre.

Natürlich ist es begrüßenswert, dass die Unterstützung für Alleinerziehende verstärkt werden soll. Aber noch wichtiger wäre es, dafür Sorge zu tragen, dass die Familie als Wert an sich begriffen wird.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Aber das ist von Ihnen ja nicht zu erwarten.

(Reinhard Dankert, SPD: Sie vergessen die deutsche Familie.)

Wenn in dem vorliegenden Antrag davon die Rede ist, durch den "erleichterten Zugang zu Hilfsangeboten" für Alleinerziehende würden diese schneller "unabhängig" von Transferleistungen leben können, wird die Realität zumindest teilweise ausgeblendet, denn der Grund, warum viele Menschen das Land in Richtung Westen oder gar ins Ausland verlassen, liegt nicht am erschwerten Zugang zu Hilfsangeboten. Vielmehr ist der Grund in der Perspektivlosigkeit zu suchen und diese wird auch von Hilfsangeboten nicht beseitigt werden können.

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Die Höhe der Arbeitslosenquote spricht eine deutliche Sprache.

Machen Sie es sich ernsthaft, Herr Nieszery, zur Aufgabe, die Verlagerung von Arbeitsplätzen ins billigere Ausland zu stoppen!

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das machen wir schon lange.)

Damit ließen sich viele Probleme schon im Keim ersticken. Eine alleinerziehende Mutter oder ein alleinerziehender Vater hätte dann deutlich bessere Möglichkeiten, die Kinder zu versorgen, denn wenn ein Einkommen erzielt werden könnte, was auch nur einen Cent über den Transferleistungen läge, so kämen Kindesunterhalt und Kindergeld dazu. Aus den genannten Gründen lehnen wir den Antrag der FDP-Fraktion ab.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Es hat jetzt noch einmal das Wort für die Fraktion der FDP der Abgeordnete Herr Grabow. Bitte schön, Herr Grabow.

Ralf Grabow, FDP: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Meine Kollegen! Dafür, dass das Thema so uninteressant war, finde ich, haben alle gut inhaltlich mitgemacht.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Also ich kann nicht sagen, dass hier viel ...

Also wenn ich von Frau Ministerin die sachlichen Darbietungen höre, kann ich auch nicht verstehen, dass das Thema so uninteressant war.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das hat doch keiner gesagt. – Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Und ich glaube auch, der Antrag hat gezeigt, dass da Diskussionsbedarf drinsteckt, und insofern ...

(Heinz Müller, SPD: Nun stellen Sie sich mal vor, Sie hätten einen richtig guten Antrag vorgelegt!)

Na ja, wir wissen ja, was Opposition heißt und hier einen Antrag durchzubringen.

(Irene Müller, DIE LINKE: Nee, nee, so richtig wissen Sie das nicht.)

Frau Müller, ich habe eine Bitte an Sie, man kann auch jemanden kränken mit dem Mund und vielleicht kann man viele Sachen machen, und ich würde eine Bitte an Sie haben, wirklich manchmal zu überlegen, was Sie da sagen, denn es trifft einen schon, und zwar unterhalb der Gürtellinie. Ich will mich nicht auf dieses Niveau begeben und mehr sage ich dazu auch nicht.

(Irene Müller, DIE LINKE: Dann formulieren Sie Ihre Anträge ordentlich!)

Nein, das kann man auch anders machen.

Ich habe außerdem noch ein bisschen was, was ich mir so mitgeschrieben habe. Frau Ministerin, eins kann ich Ihnen nicht ersparen: Hartz IV hat, glaube ich, Rot-Grün gemacht. Und diese Kindergelderhöhung, die es in den letzten Jahren gegeben hat, das war immer die gleiche Problematik, dass das auf Hartz IV angerechnet worden ist. Also ihr hättet versuchen können, auch das ist eine Wahrheit, es zu ändern. Ja gut, aber hat nicht geklappt, habt ihr versucht, hat aber nicht geklappt, also müsst ihr euch auch damit einverstanden erklären.

(Zuruf von Ministerin Manuela Schwesig)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Frau Ministerin, bitte keine Zwischenrufe hier von der Regierungsbank. Sie können gerne noch mal reden.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Ralf Grabow, FDP: Das Nächste ist, wenn ich Herrn Specht bitten darf, wir sind für das Bürgergeld. Ich schenke Ihnen gerne mal so das, was wir unter Bürgergeld verstehen, dann wird er auch doch den liberalen Bezug sehen, warum wir diese Bündelung wollen.

Dann möchte ich allen empfehlen, weil ja auch gesagt worden ist, das ist ja so ein Thema. Es gibt dazu ein Exemplar von Prognos – die Firma beschäftigen wir auch – vom März 2009. Da können Sie vieles nachlesen, was ich heute zu dem Thema gesagt habe. Und dass das ein Thema, glaube ich, auch in Zukunft sein wird, ich glaube, da sind wir uns alle einig. Und mal sehen, ob wir das, was wir heute gehört haben, dann auch alles in die Realität umsetzen.

Frau Seemann, Sie können eins wirklich glauben, denke ich, das wird jeder Liberale bestätigen und das hängt schon mit unserem Bild zusammen,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

dass wir auch ganz wichtig finden, dass Alleinerziehende zur Gesellschaft gehören und dass wir sie unterstützen wollen. Das sehen Sie auch in unserem Steuerprogramm mit den Steuerfreibeträgen.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Also mir glaubt er, meiner Partei aber nicht.)

Insofern rechne ich mit der Ablehnung, aber vielleicht hätte man den auch überweisen können und wir hätten im Ausschuss vielleicht das eine oder andere noch mal diskutieren können. Es ist mir doch klar. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/3097. Wer diesem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/3097 bei Zustimmung durch die Fraktion der FDP, ansonsten Ablehnung durch die Fraktion der SPD, der CDU, DIE LINKE und der NPD abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 22**: Beratung des Antrages der Fraktion der NPD – Automatischer Datenabgleich bei Empfängern von Arbeitslosengeld II, auf der Drucksache 5/3175.

Antrag der Fraktion der NPD: Automatischer Datenabgleich bei Empfängern von Arbeitslosengeld II – Drucksache 5/3175 –

Das Wort hat zur Begründung für die Fraktion der NPD der Abgeordnete Andrejewski. Bitte, Herr Abgeordneter.

Michael Andrejewski, NPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir können gleich beim Thema Hartz IV bleiben, mal sehen, wie viele Hartz-IV-Anträge noch notwendig sein werden, um die Amnesie der SPD zu beseitigen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wir haben keine Amnesie.)

Sie haben ja ganz vergessen, dass Sie das eingeführt haben.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Nein, das wissen wir ganz genau.)

Wenn man der Sozialministerin zuhört, könnte man denken, Johanna von Orléans sei wiederauferstanden, sie kämpft gegen das Hartz-IV-Ungeheuer, aber das hieß Schröder und war in Ihrer Partei, Frau Ministerin.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Wie schön. Es macht nicht den Eindruck.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Zum speziellen Thema: Empfänger von Arbeitslosengeld II sind dem Staat grundsätzlich verdächtig. Im Gegensatz zu Bankmanagern, Spekulanten und solchen Handelsketten,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist Blödsinn, was Sie erzählen.)

die ihren Mitarbeitern Hungerlöhne zahlen und sie auch noch bespitzeln, sieht das Parteiensystem Hartz-IV-Bezieher als ernste Gefahr für die Staatsfinanzen an. Was sind schon geschätzte lumpige 100 Milliarden Euro für die Hypo Real Estate verglichen mit den Unsummen, die sich so ein Langzeitarbeitsloser heimlich, still und leise abzocken kann?! Deshalb gibt es auch keine verschärfte Bankenkontrolle, trotz aller vollmundigen Ankündigungen – vielleicht ja in den USA, aber nicht bei uns. Bei uns heißt es, eigentlich seien die Investmentbanker ja anständige Leute, bis auf ein paar ganz seltene schwarze Schafe, für die man keineswegs die ganze Branche verantwortlich machen dürfe. Aber Hartz-IV-Empfänger sind alle verdächtig.

Laut Paragraf 52 SGB II überprüfen die Bundesagentur und die zugelassenen kommunalen Träger die Leistungsbezieher im Wege des automatischen Datenabgleichs, und zwar in vielfältiger Weise. Man möchte unter anderem wissen, ob und in welcher Höhe Unfall- oder Rentenversicherungen bezogen werden oder wurden. Gleiches gilt für viele andere Leistungen. Auch beim Bundeszentralamt für Steuern wird herumgeschnüffelt, ob da irgendwo ein Euro noch wäre. All dies geschieht ohne Anlass, ohne jeden Verdachtsmoment für den rechtsmissbräuchlichen Bezug von Leistungen nach dem SGB II im Einzelfall.

Mit Recht wird das von Sozialrechtlern sehr kritisch gesehen. Im Kommentar Eicher/Spellbrink führt der Bearbeiter Oppermann aus, dass diese Vorschrift regelmäßige Überprüfungen im Sinne von Routineüberprüfungen eröffnet. Es liegen nicht etwa nur Einzelfallprüfungen vor, es werden keine Stichproben gemacht, sondern Vollerhebungen durchgeführt, wovon die Betroffenen meistens gar nichts erfahren. Nur wenn tatsächlich Anhaltspunkte für einen Doppelbezug von Leistungen vorliegen, dann erfolgt überhaupt eine Information, sonst erfährt man davon nie irgendwas. Das Einverständnis der Bespitzelten ist wie in jedem echten Obrigkeitsstaat, der auf sich hält, selbstverständlich völlig unnötig.

Die Weite dieser Ermächtigung zum Datenabgleich ist problematisch, so Oppermann, der Bearbeiter, weil es sich um grundrechtsrelevante Maßnahmen handele, die unter dem Schutz des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung stünden. Danach sei die Befugnis des Einzelnen gewährleistet, grundsätzlich selbst über die Preisgabe oder Verwendung seiner Daten zu bestimmen. Bei der unfreiwilligen Verwendung personenbezogener Daten müsse der Gesetzgeber den Verwendungsbereich spezifisch und präzise bestimmen. Die Daten müssen zudem für den legitimen Zweck geeignet und erforderlich sein. Damit sei eine Vorratssammlung nicht anonymisierter Daten zu unbestimmten oder noch nicht bestimmten Zwecken unvereinbar.

In seiner konkreten Ausgestaltung legt Paragraf 52 SGB II nahe, dass alle Bezieher von Arbeitslosengeld II potenzielle Doppelbezieher, das heißt Betrüger seien. Für diese Annahme gibt es weder Belege noch Statistiken, deshalb ist die Verfassungsgemäßheit dieser Vorschrift mehr als zweifelhaft. Bei Besserverdienern würde man sich das nie trauen. So mutig ist der Parteienstaat nur gegenüber jenen, die keine wirtschaftliche Macht haben, um sich effektiv zu wehren.

Es kann aber nicht sein, dass es eine auch rechtlich benachteiligte Unterschicht gibt, für die das informationelle Selbstbestimmungsrecht einfach nicht gilt, während dank großzügiger Gerichte die Prominenten fast jede ungünstige Erwähnung in der Presse wegklagen können unter Hinweis auf ihre Persönlichkeitsrechte. Keiner darf etwas erfahren über das Privatleben von Prinzessin Caroline von Monaco oder dem, was sie zu ihrem Privatleben erklärt. Dafür sorgen teure Anwälte. Im Gegensatz dazu werden Langzeitarbeitslose zum gläsernen Bürger, offenbar mangels teurer Anwälte, die sie sich ja nicht leisten können. Wozu gibt es angesichts solcher Verhältnisse eigentlich noch Datenschutzbeauftragte, die teures Geld kosten? – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Im Ältestenrat ist eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 60 Minuten vereinbart worden. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Als Erster hat das Wort für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Dankert. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

(Stefan Köster, NPD: Oh, der Möchtegern-Datenschutzbeauftragte.)

Reinhard Dankert, SPD: Ja, Herr Köster, das war fast auszurechnen, dass das kommt.

Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich spreche hier für die vier Fraktionen außerhalb der NPD, das ist klar. Und die Frage ist,

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

die Frage ist ja wirklich, nimmt man sich noch viel Zeit, nimmt man sich noch sehr viel Zeit für diesen Antrag oder nicht. Es geht ja immer nach dem gleichen Klischee. Einerseits wollen Sie die Regierung abschaffen, andererseits bitten Sie in den Anträgen, etwas zu tun, und zwar in diesem Fall, mit einer Bundesratsinitiative den Paragrafen 52 SGB II abzuschaffen. Die NPD hat nämlich für sich festgestellt, der verdachtsunabhängige, eben automatisierte Datenabgleich verletzt das informationelle Selbstbestimmungsrecht der Leistungsbezieher und stellt eine pauschale Kriminalisierung dar, das heißt, das nimmt sie an.

NPD und informationelle Selbstbestimmung, diese Kombination lässt aufhorchen, die Kombination NPD und Kriminalisierung dann wohl eher wieder nicht, und dafür steht dann eine gewisse Gewohnheit, meine Herren.

Aber worum geht es vordergründig? Das sogenannte Sozialgeheimnis ist der Anspruch des Einzelnen, dass die ihn betreffenden Sozialdaten von den Sozialleistungsträgen nicht unbefugt erhoben, gespeichert, verarbeitet, verändert, übermittelt, gelöscht und genutzt werden. Es konkretisiert das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung für den Bereich der öffentlichen Sozialleistungsträger und anderer Stellen, die mit der Erhebung und Verarbeitung oder Nutzung von Sozialdaten betraut sind. Gesetzlich festgelegt ist das Sozialgeheimnis in Paragraf 35 SGB I in Verbindung mit den Paragrafen 67 fortfolgende im SGB X. SGB II Paragraf 52 besagt im Kern: Zum Abgleich des Bezugs anderer eventuell auf das Arbeitslosengeld II anzurechnender Sozialleistungen, Renten zum Beispiel, wird quartalsweise ein automatischer Datenabgleich zwischen den Leistungsträgern und der Datei der Rentenversicherungsträger

Als das eingeführt wurde, wurde diese Thematik sehr ausführlich und auch sehr kontrovers diskutiert, auch von Datenschützern. Man kann nun zu diesem Datenabgleich politisch stehen, wie man will, er ist jetzt rechtlich geregelt und explizit geschieht er. Und wie geschieht er dann? Die Daten werden abgeglichen. Im Fall eines Treffers, die Quote ist in der Praxis relativ gering, werden die Daten weitervermittelt. Sofern ...

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Darüber gibt es keine Zahlen.

... dann die Daten keinen Treffer erzeugen, werden die Daten automatisch gelöscht.

Was damals die Datenschützer auf den Plan gerufen hat, ist eigentlich das System der Daten, wie es verarbeitet wird, und das System, wie man mit den Daten umgeht. Zum Beispiel war anfänglich im Bereich der Hartz-IV-Gesetzgebung die Software so bundesweit zugänglich für diese Daten. Das ist abgeschafft worden. Und man hat auch dafür gesorgt, dass nur die unmittelbar mit diesen Daten Tätigen den Zugriff auf diese Daten haben und niemand anders. Insofern ist rein von der Technik her seitens der Datenschützer dann auch Ruhe gegeben worden. Allerdings, diese Diskussion um die informationelle Selbstbestimmung hat es auch in dem Zusammenhang gegeben, die ist aber inzwischen an der Stelle nicht mehr da.

Nun kann man zu diesem Datenabgleich politisch stehen, wie man will. DIE LINKE lehnt Hartz IV völlig ab, in der SPD rückt man von früheren Positionen ab, in der CDU gibt es von Rüttgers bis Koch Diskussionen und auch in der FDP gibt es Diskussionen zu dieser Thematik, Bürgergeld wurde eben gerade gesagt. Ich denke, da gibt es ein ganz buntes Spektrum und meines Erachtens auch viel aktuellere Themen als diesen automatischen Datenabgleich.

Vielleicht handelt es sich ja um die private Datensammelwut von Herrn Andrejewski in Sachen Hartz IV. Der scheint einen Katalog zu haben. Leider bietet ihm Hartz IV diesen Katalog, aber er wird sicherlich in den nächsten Landtagssitzungen wieder ein Thema aus diesem Bereich bringen. Das ist so sicher wie das Amen in der Kirche.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Seien Sie doch froh!

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Sie sind ja auch richtig fröhlich. Bloß Herr Andrejewski macht nicht den Eindruck, als wenn er fröhlich ist.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Er scheint mit seinem Leben sehr unzufrieden zu sein, er hat nur noch Hartz IV. Na okay.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Ach, Sie brauchen keinen Spiegel vorzuhalten. Gucken Sie mal selber rein! Dann müssten Sie eigentlich erschrecken.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Gut, ich gehöre zumindest zu denen ...

Vielen Dank, Herr Köster, nein – wie heißt er noch gleich? –, Herr Pastörs, dass Sie mir gestatten weiterzureden. Das ist sehr nett von Ihnen.

Ich gehöre zu denen, die den Datenabgleich grundsätzlich für legitim halten. Immerhin geht es um die Gewährung öffentlicher Gelder und gesetzliche Voraussetzungen können nur dann wirken, wenn diese auch kontrolliert werden können. Allerdings kann ich mir auch genauso gut vorstellen, dass es in anderen Bereichen,

(Stefan Köster, NPD: Dem Datenschutz in Mecklenburg-Vorpommern steht bald eine Katastrophe bevor.)

in anderen Bereichen, in anderen Bereichen ähnlich doll kontrolliert wird.

Dass man Vermögensverhältnisse offenlegen muss, gilt im Übrigen auch bei der Parteienfinanzierung. Und da hat die NPD ja auch einige Treffer zu verzeichnen.

(Heinz Müller, SPD: Weiß Gott!)

Aber nun geriert die NPD als Hüter der Grundrechte.

(Udo Pastörs, NPD: Aber Herr Müller!)

Dass die NPD ihr Herz für den Datenschutz entdeckt hat, ist im Kontext mit ihren eigenen Interessen zu sehen. In ihrem Bundestagswahlprogramm hieß es dann noch: "Freiheit und Wiederherstellung der bürgerlichen Privatsphäre statt Rundumüberwachung, amtlicher Kontroll- und Datensammelwut sowie behördlicher Diffamierung Andersdenkender durch sogenannte "Verfassungsschutz"-ämter". Dass Ihnen Letzteres stinkt, ist mir klar, denn der rückt Ihnen ab und zu mal kräftig auf den Pelz.

Und da kommt Ihnen natürlich auch zurecht, dass unter dem Deckmantel der Freiheit und Wiederherstellung der bürgerlichen Privatsphäre genau das abgeschafft werden soll. Wahrscheinlich schwebt Ihnen ein Geheimdienst neuen Typus vor. Ich weiß es nicht. Sie werden ja auch nicht dazu kommen.

(Udo Pastörs, NPD: Warten wir's mal ab! Wir werden es sehen.)

Ja, ja.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Und natürlich, wir hatten es ja vorhin bei dem Thema schon, ist wahrscheinlich dieser Gesetzentwurf oder diese Bitte an die Landesregierung, diesen Paragrafen abzuschaffen, wahrscheinlich auch nur für deutsche Empfänger von Arbeitslosengeld II gedacht.

(Udo Pastörs, NPD: Das haben Sie jetzt gesagt und gedacht.)

Aber wenn an anderer Stelle das informationelle Selbstbestimmungsrecht dann eine Rolle spielen könnte, zum Beispiel bei Verbrechern, da sagt die NPD natürlich, eine bundesweite Sexualstraftäterdatei,

(Udo Pastörs, NPD: Ja, natürlich.)

da spielt das alles keine Rolle.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Also Sie sind durchaus offen für Dinge, aber genau das ist der Punkt, wo wir nicht mitmachen.

(Udo Pastörs, NPD: Ja, ja. Ja, ja. – Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Sie sortieren nämlich aus. Genau das ist das Problem.

(Udo Pastörs, NPD: Ja, natürlich, das muss man doch.)

Das ist das Problem, genau.

(Udo Pastörs, NPD: Selektieren, morgens beim Frühstück.)

Aber Sie entdecken genauso dieses Thema wie den Umweltschutz, wie andere Sachen, um, sage ich mal, von Ihrer sogenannten Normalität die Leute zu überzeugen. Ich kann nur jedem raten, der sich mit Ihrer Problematik oder mit Ihrer Thematik abgibt: Macht nichts mit Nazis! Das ist der beste Grundsatz.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE – Stefan Köster, NPD: Sie sind ja ein richtiger Philosoph.)

Und insofern werden wir auch diesen Antrag ablehnen, das wissen Sie. Ihnen geht's ja auch nur darum, dass Sie hier einen Redebeitrag halten. Und Herr Andrejewski ist jetzt sicherlich gleich wieder dran und spult ein nächstes Ding aus seiner Datensammlung herunter. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Abgeordneter.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der NPD der Abgeordnete Andrejewski. Bitte, Herr Abgeordneter.

Michael Andrejewski, NPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das ist in der Tat der härteste Vorwurf, den ich bisher anhören musste, dass es mir nur darum ginge, Redebeiträge zu halten. Das ist ein hartes Vergehen in einem Laden, der sich Parlament nennt. Und auch wenn ich Latein und nicht Französisch hatte, kann ich mich entsinnen, dass es ein Wort namens "parler" gibt, das heißt "sprechen". Parlament ist ein Ort, wo gesprochen werden soll. Dass ich das hier wirklich tun will, ist ja schrecklich, ein weiterer Grund, mich niemals mehr zu irgendwelchen Bürgermeisterwahlen zuzulassen. Schön.

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Gute Idee.)

Tut mir leid, dass ich Sie mit Klischees langweile. Das Klischee besteht darin, dass ich mir tatsächlich das SGB II auch mal ansehe, was ich manchen von Ihnen auch empfehlen würde, mir jede einzelne Gemeinheit herausgreife und sie hier abarbeite.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Das mag ein bisschen mechanisch wirken, aber ich kann Ihnen versichern, den Hartz-IV-Empfängern selber kommt das nicht langweilig und mechanisch vor, wenn eine Gemeinheit nach der anderen kommt. Bei denen greift es richtig ins Leben ein.

Wir bitten hier auch nicht die Regierung, irgendwas zu tun, oder stellen Anträge, weil wir glauben, dass hier der Landtag dem tatsächlich stattgeben würde. Wir sammeln einfach nur Ablehnungen, die wir dann im Wahlkampf verwenden können, für meine Sammlung. Das ist in der Tat richtig. Heute habe ich ein weiteres Exemplar erworben.

Die NPD hat auch nicht für sich festgestellt, dass der Paragraf 52 verfassungswidrig sei oder das informationelle Selbstbestimmungsrecht verletze, sondern ich gebe ehrlich zu, das habe ich mir nicht selber ausgedacht. Ich habe mir von den Diäten, was ich Ihnen auch wiederum empfehlen würde, einen Kommentar geleistet, den Eicher/Spellbrink. Und da lese ich das durch. Ich lese mir das durch und schaue nach, was sagen die Leute dazu. Das sind Sozialrechtler, hochkarätig. Und wenn die Kritik üben an einzelnen Vorschriften oder an Hartz IV im Allgemeinen, an der Umsetzung und so weiter, schließe ich mich dem an, zitiere das auch, behaupte nicht, das hätte ich mir alles selbst ausgedacht. Und das werden Sie ja wohl ernst nehmen müssen. Wenn Sie schon sagen, die NPD erzählt nur Quatsch, aber in so einem Kommentar. das sind anerkannte Juristen. Und das ist nicht nur die böse NPD.

Ich bezweifle auch, dass die Diskussion schon abgeschlossen ist darüber, ob der Paragraf 52 tatsächlich datenschutzmäßig zweifelhaft ist, zumindest, das mag sein, unter Datenschutzbeauftragten, aber unter Juristen offensichtlich nicht.

Und Sie sagen selbst, dass die Trefferquote relativ gering sei. Wenn das so ist, wenn es wirklich nur ein paar schwarze Schafe sind, warum machen Sie dann eine Massenüberprüfung? Warum nehmen Sie den Leuten dann das informationelle Selbstbestimmungsrecht und warum behandeln Sie sie alle wie potenzielle Verbrecher? Der Vergleich übrigens mit der von Ihnen verweigerten Zentralkartei für Sexualstraftäter und Hartz-IV-Empfänger, die in einen Topf zu packen, das halte ich schon für reichlich skandalös.

Leider habe ich es versäumt, Ihnen zu gratulieren zur bevorstehenden Wahl zum Datenschutzbeauftragten. Das werde ich auch weiterhin nicht tun, aber ich möchte Ihnen einen kleinen Gefallen erweisen und Sie darauf hinweisen, das heißt "Datenschutzbeauftragter" und nicht "Datensammelbeauftragter", und als solcher sind Sie soeben aufgetreten.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Also für den neuen modernen Geheimdienst, den Sie so an die Wand malen aus der NPD-Ecke, wären Sie auch hervorragend als Archivar geeignet, aber als Datenschutzbeauftragter, ich weiß nicht so recht. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/3175. Wer diesem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um sein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/3175 bei Zustimmung durch die Fraktion der NPD, ansonsten Ablehnung durch die Fraktion der SPD, der CDU, DIE LINKE und der FDP abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 23**: Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Kreisgebietsreform verschieben und 2014 mit den Kommunalwahlen umsetzen, auf der Drucksache 5/3180.

Antrag der Fraktion DIE LINKE: Kreisgebietsreform verschieben und 2014 mit den Kommunalwahlen umsetzen – Drucksache 5/3180 –

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Herr Ritter. Bitte schön, Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Peter Ritter, DIE LINKE: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Kennen Sie den: "SPD und CDU modernisieren die Verwaltung des Landes"?

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Ein Witz, bei dem einem das Lachen leider im Halse stecken bleibt, liebe Kolleginnen und Kollegen. Aber zugegeben, es ist nicht alltäglich, wenn der Landtag eine Willensbildung zu einem Gesetzentwurf fassen soll, welcher sich noch in den Ausschussberatungen befindet. Normalerweise wäre daher unser heutiger Antrag vielleicht besser im federführenden Innenausschuss aufgehoben,

(Heinz Müller, SPD: Richtig.)

aber ich betone, normalerweise.

(Harry Glawe, CDU: Können wir doch überweisen.)

Und, liebe Kolleginnen und Kollegen, was ist bei der vorliegenden Verwaltungsreform schon noch normal?

(Harry Glawe, CDU: Sie können auch zurückziehen.)

Die Koalition und allen voran der CDU-Innenminister Lorenz Caffier stützen sich auf ein Leitbild, welches die Enquetekommission mit Mehrheit von SPD und CDU ohne Diskussion gefasst hat. Auf diese Eigenart hat DIE LINKE bereits ausführlich in ihrem Sondervotum zum Zwischenbericht der Enquetekommission hingewiesen. Wir hatten dann den Entwurf der Landesregierung eines Kreisstrukturgesetzes, welcher bereits vor Verabschiedung des Leitbildes durch den Landtag im Wesentlichen feststand und infolge dessen unverändert in den Landtag eingebracht wurde.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das sollten Sie lieber nicht kritisieren, Herr Ritter.)

Im Ergebnis verstößt der Gesetzentwurf in vielen Punkten gegen Leitbild und Leitlinien, die von Ihnen beschlossen worden sind, Herr Kollege Nieszery.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Ausnahmen werden zur Regel. Dieser Umstand wurde in der Anhörung mehrfach kritisiert. Und weil ich dabei war, lieber Kollege Nieszery, müssten wir eigentlich alle unsere Schlussfolgerungen gezogen haben aus dem ersten gescheiterten Versuch. Das tun Sie nicht, indem Sie wissentlich gegen das von Ihnen verabschiedete Leitbild verstoßen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das tun wir nicht.)

Es ist also kein Wunder, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass die Ablehnungsfront dieser Reform parteiübergreifend kaum massiver sein kann und größer ist als beim ersten gescheiterten Reformversuch. SPD und CDU juckt das aber wenig. Ich meine, normal ist das nicht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dieses gesamte Verfahren, da bin ich mir sicher, wird verfassungsrechtlich noch von anderer Stelle zu bewerten sein. Heute ist eine politische Botschaft des Landtages angezeigt. Die Frage ist: Haben wir aus den Erfahrungen des letzten gescheiterten Reformversuchs gelernt und vor allem Ergebnisse der öffentlichen Anhörungen ernst genommen?

(Vincent Kokert, CDU: Wir schon!)

Das glaube ich nicht, Herr Kokert.

Das haben wir dann, nämlich die Ergebnisse der Anhörung ernst genommen, wenn zumindest der Landtag den im Leitbild gesetzten Orientierungsrahmen ernst nimmt. Und das tun Sie nicht. Lesen Sie noch einmal die Stellungnahmen der Anhörung!

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Wenn nach Aussage der Anzuhörenden eine öffentlich angekündigte Reform im Dialog nicht stattfindet und nicht stattgefunden hat, dann muss dieser Landtag diesen Umstand heilen und eine ergebnisoffene Prüfung vornehmen, und nicht nur dem Munde, sondern dem eigenen Handeln nach. Das schließt die Abwägung struktureller Alternativen nicht aus.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eigentlich ist all das eine Selbstverständlichkeit, erst recht nach den Hinweisen, die wir aus Greifswald erhalten haben, aber eben nur eigentlich. Stattdessen höre ich von den Koalitionären unentwegt, dass an 6+2 nicht gerüttelt wird. Alternativen werden ausdrücklich nicht ernsthaft erwogen. Lediglich an dem verunfallten Aufgabenzuordnungsgesetz soll noch ein wenig verschlimmbessert werden. Schließlich gilt doch der schöne Satz: Kein Gesetz verlässt den Landtag so, wie es hereingekommen ist.

(Vincent Kokert, CDU: Das stimmt ja auch. – Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Doch, die jetzt knappen 200 Stellen, Herr Kokert, die Sie vereinbart haben.

(Vincent Kokert, CDU: 201! 201!)

Nun gut, dann die 201 Stellen, die Sie jetzt vereinbart haben. Die sind nicht einmal der Rede wert. Allein aus diesen Gründen halte ich die Aussage in unserem ersten Punkt für erforderlich. Eine Modernisierung der Verwaltung, eine umfassende Aufgabenübertragung, eine Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung, der Abbau von Doppelstrukturen und Verantwortlichkeiten finden nicht statt.

Wie sich doch die Zeiten ändern, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist noch nicht lange her, da hat die SPD einen Gesetzentwurf mit eingebracht, der eine umfassende Aufgabenverlagerung und den Abbau von Doppelstrukturen, eine Modernisierung der Verwaltung des Landes vorsah.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Sehr richtig.)

Es ist noch gar nicht so lange her, dass selbst der CDU diese Aufgabenübertragung nicht ganz unsympathisch war, allerdings ganz ohne Kreisgebietsreform. Die CDU damals: Gebt der kommunalen Ebene eure Landesaufgaben, lasst aber die Strukturen. Wir sind in der Lage, das alles so zu bewältigen.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Das ist die Wahrheit. – Vincent Kokert, CDU: Das habe ich gar nicht gesagt. – Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

Ach, Herr Kokert, Sie haben wirklich eine ziemlich große Vergessensrate. Ich kann Ihnen die Zitate von Herrn Dr. Jäger dann noch zeigen.

(Irene Müller, DIE LINKE: Was kümmert mich mein Geschwätz von gestern!)

Die CDU heute: Ziehen wir neue Kreisgrenzen, aber schweigen wir zu einer umfassenden Aufgabenzuordnung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in der Öffentlichkeit aber wird zunehmend der Punkt 2 unseres Antrages debattiert. Darin formulieren wir, dass die neuen Kreisstrukturen erst 2014 und nicht 2011 in Kraft treten sollen. Spätestens seit den in den öffentlichen Anhörungen geäußerten Positionen müsste jedem klar sein, dass dies die übergroße Anzahl der Anzuhörenden auch so möchte, und zwar parteiübergreifend. Nun gut, nur die Landräte aus Nordvorpommern und Mecklenburg-Strelitz sehen das nicht so. Die finden die Reform plötzlich sowieso total klasse. Purer Zufall kann dabei nur sein, dass im einen Landkreis der CDU-Fraktionsvorsitzende und im anderen Landkreis der CDU-Innenminister und der Generalsekretär seiner Partei seinen Wahlkreis hat.

(Vincent Kokert, CDU: Kein Neid! – Zurufe von Dr. Norbert Nieszery, SPD, und Torsten Renz, CDU)

Ein Schelm, der Böses dabei denkt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die vorgebrachten Argumente gegen ein Verschieben sind nicht belastbar. Die Gründe aber dafür liegen auf der Hand. So wird dagegen argumentiert, dass wir uns weitere drei Jahre des Wartens nicht leisten könnten, das Land würde Einspar-

potenziale verschenken und am Ende könnten gar ein neuer Landtag und eine neue Landesregierung das Vorhaben nach 2011 stoppen. Ja, haben Sie denn kein Vertrauen in Ihre eigene Zukunft, liebe Kolleginnen und Kollegen? Da werden schon schwere Geschütze aufgefahren. Als ernst zu nehmende Kritikpunkte können Sie jedoch aus folgenden Gründen nicht überzeugen:

Zunächst, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist jedes Jahr, das das Land auf eine schlechte Reform wartet, ein gutes, ein gewonnenes Jahr. Insofern hätten wir lieber ein Verschieben auf den Sankt-Nimmerleins-Tag beantragen sollen.

(Heinz Müller, SPD: Aha! – Torsten Renz, CDU: War das jetzt ein Änderungsantrag? Abgelehnt. – Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Aber selbst dann, wenn man die wahnwitzige Auffassung vertritt, diese Reform sei gut für Mecklenburg-Vorpommern,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

dann ist überhaupt nicht klar, ob und geschweige denn in welcher Höhe finanzielle Einsparungen zu erwarten sind. Was geht denn dem Land konkret verloren, Herr Renz? Diese Fragen können Sie alle nicht beantworten. Die Modellrechnungen selbst sind höchst umstritten. Niemand konnte in den Anhörungen mit belastbaren Zahlen aufwarten.

Und was das mögliche Kassieren der Reform in der nächsten Wahlperiode betrifft, da kann ich nur sagen: Das ist ein Argument der Handelsklasse 3. Dieser Landtag kann doch bereits Vorkehrungen treffen und das Inkrafttreten dieses Gesetzes beschließen. Und die Gefahr beziehungsweise die Hoffnung des Zurücknehmens von Reformen besteht immer, vor allen Dingen bei schlecht gemachten Reformen.

Also was sollen wir mit den Argumenten anfangen? Wahrscheinlich gar nichts, sondern nur hinnehmen wie die Gesetzentwürfe der Regierung selbst. Bloß nicht daran rütteln, bloß nicht die Bedenken der Anzuhörenden ernst nehmen, die schlüssig darlegen, dass 2011 viel zu kurz sei! Neben der aufwendigen Umstellung auf die Doppik sollen ganze Kreise samt Personal fusioniert werden. Und wenn sie dann Pech haben, kommt das Zerschneiden noch hinzu. Bloß nicht die Befürchtungen der ehrenamtlich Engagierten zur Kenntnis nehmen, die besorgt fragen, wie oft sie denn noch für Kommunalparlamente innerhalb weniger Jahre kandidieren sollen! Erst 2009, dann 2011 und schließlich bereits wieder 2014.

(Torsten Renz, CDU: Wie viele sind davon zusätzlich? – Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Keiner. Keiner ist zusätzlich.)

Und bloß nicht an die Wählerinnen und Wähler denken! Wahlmüdigkeit in Kauf nehmen, kein Problem. Warum auch, liebe Kolleginnen und Kollegen, die guten Erfahrungen des letzten Reformversuches mit Aufbaustäben nutzen, die das Zusammenwachsen der Kreise befördern könnten?! Sie wollen es nicht. Auch dass sich die neuen Kreistage bereits drei Wochen,

(Vincent Kokert, CDU: Und das verändern Sie mit der Verschiebung auf 2014?)

bereits drei Wochen, Herr Kokert, nach dem Wahlsonntag konstituieren sollen, ist ein Unding, weil praxisuntauglich. Kritiken von Personalvertretern, Gleichstel-

lungsbeauftragten und Behindertenvertretungen bleiben ungehört. Die Devise der Koalition lautet: Augen zu und durch! 6+2 steht, 2011 steht und die Nullachtfünfzehn-Argumente für diese Reform stehen auch.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ob auch das Aufgabenzuordnungsgesetz 2014 in Kraft treten soll, lässt der Antrag ausdrücklich unbeantwortet. Dafür gibt es zwei gute Gründe: Zum einen haben die Anzuhörenden ausdrücklich ein Verschieben des Inkrafttretens der neuen Kreisstrukturen gefordert

(Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

und zum anderen ist diese Frage bei diesem Funktionalreförmchen überhaupt nachrangig. Sie stellt sich erst dann ernsthaft, wenn wir auch über eine wirkliche Funktionalreform, über eine wirkliche Aufgabenverteilung und über eine wirkliche Auflösung von Doppelstrukturen des Landes reden. Aber selbst die Koalitionäre sagen, dass das jetzige Reförmchen mit den 201 Stellen – welche heldenhafte Leistung – auch erst ab 2011 beginnen soll. Wie konkret das aussieht, wissen Sie wahrscheinlich selbst noch nicht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nach alledem sind sachliche Gründe für ein Nichtverschieben des Vollzugs der Kreisgebietsreform auf 2014 nicht ersichtlich. Übrig bleiben allein machtpolitisch motivierte Vorbehalte. Aber diese sind den Koalitionären doch fremd, oder?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, setzen wir heute öffentlich ein Signal für eine ernst gemeinte Auswertung der Anhörungsergebnisse, für eine ernst gemeinte Abwägung von Alternativmodellen, für eine wirkliche, weil durchdachte Modernisierung des Landes auf allen Ebenen und dann für einen sinnvollen Vollzug einer Kreisgebietsreform im Jahre 2014! – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Ritter.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 45 Minuten vorgesehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Als Erster hat ums Wort gebeten der Ministerpräsident des Landes Mecklenburg-Vorpommern Herr Sellering. Bitte schön, Herr Ministerpräsident, Sie haben das Wort.

Ministerpräsident Erwin Sellering: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Viele Worte von Herrn Ritter zu dem Antrag, aber eigentlich ein ganz einfacher Inhalt: Verschieben mit der Hoffnung, die Reform dadurch zu Fall zu bringen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU – Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Genau. – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Genauso ist es. – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Sie werden sich nicht wundern, dass die Koalitionsfraktionen diesen Antrag ablehnen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Bei Ihnen wundert mich nichts. Das ist so.)

Wir wollen die Verwaltungsreform und wir wollen sie in dieser Wahlperiode.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU)

Meine Damen und Herren, dafür gibt es einen ganz einfachen Grund: Unser Land braucht diese Reform. Wir alle wissen doch, dass Mecklenburg-Vorpommern auf sinkende Einwohnerzahlen und auf rückläufige Finanztransfers reagieren muss, Finanztransfers aus der EU, vom Bund, von den finanzstarken westdeutschen Ländern. Die Antwort der Landesregierung darauf ist klar. Es ist selbstverständlich besser, in Wirtschaft und Arbeitsplätze, in Bildung und Chancengleichheit, in Familien und Kinder zu investieren als in zu viel Verwaltung, deshalb diese Reform. Wir wollen eine Zukunft aus eigener Kraft, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD)

Und, meine Damen und Herren, es gibt einen zweiten Grund: Die Menschen und die Wirtschaft hier im Land erwarten zu Recht, dass wir die Verwaltung auf allen Ebenen so effizient, so gut wie möglich gestalten. Und da muss man sagen, da können wir noch besser werden und da werden wir besser werden.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das müsste Herr Ritter auch wissen. – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Ich bin sicher, dass größere und stärkere Kreise mit einem klaren Aufgabenprofil letztlich auch eine Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung bedeuten.

(Udo Pastörs, NPD: Immer dasselbe.)

Jetzt zum Thema: Noch Zeit lassen, noch prüfen. Also das wissen Sie ja am besten, das Thema Verwaltungsreform beschäftigt uns jetzt seit dem Herbst 2002, und zwar sehr ernsthaft. Es gibt seitdem zahlreiche Konzepte, Vorschläge, Papiere, Gutachten. Die alle sind in der Regierung, im Landtag, zwischen dem Land, den Kommunen, in der Öffentlichkeit ausführlich diskutiert worden, auch kontrovers, keine Frage. Schließlich sind ja an diesem Diskussionsprozess die verschiedensten Gruppen mit den unterschiedlichsten Interessen beteiligt. In dieser Wahlperiode wurde nach dem Urteil des Landesverfassungsgerichts zunächst ein Leitbild erarbeitet und diskutiert, sehr breit.

Die Enquetekommission hier im Landtag hat da gute Arbeit geleistet. Herzlichen Dank dafür!

Auf dieser Basis hat die Landesregierung dann einen Gesetzentwurf erarbeitet. Sie hat dazu Anhörungen durchgeführt. Sie hat die Anhörungen ausgewertet und dann das Gesetz dem Landtag zugeleitet. Hier im Landtag sind noch mal Anhörungen durchgeführt worden. Und es lässt sich ja wohl sagen, mittlerweile sind wir im Jahr 2010. Alle Vorschläge, alle Argumente liegen seit Langem auf dem Tisch. Jetzt ist es an der Zeit, Entscheidungen zu treffen und diese dann auch umzusetzen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr richtig.)

Und, meine Damen und Herren von der LINKEN, das, was Sie in Ihrem Antrag fordern, nämlich widerstreitende Interessen und Argumente abzuwägen, Alternativen in die Prüfung einzubeziehen, das haben wir, das hat die Regierung, auch die Regierungsfraktionen haben das während all ihrer Schritte getan. Und selbstverständlich haben wir dabei sinnvolle Vorschläge aufgegriffen und entsprechende Änderungen vorgenommen, zum Beispiel bei der Ziehung der Kreisgrenzen oder auch in

der Funktionalreform, bei der in der jetzigen Auswertung der Anhörung im Landtag eine Veränderung vorgenommen werden wird. Nämlich der ursprünglich geplante Arbeitsschutz wird herausgenommen aus der Kommunalisierung. Hier haben Arbeitgeber und Arbeitnehmer Bedenken geäußert. Wir haben diese diskutiert und gesagt, jawohl, dem tragen wir Rechnung.

Meine Damen und Herren, die Beratungen der Verwaltungsreform sind noch nicht zu Ende. Das eine oder andere Detail wird sicherlich noch zu klären sein. Aber ein Ergebnis unseres jahrelangen Klärungsprozesses steht eindeutig fest – das wird übrigens auch von dem Urteil des Landesverfassungsgerichtes ausdrücklich bestätigt –, unser Land Mecklenburg-Vorpommern braucht diese Reform. Ich sage deshalb, die Reform kommt. Was immer es an kritischen Einwendungen und Anregungen im Einzelnen noch gibt, die grundsätzliche Notwendigkeit einer solchen Reform stellen sie nicht infrage, können sie auch nicht infrage stellen.

Ich fordere alle Kritiker und alle engagierten Interessenvertreter auf und ich lade Sie auch ein: Argumentieren Sie nicht mit dem Ziel, die Reform zu verhindern, sondern bringen Sie Ihre Kritik konstruktiv ein mit dem Ziel, die bestmögliche Reform zu machen!

(Peter Ritter, DIE LINKE: Von verhindern hat kein Mensch gesprochen. Das ausgerechnet mir vorzuwerfen!)

Und das würde dazu führen, Herr Ritter, dass Sie nicht hier einen solchen Globalantrag stellen, sondern dass Sie sich weiterhin im Prozess einbringen und da auf Verbesserung mit guten Argumenten dringen, wo das möglich ist.

> (Helmut Holter, DIE LINKE: Kommen Sie mal in die Enquetekommission, wie unsere Anträge da abgebürstet werden! – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, ...

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Ministerpräsident, einen kleinen Moment.

Herr Abgeordneter Ritter, das weise ich jetzt als unparlamentarisch zurück.

Bitte.

Ministerpräsident Erwin Sellering: ... dieses Mitwirken an einer möglichst guten Reform, das können alle. Und ich muss auch sagen, Herr Ritter, im Gegensatz zu Ihnen – vielleicht haben Sie auch daran teilgenommen – haben das viele bisher getan

(Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

und sich konstruktiv in dieser Form eingebracht. Und ich möchte die Gelegenheit hier wahrnehmen, mich bei all denen ausdrücklich zu bedanken.

> (Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU – Helmut Holter, DIE LINKE: Herr Ritter ist sehr konstruktiv.)

Ich will noch etwas zu der Zahl sagen, die Sie eben genannt haben. Wie gesagt, die Einzelheiten stehen noch nicht alle fest, aber die Konturen sind selbstverständlich nach diesem sehr langen Prozess deutlich sichtbar.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Es wird eine Kreisgebietsreform geben und sie wird zu sechs Kreisen und zwei kreisfreien Städten führen. Das ist das Ergebnis dessen, was wir bisher erörtert haben. Und wir werden im Zuge der Funktionalreform Aufgaben vom Land an die Kommunen übertragen.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Ja, und in vier Behörden bündeln. So ein Quatsch!)

Und wir werden gleichzeitig die Landesverwaltung straffen, zum Beispiel indem wir die Landwirtschafts- und Umweltämter in einer Viererstruktur zusammenführen. Damit eröffnen wir übrigens dann auch ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Dann haben wir eine neue Doppelstruktur.)

Nein, nein, nein!

(Peter Ritter, DIE LINKE: Dann haben wir eine Dreifachstruktur sogar.)

Damit eröffnen wir auch die Option für spätere, weitere Kommunalisierungen, meine Damen und Herren, und wir ordnen die kommunalen Finanzen neu mit einer klaren Absicht, nämlich Stärkung der Zentren. Und diese drei Elemente der Reform gehören für uns zusammen.

Meine Damen und Herren, ich denke, spätestens seit letztem Dienstag ist wohl dem letzten Zweifler klar, die Reform kommt. Damit beweist die Landesregierung, damit beweist die Koalition Handlungsfähigkeit. Und was wir jetzt am wenigsten gebrauchen können, sind weitere Verzögerungen. Wir brauchen zügige Entscheidungen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr richtig.)

Und wir brauchen eine Reform, die unser Land voranbringt. Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU – Zurufe von Dr. Norbert Nieszery, SPD, und Helmut Holter, DIE LINKE)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Ministerpräsident.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Müller. Bitte, Herr Abgeordneter.

Heinz Müller, SPD: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe heute Vormittag einen Antrag der Fraktion der LINKEN, der das meines Erachtens verdient hatte, als Klamauk, als heiße Luft und als Schaufensterantrag bezeichnet.

(Vincent Kokert, CDU: Der ist auch nicht besser jetzt.)

Ich möchte das bei dem jetzt vorliegenden Antrag nicht tun, meine Damen und Herren, weil dieser Antrag – und Sie können das ja im Text nachvollziehen – in der Tat ein Argument, einen Vorschlag aufgreift, der in der Anhörung, die der Innenausschuss durchgeführt hat, von einer Reihe von Anzuhörenden vorgetragen worden ist.

(Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

Es war nicht die überwiegende Zahl der Anzuhörenden, da unterscheiden wir uns schon in der Wahrnehmung, Kollege Ritter, aber das ist vielleicht nicht das entscheidende Argument.

(Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

Entscheidend ist, der Vorschlag verschiebt das ganze Ding doch auf 2014. Und ich glaube, dieser Vorschlag, der in der kommunalen Ebene diskutiert wird, verdient es, dass man sich argumentativ mit ihm auseinandersetzt. Insofern ist es schon ein Unterschied zu dem, was wir heute Morgen hier hatten, Herr Holter. Also lassen Sie uns mal schauen, wie denn für eine solche Verschiebung argumentiert wird.

Es gibt im Grunde genommen – und das spiegelt sich auch in dem Antrag der Fraktion DIE LINKE wider, das hat sich aber auch in der Anhörung gespiegelt – vier Argumentationslinien, warum man denn eine solche Verschiebung für sinnvoll hält:

- Das bestehende Gesetzesvorhaben verstoße gegen das vom Land mit beschlossene Leitbild.
- 2. Der Beratungsgang im Landtag sei zu gedrängt.
- 3. Der Umsetzungsprozess sei zu kurz.
- 4. Es käme zu einer zusätzlichen Wahl im Jahr 2011.

Ich will mich mit diesen Argumenten gern auseinandersetzen, meine Damen und Herren. Ich will aber einleitend sagen, dass nach meinen Erfahrungen sehr viele, gerade auch Kommunalpolitiker, die solchen Argumenten zunächst anhängen, in einem Diskussionsprozess sehr schnell davon runterkommen und sehr schnell einer Linie folgen, die der Ministerpräsident eben in seinen Worten deutlich gemacht hat, dass es nämlich vielen Kommunalpolitikern auch reicht, über ein Reformvorhaben jetzt fast ein Jahrzehnt – es werden in diesem Jahr acht Jahre – zu diskutieren und dann die Perspektive geboten zu bekommen, na lasst uns mal noch zwei, drei Jahre darüber diskutieren, bevor wir etwas machen.

(Gino Leonhard, FDP: Die SPD diskutiert. Die SPD diskutiert da vier Jahre drüber. – Zuruf von Hans Kreher, FDP)

Das, meine Damen und Herren, stinkt – ich darf das mal so deutlich sagen –, stinkt vielen Beteiligten auch.

(Toralf Schnur, FDP: Ja, bloß wer ist denn daran schuld?)

Sie sagen, also jetzt lasst uns endlich einmal etwas machen und lasst uns endlich einmal etwas umsetzen und uns nicht darauf verständigen, noch mal fünf Jahre zu diskutieren.

(Hans Kreher, FDP: Aber das haben Sie gemacht.)

Das, meine Damen und Herren, halten viele auch für eine Horrorvision.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Das sind ja eigenartige Interpretationen der Anhörung.)

Aber lassen Sie uns auf die Argumente im Einzelnen eingehen, zunächst auf das Argument eins, die vorliegenden Gesetze seien nicht leitbildgerecht:

Herr Ritter, das finde ich in der Tat bemerkenswert, dass wir im Innenausschuss eine Anhörung machen, im Innenausschuss noch nicht einmal mit der Auswertung dieser Anhörung beginnen und uns noch nicht einmal mit den vorgetragenen Argumenten, die ja teilweise diametral entgegengesetzt waren und sehr weit auseinandergingen, uns noch nicht einmal mit der Auswertung der Argumente begonnen haben auseinanderzusetzen, was uns dort vorgetragen worden ist, Ihr Ergebnis aber bereits feststeht.

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Sie haben doch eine eigene Wahrnehmung. – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Diese Gesetzentwürfe verstoßen gegen das Leitbild. Das haben eine Reihe der Anzuhörenden vorgetragen,

(Zurufe von Torsten Renz, CDU, und Peter Ritter, DIE LINKE)

aber ich möchte mir schon die Mühe machen, mich mit der Begründetheit dieser Argumentation mal auseinanderzusetzen.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Genau. – Zuruf von Torsten Koplin, DIE LINKE)

Und ich glaube, wenn wir sehr genau hinschauen, dann wird sich ein großer Teil der hier vorgetragenen Bedenken in Luft auflösen.

(Zuruf von Gino Leonhard, FDP)

Ich will das an einem Beispiel mal sehr deutlich machen. Herr Ritter, Sie haben auch in Ihrem Beitrag wiederholt auf die Zahl von 200 Stellen bei der Aufgabenübertragung abgehoben.

(Peter Ritter, DIE LINKE: 201! – Zuruf von Torsten Koplin, DIE LINKE)

Und Sie haben gesagt, das kann doch gar nicht sein, das ist doch viel zu wenig, dass wir hier 200 oder 201 Stellen übertragen. Das ist doch ein Verstoß gegen das Leitbild. Nein, meine Damen und Herren, bitte schauen Sie in das Leitbild und schauen Sie bitte darauf, dass wir – übrigens nicht nur die Koalition, an dem Punkt hat ja sogar die FDP mitgestimmt – das Leitbild eingebettet haben in einen Gesamtrahmen für eine Verwaltungsreform.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Richtig.)

In diesem Gesamtrahmen haben wir zum Thema Aufgabenwahrnehmung eine sehr klare und, wie ich finde, sehr vernünftige Festlegung getroffen. Wir haben nämlich nicht gesagt, Land ist gut und kommunal ist schlecht. Wir haben auch nicht umgekehrt gesagt, kommunal ist gut und Land ist schlecht, sondern wir haben sehr deutlich gesagt, die Aufgabenerfüllung soll auf der Ebene erfolgen, wo die Aufgabenerfüllung optimal ist. Und wir haben optimal untersetzt. Was heißt denn optimal? Rechtssicher, in hoher fachlicher Qualität, bürger- und wirtschaftsnah und effizient und wirtschaftlich.

Und deswegen, meine Damen und Herren, müssen wir nicht, Herr Ritter, einem Fetisch hinterherrennen und sagen, och, es sind ja nur 200 Stellen, sondern wir müssen gucken, ob diese Aufgabenzuordnung, so, wie wir sie vornehmen, eigentlich diese Vorgabe, dass wir eine möglichst optimale Aufgabenerfüllung erreichen, erfüllt. Und ich glaube, wenn wir so wertend herangehen, dann ist der Gesetzentwurf mit der Veränderung, die wir vorhaben, ein guter Gesetzentwurf.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr richtig. – Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Wir sind wohl 2005 einem Fetisch nachgejagt, ja?)

Also, meine Damen und Herren, das, was bei einer Viererkommunalstruktur oder – dank der damaligen PDS – Fünferkommunalstruktur galt, das sieht bei einer Achterkommunalstruktur schon ganz anders aus. Also das Thema Leitbildgerechtigkeit ist eines, das man im Detail untersuchen muss. Ich glaube aber, dass diese Gesetzentwürfe in den wesentlichen Zügen leitbildgerecht sind.

Zu zweitens, der Beratungsgang ist zu sehr gepresst:

Meine Damen und Herren, ich glaube, wir werden in den nächsten Monaten im Innenausschuss sehr viel Arbeit haben. Da macht sich, glaube ich, kein Innenausschussmitglied eine Illusion. Aber ich halte es für sehr wohl machbar, dass wir, ohne gegen unsere Sorgfaltspflicht zu verstoßen, diese Gesetzentwürfe im Innenausschuss sorgfältig beraten und – und diesen Satz möchte ich dick unterstreichen – auch die notwendigen Veränderungen an diesen Gesetzen vornehmen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Na, da bin ich ja gespannt.)

Da sehe ich nämlich in der Tat sehr wohl den Bedarf, diese Gesetze an einigen Stellen zu verändern und diese Gesetze dann vernünftig im Sommer hier zur Zweiten Lesung vorzulegen. Das Argument Beratungsgang zieht nicht

Zum dritten Argument, dem Prozess der Umsetzung:

Also wissen Sie, Herr Ritter, es gibt in der Sozialwissenschaft so etwas wie die Selffulfilling Prophecy, also die Prophezeiung, die dadurch, dass man sie in die Welt setzt, sich selbst erfüllt. Das gibt es manchmal. Und daran scheinen Sie auch zu glauben

(Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

und darauf scheinen Sie zu hoffen, dass man hier so etwas macht. Man redet so lange darüber, dass das Ding ja nicht kommt,

(Gino Leonhard, FDP: Wir haben acht Jahre darüber gesprochen. Hört doch auf! Hört doch auf!)

dass alle Beteiligten sagen, ach, na ja, warten wir doch mal ab und tun nichts. Das scheint doch Ihre Strategie zu sein,

(Gino Leonhard, FDP: Herr Kollege, acht Jahre!)

den Prozess des Zusammenwachsens, der an vielen Orten ja jetzt bereits eingeleitet ist, zu torpedieren.

(Gino Leonhard, FDP: Irgendwann ist auch mal Schluss!)

Und ich sage Ihnen ganz deutlich, das wird nicht funktionieren. Ich glaube, gerade jetzt, da wir im Koalitionsausschuss in den wesentlichen Punkten eine Einigung erreicht haben, werden die Kommunalpolitiker wissen – und sie werden entsprechend handeln –, dass es sinnvoll ist, sich auf diese Reform vorzubereiten. Und ich bin ganz sicher, dass wir mit dem mehr als einem Jahr, das wir zwischen Zweiter Lesung und Inkrafttreten haben werden, einen sehr vernünftigen Prozess der Umsetzung dieser Gesetze erreichen können. Dieses Argument zählt also nicht.

Zum letzten Argument, einer zusätzlichen Wahl:

Auch da, Herr Ritter, sollten Sie mal gucken, wie Sie argumentieren und wie Sie reden. Sie reden von der Häufung der Kommunalwahlen 2009, 2011, 2014. Das ist ja ganz furchtbar. Aber Entschuldigung, 2009 und 2014 hätten wir in jedem Fall eine Kommunalwahl. Und Sie wollen die ja wohl nicht abschaffen? Wobei bei der 2009er wäre das auch schon schwierig, weil die ja bereits gewesen ist.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist ja nun wieder sehr dürftig.) Wenn wir also genau gucken, meine Damen und Herren, ist es eine zusätzliche Wahl im Jahre 2011, eine Wahl zu den Kreistagen und für die Landräte der neuen Kreise. Und diese Wahl brauchen wir, denn diese neuen Kreise brauchen, um zu funktionieren, Organe, demokratisch legitimierte Organe, Kreistage und demokratisch gewählte Landräte. Es ist also eine zusätzliche Wahl. Und diese zusätzliche Wahl wird noch kombiniert mit der Landtagswahl, was Aufwände natürlich minimiert, allerdings natürlich nicht auf null senkt. Das sehe ich auch.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Also, meine Damen und Herren, dieses Argument, eine zusätzliche Wahl, ist richtig, aber ich glaube, es ist lange nicht stark genug zu sagen, deswegen müssen wir das ganze Vorhaben verschieben. Denn schauen wir bitte mal auf die andere Seite und schauen wir mal, was es denn an Argumenten für das Jahr 2011 gibt außer dem schon eher gefühlsmäßigen Argument, dass viele sagen, genug geredet, jetzt muss endlich gehandelt werden. Was gibt es denn an Fakten? Und ich möchte nur ein Faktum nennen, das aber das wichtigste ist. Einer der wesentlichen Argumentationsstränge, nein, der wesentliche Argumentationsstrang für eine solche Reform ist das Thema Geld. Das kann man doch ganz unumwunden und ganz ungeschminkt sagen.

Nun sagen Sie, Herr Ritter, na ja, die bisherigen Modellrechnungen, wie viel wir da einsparen, sind ja angreifbar. Nun sind wir uns durchaus einig, dass die Modellrechnung des Landesrechnungshofes erhebliche Schwächen hatte. Das wissen wir. Aber niemand und auch niemand von denen, die wir angehört haben, zweifelt an, dass es eine Reformnotwendigkeit gibt. Das ist ein wesentliches Faktum. Alle, die wir angehört haben, haben gesagt, im Grunde brauchen wir eine solche Reform und wir brauchen sie aus finanziellen Überlegungen heraus. Und selbst, wenn Sie die 50 oder 60 Millionen, die der Rechnungshof uns vorgerechnet hat, in Zweifel ziehen und wenn Sie sagen, da ist das Ding mit den Leitstellen drin und da sind ein paar Dinge, die sind nicht in Ordnung,

(Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

dann seien Sie doch einfach mal so sachbezogen und sagen, okay, dann machen wir mal von dieser Zahl, die der Rechnungshof uns da vorgerechnet hat, ein paar Abstriche und sagen, lieber Herr Schweisfurth, es werden nicht die 55 oder 60 Millionen, es werden, wenn alles gut geht, 40.

(Toralf Schnur, FDP: Na, 20!)

Wenn es aber 40 werden, Herr Ritter, dann heißt ein Verschieben um drei Jahre, dass ein solcher Einspareffekt von 40 Millionen Euro jährlich drei Jahre später eintritt. Und wenn wir uns unsere finanzielle Situation anschauen, auch und gerade die finanzielle Situation der kommunalen Ebene, dann frage ich Sie: Können wir uns das eigentlich leisten? Denn wenn wir einen Zeitraum bis zu einem zu definierenden Punkt – 2019 bietet sich ja immer an, weil dort die Solidarpaktmittel auslaufen – betrachten und drei Jahre auf 40 Millionen Einsparung verzichten, dann ist das in der Summe ein Verlust von 120 Millionen Euro.

Und, meine Damen und Herren, diese Zahl sollten wir uns vielleicht mal ins Bewusstsein rufen. Wer sagt, weil ich da ein paar Probleme habe, möchte ich die ganze Reform um drei Jahre verschieben, der gefährdet auch kommunale Handlungsfähigkeit in diesem Land wesentlich und der sollte hier nicht ankommen und kommunale Finanzausstattung, die zu gering sei, beklagen, sondern er soll lieber dazu beitragen, dass wir diese Finanzausstattung verbessern. Und er sollte dazu beitragen, dass wir mit dem Geld vernünftig umgehen und nicht Verwaltung um der Verwaltung willen finanzieren.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU)

Also, meine Damen und Herren, lassen Sie uns die verschiedenen Aspekte abwägen und lassen Sie uns ein wertendes Ergebnis feststellen. Dieses wertende Ergebnis kann nur heißen, eine Verschiebung dieser Reform schadet diesem Land, schadet den Kommunen in diesem Land, und deswegen werden wir eine Verschiebung dieser Reform ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke, Herr Müller.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der FDP der Abgeordnete Herr Schnur. Bitte, Herr Abgeordneter.

Toralf Schnur, FDP: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete!

Herr Müller, ich glaube, viele von den Vorwürfen, die Sie Herrn Ritter gemacht haben, kann man einfach – ich sage mal, auch aus Sicht der anderen Oppositionsparteien – nicht so wirklich stehen lassen. Sie haben Herrn Ritter vorgeworfen, dass er im Grunde die Ergebnisse der öffentlichen Anhörung ...

(Vincent Kokert, CDU: Müssen Sie jetzt schon Herrn Ritter verteidigen? Was ist denn da los?)

Nein, das hat damit nichts zu tun.

(Heinz Müller, SPD: Also meine Erfahrungen mit Herrn Ritter sind so, dass er das selber kann. – Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU – Zurufe von Dr. Norbert Nieszery, SPD, und Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Nein, das gehört auch ein bisschen zur Redlichkeit an der Stelle, finde ich.

Da ist es so, dass Sie an der Stelle vorwerfen, dass Herr Ritter die Ergebnisse der öffentlichen Anhörung vorwegnimmt. Wenn man den Antrag selbst liest – und das haben wir ja getan –, dann steht das nirgendwo. Herr Müller, das stimmt an der Stelle schlicht und einfach nicht. Und ich will Ihnen auch sagen, die Gefahrenlinie, die Sie immer aufzeichnen,

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

für den Fall, dass die Reform verschoben wird, sehe ich so in Gänze nicht.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: 120 Millionen, fertig.)

Richtig ist und das will ich an der Stelle auch sagen: Der Eindruck, der sich mittlerweile auftut, Sie haben es bezeichnet, es reicht mittlerweile vielen, an der Stelle noch weiter an der Reform herumzubasteln, den kann man durchaus nachvollziehen, der ist mir gegenüber mehrfach geäußert worden. Das will ich auch deutlich sagen. Aber man muss eben auch sagen, an den acht Jahren Diskussion ist zumindest die Oppositionsfraktion der FDP nicht schuld.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Vincent Kokert, CDU: Aha! Nein.)

Inwieweit das auf DIE LINKE zutrifft, das mag ich nicht beurteilen, denn ich war ja bei Ihren Koalitionsverhandlungen oder in den Koalitionsgesprächen zur damaligen Zeit noch nicht dabei.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Da waren Sie noch nicht mal im Landtag, das stimmt.)

Von daher will ich mich dazu auch nicht äußern.

Es gibt da etwas, wo ich sage, das muss sich doch eigentlich jedem sofort erschließen, dass es dort ein erhebliches Problem gibt mit dem, was die Reform, wenn man sie in Teilen so darstellt, eigentlich als Ergebnis abliefert. Wir haben im Ergebnis tatsächlich eine Kreisstrukturreform, das kann man sagen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist doch gut, ja.)

Das Problem ist, und das hat mein Kollege Leonhard ja auch immer gesagt, dass wir eigentlich immer diese grobe Linie gefahren haben, die Form folgt der Funktion. Genau da liegt auch der entscheidende Punkt.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Dann müssen wir eine Viererstruktur machen, aber das wollt ihr ja nicht.)

Die LINKEN haben damals gefordert, eine Gemeindestrukturreform mit einfließen zu lassen in den Diskussionsprozess, und an der Stelle muss man sagen, da ist ja auch sehr viel Wahrheit dran. Das Problem ist, wenn wir die Aufgaben zielgerichtet an die Kommunen übertragen, das kombinieren mit einer Gemeindereform, dann ist es aus unserer Sicht so, dass daraus logischerweise sich das Bild zu einem Landkreis entwickeln müsste oder sich auch daraus ableiten ließe, wie eine kreisfreie Stadt sich darstellt oder welche dann übrig bleiben von den kreisfreien Städten.

Deshalb habe ich schon damals kritisiert, dass man immer von dem Dreiklang der Gesetzgebung gesprochen hat, nämlich dem Finanzausgleichsgesetz, der Funktionalreform und der Kreisstrukturreform, dass das eigentlich ein unzureichender Ansatz ist, weil er den vierten Ansatz, nämlich die Gemeindestrukturreform völlig unterschlägt.

Und ich will an der Stelle sagen, es muss doch wohl berechtigt sein, wenn man von einer Funktionalreform spricht und man von der Koalition vorgelegt bekommt, dass man 201 Stellen übertragen will, dass man als Oppositionsfraktion sagt, da ist ja nun nicht wirklich viel dabei, mit Funktionalreform hat das nicht wirklich was zu tun

Wenn man sich von Herrn Müller auch noch sagen lassen darf, dass man gucken muss, wie die optimale Aufgabenübertragung ist,

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Keine Richterschelte! – Heinz Müller, SPD: Das war unser Beschluss, Herr Schnur, mit Ihrer Stimme.)

und zu dem Ergebnis kommt, dass 201 Stellen die optimale Ausgestaltung sind,

(Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

da muss ich ganz offen sagen, dann muss man einfach nur blind sein.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Herr Müller, verstehen Sie mich nicht falsch, aber das kann man einfach nicht nachvollziehen!

(Heinz Müller, SPD: Dass Sie da manchmal Schwierigkeiten haben, das wissen wir. – Zurufe von Dr. Norbert Nieszery, SPD, und Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Bei der vorherigen müssen Sie ja erst mal richtig blind gewesen sein an dieser Stelle.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Ich will dazu nur noch eines sagen und deshalb einen Abschlusssatz:

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das reicht auch, das reicht.)

Natürlich ist das Anliegen der Fraktion DIE LINKE in der Sache begründet und richtig. Deswegen werden wir der Verlängerung oder vielmehr der Verschiebung auch zustimmen.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Wie wollt ihr das? Ihr seid die Interessenvertreter der Firmen, der Industrie. Wie könnt ihr das?)

Wir wollen nicht gegen eine Reform sprechen, wir wollen nur eine ordentliche Reform und das ist der entscheidende Punkt.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Zurufe von Wolf-Dieter Ringguth, CDU, und Gino Leonhard, FDP)

Deshalb braucht man noch etwas Zeit. Wir können diese Reform ja schlichtweg auch gar nicht mehr aufhalten, das muss man formal sagen.

> (Dr. Norbert Nieszery, SPD: Na, Gott sei Dank! – Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Dann ist es doch gut. – Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Schnur!

Toralf Schnur, FDP: Deshalb lassen Sie uns die Zeiten doch ein Stück verlängern.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Abgeordneter.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Renz. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Torsten Renz, CDU: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte einfach mit dem beginnen, mit dem auch Herr Ritter begonnen hat, mit seinem staatstragenden Satz: "SPD und CDU modernisieren die Verwaltung des Landes", Punkt. Unter der Beteiligung der LINKEN wurde die Modernisierung des Landes in den Sand gesetzt, meine sehr geehrten Damen und Herren. So möchte ich Ihren Eingangssatz einfach mal an dieser Stelle vervollständigen.

(Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

Und dann schauen wir mal, da haben Sie recht, was bei unserer Reform herauskommt, wenn wir hier im Landtag entsprechende Beschlüsse fassen.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Ja.)

Ich frage mich auch, ehrlich gesagt, inwieweit wir hier noch eine Sinnhaftigkeit an den Tag legen, wenn wir uns im Gesetzgebungsverfahren befinden. Im Prinzip hätten Sie dann nämlich formulieren müssen: Antrag der Fraktion DIE LINKE – Auswertung der Anhörung aus Sicht der Fraktion DIE LINKE. Dann wären Sie der Sache im Inhalt gerecht geworden,

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Wir können beantragen, was wir wollen, Herr Renz.)

aber dass Sie hier einzelne Punkte aus der Anhörung herausgreifen und daraus jetzt Landtagsanträge machen, da muss ich schon sagen, das ist nicht besonders kreativ, denn das bringt uns in der Sache nicht weiter.

(Zurufe von Irene Müller, DIE LINKE, und Toralf Schnur, FDP)

Ich habe das auch schon des Öfteren im Innenausschuss angesprochen.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Wenn Sie sich als Parlamentarier, hier spreche ich die Fraktion der LINKEN an, über die Sinnhaftigkeit Ihrer Anträge Gedanken machen und wirklich öffentlich sich die Frage stellen und Sie versuchen dann auch, ehrlich zu antworten, was dieser Antrag der Bevölkerung von Mecklenburg-Vorpommern bringt, dann sage ich Ihnen, das ist Spiegelfechterei. Der bringt nämlich gar nichts. Ich komme noch mal auf diesen Aspekt zurück. Ich glaube, das müssen wir noch mal thematisieren. Wir befinden uns hier in einem Gesetzgebungsverfahren, das heißt, das Thema, was hier in den Landtag eingebracht wurde, ging entsprechend in die Anhörung. Die Anhörungen haben im Dezember stattgefunden

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Ja, und wir bewerten sie so, wie wir das vorgetragen haben.)

und jetzt tun Sie ganz überrascht plötzlich. Jetzt tun Sie inhaltlich ganz überrascht, wenn es um die Tatsache geht, dass der Zeitpunkt für das Inkrafttreten der Reform Ihnen hier nicht passt.

(Irene Müller, DIE LINKE: Darüber tun wir nicht überrascht. Sie sind überrascht. – Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

Jetzt führen Sie Gründe auf beziehungsweise auch die Anzuhörenden, die im Kern im Prinzip zwei Ebenen betrachten,

(Irene Müller, DIE LINKE: Weil Sie die Anhörung interpretieren, wie Sie es wollen.)

zum einen die Ebene der Verwaltung, die, ich sage das mal vorsichtig ausgedrückt, in dem Sinne in diesem Zeitfenster überfordert ist, beziehungsweise die zweite Ebene, die Herr Müller hier schon entsprechend beschrieben hat, die Häufigkeit der stattfindenden Kommunalwahlen, die zusätzlich stattfinden sollen.

Insofern haben wir ja hier nun eingehend festgestellt, es geht im Prinzip um eine zusätzliche Wahl. Diese Tatsache, dass es ein schwieriger Prozess ist, für die Verwaltung innerhalb kürzester Zeit, sprich eines Jahres, hier eine Umsetzung vorzunehmen, beziehungsweise auch die Thematik mit der zusätzlichen Wahl, das sind keine Argumente, die neu sind.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Jetzt tun Sie plötzlich erstaunt und stellen hier Anträge im Landtag. Ich frage mich, ob es darum geht, dass Sie hier irgendwie parteiintern in einem Wettbewerb stehen, wo es um die Anzahl der Anträge geht. Ich glaube, Herr Ritter, das haben Sie nicht nötig. Dann muss ich Ihnen an dieser Stelle sagen: Verwechseln Sie nicht die Quantität mit der Qualität!

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Hören Sie auf mit Ihren Belehrungen, Herr Renz!)

Ich verweise immer wieder auf das Gesetzgebungsverfahren, in dem wir uns befinden, und insofern, sage ich Ihnen ganz deutlich, machen solche Anträge zum jetzigen Zeitpunkt keinen Sinn.

Es ist richtig, dass unterschiedliche Vertreter, zum Beispiel aus den Landkreisen Güstrow, Ludwigslust oder Parchim, auf diese Thematik hingewiesen haben, und ich kann Ihnen und auch der Öffentlichkeit versichern, dass wir diese Bedenken ernst nehmen. Dazu sind nämlich Anhörungen da.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ha, ha, ha!)

Dann sind wir wieder beim Thema: Was sind Anhörungen? Jawohl, wir hören die Öffentlichkeit an,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das haben wir schon gemerkt, Herr Renz.)

wir wägen ab, wir diskutieren, wir analysieren

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, ja, ja, ja.)

und dann kommt der entscheidende Punkt, Herr Ritter.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, ja.)

Wir werden entscheiden. In diesen Prozess können Sie sich gern einbringen,

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Sie haben ja selbst zu Beginn infrage gestellt, ob das hier der richtige Ort ist

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

oder ob das Ganze nicht im Innenausschuss besser aufgehoben wäre. Ich sage Ihnen, Sie haben recht. Sie hätten diese Thematik im Innenausschuss aufrufen sollen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Damit Sie es dort ablehnen.)

Damit Sie nicht in Versuchung kommen und dann vielleicht demnächst noch weitere Punkte aus der Anhörung hier zu Landtagsanträgen machen,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

zum Beispiel Altfehlbetragsumlage oder die Thematik Aufbaustäbe, Leitbildgerechtigkeit, Personalübergang

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, ja.)

oder auch die Konstituierung der Kreistage,

(Irene Müller, DIE LINKE: Wie Sie doch genau wissen, wo es überall hakt! – Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU) können Sie in jeder Sitzung einen Antrag daraus machen und der Öffentlichkeit sagen, ich, Herr Ritter, bin so wichtig, ich bin noch da, wir müssen das thematisieren.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Bring sie nicht noch drauf!)

Das können Sie jederzeit machen. Ich empfehle Ihnen nur, dann mindestens zwei oder drei Anträge pro Sitzung zu nehmen.

(Vincent Kokert, CDU: Bloß nicht! – Irene Müller, DIE LINKE: Sie haben uns überhaupt nichts zu sagen!)

Bevor Sie das alles abgearbeitet haben, werden wir hier in diesem Landtag, so, wie der Ministerpräsident es schon gesagt hat, das Gesetz nämlich schon verabschiedet haben.

(Zuruf von Birgit Schwebs, DIE LINKE)

Insofern sollten Sie sich dann hinsichtlich Ihrer Aktivitäten beeilen.

(Irene Müller, DIE LINKE: Jawohl, Herr Oberlehrer!)

Ich möchte aber auch noch mal auf den Zwischenbericht der Enquetekommission zu sprechen kommen, den Sie ja selbst angesprochen haben, Herr Ritter. Ich habe mir die Mühe gemacht, die über 200 Seiten mal in dem Sinne zu recherchieren,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das wird ja auch langsam Zeit! – Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

weil ich ja zum damaligen Zeitpunkt nicht dabei war, weil ich intensiv nach der Stelle gesucht habe, wo die LINKEN sich mal geäußert und gesagt haben, 2011 würde gar nicht gehen. Intensiv habe ich gesucht,

(Vincent Kokert, CDU: Steht nichts drin.)

leider mit dem Ergebnis, dass es mir nicht gelungen ist, diese Stelle zu finden,

(Vincent Kokert, CDU: Das ist ihnen gestern erst eingefallen.)

wo Sie jemals in 2007/2008 schon mal gesagt haben, hier sind wir von den LINKEN, so geht das gar nicht, lasst uns das auf 2014 verschieben.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, und wann ist denn das Gesetz eingebracht worden? Doch nicht mit dem Zwischenbericht. – Zuruf von Hans Kreher, FDP)

Ich habe es nicht gefunden, aber Sie wissen, ich bin lernfähig, ich bin gern bereit, wenn Sie mir die Textstelle zeigen, hier entsprechend dann noch mal darauf einzugehen.

(Hans Kreher, FDP: Wir haben das damals gleich gesagt.)

Ich habe mir auch die Mühe gemacht, die Landtagsdebatte vom 24.04.2008, wo ja das Leitbild sozusagen auf den Weg gebracht wurde, hier noch mal etwas genauer nachzulesen, wo eindeutig in dem Leitbild in der Drucksache formuliert ist: "Es ist geplant, die gesetzlichen Grundlagen für eine Verwaltungsreform bis Mitte 2010 zu schaffen. Unter Berücksichtigung einer Umsetzungsphase sollen die Gesetze 2011 in Kraft treten." Das ist eine klare Aussage. Wir haben jetzt gehört, dazu stehen

(Toralf Schnur, FDP: Aber da ist doch kein Inhalt drin.)

Dann frage ich Sie aber auch: Wo waren Sie 2008 im April? Wo haben Sie das thematisiert?

(Peter Ritter, DIE LINKE: Weil wir die Anhörungen ernst nehmen, Herr Renz, im Gegensatz zu Ihnen. – Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Es wäre sehr nett, wenn Sie mir da noch mal behilflich sein könnten. Ich glaube eher – im Gegensatz zum Ministerpräsidenten, der Ihnen ja hier noch unterstellt oder es seine Auffassung ist, dass Sie sich mit der Tatsache inhaltlich auseinandersetzen wollten –,

(Irene Müller, DIE LINKE: Wir wussten ja nicht, dass Sie dieses Jahr so arrogant agieren.)

ich glaube, Sie wollen nur in der Öffentlichkeit Bambule in dem Sinne machen, und ich sage Ihnen, das wird Ihnen in diesem Landtag nicht gelingen. Und ich sage Ihnen dann noch mal, zurück zum 24.04., weil Sie ja auf diesen Bericht und auf Ihr Sondervotum hier verweisen, Sie haben extra ein Sondervotum abgegeben, das ist Ihr gutes Recht, das begrüße ich auch in dieser Demokratie, aber in diesem Sondervotum wird die Zeitschiene überhaupt nicht infrage gestellt.

Insofern gehe ich ganz persönlich davon aus, dass es irgendwann bei Ihnen "klick" gemacht hat, aber weit nach 2008, nämlich im April 2009, als Sie gewusst haben, im Juni wird dieses Gesetzespaket eingebracht. Da haben Sie gesagt, jetzt müssen wir aktiv werden, April 2009, erster Aufschlag, erster Antrag, genau zu dieser Thematik.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ach!)

Da muss ich ehrlich sagen, Herr Ritter, das kann ich nachvollziehen, das ist für mich logisch.

(Birgit Schwebs, DIE LINKE: Aber vielleicht stimmt Ihre Logik ja nur zum Teil.)

Aber das, was Sie heute hier abliefern, dass Sie im Anhörungsprozess dieses Thema erneut aufmachen, da sage ich Ihnen nur, wir müssen aufpassen als Landtag, dass wir uns in diesem Punkt nicht lächerlich machen wollen, dass wir nach Prinzipien arbeiten.

Ich verspreche Ihnen, wir als Fraktion – ich denke auch, ich kann für die SPD-Fraktion mitsprechen – werden dieses Spielchen nicht mitmachen. Wir lehnen zum heutigen Zeitpunkt, nicht nur zum heutigen Zeitpunkt, wir lehnen diesen Antrag kategorisch ab und Sie wären gut beraten, den Antrag heute zurückzuziehen. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke, Herr Abgeordneter Renz.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der NPD der Abgeordnete Herr Andrejewski. Bitte, Herr Abgeordneter.

Michael Andrejewski, NPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Verwaltungsreformen kann man auf zwei Arten rechtfertigen:

Erstens als eine Möglichkeit, die wahren Probleme des Landes zu lösen, wäre ja im Prinzip möglich, als da aber sind Abwanderungen, Vergreisung, die fehlende ausreichende industrielle Basis, die totale Abhängigkeit von Unterstützungszahlungen aus Westdeutschland, Ärztemangel, um nur die bedrohlichsten oder die spannendsten Herausforderungen zu nennen, von denen hier ansonsten so geschwärmt wird. Dies bewältigen zu wollen durch Umstrukturierung der Verwaltung, ist hoffnungslos.

Zweitens könnten Verwaltungsreformen der Anpassung an diese negative Entwicklung dienen. Wenn man das will, kann man natürlich nicht à la SPD mit Slogans in den Wahlkampf ziehen, wie "den Erfolg fortsetzen", was Herr Ringstorff 2006 schon fertigbrachte und Herr Sellering in ähnlicher Form sicher auch plant. Dann müsste man zugeben, dass man keine Ahnung hat, wie sich die Lage des Landes verbessern ließe, und dass man sich mit dem künftigen Zustand Mecklenburg-Vorpommerns als menschenleerer und wirtschaftsfreier Ödnis abgefunden hat. Aber dann könnte man wenigstens nachvollziehbar darlegen, dass so eine Wüstenei natürlich anders verwaltet werden müsste als ein noch halbwegs lebendiges Land.

Nur wie müsste eine solche Anpassung aussehen? Während der vielen öden und sinnlosen Sitzungen der Enquetekommission hat es auch Tage mit Ausnahmecharakter gegeben,

(Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

immer dann nämlich, wenn einmal ein nun konformistischer Wissenschaftler ein Alternativmodell vorstellte. Manche dieser Konzepte gingen im Übrigen durchaus in dieselbe Richtung, die die NPD hier schon einmal vorgeschlagen hatte, nämlich anstatt abstrakte Körperschaften wie die Landkreise noch zu stärken und zu vergrößern und damit die Verwaltungssitze noch weiter von den Bürgern zu bewegen, lieber den entgegengesetzten Weg zu gehen und auf Kosten der Landkreise die Gemeinden zu stärken.

Im Rahmen dieser grundsätzlichen Vorstellung wurden die unterschiedlichsten Varianten von verschiedenen Experten vorgestellt. Und wenn diese schon vor einer Enquetekommission dargestellt werden, dann sollte man vielleicht mehr damit anfangen, als sie abzuheften und ansonsten stur an der einmal eingeschlagenen Richtung festzuhalten, zumal einige dieser Modelle ja offenbar schon verwirklicht wurden, beispielsweise in Schweden. Das muss nicht auf die Verhältnisse von Mecklenburg-Vorpommern anwendbar sein, aber möglich wäre es ja und nachdenken kann man auch darüber.

Werden die Alternativen nicht ausreichend geprüft, dann ist die Enquetekommission ein Stück weiterer Pseudodemokratie und sonst nichts. Wenn man diese Alternativen angemessen prüft, dann ist das bis 2011 auf keinen Fall zu schaffen, dann wäre 2014 in der Tat realistischer. Entweder dient die Kommission dazu, sich verschiedene Modelle anzusehen und sie sorgsam gegeneinander abzuwägen, oder sie ist reine Staffage und es geht nur darum, einen eingeschlagenen Kurs durchzupeitschen. Das scheint mir allerdings der Fall zu sein. Die NPD stimmt dem Antrag zu.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Es hat jetzt das Wort für die Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Herr Ritter. Bitte, Herr Abgeordneter.

Peter Ritter, DIE LINKE: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und

Kollegen! Es war, nachdem ich die Rede des Ministerpräsidenten gehört habe, sicherlich gut, dass die Koalitionäre es abgelehnt haben, dass er eine Regierungserklärung abgeben möchte, denn er hat nichts Erhellendes gesagt.

Herr Sellering, wenn ausgerechnet Sie mir vorwerfen, ich wollte eine Verwaltungsreform verhindern, dann ist das völlig absurd, denn beim ersten Versuch war ich es, der gegen den Mehrheitswillen meiner Partei die Fünf als Kompromiss durchgesetzt hat.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Sehr richtig.)

Das vergessen Sie bitte nicht, wenn Sie hier solche Reden halten.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Jetzt erzählt mal nicht so viel aus dem Nähkästchen!)

Wenn Sie davon sprechen, Sie wollen mit diesen Reformprozessen, die Sie jetzt unter den neuen Regierungsbedingungen gestalten wollen, die Verwaltung auf allen Ebenen gestalten, dann haben Sie die wesentliche Ebene, die Landesregierung selbst, für diesen Prozess wissentlich ausgenommen

> (Toralf Schnur, FDP: Ja. – Helmut Holter, DIE LINKE: Kein Wort.)

und daher erinnere ich auch die CDU an ihre Wahlversprechen, die Struktur des Kabinetts grundlegend zu ändern

(Toralf Schnur, FDP: Das haben sie ja gemacht.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich will noch mal versuchen, auf die Argumente einzugehen, die Herr Müller hier gebracht hat. Herr Müller, Sie haben erstens gesagt, es wären nur einige, die in der Anhörung die Problematik der Zeitschiene ins Spiel gebracht hätten. Dem ist aber nicht so. Fast alle Landräte, die zwei Ausnahmen habe ich aus bekannten Gründen genannt,

(Vincent Kokert, CDU: Ja.)

fast alle Kreistagspräsidenten, fast alle anwesenden Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister und Bürgermeister haben dieses Argument gebracht, ebenso die kommunalen Spitzenverbände. Und sie haben das auf Nachfrage meiner Fraktion auch immer wieder bestätigt, dass sie viel Positives darin sehen würden, wenn wir den Vollzug der Kreisgebietsreform verschieben würden,

(Zurufe von Birgit Schwebs, DIE LINKE, und Toralf Schnur, FDP)

nicht die Reform verhindern, sondern den Vollzug der Kreisgebietsform auf einen späteren Zeitpunkt setzen.

Zum zweiten Argument, es gebe keine Verletzungen des Leitbildes,

(Toralf Schnur, FDP: Ja.)

sage ich Ihnen hier nur: Lesen Sie als allererstes die Stellungnahme des Landkreistages noch einmal! Die Eingangssätze der Stellungnahme des Landkreistages sagen eindeutig, der vorgelegte Gesetzentwurf verletzt das Leitbild an vielen Stellen. Wenn Sie mit dieser verfassungsrechtlichen Hürde weiterarbeiten wollen, bitte schön, tun Sie es!

Zum nächsten Argument, der Beratungsgang oder die Zeit wäre für die Auseinandersetzung ausreichend: Nun ist es ein Argument, was wir bei zurückliegenden Gesetzentwürfen immer wieder gehört haben, wo wir diese zwischen 12.00 Uhr und Mittag dann als Oppositionsgesetzentwürfe ablegen durften. Wie ist denn die Realität?

(Zurufe von Hans Kreher, FDP, und Toralf Schnur, FDP)

Der Vorsitzende des Innenausschusses schickt jetzt die Schreiben an die mitberatenden Ausschüsse mit der Bitte, bis zum 9. April die mitberatenden Stellungnahmen abzugeben. Dann ist vorgesehen, das Gesetz noch vor der Sommerpause zu verabschieden, aber nicht etwa auf der Sitzung im Juli, nein, schon im Juni. Wenn dem so ist, haben wir maximal hochgerechnet sieben reguläre Sitzungen im Innenausschuss. Wenn Ihnen das ausreicht, eine umfassende Auswertung der Anhörung vorzunehmen, dann muss ich Sie zu dieser Herkulesarbeit wirklich beglückwünschen.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Was sagt denn das Verfassungsgericht zum Abwägungsprozess? – Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

Nächstes Argument, der Einspareffekt: Wir können nicht erwarten, die vielleicht 40, 50, 60 oder wie viel Millionen vor uns herzuschieben.

(Heinz Müller, SPD: Richtig.)

Aber, Herr Müller, die Realität ist doch, dass die Umsetzung der Verwaltungsreform zunächst einmal Geld kostet

(Heinz Müller, SPD: Aber 2014 genauso wie 2011.)

und nicht mit Verkündung des Gesetzes 40 Millionen Euro sofort eingespart werden.

(Heinz Müller, SPD: Aber dieses Problem lösen wir doch nicht durch Verschieben.)

Lassen Sie uns doch daher die Zeit nutzen, um darüber nachzudenken, wie viel besser wir mit Finanzen umgehen können, Herr Müller. Sie können doch noch mal ...

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Abgeordneter Ritter, gestatten Sie eine Anfrage?

Peter Ritter, DIE LINKE: Bitte.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Bitte schön.

Heinz Müller, SPD: Herr Kollege Ritter, Sie haben gerade zu Recht ausgeführt, dass bei einer Umsetzung 2011 wir zunächst Geld brauchen. Glauben Sie, dass wir bei 2014 eine andere Situation haben?

Peter Ritter, DIE LINKE: Nein, glaube ich nicht. Aber wenn wir uns ausreichend Zeit nehmen,

(Toralf Schnur, FDP: Dann sind die Gesamtkosten geringer.)

Herr Müller, also ein bisschen müssen Sie dann schon noch warten, kommen wir vielleicht auch dahin, darüber nachzudenken, wie wir die Kosten, die eine solche Verwaltungsreform verursacht, minimieren können.

(Toralf Schnur, FDP: So ist es.)

Darüber haben Sie noch keine Sekunde nachgedacht

(Toralf Schnur, FDP: Richtig.)

und insofern auch unser Argument: Lasst uns mehr Zeit nehmen!

Jetzt können Sie sich setzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das zu einigen Argumenten, die hier vorgebracht worden sind, die mich nicht überzeugt haben. Auf die Auslassungen von Herrn Renz will ich hier nicht eingehen, weil es wenig Substanz war.

(Vincent Kokert, CDU: Das stimmt jetzt hier aber nicht! – Zurufe von Torsten Renz, CDU, und Helmut Holter, DIE LINKE)

Da lohnt es sich nicht, sich irgendwelche Gedanken darüber zu machen.

Das Fazit, liebe Kolleginnen und Kollegen, nicht die Verschiebung dieser Reform schadet dem Land, sondern diese Reform, wie sie angedacht ist, wird dem Land Schaden bringen,

(Helmut Holter, DIE LINKE: Richtig.)

und um das zu dokumentieren, beantrage ich namens meiner Fraktion namentliche Abstimmung. – Danke schön.

> (Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Vincent Kokert, CDU: Töröh, töröh!)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Ritter.

Es hat jetzt ums Wort gebeten der Innenminister des Landes Herr Caffier. Bitte schön, Herr Minister, Sie haben das Wort.

Minister Lorenz Caffier: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete!

Sehr geehrter Kollege Ritter, zunächst zu den Ausführungen, was die Landräte betrifft. Es gibt hier einen Zeitungsartikel von der Woche, in dem Landrat Konieczny, meines Wissens nach DIE LINKE, meines Wissens nach Landkreis Demmin, sagt: "Wir", sprich Landkreis Demmin, "werden nicht klagen."

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Ich will nur darauf hinweisen, dass es doch offensichtlich auf der kommunalen Ebene mittlerweile eine Reihe anderer Auffassungen gibt,

(Zurufe von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE, Peter Ritter, DIE LINKE, und Toralf Schnur, FDP)

als Sie es hier – ich weiß gar nicht, warum Sie so aufgeregt sind,

(Vincent Kokert, CDU: Das verstehe ich auch nicht. – Peter Ritter, DIE LINKE: Wegen Ihrer Ahnungslosigkeit.)

weil es eine Reihe anderer Auffassungen gibt – versuchen zu vermitteln.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Ich, Kollege Ritter, habe mich sehr gefreut über den Antrag von Ihnen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Das zeigt ja doch ganz deutlich, DIE LINKE weiß nicht, was sie will.

(Vincent Kokert, CDU: Ja, das stimmt. – Helmut Holter, DIE LINKE: Doch, das wissen wir.)

und es geht allein um taktische Spielchen. Es geht Ihnen eben nicht um das Wohl der Menschen in diesem Land

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

und um das Wohl der Kommunen. Ich glaube, den Auftrag haben wir alle gemeinsam. Ich will Ihnen auch erklären, falls Sie das vergessen haben, Herr Kollege Ritter, warum.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, Herr Erklärbär, erzählen Sie mal!)

Erst in der vergangenen Legislaturperiode konnte es Ihnen – jedenfalls ist es mir so in Erinnerung – nicht schnell genug gehen.

(Vincent Kokert, CDU: Ja, genau.)

Uns allen ist das Ergebnis bekannt.

(Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

Eine Verwaltungsreform musste her,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Und deswegen machen Sie jetzt den gleichen Fehler.)

und das ganz schnell. In dieser Legislaturperiode nun kann es Ihnen nicht langsam genug gehen. Am 31. Januar 2008 kündigen Sie auf Drucksache 5/1242 den Antrag "Scheitern der Verwaltungsmodernisierung verhindern" an. Mit dem Antrag wollten Sie erreichen, dass die Enquetekommission das Leitbild zur Kreisgebietsreform viel später behandeln soll als zuvor vom Landtag mit großer Mehrheit beschlossen.

Kurz vor der Landtagssitzung haben Sie – falls Sie es vergessen haben, will ich Sie daran erinnern – den Antrag dann zurückgezogen, vielleicht, weil Sie gerade noch erkannt haben, dass der Inhalt an dem Problem unseres Landes vorbeiging. Am 29. April 2009 haben Sie dann auf Drucksache 5/2549 den Antrag "Neubeginn statt Sackgasse – Verwaltung modernisieren statt Kreise modellieren" angekündigt

(Vincent Kokert, CDU: Es entwickelt sich, das Flugwesen.)

und dieses Mal immerhin auch tatsächlich zur Abstimmung gestellt. Das mit Abstand Beste an diesem Antrag war aus meiner Sicht der Titel. Die Zeit für die Entwicklung von flotten Formulierungen hätten Sie aber besser in den Inhalt des Antrages gesteckt.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist wohl wahr.)

Der war nämlich neben vielen Floskeln nichts, was wirklich verwertbar war. Mehr als eine Verschiebung der dringend notwendigen Reform, die Sie eigentlich selbst schon im Jahr 2009 auf den Weg bringen wollten, um weitere drei Jahre auf dann insgesamt fünf Jahre auf das Jahr 2014 ist Ihnen nicht eingefallen.

(Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

Der Antrag wurde daher völlig zu Recht am 15. Mai 2009 im Plenum abgelehnt.

(Vincent Kokert, CDU: Das war eine gute Entscheidung.)

Ihr heutiger Antrag, den Sie für manche überraschend, beispielsweise für mich, nicht wieder zurückgezogen haben, ist nun überschrieben mit "Kreisgebietsreform verschieben und 2014 mit den Kommunalwahlen umsetzen". Inhaltlich ist im Grunde nichts Neues enthalten. Diesmal ist Ihnen nicht einmal zur Überschrift etwas Treffliches eingefallen. Wenn Sie dann, lieber Kollege Ritter, als innenpolitischer Sprecher der Linksfraktion letzte Woche - das ist ja nun noch nicht so lange her, manches vergesse ich auch mittlerweile, aber bis letzte Woche weiß ich es noch so einigermaßen - per Pressemitteilung verbreiten lassen, mit Ihrer Erlaubnis, Herr Präsident, möchte ich Kollegen Ritter zitieren, die Koalition aus SPD und CDU blockiere sich selbst und die Modernisierung der Verwaltung im Land komme keinen Schritt voran,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, das stimmt immer noch so, Herr Minister.)

dann frage ich mich schon: Kennen Sie eigentlich Ihren heutigen Antrag? Wer, bitte schön, will denn hier die Reform blockieren? Die Koalition oder derjenige, der die Reform verschieben, verzögern und verbessern will?

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

Meine Damen und Herren, langsam wird es etwas ermüdend, immer wieder dieselben neu zurechtgeschüttelten Anträge zu behandeln, in denen es Ihnen nie wirklich um die konkreten Inhalte und um die konkreten Reformen geht, auch heute wieder nicht. Stets aufs Neue fordern Sie ein weiteres Abwarten oder ein Verschieben. Werden Sie doch einmal konkret! Sagen Sie ganz deutlich, was Sie denn für Reformvorhaben auf den Tisch legen, jetzt, hier und heute! Und sagen Sie, was zu verbessern ist! Tun Sie das, was der Ministerpräsident gesagt hat, bringen Sie sich in die Beratungen ein mit Ihren Vorschlägen, mit Ihren Anträgen! Sagen Sie ganz deutlich, was Sie wollen und was die Welt nicht will!

Ich denke, niemand in den Regierungsfraktionen, niemand will sich einer Diskussion entziehen und verschließen.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Das haben wir erlebt, das haben wir erlebt! – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Zusammengefasst verlangen Sie in Ihrem Antrag nichts anderes, als erneut den laufenden Reformprozess zu stoppen, von vorn anzufangen und die Reform weitere drei Jahre später als geplant, nämlich erst im Jahr 2014 wirksam werden zu lassen. Unser Land Mecklenburg-Vorpommern kann sich aber ein weiteres Abwarten nicht leisten. Es hat vorletztes Jahr gegolten, es hat letztes Jahr gegolten und das gilt heute erst recht. Die enormen Herausforderungen, die ja von vielen Rednern angesprochen worden sind, die wir in den nächsten Jahren und Jahrzehnten zu bewältigen haben, die sehr schwer werden – daraus muss man keinen Hehl machen –, sind Ihnen allen bekannt.

(Zuruf von Helmut Holter, DIE LINKE)

Ich will auf Sie nicht weiter eingehen und es ist ganz offensichtlich ein Irrglaube, dass wir diesen Herausforderungen stets nur dadurch begegnen können, dass wir als Land, Herr Koplin hatte gestern einen Antrag dazu auf der Tagesordnung, immer nur mehr Geld ins System geben und die Strukturen unangetastet lassen.

Erstens. Sie können also ...

(Helmut Holter, DIE LINKE: Wer hat eigentlich die erste Reform verhindert, Herr Caffier? Wer hat die erste Reform gestoppt? Waren das nicht Sie mit Ihren Klagen vor dem Landesverfassungsgericht? – Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

Sehr geehrter Herr Holter, über das Thema könnte ich lange mit Ihnen diskutieren. Ich reise durchs Land und spreche mit den Kommunalpolitikern. Im ersten Entwurf hat das Verfassungsgericht eine Entscheidung getroffen. Wir haben uns damals als Regierungskoalition gemeinsam schon vereinbart, wir ziehen die Reform durch, werden die Entscheidungen des Verfassungsgerichts ...

(Helmut Holter, DIE LINKE: Ja, genau, Sie ziehen sie durch, aber auf die Qualität kommt es an, Herr Caffier. Auf die Qualität kommt es an! – Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Hören Sie doch mal zu!)

Ja, das war doch Ihr Gesetz. Ich rede gerade über Ihr Gesetz, wo Sie mitgewirkt haben. Sie müssen sich schon überlegen, was Sie sagen. Wir haben gesagt, das, was das Verfassungsgericht entscheidet, wird akzeptiert, und auf dem Gesetz wird weiter aufgesetzt.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

Nun können Sie mir nicht den Vorwurf machen, was das Verfassungsgericht entschieden hat, und insofern ...

(Helmut Holter, DIE LINKE: Nein, Sie haben die Klage eingereicht.)

Ja, das ist nun mal im demokratischen Rechtsstaat die Möglichkeit.

(Toralf Schnur, FDP: Das ist in einem Rechtsstaat normal.)

... müssen Sie mir das ja nicht zum Vorwurf machen.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Ja, und wir stellen Anträge. Das ist in einem demokratischen Rechtsstaat so.)

Aber diese Regierungskoalition zeigt ganz deutlich, dass wir handeln wollen, und Sie zeigen ganz deutlich, dass Sie eins nicht wollen: Als wir hier im Landtag angefangen haben, das ist noch nicht allzu lange her, waren es 1,9 Millionen Einwohner. Wir sind jetzt noch 1,65, wir sind in Kürze 1,45

(Helmut Holter, DIE LINKE: Das weiß ich. – Zuruf von Michael Andreiewski, NPD)

und Sie wissen, dass wir 2050 nur noch 1,1 Millionen sein sollen. Das finden wir alle nicht nett, aber wir haben dafür zu sorgen, dass die Verwaltung nicht ausschließlich das Geld, was zur Verfügung steht, für Verwaltung einsetzt

(Helmut Holter, DIE LINKE: Ja, fangen Sie bei sich an!)

Das ist die Aufgabe,

(Toralf Schnur, FDP: Das ist richtig.)

denn sonst brauchen wir uns nur über freiwillige Leistungen und übers Ehrenamt überhaupt nicht mehr zu unterhalten, weil nichts mehr zu verteilen ist. Deswegen ist es die Pflicht, dass wir uns dieser Reform stellen,

(Helmut Holter, DIE LINKE: Aber nicht so, wie Sie das machen, Herr Caffier. – Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Also verschieben wir sie nach hinten.) wenn sie auch unangenehm ist, wenn wir sie brauchen. Sie haben alle Zeit der Welt gehabt, sich in diese Reform einzubringen. Wer denn nun meint, das ist auch mehrmals hier ausgeführt worden, dass man sich auf diese Reform erst genügend vorbereiten muss, die Reform ist seit Beginn dieser Legislaturperiode in der Diskussion, im Gespräch. Das Leitbild ist hinreichend diskutiert worden, über das Leitbild ist im Landtag entschieden worden.

Alle kommunalen Ebenen haben die Möglichkeit und die Zeit, sich seit Längerem darauf einzustellen, dass 2011 eine Reform kommt, im Übrigen nicht ganz überraschend für die Kommunalen, wie Sie heute hier alle tun. Wir haben das in vielen Gesprächen im Land mitbekommen

(Toralf Schnur, FDP: Das ist so.)

Wir haben in vielen Gesprächen mitbekommen, dass häufiger die Kreistagsabgeordneten andere Auffassungen haben als ihre Landrätinnen und Landräte. Auch das gehört mittlerweile dazu. Aber das ist ja alles nicht so schlimm, wir stellen uns dieser Diskussion. Ich finde, dass die Bürgerinnen und Bürger, hier insbesondere die kommunalen Abgeordneten, die Probleme der Zeit erkannt haben, dass sie erkannt haben, dass wir handeln müssen. Deswegen ist die Verwaltungsreform aus ihren drei Bausteinen, die aber nur Teile von Reformen sind da gebe ich Ihnen recht, weil es eine Verwaltungsmodernisierung ist -, viel mehr als nur FAG, als nur Funktionalreform, als nur Kreisgebietsreform. Wir brauchen diese Modernisierung. Wir brauchen diese Reform und deswegen ist Ihr Antrag nichts anderes, als den Menschen Sand in die Augen zu streuen und sich nicht den Problemen des Landes zu stellen. Deswegen muss der Antrag abgelehnt werden. - Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke, Herr Minister.

Gemäß Paragraf 85 Absatz 2 der Geschäftsordnung hat jetzt noch einmal der Abgeordnete Müller für die Fraktion der SPD das Wort. Bitte, Herr Abgeordneter.

Heinz Müller, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich gehe davon aus, dass wir die Diskussion in den nächsten Monaten im Innenausschuss und in anderen Gremien weiterführen werden, Herr Ritter. Nur ein Argument ist einfach zu schlecht, als dass ich es hier unwidersprochen stehen lassen könnte: die Einlassung, dass wir bei einer Kreisgebietsreform – und darum handelt es sich ja - im Jahre 2011 Anlaufkosten haben, bevor tatsächlich der Einspareffekt wirklich greift. Dieses Argument, dass Sie hier vorgetragen haben, ist richtig. Ich weiß nicht, ob die Schätzung belastbar ist, aber der Planungsleiter des Innenministeriums sagte uns, bevor das Ganze so richtig läuft und wir so richtig die positiven Effekte dieser Reform haben, wird es etwa fünf Jahre dauern. Nehmen wir einmal die Zahl. Aber da stelle ich mir doch die Frage, ob sich das ändert, wenn ich die Reform von 2011 auf 2014 verschiebe.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Nein.)

Wenn ich die Reform 2011 mache, dann tritt der positive Effekt in vollem Umfang, nehmen wir einmal diese Schätzung, 2016 ein. Und wenn ich die Reform 2014 mache, dann tritt dieser positive Effekt 2019 ein.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Und da brauchen wir nichts zu verschieben.)

Das heißt, mit dem Verschieben haben wir nichts, aber auch überhaupt nichts gewonnen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU)

Das heißt, Ihr Argument ist eine völlige Nullnummer.

Im Gegenteil, meine Damen und Herren, entscheidender Punkt bei dieser Reform, wie bei vielen anderen Überlegungen, ist das Thema Personal. Wir haben immer gesagt, wir wollen eine solche Reform nicht auf dem Rücken der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durchführen. Wir möchten sie sozial verträglich machen. Und wir möchten niemanden entlassen. Meine Damen und Herren, wir werden gar nicht in der Situation sein, dass wir Leute entlassen werden müssen, sondern wir werden in einer Situation sein, dass große Zahlen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, weil sie die Altersgrenze erreichen, unsere Verwaltungen verlassen werden. Aber je weiter wir eine Reform hinausschieben, umso stärker wird dieser Prozess bereits vollzogen sein, umso stärker werden sich die jetzigen Verwaltungen, die dann weiterbestehen, bereits mit neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auffüllen und umso schwieriger wird es, eine solche Reform sozial verträglich umzusetzen.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Das ist leider sehr richtig.)

Das heißt, die zusätzlichen Kosten, Herr Ritter, entstehen nicht durch 2011, die zusätzlichen Kosten entstehen durch ein Verschieben auf 2014. Und auch deshalb werden wir Ihren Antrag ablehnen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Müller.

Es hat jetzt noch einmal das Wort für die Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Herr Ritter. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

> (Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist ja eine Endlosschleife hier.)

Peter Ritter, DIE LINKE: Nun müssen Sie zuhören, lieber Kollege.

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Sehr geehrter Innenminister, Sie werfen uns, Sie werfen mir vor, wenn ...

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Abgeordneter Ritter, Sie haben trotzdem das Parlament und das Präsidium richtig anzusprechen.

Peter Ritter, DIE LINKE: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Sehr geehrter Herr Innenminister, Sie werfen mir, Sie werfen uns vor, wir hätten die Reform im ersten Versuch durchgepeitscht. Sie machen jetzt den gleichen Fehler, aber bitte schön, das ist Ihre Angelegenheit. Es ist richtig, dass der Landrat des Landkreises Demmin erklärt hat, dass er vielleicht von einer Klage absehen wird,

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

weil die unsägliche Teilung des Landkreises Demmin, deren Notwenigkeit Sie im Übrigen noch nie begründet haben, nicht so drastisch ausfällt wie ursprünglich von Ihnen angenommen. Sie weichen auch hier von Ihrem Leitbild und von Ihren Vorhaben deutlich ab. Die Koalition weicht auch hier von ihrem Leitbild ab.

(Vincent Kokert, CDU: Ein Vorschlag lag doch auf dem Tisch.)

Genau, genau. Sie nehmen an dieser Stelle die Anhörung ernst, was ich sehr begrüße,

(Vincent Kokert, CDU: Ja, ja, bitte.)

und Sie werfen uns aber vor, dass wir einen Punkt aus der Anhörung auch ernst nehmen,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

nämlich den Vollzug der Reform auf 2014 zu verschieben. Sie müssen wirklich einmal Ihr eigenes Tun und Handeln kritisch hinterfragen.

Im Übrigen hat auch der Landrat des Landkreises Demmin klar und deutlich erklärt, dass er sehr wohl für eine zeitliche Verschiebung des Vollzugs der Kreisgebietsreform ist, um zum Beispiel die ganzen Probleme, die mit der Teilung des Landkreises Demmin zusammenhängen, in Ruhe klären zu können. Ihre Aussage und die Aussage der Koalition: Wir machen erst mal eine Kreisgebietsreform und mit den Nachfolgeerscheinungen beschäftigen wir uns später.

(Torsten Renz, CDU: Das stimmt doch nicht, Herr Ritter!)

Sie wollen, dass wir unsere Alternativen vorlegen. Seit 1998 liegen die Alternativen meiner Fraktion auf dem Tisch. Wir wollen die Fehler der Kreisgebietsreform von 1994 beseitigen,

(Heinz Müller, SPD: Aha!)

das heißt, die kleinen kreisfreien Städte einkreisen.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Das ist allseits bekannt. Wir wollen Doppelstrukturen abbauen. Das hat sich in unserem Gesetzentwurf widergespiegelt.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Wir wollen die kommunale Selbstverwaltung und das kommunale Ehrenamt stärken. Alle diese Alternativen liegen auf dem Tisch. Ihre Rolle vom Chefankläger zum Chefreformer passt Ihnen nicht, Herr Kollege.

> (Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Das war ja jetzt lustig.)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Aussprache.

Die Fraktion DIE LINKE hat gemäß Paragraf 91 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung zum Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3180 eine namentliche Abstimmung beantragt.

Meine Damen und Herren, wir beginnen nun mit der Abstimmung. Dazu werden Sie hier vom Präsidium aus namentlich aufgerufen und gebeten, vom Platz aus Ihre Stimme mit Ja, Nein oder Enthaltung abzugeben. Ich bitte den Schriftführer, die Namen aufzurufen.

(Die namentliche Abstimmung wird durchgeführt.)

Ist noch ein Mitglied anwesend, das seine Stimme noch nicht abgegeben hat?

(Die Abgeordnete Sylvia Bretschneider wird nachträglich zur Stimmabgabe aufgerufen.)

Gibt es weitere Mitglieder des Hauses, die ihre Stimme noch nicht abgegeben haben und sich an der Abstimmung beteiligen wollen? – Ich sehe, das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Abstimmung und unterbreche die Sitzung für zwei Minuten zur Feststellung des Ergebnisses. Die Sitzung ist unterbrochen.

Unterbrechung: 15.40 Uhr

Wiederbeginn: 15.42 Uhr

Vizepräsident Andreas Bluhm: Meine sehr verehrten Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet.

Ich gebe Ihnen das Ergebnis der Abstimmung bekannt. An der Abstimmung haben insgesamt 56 Abgeordnete teilgenommen. Mit Ja stimmten 22 Abgeordnete, mit Nein stimmten 34 Abgeordnete. Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3180 abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 24**: Beratung des Antrages der Fraktion der FDP – Expertenrunde zur Bahnkonversion einberufen, auf der Drucksache 5/3099.

Antrag der Fraktion der FDP: Expertenrunde zur Bahnkonversion einberufen – Drucksache 5/3099 –

Das Wort zur Begründung erhält Vizepräsident Kreher für die Fraktion der FDP. Bitte schön, Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Hans Kreher, FDP: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich weiß inzwischen, dass der Herr Minister Schlotmann aus Krankheitsgründen nicht mehr anwesend ist. Das bedauere ich sehr, denn es ist etwas, was ich hier vortrage und wo ich dann eigentlich heute Morgen auch beim Tagesordnungspunkt 19 ein bisschen verwirrt war, als er gesagt hatte, dass wir mit diesem Antrag, den wir jetzt stellen wollten, einen schlechten parlamentarischen Stil hätten und dass es bei diesem Antrag ganz schlimm wäre, wie wir im Parlament miteinander umgehen, und Ähnliches. Und das, meine Damen und Herren, kann ich hier versichern: Es geht mir und meiner Fraktion in diesem Zusammenhang nicht einfach darum, die Regierung oder sonst wen zu verärgern.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

Ich kann hier wirklich sagen, dass es gerade mir als Bürgermeister von Bad Kleinen mit diesem großen Problem, das wir haben, sehr ernst ist. Ich brauche eigentlich den Verbündeten, den Verkehrsminister des Landes, denn er trägt hier in diesem Land hohe Verantwortung.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Und deshalb kann es mir, weil ich dieses große Interesse habe, das Problem zu lösen, nicht darum gehen – und meiner Fraktion schon gar nicht –, den Minister einfach zu verärgern.

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU – Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Herr Kreher ist schon einen Schritt weiter.)

Ich will auch ganz deutlich sagen, meine Damen und Herren, ich achte den Minister als Persönlichkeit. Ich nehme sein Wort sehr ernst. Und gerade weil ich sein Wort sehr ernst nehme, nehme ich ihn auch beim Wort und nehme das, was er gesagt hat, zur Grundlage – und das ist etwas, was hier geschieht –, zur Grundlage unseres heutigen Antrages. Mehr ist es nicht. Und wenn ich nachher vom Vertreter hier höre, der Minister hat das, was er uns mal hier versprochen hat, inzwischen eingeleitet, ich weiß nur noch nichts davon und wir haben nur noch nichts davon gespürt, dann bin ich auch bereit, diesen Antrag zurückzuziehen, wenn ich weiß, es geschieht endlich etwas auf diesem Gebiet.

(Harry Glawe, CDU: Dann können Sie ihn doch gleich zurückziehen!)

Aber deshalb möchte ich jetzt hier darauf eingehen, was der Minister uns damals auch wirklich gesagt hat, wie gesagt, nicht, um ihn zu verärgern, sondern weil ich sein Wort ernst nehme.

Am 17.06.2009 hatten wir schon einmal, und das ist bekannt, einen Antrag zur Bahnkonversion eingebracht. Und in diesem Zusammenhang sagte dann der Minister, ich zitiere jetzt wörtlich, "dass zum großen Teil Bahnhöfe und Flächen der Bahn in einem gruseligen Zustand sind", "dass viele dieser Flächen ... das Ortsbild verschandeln", und später dann, dass es auch ein "Gefahrenpotenzial" aufgrund des "baulichen Zustandes" gibt. Und er führt dann - der Antrag ging damals gar nicht um Bad Kleinen -, er führt dann später aus, dass Bad Kleinen "ein aktuelles repräsentatives Beispiel" für Verfahren und Aktivitäten sei. Wie gesagt, es ging uns damals nicht um Bad Kleinen, sondern um Bahnkonversion grundsätzlich hier im Land. Dass der Minister Bad Kleinen zum Beispiel genommen hat, ist natürlich für mich und für meine Gemeinde gut gewesen. Und deshalb will ich ihn auch beim Wort nehmen.

Er sagte dann im weiteren Verlauf seiner beiden Reden damals, er würde gerne – wieder wörtlich zitiert –, er "würde gerne eine größere Runde organisieren, wo das Verkehrsministerium, wo der Städte- und Gemeindetag", die Bahn und die verkehrspolitischen Sprecher der Fraktionen sich "hinsetzen und sagen, das ist unser konkretes Problem und das will ich gelöst haben".

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Hier sind so viele Abgeordnete wie Fahrgäste im Zug.)

"Wir haben nämlich eine gute Chance."

Und er verweist dann im Folgenden auf das große 500-Millionen-Programm des damaligen Verkehrsministers Tiefensee, wieder wörtlich, "das insbesondere für Bahnhöfe und andere Liegenschaften eingesetzt werden" könne. Und dann noch mal wörtlich: "Und da muss ich sagen, wenn man das jetzt nicht nutzt und die Bahn darauf festnagelt, dann können wir in sieben Monaten noch mal über das Thema diskutieren." Das war am 17.06.2009.

Meine Damen und Herren, die sieben Monate sind rum. Und deshalb haben wir dies hier heute noch mal auf die Tagesordnung gesetzt. Das heißt, wir wollen eigentlich mit diesem Antrag nur das, was der Minister eigentlich selber angekündigt hat, mehr nicht, meine Damen und Herren.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Sie müssen sich doch nicht für Ihren Antrag entschuldigen.)

Nein, ich entschuldige mich nicht, im Gegenteil, ich will nur deutlich machen, was das für ein Problem ist. Ich entschuldige mich absolut nicht.

(Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

Ja gut, ich bin vielleicht ein Mensch, der ein bisschen höflich ist, auch Ihnen gegenüber.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Ja, ja, Sie sind ein Höflicher.)

Mir liegt es nicht, einfach nur hier Schaumschlägerei zu machen, sondern ich achte auch Andersdenkende.

(Udo Pastörs, NPD: Feiner Kerl!)

Ja.

(allgemeine Heiterkeit)

Aber, meine Damen und Herren, ich bringe dies wirklich als Beispiel für Bad Kleinen, weil ich natürlich als ehrenamtlicher Bürgermeister auch weiß, wie allein man da steht. Auch mein Vorgänger, übrigens SPD, der hier auch Landtagsabgeordneter war, Herr Friese, hat zehn Jahre darum gekämpft.

(Vincent Kokert, CDU: Worum geht's eigentlich?)

Um die Lösung dieses Problems des Verkehrsprojektes Deutsche Einheit Nr. 1.

(Udo Pastörs, NPD: Ach so! – Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Und, meine Damen und Herren, nach verschiedenen Gesprächen mit dem Verkehrsministerium hat nämlich dann auch der Minister Schlotmann schon am 22. Oktober 2008 vor dem Landtag verkündet, wieder wörtlich: "Nach den – mir zumindest – vorliegenden ... Informationen soll der Umbau des Bahnhofes in den Jahren 2010 bis 2011 tatsächlich erfolgen ..."

So können wir es jetzt aufzählen, in wie vielen Gesprächen wir immer wieder neue Ankündigungen bekommen haben. Es hieß ursprünglich, das hatte Herr Friese damals schon ausgehandelt, 2008 soll es beginnen, dann 2010/2011, ich habe dann mehrere Nachrichten, dann wieder 2012.

Und es geht hierbei auch nicht nur um dieses Einzelproblem. Es geht um die Erschließung des ganzen Gebietes um den Schweriner See. Ich kann es nicht verstehen, dass man ehrenamtliche Bürgermeister und Verwaltungen vor Ort immer wieder mit diesem Problem allein lässt. Wir haben deshalb, meine Damen und Herren, – auch weil der Minister das letzte Mal dann zum Schluss ein bisschen verärgert war, weil ich immer wieder dazwischengerufen hatte –

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Das ist ja auch nicht schön. – Vincent Kokert, CDU: Das macht man ja auch nicht.)

gesagt, dann wenden Sie sich doch endlich an Ihren Bundestagsabgeordneten und der soll das Problem lösen. Deshalb dieser Antrag. Wir wollen das und wir brauchen die Unterstützung aller Fraktionen auf diesem

Weg. Wir wollen das auch mithilfe der Bundestagsabgeordneten aus Mecklenburg-Vorpommern

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Was hat denn Ihr Bundestagsabgeordneter gemacht?)

Der war damals noch in der Opposition. Jetzt hat er mir

(Vincent Kokert, CDU: Er ist sogar Parlamentarischer Geschäftsführer jetzt geworden.)

Ist er sogar, aber noch wichtiger: Er hat mir ein Gespräch mit Herrn Mücke, der jetzt Staatssekretär im Verkehrsministerium ist, vermittelt.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Mein Gott, haben Sie Beziehungen! Das ist ja Wahnsinn!)

Jawohl.

(Heinz Müller, SPD: Dann muss das ja hier laufen, dann brauchen wir ja gar nichts mehr zu tun. – Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Lauter Connections.)

Nein, das ist es eben ...

(allgemeine Unruhe)

Nein, Herr Kollege, das ist es eben nicht. Jetzt ziehen Sie es bitte nicht ins Lächerliche! Das ist es nicht, sondern, Herr Kollege Müller, wir brauchen hier wirklich gemeinsam und fraktionsübergreifend die Stärke dieses Landes, egal, welche Regierung in Berlin ist. Wir brauchen die Stärke des Landes, gemeinsam. Hier werden Interessen unseres Landes vertreten.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Die Regierung vertritt sie für uns und die Regierung hat auch die Macht, ein solches Expertengespräch einzuberufen. Wir allein können es nicht. Und darum geht es, darum werben wir als Fraktion. Ich kann Sie nur bitten ...

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Sie können doch auch so eins machen, können Sie doch einladen.)

Herr Kollege, habe ich. Ich kann Ihnen eine solche dicke Mappe ...

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Sie müssen mal Ihre ganzen Connections ausnutzen.)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Abgeordneter Kreher, kommen Sie bitte zum Schluss!

Hans Kreher, FDP: Kann ich machen.

Entschuldigung. Danke schön, meine Damen und Herren. Wir werden uns darüber unterhalten.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Abgeordneter.

Im Ältestenrat ist eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 60 Minuten vereinbart worden. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Als Erster hat um das Wort gebeten in Vertretung des Ministers für Verkehr, Bau und Landesentwicklung der Wirtschaftsminister. Bitte schön, Herr Minister Seidel, Sie haben das Wort. Minister Jürgen Seidel: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Herr Kreher, ich lasse mal jetzt die ersten drei, vier Sätze des von mir übernommenen Partes weg, weil das jetzt so um die gegenseitige Versicherung der Zusammenarbeit und so etwas geht. Ich würde einfach empfehlen, sich einmal wirklich zusammenzusetzen. Vielleicht kann man das mal beim Abendessen machen oder wie auch immer. Mir kommt es ein bisschen komisch vor, wenn jetzt ein Thema, was offensichtlich bei der Runde im Juni schon die Rolle spielte, noch mal hier ausgesprochen werden soll. Wenn das jetzt jeder bringt, wenn jeder sein Problem jetzt hier vorne zum Problem aller 71 Abgeordneten macht, dann ist das vielleicht ein bisschen schwierig. Ich will nicht sagen, dass da nicht eine Lösung her muss. Insofern will ich Sie gern über die Situation informieren. Ich tue das jetzt hier in Vertretung des Verkehrsministers.

Das Verkehrsministerium befindet sich in sehr intensiven Gesprächen mit der Deutschen Bahn AG, obwohl ja bekannt ist, dass die Landesregierung selbst keine originäre Zuständigkeit für die weitere Nutzung der Bahnliegenschaften hat. Aber es geht natürlich darum, Kontakte der Deutschen Bahn AG und der betreffenden Kommunen zu moderieren, die Dinge dort zu vermitteln.

Der Minister hat die DB AG nach der Sommerpause, im Oktober konkret, um weitergehende Informationen zu der DB-Vermarktungsoffensive gebeten, damit der Dialog der DB AG und der Kommunen eine solide Ausgangsbasis hat. Ziel ist es dabei, eine Gesprächsrunde zwischen der Deutschen Bahn AG und den Städten und Gemeinden zu erreichen. Das ist, soweit mir das jetzt hier aufgeschrieben wurde, auch im Juni bereits angekündigt worden. Ich glaube, das sagten Sie eben auch. Zwar hat die Bahn auf die entsprechende Bitte hin grundsätzlich positiv reagiert, aber ihrerseits gebeten, ihre Position zunächst bilateral gegenüber dem Ministerium zu erläutern. Dagegen kann man zunächst erst mal nichts haben.

Dieses Gespräch hat in dieser Woche in Berlin stattgefunden und ist vom Staatssekretär des Verkehrsministeriums geführt worden. Im Ergebnis ist festzuhalten, dass die Bahn alle betroffenen Kommunen über eine Verkaufsabsicht rechtzeitig und umfassend informieren wird. Das ist zugesichert worden. Sie will über Entwicklungs- und Förderkonzepte in jedem Einzelfall mit den Bürgermeistern sprechen. Der Bevollmächtigte der DB AG für Mecklenburg-Vorpommern wird außerdem zu einem Gespräch mit dem Städte- und Gemeindetag in das Verkehrsministerium kommen, um grundsätzliche Fragen und die auch teilweise etwas verwirrenden Zuständigkeiten innerhalb der DB AG zu erörtern. Der Vorsitzende des Städte- und Gemeindetages wurde darüber entsprechend informiert.

Meine Damen und Herren, es können nur dann echte Fortschritte erzielt werden, wenn die Deutsche Bahn AG die für Bahnzwecke entbehrlichen Grundstücke aufzeigt und in der jeweiligen Kommune benennt. Die Kommune muss sich dann planend über die zukünftige Nutzung entsprechend Gedanken machen. Dafür gibt es auch konkrete Beispiele. In Grevesmühlen gibt es nunmehr intensive Gespräche zwischen Kommune und Bahn nach Vermittlung durch das Verkehrsministerium. In Teterow ist gerade das Bahnhofsgebäude von der Deutschen Bahn seitens der Stadt gekauft worden. Dort sollen im Februar Möglichkeiten für die Nutzung der Liegenschaften auch gemeinsam mit dem Verkehrsministerium besprochen werden.

Es wird daher durch das Ministerium eingeschätzt, dass dies der richtige Weg ist, die Beteiligten zusammenzubringen und bei Bedarf und Möglichkeit deren Pläne auch finanziell zu unterstützen. Die Kommunen können dann die in ihrer Zuständigkeit liegende Stadtentwicklungsplanung mit der Aufstellung zum Beispiel von städtebaulichen Rahmenplänen, Flächennutzungs- oder Bebauungsplänen vollziehen.

Eine Umfrage des Verkehrsministeriums unter einigen Sanierungsstandorten ergab, dass die unterschiedlichsten Nutzungs-, Finanzierungs-, Förder- und Trägerkonstellationen vorliegen. Die Praxis zeigt, dass die realisierten beziehungsweise in Planung befindlichen Umnutzungskonzepte in einigen Fällen über den eigentlichen Gebäudebestand hinaus auch das Umfeld einbeziehen. Das reicht dann von privater Wohnnutzung über gemeindliche bis hin zur gewerblichen Nutzung.

Aus städtebaulicher und baukultureller Sicht ist eine sinnvolle Nutzung aufgegebener Bahngebäude ein gemeinsames Ziel. Das gilt nicht nur für Empfangsgebäude, sondern natürlich auch für Stellwerke, Lokschuppen und so weiter. Viele bekannte Förderinstrumente kommen auch grundsätzlich für die Förderung bei ehemaligen Bahnimmobilien in Betracht. Ich will einige beispielhaft nennen: das Entflechtungsgesetz, ehemals das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz, dann die Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur", der EFRE-Fonds, dann das Europäische Entwicklungsprogramm für ländliche Räume, also ELER, Dorferneuerung oder LEADER, Städtebauförderung, kommunale Förderprogramme oder eben Denkmalschutzprogramme, soweit dort finanzielle Möglichkeiten von der Masse her bestehen.

Kommunen wissen das und stehen in gutem Kontakt zu den jeweilig zuständigen Landesbehörden. Die Zuständigkeit für die Nutzung, Verwertung, eventuelle Beräumung und Sicherung von öffentlichen wie privaten Liegenschaften liegt grundsätzlich beim jeweiligen Eigentümer.

Es ist natürlich so, das sollte man auch an dieser Stelle sagen, dass Eigentum verpflichtet. Eine sinnvolle Wiederund Weiternutzung von Bahnliegenschaften kann jedoch nur im Einvernehmen zwischen Kommune und gegebenenfalls dem zukünftigen Eigentümer betrieben werden.

Insofern schlägt der Verkehrsminister hier heute vor, den Antrag allerdings abzulehnen. Das Land hat seine Zuständigkeit, denke ich, hier deutlich gemacht, auch den Willen bekundet, dass die Landesregierung mit Bahn und Kommunen im Gespräch ist, und da, wo es noch nicht der Fall ist, dies dann auch tun will. Fördermöglichkeiten sind bekannt. Ein landesweites Entwicklungskonzept, so das Ministerium, geht ins Leere. In jedem einzelnen Fall müssen hier, das zeigt sich auch an den Beispielen, Lösungen gefunden werden und hier wird dann entsprechend beraten, aber natürlich muss man auch die kommunale Selbstverwaltung respektieren.

Ich würde Sie also herzlich bitten, dann noch mal auf den Minister direkt zuzugehen, der heute wirklich krank ist. Wir haben ihn fast nach Hause gezwungen. – Danke schön für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Minister.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Stein. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Peter Stein, CDU: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich fasse mich kurz. Der Minister hat, denke ich – nicht nur in Vertretung, sondern auch selbstredend –, schon vieles dazu gesagt.

Die FDP greift ein Thema auf, das wir bereits einige Male im Landtag in verschiedener Form, in verschiedenen Anträgen hatten. Und ich habe mir mal die Mühe gemacht, der letzten 14 Monate eingedenk, und ausgedruckt, was gelaufen ist einschließlich der Kleinen Anfrage Ihres Herrn Schnur. Das sind sechs verschiedene Vorgänge, die eigentlich im Kern immer um dieses Thema gekreist sind oder es mehr oder weniger auch direkt getroffen haben. Selbst Sie, Herr Kreher, haben ja gesagt, dass Sie dazu einen Antrag vor etwa gut einem halben Jahr hatten. Den haben wir auch damals aus gutem Grund abgelehnt, wie Sie sich sicherlich gut erinnern können. Und ich war beinahe versucht, meine alte Rede wieder rauszuholen,

(Hans Kreher, FDP: Das habe ich schon gehört, das habe ich schon gehört.)

die wäre aber heute zu lang gewesen. Die hätte das auch nicht wirklich abgedeckt.

Zuletzt läuft es ja immer wieder auf diese Kleine Anfrage hinaus und auf ein Problem in Bad Kleinen im Besonderen. Zurückziehen, Herr Kreher, – ich habe gestern so das eine oder andere Gespräch auch mit Ihrem PGF dazu geführt – wäre wirklich besser gewesen.

Meine Damen und Herren, kurzes Fazit von damals war, zusammengefasst kann man sagen, dass die FDP natürlich ein Thema aufgegriffen hat, was einen teilweise quälenden Prozess beschreibt. Natürlich müssen wir den Rückzug der Bahn aus der Fläche bedauern und auch kritisieren. Natürlich ist das in den betroffenen Ortsbildern und Ortschaften ein Problem, die Wunden, die über Jahrzehnte und Jahre nicht geheilt werden können, wir wissen das alles. Und natürlich könnte, auch damals habe ich den Konjunktiv verwandt, natürlich könnte dem Land eine gewisse Leitungsfunktion, Lenkungsfunktion zukommen, dem ist der Minister ja auch gerecht geworden. Insgesamt gilt heute nach wie vor wie vor einem halben Jahr, dass es nicht vordergründig konzeptionelle Aufgabe der Landesregierung ist. Das ist wie gesagt mehr Aufgabe der kommunalen Selbstverwaltung und vor allen Dingen der Lösung im Einzelfall.

Die Aufforderung zum Tanz ist mit unserem Antrag, der Fraktionen der Regierungskoalition, bereits im November 2008 gefasst worden, an die Bahn AG übermittelt worden, lag also lange vor Ihren Anträgen, Herr Kreher, vor, beiden wohlgemerkt, und ich kann mich gut erinnern, dass der Minister damals sehr froh über die breite parlamentarische Unterstützung gewesen ist und seitdem auch nicht untätig war. Und wegen des Nicht-untätig-Seins kann ich eine gewisse Verärgerung durchaus nachvollziehen.

Dass Sie von der Opposition beim Regieren nicht mitspielen dürfen, liegt in der Natur der Sache, so auch bei diesem Thema.

(Zuruf von Hans Kreher, FDP)

Und, Herr Kreher ...

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Aber jetzt spielen Sie ja in Berlin mit, weil das ist ja wichtig, weil das Bundeszuständigkeit ist, ne?)

Ja, richtig.

Herr Kreher, ganz persönlich, auch Herr Seidel hat es vorweg bemerkt: Wenn jeder, der hier zu Hause ein Problem hat – ich habe ein Problem auf der Bundesstraße 105 mit der Ampelschaltung, mache ich nicht zum Antragsthema –, wenn jeder das tun würde, hätten wir hier 71 zusätzliche Anträge auf der Tagesordnung, dann können wir uns hier 14 Tage lang eingraben. Ich glaube, das ist nicht zielführend.

(Udo Pastörs, NPD: Das ist doch überhaupt nicht vergleichbar, was Sie da machen.)

Sollten gegebene Zusagen nicht zu Ihrer Zufriedenheit eingehalten worden sein, so müssen wir das aber nicht hier im Parlament diskutieren. Auch da gebe ich Herrn Minister Seidel recht. Sprechen Sie den zuständigen Minister direkt an! Ich weiß, und er hat es ja auch hier angeboten, den Konsens zu führen und die Gespräche zu machen. Das sollte man selber klären und nicht ehemals schon wiederholte Anträge nochmals wieder aufwärmen. Das wirkt eher wie so ein bockiges Kind, das steht Ihnen nicht gut zu Gesicht. Und Wiederholungen von abgelehnten überflüssigen Anträgen machen die Optik da auch nicht besser, Herr Kreher.

Wir lehnen den Antrag ab, weil es die Expertengespräche seit unserem Beschluss vom November 2008 und auch bereits zuvor auf ministerieller Ebene regelmäßig gibt und gegeben hat, wenn auch ohne Beteiligung des verkehrspolitischen Sprechers der FDP-Fraktion.

(Präsidentin Sylvia Bretschneider übernimmt den Vorsitz.)

Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Stein.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Lück für die Fraktion DIE LINKE.

Regine Lück, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die FDP lässt nicht locker beim Thema Bahnkonversion. Sie fordert die Landesregierung auf, noch für das erste Halbjahr 2010 eine Gesprächsrunde mit der Deutschen Bahn AG zu organisieren. Die FDP sagt auch gleich, welche Gesprächspartner ihr vorschweben, welche Sachthemen angesprochen werden sollen,

(Hans Kreher, FDP: Die dem Minister vorgeschwebt haben, dem Minister!)

und sie gibt Hinweise zur Vorbereitung.

Meine Meinung dazu: Ein Anruf beim Verkehrsminister Schlotmann mit der Bitte, sein Angebot vom Juni einzulösen und eine gemeinsame Gesprächsrunde auszurichten, wäre doch ganz einfach gewesen. Auch im Verkehrsausschuss hätte Herr Roolf als Mitglied des Verkehrsausschusses doch einfach den Vorschlag machen können, die Bahnkonversion auf die Tagesordnung zu setzen. Wir alle kennen die Probleme von Kommunen mit Bahnanlagen und mit Bahnhöfen, die

nicht mehr betriebsnotwendig sind. Fest steht, dass die Kommunen dringend Unterstützung im langen und zähen Prozess der Auseinandersetzung mit den einzelnen Bahnunternehmen brauchen. Aber dieser Antrag, der hilft ihnen nicht.

Was passierte beispielsweise Anfang der 90er-Jahre in Bad Kleinen? Herr Kreher, Sie können sich bestimmt sehr gut daran erinnern. Ein mittlerweile in Rostock ansässiger Architekt hatte damals eine Vision. Er fand, Bad Kleinen sei ein idealer Wohnstandort, unweit von Schwerin, direkt am Schweriner See und verkehrsgünstig gelegen. Aber die Bahnanlagen schneiden den Ort vom See ab. Was lag näher, als die für den Güterumschlag nicht mehr benötigten Gleise anderweitig zu nutzen?

Die Idee des Architekten war spektakulär. Er wollte den Bahnhof und die vielen Gleisanlagen terrassenförmig mit einer nach Süden und zum Wasser ausgerichteten Wohnanlage überbauen und den Zugverkehr in Tunnel verlagern. In einer Einwohnerversammlung, fast ausschließlich Eisenbahner, wurde die Idee vorgestellt. Der Architekt legte ein Luftbild von Bad Kleinen mit Bahnhof und den vielen Gleisen auf den Polylux und tauschte es dann gegen ein retuschiertes Luftbild mit Überbauung aus. Doch noch heute erinnert sich der Architekt: Im Saal gab es Tumulte und einhellige Meinung war: Wir wollen unseren Bahnhof behalten, begrabt diese verrückte Idee!

Fest steht, dass die Umsetzung dieser spektakulären Idee schon an den Kosten gescheitert wäre. Aber welche Erkenntnis ist geblieben? Aus heutiger Sicht mutet die Idee, einen Teil der Bahnanlagen von Bad Kleinen zum Wohnstandort zu entwickeln, eher absurd an, aber damals war sie der Tatsache geschuldet, dass der Bedarf an hochwertigem Wohnraum groß war. In Schwerin selbst gab es noch keine Möglichkeiten, Wohnstandorte zu entwickeln, und auch in den Umlandgemeinden fing man damit gerade erst an. Heute setzt Bad Kleinen auf die touristische Entwicklung.

Was lernen wir also? Entwicklungsvorstellungen können sich im Laufe der Zeit ändern. Und so muss die Kommune unabhängig von der eigenen Entwicklung und der Entwicklung in der Region und der Gesellschaft ihre Pläne auch zur städtebaulichen Entwicklung anpassen und immer wieder neu ausrichten. Die Wahrnehmung der kommunalen Planungshoheit ist originäre Aufgabe der kommunalen Selbstverwaltung. Und so verschieden wie die jeweiligen örtlichen Bedingungen sind auch die frei werdenden Bahnanlagen selbst. Aus meiner Sicht ist es schlichtweg unmöglich, allgemeingültige Vorschläge zur Nachnutzung von Bahnanlagen zu formulieren, schon gar nicht auf Landesebene, denn dieses würde einen Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung bedeuten.

Das Beispiel Bad Kleinen zeigt, dass auch nach so langer Zeit die Kommune noch keine Planungshoheit für das Areal hat und dadurch keinen Schritt weitergekommen ist. Sie alle kennen die umfangreichen und langen Wege, die zu durchlaufen sind, bis die Kommunen Zugriff auf ehemalige Bahnanlagen haben. Aber ich weiß, dass Verkehrsminister Schlotmann nichts unversucht lässt, dem Eigentümer Deutsche Bahn Dampf zu machen. Das erkennen wir auch als Opposition an.

Wie wenig das Land ausrichten kann, wurde unlängst im Verkehrsausschuss deutlich. Demnächst sollte es mit dem Umbau des Bahnhofes Rostock-Warnemünde losgehen. Nach dem Umbau würde der Fußgängertunnel verschwinden und damit ein großer Schritt in Richtung

durchgängiger Barrierefreiheit und Attraktivität getan werden. Aber die Bahn mauert und will nun frühestens in fünf Jahren anfangen. Fraglich ist, ob eine Zwischenlösung zustande kommt, die dann auch noch vom Land zu finanzieren ist. So weit zu Ihrem Antrag.

Im Übrigen wundere ich mich auch, dass Sie Ihre neuen Möglichkeiten auf Bundesebene nicht nutzen. Von Bahnkonversion ist nicht nur Mecklenburg-Vorpommern, sondern sind alle Bundesländer betroffen. Meine Fraktion wird Ihren Antrag also ablehnen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Tino Müller für die Fraktion der NPD.

Tino Müller, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Als ich den Antrag der FDP in den Händen hielt, fielen mir sofort die überflüssigen Wortgefechte zum gleichen Thema im November 2008 und im Juni des vergangenen Jahres ein. Während im November mit einem Antrag der Koalitionsfraktionen die Deutsche Bahn aufgefordert werden sollte, sich um ehemalige Liegenschaften zu kümmern, beantragte die FDP im Juni 2009, eine Strategie zum Umgang mit der Bahnkonversion zu entwickeln. Die FDP stimmte gegen den Koalitionsantrag und die Koalition gegen den FDP-Antrag. Minister Schlotmann regte dann während der Endlosdebatte im Juni an, sich mit Bahnvertretern, verkehrspolitischen Sprechern und Städte- und Gemeindetag an einen Tisch zu setzen, um das Problem im wahrsten Sinne des Wortes weiter zu vertiefen.

Und dann sind wir ja beim heutigen FDP-Antrag angelangt. In diesem wird nun wiederum genau das von Minister Schlotmann Vorgeschlagene gefordert. Die Positionen, die die Landesregierung bei diesem Gespräch beziehen soll, decken sich fast wortgleich mit dem abgelehnten Juniantrag der Liberalen.

Was lernen wir daraus? Zum einen, dass die Liberalen an sinnlosen und vor allem ergebnislosen Debatten Gefallen finden, zum anderen, dass diejenigen, die sich sonst gegen jedwede Staatslenkung aussprechen und dafür plädieren, alles dem freien Markt zu überlassen, sich von Zeit zu Zeit wankelmütig gegen den eigenen Grundsatz wenden.

Wir von der NPD-Fraktion bleiben nach wie vor bei unseren 2008 und 2009 vertretenen Standpunkten. Alle Bahnhöfe gehören als Baudenkmäler zum Kulturgut unseres Volkes, schon alleine deshalb haben sie unsere größte Aufmerksamkeit verdient. Außerdem unterstützen wir stets Bestrebungen, die eine Rückübertragung von bereits privatisiertem Staatseigentum vorsehen, wenn dadurch die Grundversorgung unseres Volkes gesichert werden kann. Und glauben Sie mir, auch wenn das Ihr Vorstellungsvermögen übersteigt, eines Tages wird unser Volk genau diese Bahnhöfe und Bahnstrecken wieder zur Grundversorgung benötigen,

(Zuruf von Torsten Koplin, DIE LINKE)

genau dann, Herr Koplin, wenn eine nationale und sozialistische Regierung die Geschicke unseres Volkes lenkt.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Peter Ritter, DIE LINKE: Dann wird das ja nie was, Herr Müller. – Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD) **Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Das Wort hat jetzt der Abgeordnete und Vizepräsident Kreher für die Fraktion der FDP.

Hans Kreher, FDP: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich danke Ihnen ganz herzlich für diese vielen Belehrungen, die ich bekommen habe, wie ich handeln soll, was ich machen soll, an wen ich mich wenden soll. Vielen, vielen Dank, aber all das hilft uns vor Ort nicht weiter.

(Helmut Holter, DIE LINKE: So ist es.)

Und wenn ich das Beispiel Bad Kleinen hier in den Mittelpunkt gestellt habe, das habe ich vorhin auch schon gesagt, war das ein Beispiel, das praktisch für das Ganze im Land stand. Und wenn Sie dieses Problem nicht ernst nehmen, dann tun Sie mir wirklich leid.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Meine Damen und Herren, ich wurde belehrt, dass ich mit dem Minister doch einfach hätte sprechen können. Frau Lück und viele andere haben das gesagt. Ich habe am Rande der letzten Landtagssitzung den Minister informiert, wie wir schon wieder einen Rückschlag in Bad Kleinen hatten, dass wir nämlich plötzlich mitgeteilt bekommen, es wäre nun auf jeden Fall nicht mehr möglich, das Ganze umzubauen, ja, sie müssten 30 Millionen für die Renovierung einsetzen, praktisch für einen Notbau, und dann würden viel später irgendwann noch mal 60 Millionen eingesetzt werden, um das richtig zu machen. Das habe ich dem Minister mitgeteilt.

(Zurufe von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE, und Peter Ritter, DIE LINKE)

Wenn er mir in diesem Zusammenhang gesagt hätte: "Herr Kreher, hören Sie bitte gut zu, es geht nicht alles so schnell, wie Sie wollen, ich weiß das ja auch aus Erfahrung, uns läuft oft die Zeit weg, aber ich habe dies und jenes" – was ich eben gehört habe vom Minister –, "ich habe dies und jenes eingeleitet und aus meiner Sicht ist auch nicht so ein allgemeiner großer runder Tisch erforderlich, sondern jedes Problem muss einzeln gelöst werden und ich habe dies und jenes jetzt eingeleitet", glauben Sie mir, wir hätten diesen Antrag nicht gestellt. Aber so ist das mit der Kommunikation. Wenn man die Opposition einfach nur kaltstellen will, dann ist das eben so, dass von uns dann diese Anträge kommen, Herr Minister, dann tut es mir leid.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Hier wird niemand kaltgestellt.)

Bloß, wer ist hier für diese Kommunikation verantwortlich? Ich habe nichts erfahren. Natürlich können Sie mir sagen, und Sie hätten doch da und da und da noch, aber ich habe mit dem Minister gesprochen. Wie gesagt, ich achte ihn sehr und ich weiß ja auch, dass uns allen, die wir aktiv tätig sind, die Zeit wegläuft, das weiß ich, aber uns einfach jetzt hier vorzuwerfen, dieser Antrag wäre unnötig ... Es ist jetzt unnötig, das gebe ich zu, dass wir jetzt noch das Verfahren des Abstimmens haben. Das ist wirklich nicht mehr nötig.

Meine Damen und Herren, ich werde den Minister weiter fragen, ich werde weiter drängen, nicht nur im Sinne Bad Kleinens, sondern in vielen Fällen ist das genauso. Wir werden diese Probleme immer wieder aufgreifen, das verspreche ich Ihnen, und ich werde alle diese Möglichkeiten auch mithilfe unseres Fraktionsvorsitzenden im Verkehrsausschuss nutzen, um das voranzubringen. Wir

ziehen aber jetzt den Antrag zurück, um uns eine unnötige Abstimmung zu ersparen. – Danke schön, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Im Rahmen der Debatte ist durch den Einbringer mitgeteilt worden, dass der Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/3099 zurückgezogen wird. Damit werden wir keine Abstimmung vornehmen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 27**: Beratung des Antrages der Fraktion der NPD – Gedenken an die Opfer der größten Katastrophe der deutschen Seefahrtsgeschichte – Denkmal für die Toten der "Wilhelm Gustloff", auf Drucksache 5/3177.

Antrag der Fraktion der NPD: Gedenken an die Opfer der größten Katastrophe der deutschen Seefahrtsgeschichte – Denkmal für die Toten der "Wilhelm Gustloff" – Drucksache 5/3177 –

Das Wort zur Begründung hat der Fraktionsvorsitzende der NPD-Fraktion Herr Pastörs.

Udo Pastörs, NPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Seit Beginn der Geschichtsschreibung und sicherlich auch schon weit vorher kam und kommt es bedauerlicherweise immer wieder zu kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen Völkern, Nationen oder weltanschaulichen Gruppierungen. Das Abschlachten der Indianervölker im Namen der Demokratie, die Hexenverbrennungen im Namen des Christentums, die gänzliche Ausrottung der Tasmanneger durch die Engländer auf Tasmanien oder das Abschlachten der Palästinenser

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Der Holocaust der Nazis. – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

durch die Israelis zeigen uns, dass sich offensichtlich nur die Begründung für brutales Vorgehen verändert hat.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist ein ganz wichtiges Problem.)

Es ist der menschlichen Spezies wohl eigen,

(Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

nach solchen schrecklichen Ereignissen so etwas wie ein "Nie wieder" zu beschwören. Ein Mittel, zukünftigen Massenmord zu verhindern zu suchen, ist, der Opfer zu gedenken. Gestern hatten Sie ja offensichtlich die Gelegenheit genutzt

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Sie nicht.)

und haben der Opfer, so, wie Sie es nennen, nationalsozialistischer Gewaltherrschaft gedacht.

(Regine Lück, DIE LINKE: Im Gegensatz zu Ihnen.)

Das kann man tun.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Das ist unsere heilige Pflicht.)

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, neben diesen beklagenswerten Opfern gab es auch deutsche

Opfer. Und wenn es auch deutsche Opfer gab, dann gab es auch Täter, deren unbändiger Hass gegen alles Deutsche zu Maßnahmen führte, die man nur mit Völkermord am deutschen Volk bezeichnen kann.

> (Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sie verdrehen die Tatsachen, Herr Pastörs, Sie verdrehen die Tatsachen. – Heinz Müller, SPD: Sie verwechseln Ursache und Wirkung. – Zuruf von Torsten Koplin, DIE LINKE)

Verbrecher vom Schlage eines George Creel gehörten dazu, wenn er schon 1920 forderte, Zitat: "Es ist noch eine große Arbeit zu leisten unter der deutschen Bevölkerung, um die letzte Spur vom Deutschtum wegzubrennen"

Henry Morgenthau meinte 1933, Zitat: "Deutschland muß in eine Wüste, wie nach dem Dreißigjährigen Krieg, verwandelt werden."

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Und seine Brüder im Geiste, ob Churchill, Ilja Ehrenburg sowie viele andere mehr gehörten eindeutig zu den Meistern des modernen Massenmordens.

Als Beispiel für den Geist, welcher Anfang der 30er-Jahre, also weit vor dem Wiedererstarken des Deutschen Reiches bei führenden Persönlichkeiten des internationalen politischen Lebens herrschte, nur noch ein Zitat, und zwar von dem Zionisten Wladimir Jabotinsky, dem Begründer der jüdischen Terrorgruppe gegen die arabische Bevölkerung Irgun Tzwa'i Le'umi. Ich zitiere: "Unsere jüdischen Interessen erfordern die endgültige Vernichtung Deutschlands, das deutsche Volk samt und sonders ist eine" große "Gefahr für uns …"

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Meine Damen und Herren, damit soll meinerseits nicht der Versuch unternommen werden zu relativieren,

(Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

sondern schon diese wenigen Aussagen zeigen deutlich,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das glaubt er doch selber nicht.)

dass Ihr einseitiger Schuldkult längst die Musik von gestern ist. Ihre Schuldkultveranstaltungen interessieren die deutsche Jugend mit Verlaub einen feuchten Dreck.

> (Regine Lück, DIE LINKE: Das können Sie einschätzen! – Zurufe von Dr. Norbert Nieszery, SPD, und Peter Ritter, DIE LINKE)

Bis auf die von Ihnen gekauften Grüppchen und Gruppierungen nimmt kaum noch jemand wirklich innerlich bewegt Anteil an Ihrem Betroffenheitstheater. Und warum ist das so?

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Sie sollten sich schämen!)

Weil die Menschen spüren, dass der sogenannte Holocaust

(Zuruf von Ilka Lochner-Borst, CDU)

politischen und kommerziellen Zwecken dienbar gemacht wird,

(allgemeine Unruhe – Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Das ist unerträglich.)

und weil Sie Gedenkveranstaltungen für deutsche Opfer keinen Raum bieten wollen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist doch Quatsch.)

Wir Nationaldemokraten hegen dagegen die Überzeugung,

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Sie sind ein Nazi!)

dass jedes Regime, also auch Ihres,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wir sind kein Regime, wir sind ein demokratisch gewähltes Parlament.)

welches dem natürlichen Bedürfnis eines Volkes, um seine eigenen Opfer zu trauern, mit Verbot oder Verächtlichmachungen begegnet,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das tut kein Mensch.)

sich selbst verdächtig macht.

(Zuruf von Hans Kreher, FDP)

Die Deutschen sind seit Ende des Zweiten Weltkriegs einem ununterbrochenen Trommelfeuer von Vorwürfen und Propagandalügen ausgesetzt, deren Bewirtschaftung in verlogener Art und Weise in erster Linie von Vertretern der sogenannten demokratischen Parteien bewirtschaftet wird, meine Herrschaften.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Zuruf von Gino Leonhard, FDP)

Auch, was Sie gestern hier im Schloss wieder veranstaltet haben, war nichts anderes, als dem deutschen Volk ebenso raffiniert wie brutal

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Es ist unerträglich, unerträglich!)

Ihre Auschwitzprojektionen überzustülpen.

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Zurufe von Torsten Koplin, DIE LINKE, und Peter Ritter, DIE LINKE)

Sie, meine Damen und Herren,

(Harry Glawe, CDU: Man müsste ihm das Wort entziehen.)

hoffen auf den Sieg der Lüge über die Wahrheit.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Welche Lüge meinen Sie?)

Jeder Triumph,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Welche Lüge meinen Sie?)

jeder Triumph ...

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Welche Lüge? – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Herr Dr. Nieszery, hören Sie gut zu!

... in dieser Sache erhöht jedoch den Schmerz der späteren Niederlage.

(Gino Leonhard, FDP: Sprechen Sie mal zum Antrag! Sprechen Sie mal zum Antrag!)

Vergessen Sie das nicht!

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Welche Lüge meinen Sie?)

Längst ist die Zeit überfällig, dass wir in Deutschland zu einer ausgewogenen, ehrlichen und damit ehrenvollen,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Sie meinen Ihre verlogene Darstellung.)

auch der deutschen Opfer gerecht werdenden Gedenkkultur zurückfinden.

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Lassen Sie uns daher anlässlich des 65. Jahrestages der Toten der größten Katastrophe der Seefahrtsgeschichte gedenken,

(Zuruf von Ralf Grabow, FDP)

jenen Toten, die mit dem Flüchtlingsschiff, das den Namen Wilhelm Gustloff trug,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Und wer war das, Wilhelm Gustloff?)

in den eisigen Fluten der Ostsee versanken. Mehr als 9.300 Frauen und Kinder sowie verwundete Wehrmachtssoldaten verloren ihr Leben.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Und aktive Wehrmachtssoldaten.)

Ich glaube, das Ausmaß dieser eiskalten Mordtat, begangen durch eine mörderische Sowjetsoldateska, sollte Anlass genug sein, den Opfern ein Denkmal zu errichten, ein Denkmal,

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Dass es nie wieder Faschismus geben darf, so ein Denkmal, ja.)

welches uns geeignet erscheint, als wesentliches Symbol von Flucht und Vertreibung das Schicksal der deutschen Zivilbevölkerung mahnend zu dokumentieren. Es ist nicht unsere Absicht, hiermit eine Aufrechnung zu beginnen, sondern wir fordern hier ein, was längst schon hätte geschehen müssen, meine Herrschaften.

Sie und wir alle wissen hoffentlich, dass Schuld und Vergebung etwas höchst Persönliches ist. Dies vererbt sich nicht, aber Schuld kann auch neu dadurch entstehen, indem wir Nachgeborenen der Allgemeinheit etwas Negatives zufügen, nämlich unserer Pflicht nicht gerecht zu werden, auch dem Leid unserer eigenen Landsleute jenen Platz im öffentlichen Raum einzuräumen, auf den sie zweifellos Anspruch haben, denn Schuld kann auch durch Unterlassen entstehen, durch Unterlassen eines Aufbegehrens bei erkennbar falscher Zielsetzung und Handlungsweisen anderer.

Wir von der NPD, meine sehr verehrten Damen und Herren, und Millionen Bürger in Deutschland erkennen Ihre Zielsetzung. Sie entlarven sich selbst,

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Ja, Sie sich auch.)

indem Sie bewusst den Holocaust

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Schön, und Sie sind gerade schön dabei, Herr Pastörs, sich selbst zu entlarven. – Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

an den deutschen Vertriebenen ausblenden, indem Sie bewusst unserer Jugend das Kainsmal als Nachkommen eines Tätervolkes einbrennen wollen und indem Sie bewusst in den Schulen und Lehranstalten unserer Jugend

(Zuruf von Ilka Lochner-Borst, CDU)

mit dem Schlagwort "Kollektivscham" in Bezug auf die deutsche Geschichte für immer ein quälendes Schuldgefühl

(Zuruf von Ilka Lochner-Borst, CDU)

einzuimpfen bemüht sind.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Was erzählen Sie denn da? Was erzählen Sie denn da?)

Meine Damen und Herren, die geistige Befreiung auf diesem Gebiet wird vielleicht erst nach dem Niedergang der Geschichtsepoche der BRD für uns Deutsche möglich sein,

> (allgemeine Unruhe – Gino Leonhard, FDP: Ja, ja.)

aber sie wird kommen.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Das hätten Sie gern.)

Kein Volk, keine Nation kann seine Identität verleugnen, um sie zu verlassen,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

und kein Volk, wenn es nicht untergehen will, kann ohne einen Rest von Selbstachtung und Wahrheitsliebe bestehen.

Wir sind davon überzeugt, dass jedes Volk – und damit auch das deutsche – das Recht hat, sich selber in seinem Bild, seiner Geschichte, seinen Leistungen, seinem Versagen und seinen Helden wiederzuerkennen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Und ein Symbol, das für dieses Geschichtsbild steht,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Jetzt bin ich ja mal gespannt.)

ist das Symbol der Trauer und des Gedenkens an jene, die im Kampf für unsere Nation und Volk ihr Leben ließen,

> (Irene Müller, DIE LINKE: Auf polnischem und russischem Boden, ja. – Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

ebenso wie jene, die unschuldige Opfer brutaler Gewaltanwendung unserer Feinde wurden.

(Gino Leonhard, FDP: Wo waren denn Ihre stolzen Kapitäne? Verpisst haben sie sich.)

Meine Damen und Herren, ich kann mir nicht vorstellen, dass Sie auch auf diesen unseren Antrag nur mit undifferenzierten und hasserfüllten Pauschalbeschuldigungen gegen mich und meine Kameraden eingehen werden, sondern ich erwarte zumindest den Versuch, hierauf sachlich einzugehen. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Peter Ritter, DIE LINKE: Den kriegen Sie, Herr Pastörs. – Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Sie sind ein unerträglicher Geschichtsfälscher.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Ich mache an der Stelle darauf aufmerksam, Herr Pastörs, dass wir den Inhalt Ihrer Rede sehr genau prüfen werden, auch vor dem Hintergrund, ob er gegen unsere Landesverfassung verstößt.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion Herr Dr. Nieszery.

Dr. Norbert Nieszery, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Ihre Rede, Herr Pastörs, war unerträglich.

(Stefan Köster, NPD: Dann gehen Sie doch raus, Herr Dr. Nieszery!)

Selbst bei einem so tief traurigen Thema wie dem heutigen besitzen Sie keinen Anstand in Ihrem Vortrag.

(Udo Pastörs, NPD: Der Vortrag, der war hoch anständig, das war mir eine Verpflichtung.)

Die Versenkung der "Wilhelm Gustloff" ist und bleibt eine schmerzvolle Tragödie. Selbstverständlich trauern wir um die etwa 9.000 Opfer, die in der eiskalten Ostsee am 30. Januar 1945 den Tod fanden.

Und mir geht besonders eine Äußerung einer Überlebenden der "Gustloff" nicht aus dem Kopf, die das ganze Ausmaß des Grauens deutlich macht. Frau Ursula Resas berichtete in einer Dokumentation Folgendes, ich darf zitieren: "Ich habe meinen Kindern niemals das Lied 'Alle meine Entchen' vorsingen können. Die Köpfchen der Kinder waren ja schwerer als die Füßchen. Diejenigen, die Schwimmwesten umhatten, lagen mit dem Köpfchen im Wasser und ihre Füßchen ragten in die Höh."

(Udo Pastörs, NPD: Davon rede ich. Davon habe ich geredet. – Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Halten Sie bloß den Mund! – Udo Pastörs, NPD: Das haben Sie nicht zu entscheiden. Das hätten Sie gern.)

Wir sind es den Opfern schuldig, dass diese überaus grauenvollen Ereignisse und ihre Hintergründe, die über viele Jahre verdrängt wurden, immer besser aufgearbeitet werden,

(Udo Pastörs, NPD: Das ist auch wichtig.)

allerdings nicht so, wie Sie das gerade geschichtsverfälschend getan haben, Herr Pastörs!

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Berühmte Autoren wie Günter Grass oder Walter Kempowski

(Udo Pastörs, NPD: Ja, ja, berühmt-berüchtigt, in erster Linie berühmt-berüchtigt.)

haben sich des Themas "Flucht und Vertreibung" angenommen. Spielfilme und Dokumentationen wurden gesendet. Sie alle schildern die schrecklichen Ereignisse, weisen aber auch deutlich auf die Ursachen der Katastrophe hin. Diese Ursachen liegen – um das ganz unmissverständlich zu sagen – in dem verbrecherischen Regime der Nationalsozialisten.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

Diese Ursachen zu benennen, ist wichtig. Wichtig, um zu verhindern, dass die Tragödie der "Gustloff" von den neuen Nazis dazu missbraucht wird, die alleinige Schuld auf die russischen Kriegsgegner zu schieben. Das verkehrt Ursache und Wirkung.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP – Udo Pastörs, NPD: Alleinige Schuld nicht, Mitschuld.)

Und dennoch: Unrecht bleibt Unrecht! Egal von wem es begangen wurde.

(Udo Pastörs, NPD: So ist es.)

Wie so oft sind es die Unschuldigen, die in einem Krieg besonders leiden, nicht nur auf der "Gustloff"!

(Udo Pastörs, NPD: Auch auf dem Golm.)

So wie einige Jahre zuvor die Kinder aus der ukrainischen Ortschaft Bjelaja Zerkow. Mitte August 1941 werden die erwachsenen jüdischen Bürger der Stadt zur Registrierung aufgefordert und nach der Erfassung ihrer Daten von dem berüchtigten Sonderkommando 4a erschossen. Die zur Registrierung mitgebrachten Kinder pferchte die SS übergangsweise in einem ehemaligen Schulgebäude ein. Bei der Besichtigung des Hauses stellte ein deutscher Offizier fest, dass sich in den Räumen über 90 Kinder im Alter von wenigen Monaten bis zu sieben Jahren befanden, die ohne Ernährung und ohne Pflege allein gelassen worden waren. Einige etwa vierjährige Kinder kratzten Mörtel von den Wänden und aßen ihn. Säuglinge wimmerten und weinten. Soldaten berichteten, dass am Abend zuvor, so wörtlich, "bereits drei Lkw-Fuhren mit Kindern hier abgefahren" worden seien. Auch die verbleibenden Kinder sollten noch, so wörtlich, "beseitigt werden". Der deutsche Offizier Groscurth versuchte die Erschießung zu verhindern. - Vergeblich! Auf ausdrückliches Betreiben des Generalfeldmarschalls von Reichenau, damals Oberbefehlshaber der 6. Armee, wurden die Kinder Ende 1941 ermordet.

Wer von Ihnen, Herr Pastörs, trauert eigentlich um diese Menschen?

(Udo Pastörs, NPD: Wir auch, ich zumindest.)

Hier wie da: unschuldige Tote. Kinder, Frauen und Männer! Wo liegen die Ursachen für diese beispiellose Brutalität? Sie liegen, Herr Pastörs, im Größenwahn eines diktatorischen Regimes. Dieses hatte sich die Errichtung eines großdeutschen Reiches auf rassischer Grundlage durch eine kriegerische Raumpolitik in Europa, vornehmlich im Osten, auf die Fahnen geschrieben. Schon vor dem Einmarsch in Polen wies Hitler darauf hin, ich darf zitieren: "Der nächste Kampf wird ein reiner Weltanschauungskrieg, das heißt, bewußt ein Volks- und Rassenkrieg." Er sah sich also als Vollstrecker einer historischen Mission der Deutschen, die im Wesentlichen aus folgenden Zielen bestand:

- die Vormachtstellung der sogenannten "arischen Rasse" sichern
- 2. Lebensraum im Osten erobern
- 3. Vernichtung des jüdischen Bolschewismus

(Udo Pastörs, NPD: Das war eine gute Idee, das Letzte. – Unruhe bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Pastörs!

Dr. Norbert Nieszery, SPD: Diese Grundelemente der totalen Kriegsführung versuchte vor allem die SS schon während des Polenfeldzuges umzusetzen. So wurden sowohl polnische Funktionäre als auch jüdische Menschen gleich nach dem Einmarsch in Polen systematisch verfolgt und getötet. Binnen weniger Monate wurden im westlichen Polen weit mehr als eine Million Menschen ihrer Heimat beraubt und umgesiedelt, um Platz für deutsche Siedler zu schaffen. Aber das war erst der Anfang! Die Pläne für die Vertreibung von Millionen Polen und Russen lagen bereit. Die SS kalkulierte alleine für diese Landnahme mit mehr als 30 Millionen russischen Opfern!

Eine wesentliche Verschärfung der Kriegsführung wurde jedoch für Hitlers eigentlichen Krieg, den Krieg gegen Russland, geplant und umgesetzt. Die brutalen Richtlinien für die Kampfführung der Wehrmacht in Russland ließen keinen Zweifel daran, dass das "Unternehmen Barbarossa" ein reiner Vernichtungskrieg werden sollte. Mit den sogenannten "verbrecherischen Befehlen" begaben sich Hitler und seine Generäle außerhalb der internationalen Konvention des Kriegsrechts. Die kommandierenden Generäle zogen willig mit. Schon am 2. Mai 1941, also noch vor Beginn des Russlandfeldzuges, erließ der Befehlshaber der Panzergruppe 4, Generaloberst Erich Hoepner, folgenden Befehl zur bevorstehenden Kampfführung, ich darf zitieren:

"Der Krieg gegen Rußland ist ein wesentlicher Abschnitt im Daseinskampf des deutschen Volkes. Es ist der alte Kampf der Germanen gegen das Slawentum, die Verteidigung europäischer Kultur gegen moskowitisch-asiatische Überschwemmung, die Abwehr des jüdischen Bolschewismus. Dieser Kampf muß die Zertrümmerung des heutigen Rußland zum Ziel haben und deshalb mit unerhörter Härte geführt werden. Jede Kampfhandlung muß in Anlage und Durchführung von dem eisernen Willen zur erbarmungslosen, völligen Vernichtung des Feindes geleitet sein. Insbesondere gibt es keine Schonung für die Träger des heutigen russisch-bolschewistischen Systems." Zitatende.

Die Truppe kämpfte nach diesen unbarmherzigen Prämissen. Tausende Politkommissare wurden unmittelbar nach ihrer Gefangennahme erschossen. Unzählige Regimenter russischer Kriegsgefangener kamen in den Lagern um. Dörfer wurden systematisch niedergebrannt. Niemand weiß, wie viele Menschen verhungerten, weil die Versorgung der Truppe absoluten Vorrang hatte.

Wer von Ihnen, Herr Pastörs, trauert eigentlich um diese Menschen?

(Udo Pastörs, NPD: Ich, zum Beispiel.)

Am schwersten jedoch litten die jüdischen Menschen. Nahezu in jeder eroberten Ortschaft fanden Erschießungen statt, die meist von den unmittelbar nachrückenden Einsatzgruppen des Sicherheitsdienstes durchgeführt wurden. Eine der schlimmsten Gräueltaten des gesamten Krieges wurde am Rande Kiews begangen, in der Schlucht von Babij Jar.

Am 19. September nahm das 29. Armeekorps, das der 6. Armee Reichenaus unterstand, die ukrainische Hauptstadt ein. Bereits am 26. September wurde in einer gemeinsamen Besprechung zwischen Wehrmacht und SS festgelegt, einen Großteil der jüdischen Bevölkerung zu eliminieren. Mit öffentlichen Aufrufen forderte man die jüdischen Menschen der Stadt auf, sich am 29. September 1941 zwecks Umsiedlung auf einem bestimmten Platz einzufinden. Zum Erstaunen der Verantwortlichen kamen zu vorgegebener Stunde viele Tausend Menschen zusammen. Zu Fuß mussten sie bis zu einer kleinen Schlucht am Rande der Stadt laufen. In nur zwei Tagen wurden in der Schlucht von Babij Jar 33.771 Menschen erschossen, überwiegend Kinder, Frauen und ältere Männer. Eine unvorstellbare Grausamkeit!

Wer von Ihnen, Herr Pastörs, trauert um diese Menschen?

Auf diese Weise wütete die SS noch über ein Jahr in Russland. Dann kam Stalingrad. Die Reste der 6. Armee kapitulierten und wurden in die Gefangenschaft geführt. Nur ganz wenige Soldaten kamen zurück. Auch das ein Verbrechen, keine Frage.

Und die Rote Armee rückte unaufhaltsam vor bis ins Deutsche Reich. Jetzt, meine Damen und Herren, hatte sich das Blatt gewendet. Eine frühzeitige Evakuierung der Menschen wurde aber durch das nationalsozialistische Regime, insbesondere durch den Gauleiter von Ostpreußen, Erich Koch, verhindert.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Schlimm, ganz genauso schlimm. – Zuruf von Gino Leonhard, FDP)

Zu Beginn des Jahres 1945 waren viele Menschen in Ostpreußen eingekesselt. Einer dieser Eingekesselten war mein damals elfjähriger Vater. Als der Geschützdonner immer näher kam, musste er mit ansehen, wie die Nazis in der "Wolfsschanze" ihre Sachen packten und gen Westen zogen. Seine Nachbarn aber, die ebenfalls aus dem Kessel flüchten wollten, wurden von den Nazis aufgegriffen und zur Abschreckung am nächsten Baum aufgehängt. Erst als es schon fast zu spät war, wurde schließlich doch noch die Evakuierung befohlen. Nun führten Panik, die rasch vorrückende Rote Armee und der strenge Winter dazu, dass die Flüchtlinge unsagbares Leid ertragen mussten. Aber das war den Nazis offenbar gleichgültig.

Offensichtlich setzten die Nazis andere Schwerpunkte, denn annähernd zeitgleich mit dem Untergang der "Gustloff", wurde das größte Naziverbrechen auf ostpreußischem Boden begangen. In der Nacht zum 31. Januar wurden 6.000 bis 7.000 jüdische Menschen von der SS auf das Eis der Ostsee getrieben. Dann begann das bestialische Morden. Die SS exekutierte jeden der Häftlinge aus dem KZ Stutthof einzeln. Später spülte die Flut Hunderte von Leichen an den ostpreußischen Strand.

Wer von Ihnen, Herr Pastörs, trauert eigentlich um diese Menschen?

Währendessen drang die Rote Armee unaufhaltsam vor. Was aber hatten die Nazis erwartet, die den Krieg mit höchster Brutalität geplant und durchgeführt hatten? Glaubte man wirklich, dass die Sowjets das unsagbare Leid, das ihr Volk ertragen musste, einfach vergaßen?

Konnte man Gnade, Ritterlichkeit oder Menschlichkeit von denen erwarten, die man überfallen hatte, um sie gnadenlos zu vernichten? Nein, die russischen Armeen nahmen Rache für ihr Volk, entsetzliche Rache für millionenfaches Leid, indem sie neues Leid erzeugten. Sie vergalten Unrecht durch neues Unrecht, dem nun Millionen Deutsche zum Opfer fielen durch Tod, Misshandlung, Vergewaltigung, Vertreibung. Deshalb darf die Frage nach den Ursachen für dieses Leid niemals ausgeblendet werden.

Um es auf den Punkt zu bringen: Die "Wilhelm Gustloff" wurde von russischen Torpedos versenkt. Die eigentliche Schuld am Tod der 9.000 Passagiere aber tragen Adolf Hitler und all diejenigen, die seinen Wahn und seine Verbrechen an den Völkern aktiv unterstützt haben!

(lang anhaltender Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

Niemand weiß genau, wie viele Menschen zwischen 1933 und 1945 unter der Naziherrschaft in Europa getötet, verletzt, vertrieben oder traumatisiert wurden. Ihnen allen ist eines gemeinsam: Sie sind allesamt Opfer eines bis aufs Äußerste menschenverachtenden Systems. Opfer waren Kinder und alte Menschen, Kranke und behinderte Menschen, Priester und Pastoren, Lesben und Schwule, Kommunisten und Sozialdemokraten, Sinti und Roma, Menschen jüdischen Glaubens, Polen, Griechen, Russen, Deutsche, Italiener, Holländer, Ungarn, Briten, Franzosen, Dänen. Hinter dieser zweifellos unvollständigen Aufzählung verbergen sich unzählige einzelne Opfer. Jedes mit einer eigenen Persönlichkeit, einer eigenen Geschichte, vor allem aber mit einer eigenen, unantastbaren Würde, die millionenfach mit Füßen getreten wurde.

Deshalb ist für uns Demokraten von FDP, DIE LINKE, CDU und SPD, für die zu sprechen ich heute die Ehre habe, die Trauer um die Opfer nicht differenzierbar. Unsere Trauer unterscheidet nicht zwischen Nationalitäten, Glaubensrichtungen oder politischen Überzeugungen. Wir trauern um Menschen!

(lang anhaltender Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

Genau deshalb, Herr Pastörs, lehnen wir Ihren Antrag ab. Das ist der Unterschied zwischen Ihnen und uns. Sie wollen die Tragödie der "Gustloff" benutzen, um zwischen den Opfern zu differenzieren und um die Gräueltaten des Nationalsozialismus zu verharmlosen. Und das, da können Sie sicher sein, lassen wir Ihnen niemals durchgehen!

(lang anhaltender Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Zwischenruf des Fraktionsvorsitzenden Udo Pastörs findet kein Äquivalent in unserer Geschäftsordnung, um darauf entsprechend reagieren zu können. Ihre Äußerung, Herr Pastörs zeugt von Ihrer Unmenschlichkeit, Ihrer Menschenverachtung und von Ihrem Völkerhass. Und vor dem Hintergrund, dass ich nur die Geschäftsordnung so auslegen kann, wie wir sie uns gemeinsam gegeben haben, Herr Pastörs, und dass ich das jetzt an dieser Stelle tue, tue ich auch vor dem Hintergrund, dass ich Wert darauf gelegt habe, dass Sie

sich den Redebeitrag von Herrn Dr. Nieszery anhören müssen, vor diesem Hintergrund, Herr Pastörs, schließe ich Sie von der heutigen Sitzung aus, gemäß unserer Geschäftsordnung Paragraf 99.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Fraktion der NPD hat eine Auszeit von 20 Minuten beantragt. Ich unterbreche die Sitzung. Wir setzen unsere Sitzung um 17.10 Uhr fort.

Unterbrechung: 16.49 Uhr

(Die Dauer der Unterbrechung wird zwischenzeitlich verlängert.)

Wiederbeginn: 17.16 Uhr

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir setzen die unterbrochene Sitzung fort.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Andrejewski für die Fraktion der NPD.

Michael Andrejewski, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Da hier von nationalsozialistischen Verbrechen die Rede war, möchte ich mal hinzufügen oder sagen, dass ich kürzlich was Interessantes über Auschwitz gelesen habe, was ich in der Schule nicht lernte, in einem Buch von Hubertus Knabe, der Ihnen vielleicht bekannt ist.

(Zuruf von Torsten Koplin, DIE LINKE)

Er sagte, dass Auschwitz nicht nur befreit worden ist, sondern auch gleich weitergeführt worden ist als Konzentrationslager von den Sowjets.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

In diesem Buch fand ich leider nur einen Satz dazu, es ist weitergeführt worden. Da frage ich mich doch, ...

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ändert aber nichts am Verbrechen der Nazis.)

Nein, aber Sie wollen doch über alle trauern. Haben Sie über die auch getrauert?

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, ja, das tue ich auch. Auch über die Taten rede ich.)

Wissen Sie das eigentlich? Haben Sie sich mal gefragt, wer da eingeliefert worden ist von den Stalinisten? Ich habe nirgendwo gefunden, was für Menschen das waren, ob das Deutsche, Russen, Polen, Juden, Christen waren, weswegen, wie viele Opfer es gab, wie viele nicht nationalsozialistische Opfer es in Auschwitz gegeben hat, nichts. Dazu habe ich nichts in der Schule gelernt,

(Dr. Marianne Linke, DIE LINKE: Wo sind Sie denn zur Schule gegangen?)

nie irgendwas in der Zeitung gelesen, erst in diesem einen Buch. Das ist ganz neu. Das kommt jetzt raus. Und auch über die sollten Sie vielleicht trauern.

> (Irene Müller, DIE LINKE: Vielleicht sollten Sie mal nach Auschwitz gehen, dann sehen Sie das nämlich alles. – Zurufe von Dr. Norbert Nieszery, SPD, Wolf-Dieter Ringguth, CDU, und Helmut Holter, DIE LINKE)

Was den kausalen Zusammenhang betrifft, den Sie hier erwähnt haben, dass das Sowjetvolk mit dem Herzen voll berechtigter Rache nach Deutschland gegangen wäre, um dort Vergeltung zu üben für Verbrechen: Erst mal gibt es kein Sowjetvolk. Gehen Sie mal ins Baltikum oder in die Ukraine und erzählen irgendwas, dass die mal Mitglieder vom Sowjetvolk waren! Es war das kommunistische System, das über die Völker geherrscht hat.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Was versuchen Sie jetzt eigentlich hier, Herr Andrejewski? – Regine Lück, DIE LINKE: Das ist ja Ihre Denke, Herr Andrejewski. – Zuruf von Andreas Bluhm, DIE LINKE)

Und zweitens hat das stalinistische System in Deutschland keineswegs sich einmalig verhalten. Das, was in Ostpreußen geschehen ist und in den anderen deutschen Ländern, wo Millionen umgebracht wurden, genau das ist in Polen auch geschehen.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Na, nun sagen Sie doch was zu Ihrer eigenen Geschichte!)

In Ostpolen, wo die Polen vertrieben wurden, wurden die Frauen massenhaft vergewaltigt, genauso wie in Deutschland. Die Leute wurden gefoltert, in Lager gebracht, abgeschlachtet, vertrieben.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Der will das nicht begreifen.)

Es war das stalinistische System.

(Ilka Lochner-Borst, CDU: Wie kann man sich in diesem Ton da vorne hinstellen und solche Sachen vom Stapel lassen?! Das ist unglaublich!)

Man kann noch nicht mal sagen, dass die deutschen Soldaten, die in Stalingrad in Gefangenschaft gerieten und in den Gulag kamen, schlimmer behandelt wurden als die eigenen Sowjetsoldaten.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Die nach Ansicht der Politkommissare nicht hart genug gekämpft hatten, kamen zu Hunderttausenden in den Gulag und sind da genauso verreckt. Es war das stalinistische Massenmordsystem, das hier trotz allem, was Sie hier sagen, immer noch verharmlost wird. Das hatte mit Hitler gar nichts zu tun.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Nein, nein!)

Stalin brauchte keinen Hitler, um Menschen massenhaft umzubringen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Nein, nein! Wir verharmlosen den Stalinismus nicht. – Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

Ich spreche Ihnen auch wegen Heuchelei das Recht ab, Ihnen als Parteiensystem, sich in irgendeiner Weise aufzuregen über nationalsozialistische Verbrecher, weil Sie vom NS-System massenhaft Personal übernommen haben. Das habe ich Ihnen hier schon ein paar Mal vorgehalten. Sie haben NS-Richter übernommen bis ins Verfassungsgericht. Sie haben als Parteiensystem die halbe Gestapo übernommen.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Wir haben das gar nicht so genommen.)

Sie haben den halben SD übernommen. Und ich möchte es mal ausmalen – das ist mein Lieblingsbeispiel, weil es auch das schauerlichste ist, ich habe es hier schon mal am Rande erwähnt –, genau, wie Herr Dr. Nieszery Szenarien gerne ausmalt:

Es gab vor Kurzem einen Sophie-Scholl-Film, da bin ich mal reingegangen, um zu sehen, ob der auch wirklich ehrlich darstellt,

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Das legen Sie fest?!)

was, wer da beteiligt gewesen ist. Denn Sie können bei Jörg Friedrich, dem Historiker, in seinem Buch "Die kalte Amnestie" nachlesen, dass der Mann, der die Hinrichtung von Sophie Scholl überwacht und geleitet hat, später belohnt wurde von der Bundesrepublik Deutschland und ihren Parteien, indem er Karriere machen konnte bis ins Bundesjustizministerium hinein, wo er die Abteilung für Verfassungsrecht bis 1965 leitete. Das müssen Sie sich mal vorstellen: der Mann, der die Hinrichtung von Sophie Scholl geleitet hat!

Als die 1.000. gefühlte Sophie-Scholl-Schule eingeweiht wurde – und die Frau war tapfer, sie stand für ihre Überzeugung ein, Respekt –,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist doch wohl!)

da war der Mann, der ihre Hinrichtung geleitet hat, in einem schönen Zimmer als Verfassungshüter im Justizministerium. Leider stand in dem Buch nicht, in welcher Partei er gewesen ist, vielleicht FDP. Das Justizministerium war in der frühen Bundesrepublik sehr lange in der Hand der FDP.

Wie lief so eine Hinrichtung ab? Stellen Sie sich das mal vor: Die Frau wird da rausgeholt, der Mann wird im Film kurz gezeigt. Ich nehme mal an, dass er es war. Robe, so eine Art Klemmbrett.

> (Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist zynisch, was Sie da machen, Herr Andrejewski, wirklich zynisch!)

Er überwacht die Hinrichtung. Sie wird zum Fallbeil gebracht. Der Mann sagt: Scharfrichter, walten Sie Ihres Amtes! Er macht dann einen Haken. Er schreibt hinterher einen Bericht und dann geht er in den BRD-Dienst und wird Hüter der Verfassung im Bundesjustizministerium, und zwar nicht nur alleine, sondern als ein Repräsentant von vielen Tausenden.

(Zuruf von Gino Leonhard, FDP)

Sie haben in einem solchen Maße NS-Täter übernommen, dass Sie nicht das Recht haben, sich über das Dritte Reich aufzuregen,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Oh doch, oh doch!)

genauso wenig, wie Sie das Recht haben, sich über die DDR aufzuregen, weil Sie die halbe Stasi übernommen haben. Die Polizei wimmelt davon.

Und noch eine kurze Zusatzbemerkung: Kürzlich habe ich gelesen, dass in der Ukraine mit deutschen Steuergeldern – auch zu Recht, das sage ich dazu – mit neuer Technologie nach Massengräbern von deutschen Kriegsverbrechen gesucht wird. Ich frage mich: Wo sind die Massengräber der zwei Millionen Vertriebenen in Ostpreußen? Warum gibt der deutsche Staat kein Geld dafür aus, die zu suchen, denn irgendwo müssen diese zwei Millionen ...

(Der Abgeordnete Michael Andrejewski beendet seine Rede bei abgeschaltetem Mikrofon. – Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Zuruf von Heinz Müller, SPD) **Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/3177. Wer dem NPD-Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/3177 bei Zustimmung von vier Abgeordneten der NPD-Fraktion und Ablehnung der Fraktion der SPD, der CDU, der LINKEN und der FDP abgelehnt.

Bevor ich jetzt den Tagesordnungspunkt 26 aufrufe, unterbreche ich auf Antrag der Fraktion DIE LINKE die Sitzung für fünf Minuten.

Unterbrechung: 17.22 Uhr

Wiederbeginn: 17.27 Uhr

Vizepräsident Hans Kreher: Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, die Plätze wieder einzunehmen. Wir setzen die unterbrochene Sitzung fort.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 26**: Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Hartz IV überwinden – grundlegende Änderungen auf den Weg bringen, Drucksache 5/3181.

Antrag der Fraktion DIE LINKE: Hartz IV überwinden – grundlegende Änderungen auf den Weg bringen – Drucksache 5/3181 –

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Müller von der Fraktion DIE LINKE.

Irene Müller, DIE LINKE: Werter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen des Parlaments! Ich danke den demokratischen Fraktionen für ihr Verständnis, dass wir fünf Minuten Auszeit beantragt haben, denn ich muss Ihnen ehrlich gestehen, es fällt mir verdammt schwer, nach diesen Aktionen des Völkerhasses, des Menschenhasses, der Menschenunwürdigkeit zu einem Thema zurückzukommen, als ob vorher nichts gewesen wäre.

Herr Nieszery, ich möchte Ihnen ganz herzlich für Ihre Rede danken.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

Unser Antrag Hartz IV – ich höre förmlich: nein, nicht schon wieder – ist deswegen heute auf der Tagesordnung, weil wir als linke Politikerinnen und Politiker mit Freude aufnehmen, wie Politikerinnen und Politiker aus den unterschiedlichsten demokratischen Fraktionen feststellen, dass irgendwas, und es wird auch an ganz konkreten Punkten festgemacht, im SGB II nicht stimmt. Und ich will einfach voraussetzen, dass nicht die Wahl im Mai in Nordrhein-Westfalen Herrn Rüttgers zu wesentlichen Aussagen bewogen hat, sondern dass ernsthaft darüber nachgedacht wird, was mit SGB II ist, was nicht stimmt und was deswegen, so, wie wir als Fraktion es verstehen, weg muss.

Dieses SGB II wurde uns übergestülpt am 01.01. des Jahres 2005 und wir als LINKE haben sofort gesagt, das ist Armut per Gesetz. Dieser letzte Ausfluss von Herrn Hartz ist nicht im Sinne der Menschenwürde, der Menschenachtung, nicht im Sinne von Selbstbestimmung, nicht mal im Sinn, zu motivieren, zu starten in ein neues Leben, in eine neue Erwerbstätigkeit, in neue Aktionen, um das Leben zu verändern.

Eine nie gekannte Armutswelle hat sich über Deutschland gesenkt seit diesem 1. Januar des Jahres 2005 und zynisch könnte man sagen, da hat die Einheit geklappt. Nach 20 Jahren Einheit hat man es nämlich vollbracht, dass vererbte Armut jetzt nicht nur in den alten Bundesländern auf der Tagesordnung steht, sondern in der Zwischenzeit auch in den neuen Bundesländern. Es gibt etliche Beispiele dafür und wenn zum Beispiel in bestimmten Situationen von bildungsfernen Schichten gesprochen wird und da sofort irgendwo bei manch einem der Hartz-IV-Empfänger an sich gesehen wird, ist diese vererbte Armut schon in den Köpfen angekommen.

Von Anfang an gab es Kritik an diesem Gesetz und schon vor dem Beginn der Praxisumsetzung dieses Gesetzes, nämlich im Dezember des Jahres 2004, wurde ein Ombudsrat einberufen, der dieses Gesetz und seine Auswirkungen betrachten sollte. Was geschah? Die Ergebnisse legte dieser Ombudsrat im Juno 2006 vor. Und was geschah dann? Ganz einfach nichts. Man hat zwar gelesen, was alles für Verbesserungen vom Ombudsrat angemahnt wurden, aber von diesem Moment an wurde der Ombudsrat nie wieder befragt. Ein Narr, der Böses dabei glaubt.

Wir haben im Moment zu verzeichnen oder auch schon über längere Zeit, dass in den Bundesländern Brandenburg, Sachsen und Thüringen die Ansage steht, das Gesetz ist verfassungswidrig, das Gesetz ist grundgesetzwidrig. Wir haben zu vermerken, dass unter diesen Aufzählungen, die die Grundgesetzwidrigkeit begründen sollen, Dinge sind, Sie mögen es mir verzeihen, die wir auch schon immer gesagt haben. Sie wollten aber nicht zuhören! Und die Länder Thüringen und Sachsen sind ja wohl nun weit entfernt davon, von LINKEN beeinträchtigt – in Anführungsstrichen – regiert zu werden.

Wir sehen das Thema "Regelsätze". Wir sehen die Themendefinition "Bedarfsgemeinschaft". Es wird angemahnt, dass es eine Regelung geben muss, eine vernünftige Regelung zur Anrechnung von Einkommen und Vermögen. Die Zumutbarkeit in Ihrer Definition wird beanstandet, der Sanktionierungsparagraf wird beanstandet, die Art und Weise der Errechnung der Kinderzuschläge wird in Kritik genommen, nicht von uns LINKEN – das meine ich jetzt im ganz speziellen Fall in den Ländern Thüringen, Sachsen und Brandenburg –, sondern von der FDP, von der CDU, von der SPD. Also denken wir, dass es in dem Moment jetzt hier wichtig ist und auch sachlich richtig ist zu fragen, auf welche Art und Weise sich unsere Landesregierung einsetzen wird, wenn es darum geht, Hartz-IV-Gesetze zu verändern.

Dabei möchte ich nicht verhehlen und sage nach wie vor, wenn man sich anguckt, was es bewirkt, wenn man sich anguckt, auf welche Art und Weise die Arbeitslosenstatistiken auch mithilfe von SGB II geschönt werden, auf welche Art und Weise Menschen, die sehr wohl keine Arbeit haben, nicht als bedürftig angesehen werden, nicht als arbeitssuchend angesehen werden, als freiwillig arbeitssuchend in der Statistik geführt werden und, und, und, dann ist es für uns das Thema: Hartz IV muss weg. Das Gesetz ist schlecht. Das Gesetz ist mit heißer Nadel genäht.

Meine Damen und Herren, diese Aussage haben wir auch schon gehabt, aber neu ist diese Aussage von der neuen Arbeitsministerin des Bundes, von Frau von der Leyen. Herr Heinrich Alt, den vielleicht einige von Ihnen noch kennen durch sein Wirken hier im Land Mecklenburg-Vorpommern, der jetzt im Verwaltungsrat der BA sitzt, hat ohne Zweifel angemahnt und in der Öffentlichkeit davon gesprochen, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den BAs nicht richtig qualifiziert sind. Damit gebe ich hier keine Schelte an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, damit möchte ich sagen, das ist ein hausgemachtes Problem, denn auch wir bekommen zu erfahren, welche Art von Arbeitshinweisen, Durchführungsbestimmungen, Arbeitsanweisungen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erreichen, um Geld zu sparen.

Wir wissen auch – und das war sogar in der Zeitung –, dass ein ständiger Personalwechsel gemacht wird, um angeblich Filz zu verhindern. Ein ständiger Personalwechsel bedeutet aber bei dieser komplizierten Angelegenheit SGB II, dass eigentlich niemals die Rechte weiß, was die Linke macht.

Wir sehen einen Riesenwulst an Klagen, an Widersprüchen. Und wenn wir uns ansehen, auf welche Art und Weise die Klagen und Widersprüche Erfolg haben, Erfolg für die Betroffenen, für die, die klagen, dann ist, glaube ich, bewiesen, dass das Gesetz schlecht ist, dass es mit heißer Nadel genäht ist. Denn wenn ein Betroffener klagt, klagt er deshalb, weil er falsche Bescheide bekommt, weil er falsch berechnete Summen ausgezahlt bekommt, weil er falsche Sanktionen kriegt und, und, und.

Zu den falschen Arten und Weisen in der Arbeitsmarktpolitik wird Frau Kollegin Regine Lück sprechen, ich beziehe mich hier noch mal auf die Umsetzung. Die Umsetzung, die aufgrund der verkehrten Qualifizierung, falschen Qualifizierung, fehlenden Qualifizierung in den Argen, in den BAs gestaltet wird, ist schlimm. Sie ist aber nicht nur schlimm und belastet die Betroffenen, also die Antragsteller, diejenigen, die Leistungen bekommen, sie belastet auch unsere Gesellschaft. Und zwar belastet sie unsere Gesellschaft derart, dass die Schere zwischen Arm und Reich - zwischen für die Gesellschaft "angesehen", für die Gesellschaft "Nichtsnutz", für die Gesellschaft "Kind förderbedürftig oder auch nicht", weil bildungsferne Schichten - schlimm ist, sehr schlimm. Auf diese Art und Weise, muss ich sagen, um die Menschenwürde zu erhalten, muss Hartz IV weg.

Von Ihnen möchte ich aber wissen, weil viele Urteile bis zum Bundesverfassungsgericht unsere Meinung bestätigen: Was wollen Sie tun, um umzubauen? Denn Sie sprechen ständig vom Umbau dieses Gesetzes.

Vizepräsident Hans Kreher: Frau Müller, in einer Minute ist Ihre Redezeit um.

Irene Müller, DIE LINKE: Danke.

Ich hoffe, dass dieser Umbau des Gesetzes für die betroffenen Menschen schon was bringt. Ich hoffe auch, dass das Bundesverfassungsgericht derartig argumentiert, Recht spricht, dass die Regelsätze für Kinder sich ändern. Insgesamt sollten die Akteure für dieses Gesetz dazu gebracht werden, dass Hartz IV tatsächlich wegkommt.

Der geistige Vater Herr Hartz wurde, wie wir wissen, kurz nachdem er das alles verzapft hatte, verurteilt.

(Michael Andrejewski, NPD: Aber nicht deswegen, leider.)

Er wurde verurteilt, weil er mit seiner Gedankenwelt völlig verkehrte Grundsätze angegeben hat. Und mit diesen völlig verkehrten Ansätzen verursachen wir heute Armut,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Wir verursachen die nicht.)

Armut per Gesetz von Jung bis Alt.

Ich bitte, dass Sie sich Frau Regine Lücks Ausführungen noch anhören und unseren Antrag annehmen. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsident Hans Kreher: Meine Damen und Herren, im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst der Abgeordnete Herr Schulte von der Fraktion der SPD.

Jochen Schulte, SPD: Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Sehr geehrte Frau Kollegin Müller, der vorliegende Antrag der Fraktion DIE LINKE hätte die Chance eröffnet, über gravierende Probleme unserer heutigen Gesellschaft und die sicher unterschiedlichen Lösungsansätze zwischen den verschiedenen demokratischen Fraktionen auch in diesem Parlament zu diskutieren.

(Irene Müller, DIE LINKE: Dann tun wir es!)

Materielle Armut, soziale Nöte und die Fragen einer chancengleichen Entwicklung für alle Kinder von Geburt an, so, wie es Ihr Antrag formuliert, sind Punkte, auf die – und da bin ich dann ganz bei Ihnen und Ihrer Fraktion – die Menschen gerade in einem grundsätzlich reichen Land, wie es die Bundesrepublik Deutschland ist, eine Antwort erwarten können.

Gerade in einer Gesellschaft, die zu den reichsten der Welt gehört, ist die Frage, wie wir mit den Menschen umgehen, denen es wirtschaftlich und finanziell schlechter geht, auch eine Frage nach der Dimension der sozialen Gerechtigkeit in einer Gesellschaft.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Das ist eigentlich ein Spiegelbild dafür.)

Aber, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, gerade dann sollte man eine solche Debatte sachlich und nicht vor dem Hintergrund, in dem Getöne irgendwelcher Landtagswahlen führen.

Meine Damen ...

(Heinz Müller, SPD: Sehr richtig. – Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Ja, Frau Müller, ich komme noch dazu.

Meine Damen und Herren, Hartz IV ist weder Armut per Gesetz, noch ist es die Erfolgsgeschichte, die der eine oder andere gerade in der SPD zu Beginn der Reform erhofft hatte. Hartz IV ist, zumindest aus Sicht meiner Fraktion, die unzureichende finanzielle Absicherung einer Vielzahl von Menschen, insbesondere von Kindern und Jugendlichen.

(Irene Müller, DIE LINKE: Also doch Armut per Gesetz.)

Hartz IV ist, unter dem Gesichtspunkt des Förderns und Forderns, der Anspruch an den Einzelnen, aber doch auch an die Gesellschaft, den Einzelnen schnellstmöglich wieder in Arbeit zu bringen. Und, meine Damen und Herren, bevor Sie sich jetzt vorschnell aufregen, Frau Kollegin Müller,

(Irene Müller, DIE LINKE: Was ist der Unterschied zwischen unzureichender Ausstattung und Armut? – Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

warten Sie noch einen Moment! Ich werde auf diesen Punkt auch noch näher eingehen.

Und, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, Hartz IV ist auch – die gestrige Aktuelle Stunde hat es noch einmal verdeutlicht – der in der Ausrichtung richtige Ansatz gewesen, die zu betreuenden Langzeitarbeitslosen aus einem Dschungel der verschiedenen Zuständigkeiten zu befreien und einen einzigen Ansprechpartner einzusetzen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich das an dieser Stelle noch einmal verdeutlichen: Wir müssen gemeinsam alle unsere Anstrengungen darauf richten, eine echte Leistungserbringung aus einer Hand zu erhalten. Wer jetzt das Rad der Geschichte zurückdrehen und trotz aller wohlmeinenden Verschleierung zu einer getrennten Aufgabenwahrnehmung zurückzwingen will,

(Irene Müller, DIE LINKE: Das habe ich nicht gesagt.)

der macht Politik auf dem Rücken der Arbeitslosen, ihrer Angehörigen und der Tausenden von Mitarbeitern in den Argen und auch in den Optionskommunen.

(Irene Müller, DIE LINKE: Das steht in unserem Antrag auch nicht drin.)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, bevor ich mich insbesondere der Situation von Kindern und Jugendlichen zuwende, erlauben Sie mir, wie ich das eben ja auch schon angekündigt habe, noch mal auf den Gesichtspunkt "Fördern und fordern", also die Vermittlung in Arbeit einzugehen.

(Irene Müller, DIE LINKE: Ja, da hat Frau von der Leyen recht.)

Meine Damen und Herren, "Fördern und fordern", so wurde einmal zu Beginn der Reform das Herzstück der Reform genannt. Und Menschen so schnell wie möglich wieder in Arbeit zu bringen, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, daran ist auch heute noch nichts Falsches. Aber ...

(Irene Müller, DIE LINKE: Ja, ja, der Herzinfarkt ist aber deutlich. – Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Aber, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen – und ich will da jetzt auch gar nicht auf irgendwelche Stammtischparolen aus den letzten Tagen und Wochen eingehen –, wir müssen auch konstatieren fünf Jahre nach der Reform, dass der eine oder andere mit dem Fordern gegenüber den Arbeitslosen relativ schnell bei der Hand ist, dass Fördern aber immer noch, und das will ich mal freundlich ausdrücken, verbesserungsbedürftig ist.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Sehr verbesserungsbedürftig.)

Meine Damen und Herren, wer arbeitslos ist und insbesondere wer länger arbeitslos ist, braucht eine verlässliche Betreuung, eine gute und effektive Beratung und vor allem doch realistische Angebote, die erst eine Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt ermöglichen. Dort, wo es erforderlich ist, muss die Betreuung der Arbeitslosen bei Umschulung und Fortbildung besser und die Vermittlung effizienter auf den einzelnen Arbeitslosen zugeschnitten werden. Und das, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ist vielleicht auch eines der ersten Ziele, die man bei einer Reform der Hartz-IV-Gesetzgebung dann aufgreifen muss. Das bedeutet natürlich auch, dass man die Beschäftigten in den Jobcentern tatsächlich in die Lage versetzen muss, sich so um ihre Kunden zu kümmern, dass überhaupt die Chance für eine erfolgreiche Integration besteht.

Das bedeutet aber auch – und Sie wissen, dass ich diese Auffassung in diesem Hohen Haus in der Vergangenheit schon wiederholt geäußert habe –, dass dort, wo in der Perspektive keine Chance auf eine Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt besteht, Alternativen geschaffen werden müssen. Das ist übrigens nicht nur im Interesse der Arbeitsuchenden, denn Menschen, die arbeiten dürfen, sind nachweisbar glücklicher als Menschen, die ohne Arbeit dastehen. Es ist auch im Interesse der Gesellschaft, wenn diejenigen, die mit der Hilfe der Gesellschaft ihr finanzielles Auskommen sichern, im Rahmen ihrer Möglichkeiten der Gesellschaft eine sinnvolle Gegenleistung erbringen.

Und, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wir müssen den Anfängen wehren und gerade Kindern von Langzeitarbeitslosen bereits frühzeitig eine angemessene Unterstützung zukommen lassen.

(Irene Müller, DIE LINKE: Wo denn?)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, zwar dreht sich soziale Gerechtigkeit nicht nur um Einkommen, sondern auch um Zugang zu Bildung, um Gesundheit und um ein verlässliches soziales Netz, aber ausreichende finanzielle Mittel, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sind häufig jeweils die erste Zugangsvoraussetzung dafür. Und deswegen dürfen wir Jugendliche, die beim Übergang von der Schule in den Beruf Schwierigkeiten haben, gerade in dieser besonderen Situation nicht allein lassen, sondern müssen ihnen vielmehr dort, wo es nötig ist, rechtzeitig unter die Arme greifen. Ich nenne zum Beispiel das, was wir hier im Land machen, das Beispiel der Produktionsschulen. Und wir müssen natürlich auch für eine angemessene finanzielle Unterstützung von Kindern und Jugendlichen in den sogenannten Hartz-IV-Familien Sorge tragen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich möchte an dieser Stelle nicht dem Bundesverfassungsgericht in seiner Entscheidung über die Berechnung der Regelsätze für Kinder vorgreifen, aber ich bin mir sicher, dass wir in absehbarer Zeit eine grundlegende Veränderung sowohl im Hinblick auf die Höhe als auch die Berechnung der Regelsätze für Kinder haben werden. Das Bundesverfassungsgericht hat ja schon entsprechende Signale gegeben. Und jeder, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, der jetzt, nur weil er im Landtagswahlkampf steht, laut aufschreit und diesbezügliche Änderungen einfordert, zeigt damit nur eins, nämlich dass der Zug längst schon an ihm vorbeigerauscht ist.

Dass ich darüber hinaus im Zusammenhang mit der Unterstützung von Kindern die klare Auffassung vertrete, dass zum Beispiel Kindergeldzahlung grundsätzlich nicht als Einkommen bei Leistungsempfängern zur Anrechnung kommen sollte,

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ist ja hinreichend bekannt und man kann diese Forderung letztendlich nur so lange wiederholen, bis tatsächlich Veränderungen eintreten.

Nur zwei Sätze dazu noch, weil ich in diesen Tagen in einer Pressemitteilung sinngemäß gelesen habe, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

die SPD solle doch jetzt nicht so tun, sie habe die Regelung selbst geschaffen:

Erstens, ja, die SPD hat diese Regelung mitgeschaffen.

Und zweitens, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, schon Konrad Adenauer hat sinngemäß erklärt, dass jeder das Recht habe, weiser zu werden, und, sehr geehrte Kollegen von der Linkspartei, das Recht nehme ich dann natürlich nicht nur für Sie in Anspruch, sondern für mich persönlich auch, und meinen Kolleginnen und Kollegen in der SPD wird das ähnlich gehen.

(Sebastian Ratjen, FDP: Zar und Zimmermann.)

Im Übrigen gehe ich davon aus, dass das Bundesverfassungsgericht auch die Höhe der Regelsätze für Erwachsene in seiner Entscheidung zumindest kritisch hinterfragen wird.

(Zuruf von Sebastian Ratjen, FDP)

Und, meine Damen und Herren, wenn wir schon mal beim Geld sind, dann lassen Sie mich doch zum Schluss nur zwei, drei Fragen in den Raum stellen, die dann jeder für sich beantworten mag.

Erstens zum Punkt Erhöhung von Schonvermögen für Leistungsempfänger.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, es ist zugegebenermaßen hart, wenn man vielleicht 30 Jahre schwer gearbeitet hat, dann arbeitslos wird und Vermögen, das man angespart hat, zunächst für die eigene Existenzsicherung aufbrauchen soll.

(Sebastian Ratjen, FDP: Aber nicht alles.)

Lassen Sie mich doch ausreden!

Nur bevor man in diesem Zusammenhang das grobe Schwert der sozialen Ungerechtigkeit hervorholt, so, wie das ja auch immer wieder geschieht, sollte man vielleicht mal einen Moment innehalten und sich eines bewusst machen: Bereits heute sind solche Ersparnisse, die das Schonvermögen überschreiten, das ja dank der schwarzgelben Koalition gerade in bemerkenswerter Weise erhöht worden ist, aber für die Alterssicherung erforderlich sind, im Rahmen von Härtefallregelungen nicht zwingend zum aufzuzehrenden Eigenvermögen hinzuzurechnen. Dieses, da sind wir dann wahrscheinlich ...

(Irene Müller, DIE LINKE: Nicht zwingend.)

Hören Sie mir zu, Frau Müller!

Dieses - und dann sind wir sicherlich wieder einer ...

(Irene Müller, DIE LINKE: Nicht zwingend.)

Hören Sie mir doch einfach mal zu, dann brauchen Sie sich nicht aufzuregen!

(Irene Müller, DIE LINKE: Ich rege mich gar nicht auf.)

Dieses dann vielleicht auch deutlich gesetzlicher zu regeln, dass das nämlich nicht der Fall sein soll, solche Vermögensteile in das Eigenvermögen einzurechnen, das sollte man dann tatsächlich gesetzlich regeln.

In dieser Richtung hat sich ja – und dann könnte man sich eigentlich auch die eine oder andere Äußerung ersparen – schon dieser Tage der SPD-Parteivorsitzende Sigmar Gabriel geäußert und damit ist deutlich gemacht worden, in welche Richtung zumindest die SPD ihren Denkprozess und hoffentlich dann auch das entsprechende Handeln weiter fortsetzen will.

Aber, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, man soll auch bitte nicht gleich ins umgekehrte Extrem verfallen. Gehen Sie mal auf die Straße, sprechen Sie mit den Menschen und fragen Sie sie, was sie davon halten, wenn sie mit ihren niedrigen Einkünften hier im Land und den darauf zu zahlenden Steuern jemanden in Köln, Essen oder Düsseldorf – ich nenne die Städte jetzt nur, weil da gerade Landtagswahlkampf ist –, der jahrelang ein Vielfaches von dem Einkommen eines Beschäftigten in Mecklenburg-Vorpommern verdient hat, nun aus ihren Steuern unterstützen sollen, nur damit dieser dann bedauerlicherweise arbeitslos gewordene Kollege oder Bürger in dem Bundesland nicht auf seine Ersparnisse zurückgreifen muss, obwohl er diese gerade nicht für seine Altervorsorge braucht.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Das habe ich jetzt nicht verstanden.)

Das ist ganz einfach, Frau Müller.

(Irene Müller, DIE LINKE: Ich war das gar nicht.)

Oder Frau Borchardt, Entschuldigung!

ALG II wird aus Steuermitteln bezahlt und auch diejenigen in diesem Bundesland, die ohnehin weniger verdienen als viele Beschäftige in anderen Bundesländern, zahlen mit ihren Steuermitteln diese Leistung. Das ist richtig so. Das ist das Sozialstaatsprinzip einer Gesellschaft.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Richtig.)

Aber Sozialstaat geht immer von zwei Richtungen aus. Das ist nämlich Gegenseitigkeit.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Richtig.)

Und jemand, der über Jahre ein wesentlich höheres Einkommen gehabt hat und nur aufgrund dieses Umstandes dann auch in der Lage war, Ersparnisse anzusammeln, und diese Ersparnisse nicht für seine Altervorsorge braucht, dem muss man auch zumuten können, dass er sich solidarisch mit den Menschen erklärt, die hier in der Situation sind, dass sie wesentlich weniger verdienen und deswegen nicht noch höher steuerlich belastet werden müssen, damit dort eine Entlastung eintritt. Auch das ist Solidarität. Und denken Sie mal gerade vor dem Hintergrund der Einkommen in diesem Land auch an das hohe zukünftige Alter in unserem Land und wie wir mit diesem Problem umgehen wollen. Das ist alles im Konnex zu sehen.

Und der zweite Punkt, auf den ich Sie hinweisen ...

(Zurufe von Barbara Borchardt, DIE LINKE, und Irene Müller, DIE LINKE)

Frau Borchardt, ich habe kein Problem damit, wenn die Erbschaftsteuerregelung anders gesetzlich gefordert oder formuliert wird, bloß, darüber müssen wir uns im Klaren sein.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Und das gehört dazu.)

das ist jetzt geschehen und wir beide werden es in dieser Wahlperiode des Bundestages leider nicht ändern können.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Nee, in dieser Debatte zumindest nicht.)

Aber lassen Sie mich auf die Hinzuverdienstgrenzen kommen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, das ist der zweite Punkt, den ich hier noch anreißen möchte. Höhere Hinzuverdienstgrenzen bedeuten erst mal eins: Noch mehr Menschen, die einen Sozialversicherungsjob haben, werden als sogenannte Aufstocker Hartz-IV-Empfänger. Das ist der erste Schritt, denn das wird der größte Teil der Personen sein, die davon betroffen sind.

Da kann man sich natürlich hinstellen: Ist doch egal, Hauptsache, mehr Geld in der Tasche! Das ist vielleicht eine menschliche Herangehensweise, aber, meine Damen und Herren, das ist letztendlich ein Fehlschuss. Bereits heute wird doch durch den Arbeitgeber der durch die öffentliche Hand gezahlte Aufstockungsbetrag als Verrechnungsgröße mit in die Lohnkalkulation einbezogen. Und wenn dann zum Beispiel der Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt den Anteil des mit Hartz-IV-Leistungen zu verrechnenden Einkommens erhöhen will, dann kann ja jetzt mal jeder von Ihnen überlegen, vor welchem Hintergrund diese Überlegung stattfindet. Und dann kann man auch mal überlegen, wie vor diesem Hintergrund die Äußerung des FDP-Sozialexperten Kolb, dass sich Arbeit wieder lohnen müsse, nicht möglicherweise eine ganz neue Bedeutung bekommt. Dann fragt man sich nämlich, für wen sich die Arbeit lohnen muss.

(Irene Müller, DIE LINKE: 40 Stunden sind keine Aufstockung, das ist eine ganz einfache Formel.)

Aber auch bei diesem Problem gibt es dann wahrscheinlich wieder einen Konsens zwischen Ihnen und mir. Dieses Problem, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, kriegen Sie wahrscheinlich nur dann gelöst, wenn Sie parallel zu einer ...

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Lassen Sie mich doch ausreden!

... Erhöhung der Hinzuverdienstgrenzen tatsächlich auch Mindestlöhne einführen. Aber das Thema auszubreiten – darüber haben wir uns ja gestern schon verständigt –, überlasse ich an dieser Stelle dem Kollegen Holter.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, was wir brauchen, ist eine sozial gerechte Sicherung von Kindern und Jugendlichen, eine transparentere Regelsatzsystematik, da gibt es überhaupt kein Vertun, und – ich komme zum Ende – auch die finanzielle Absicherung von Langzeitarbeitslosen und deren Familien an einer sozialen Teilhabe. Was wir nicht brauchen, ist eine Stigmatisierung von Langzeitarbeitslosen.

(Irene Müller, DIE LINKE: Ja, ja, sehr richtig.)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der Linkspartei, meine Fraktion wird Ihrem Antrag nicht zustimmen, darüber brauchen wir jetzt nicht zu diskutieren, das werden Sie auch nicht erwartet haben, aber ich hoffe, dass an den kurzen Ausführungen, die ich hier gemacht habe, Ihnen deutlich geworden ist, dass es zumindest bei den Lösungsansätzen Parallelen zwischen Ihnen und meiner Fraktion und meiner Partei gibt. – Vielen Dank für Ihr Zuhören.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD – Irene Müller, DIE LINKE: Genau das steht im Antrag. Wir wollen wissen, was Sie tun.)

Vizepräsident Hans Kreher: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Grabow von der Fraktion der FDP.

Ralf Grabow, FDP: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich weiß ja nicht, es mag ja richtig sein, dass wir hin und wieder in einer Landtagssitzung einmal Hartz IV haben. Und, Herr Schulte, Sie haben viele Punkte aufgeführt, die auch in meiner Rede drinstehen. Die könnte ich jetzt noch mal alle vortragen. SPD und FDP haben unterschiedliche Ansichten, aber das können wir hier in diesem Hause nicht klären. Das ist eine Sache, die in Berlin geklärt wird, die muss über Ihre Bundestagsfraktion eingebracht werden. Ich finde das gut, wenn man mal ein bundespolitisches Thema anspricht, wenn man mal über ein bundespolitisches Thema hier redet.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Sagen Sie doch mal Ihre Meinung!)

Wissen Sie, das will ich mir sparen, denn das habe ich schon dreimal gemacht. Lesen Sie die Reden der anderen Redner zu Ende! Wir haben, ich habe vorhin gefragt, Frau Ministerin irgendwann schon mal beauftragt, im Bundesrat was dafür zu tun. Meine Herren, klauen Sie unsere Zeit nicht!

Und, Frau Müller, Sie haben mich vorhin doll kritisiert wegen unserem Antrag.

(Irene Müller, DIE LINKE: In unserem Antrag steht, dass wir wissen wollen, was Sie tun. Haben Sie unseren Antrag gelesen?)

Ich würde mir mal selbst an die Nase fassen. Wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen schmeißen. Wir lehnen den Antrag ab.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Irene Müller, DIE LINKE: Was haben wir für ein Glashaus im Zusammenhang mit Hartz IV?)

Vizepräsident Hans Kreher: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Rühs von der Fraktion der CDU.

Günter Rühs, CDU: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das SGB II ist jetzt fünf Jahre alt. Bei der Neufassung handelte es sich um die umfassendste Reform im Sozialbereich seit dem Krieg. Die Einführung wurde damals mit dem Nutzen, den Hartz IV beim Kampf gegen die Arbeitslosigkeit bringen sollte, begründet. Die gute Entwicklung der letzten Jahre am Arbeitsmarkt bestätigt, dass die Reform – und da bin ich mir mit Herrn Schulte von der SPD einig – im Kern richtig ist. Dennoch ist es nach fünf Jahren an der Zeit, eine Bilanz zu ziehen,

(Irene Müller, DIE LINKE: Viel zu spät.)

und es ist auch Zeit für eine Überarbeitung der Gesetze. Allerdings kommt es dabei wie so oft auf das Wie an. Schnellschüsse müssen vermieden werden und eine realistische Bewertung der Vor- und Nachteile darf nicht durch populistische Forderungen überlagert werden.

(Irene Müller, DIE LINKE: Die hatten wir ja nun schon zweimal.)

Wichtig ist es, an dem Grundgedanken festzuhalten, dass sich die gesellschaftliche Teilhabe am besten über Teilhabe am Erwerbsleben erreichen lässt. Ziel der Sozialpolitik muss daher bleiben, dass die Eingliederung in den Arbeitsmarkt oberstes Ziel bleibt.

Die Hauptziele des SGB II bleiben daher unumstritten. Unter dem Schlagwort "Fördern und fordern" sollen erwerbsfähige Hilfebedürftige zu eigenverantwortlichem Handeln angeleitet werden. Ziel muss es sein, ganz oder teilweise bedarfsdeckende Erwerbstätigkeit zu bekommen. Auch im Koalitionsvertrag ist das Ziel der Bundesregierung genannt, mit einer effektiven und effizienten Arbeitsmarktpolitik Arbeitsuchende erfolgreich in Beschäftigung zu vermitteln.

(Irene Müller, DIE LINKE: Das war leider verfehlt.)

Das gilt insbesondere auch für diejenigen Arbeitsuchenden, die spezifische Schwierigkeiten am Arbeitsmarkt haben und einen großen Bedarf an Qualifizierung und Weiterbildung aufweisen.

Die Arbeitsmarktinstrumente der Arbeitsverwaltung sollen mit dieser Maßgabe auf den Prüfstand gestellt werden. Im Ergebnis soll die Vielzahl der bestehenden Arbeitsmarktinstrumente deutlich reduziert werden. Die Koalition will die Voraussetzungen dafür schaffen, dass neue Lösungsansätze erprobt werden können. Damit soll den Sorgen vieler Menschen vor Abstieg und Überforderung begegnet werden.

(Irene Müller, DIE LINKE: Das klingt wie eine Märchenstunde.)

Ist aber keine.

(Irene Müller, DIE LINKE: Fragen Sie mal einen Betroffenen!)

Wie im SGB II festgeschrieben, bleibt das Prinzip des Förderns und Forderns Maßstab des Handelns.

(Irene Müller, DIE LINKE: Ja, ja.)

In der Koalitionsvereinbarung werden die folgenden Themen als dringend zu überarbeitende Schwerpunkte aufgeführt: Hinzuverdienst, Schonvermögen, SGB-II-Strukturreformen, Pauschalierungen und Bürgergeld. Diese Ankündigung einer Überarbeitung hat nun in der politischen Diskussion zu vielfältigen Forderungen geführt, die teilweise an dem Arbeitsauftrag aus dem Koalitionsvertrag nicht mehr herzuleiten sind.

Leider muss auch Ihr Antrag, liebe Kollegen von den LINKEN, in diese Kategorie eingeordnet werden, denn ein Überwinden der Regelungen kann nicht das Ziel sein.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Vielmehr muss dargelegt werden, welche Regelungen sich bewährt haben und welche neu gefasst werden sollten.

(Irene Müller, DIE LINKE: Da hat sich nichts bewährt. – Zuruf von Torsten Koplin, DIE LINKE) Bevor man sich aber zu irgendwelchen Schnellschüssen hinreißen lässt, muss eine Bewertung der Ergebnisse ...

(Irene Müller, DIE LINKE: Das haben wir doch schon zweimal gemacht.)

Hören Sie mir doch bitte zu, Frau Müller!

... der Begleitforschung erfolgen.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Dazu gibt es auch die kompetenten Spezialisten, deren Wissen nun auch ausgewertet werden muss. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) ist die Forschungseinrichtung der Bundesagentur für Arbeit.

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Das ist doch Unsinn!)

Seit Jahren ist das Institut gesetzlich mit der Arbeitsmarktforschung beauftragt. Mit der Einführung des SGB II wurde der gesetzliche Auftrag auf diesen Rechtskreis ausgedehnt. Die Wirkungen der Leistungen zur Eingliederung und zur Sicherung des Lebensunterhalts werden regelmäßig und zeitnah untersucht und in die Arbeitsmarkt- und Berufsforschung einbezogen.

(Irene Müller, DIE LINKE: Und wo sind die Ergebnisse des Ombudsrates hin verschwunden?)

Insbesondere bei den Wirkungsanalysen zu den arbeitsmarktpolitischen Instrumenten sowie bei den Analysen zu den regionalen und gesamtwirtschaftlichen Effekten können deshalb große Synergien mit der Forschung zum SGB III erzielt werden. Letztlich geht es also darum, auch die Erfüllung der sozialpolitischen Ziele des Gesetzes zu untersuchen. Erst die wissenschaftliche Auswertung des IAB ermöglicht eine fundierte Bewertung der Arbeitsmarktinstrumente.

Wenn dies erfolgt ist, wird mit dem dann vorzulegenden Gesetz eine solide Grundlage für die Diskussion dieses Themas bereitstehen. Vorher macht auch eine Darlegung der Landesregierung keinen Sinn. Ein Überwinden der jetzigen Regelung wird aufgrund der dargelegten positiven Effekte ohnehin nicht das Ziel sein. Wir lehnen Ihren Antrag ab.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU – Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Vizepräsident Hans Kreher: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Andrejewski von der Fraktion der NPD.

Michael Andrejewski, NPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Grundlegende Änderungen für Hartz IV hat die NPD in diesem Landtag genug vorgeschlagen. Aber all das ist von der LINKEN abgelehnt worden. Wenn Sie das jetzt aufgreifen wollen, wunderbar, dann würden Sie mal was Vernünftiges tun. Es wäre zwar nicht Ihre persönliche geistige Leistung,

(Zuruf von Torsten Koplin, DIE LINKE)

aber das erwarten wir auch gar nicht von Ihnen.

(Irene Müller, DIE LINKE: Ja, wir haben das für alle Menschen vor und nicht nur für Deutsche.)

Was die Revision von Hartz IV betrifft, so sollte man vorsichtig sein, denn darunter kann auch eine Weiterführung von Hartz IV und Verschlimmerung im Sinne des Systems gemeint sein. Und wenn irgendwelche Änderungen von der schwarz-gelben Koalition kommen, dann im negativen Sinne.

Hartz IV ist ja nur ein Instrument, das dazu dient, in Deutschland US-amerikanische Verhältnisse zu schaffen, von denen das Kapital in Deutschland schon lange träumt. Und das betrifft vor allem die Psychologie der Arbeitnehmer und auch der Erwerbslosen. Hartz IV soll die Leute weichkochen. Angeblich heißt die Parole: "Fordern und fördern", aber den Leuten sollen Schuldgefühle eingeimpft werden. Sie sollen sich selbst die Schuld geben, dass sie keine Arbeit finden, und gleichzeitig glauben, dass es nur an ihnen läge, ob sie eine ausreichend bezahlte Stelle bekommen oder nicht. Man will ihnen ein perverses Arbeitsethos einflößen. Sie sollen auch noch stolz darauf sein, sich ausbeuten zu lassen. Ständig werden ihnen in Boulevardzeitungen und Fernsehsendungen Figuren vorgeführt, die verkünden, für sie sei es eine Sache der Selbstachtung und Ehre, ohne staatliche Hilfe auszukommen, so gering der Lohn und so hart die Arbeit auch seien.

Wahrscheinlich sind das bezahlte Schauspieler oder vielleicht auch echte Idioten, aber schaffen möchte man jene Mentalität, die die US-amerikanische Autorin Barbara Ehrenreich in ihren Büchern schildert. Als Undercoverjournalistin traf sie im Billiglohnsektor Leute, die gelegentlich während der Arbeit vor Hunger umfielen und mangels Krankenversicherung auch mit stärksten Schmerzen ihren Job machten, die in Ingenieursvillen als Reinigungskräfte für den in den USA für die dortigen Lebenshaltungskosten völlig unzureichenden Mindestlohn schufteten, aber trotzdem weiter zum Entsetzen dieser Autorin an das vom System gebetsmühlenartig erzielte Tellerwäschermärchen glaubten. Diese Leute waren perfekt abgerichtet. Da nach der Staatsideologie jeder hart arbeitende Bürger zwangsläufig früher oder später mit Wohlstand belohnt wird, nahmen sie ihr Los nicht nur klaglos hin, sondern lehnten sogar selbst in Gesprächen unter den Arbeitnehmern höhere Löhne und mehr Rechte für die Arbeitnehmer ab, denn morgen würden sie ja selbst reich sein und dann müssten sie die höheren Löhne an die Angestellten, an ihre Angestellten bezahlen und die weitergehenden Rechte gewähren.

So eine Haltung hätten die Schöpfer von Hartz IV auch gern erzeugt. Herr Schulte hat es gerade versucht und immer gesagt, sie kriegen ja staatliche Leistungen, dafür müssen sie dankbar sein und eigentlich sind sie schuld, sie müssen es abbüßen und so weiter.

Nur, wenn ihnen das gelungen wäre, diese Haltung zu erzeugen, wie sie in Amerika noch herrscht und vielleicht von Obama abgebaut wird, weiß man nicht, dann gäbe es Hartz IV in der Tat nicht mehr oder besser, es gäbe nicht einmal das, sondern nur Hungerlöhne, privatfinanzierte Suppenküchen und trotzdem ein politisch ungefährliches Volk. Das möchte man gern. Versucht wurde diese Verdummungsaktion in erster Linie von der SPD und genau an deren Ministerpräsidenten Sellering wendet sich die LINKE nun, damit sich bei Hartz IV etwas ändert. Das ist nun wirklich abwegig.

(Irene Müller, DIE LINKE: Nee, da haben Sie irgendwas falsch gelesen.)

Da könnte man genauso gut die Kormorane darum bitten, dass sie gegen Fischraub Hilfe leisten. Deswegen lehnen wir diesen Antrag ab.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Vizepräsident Hans Kreher: Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Lück von der Fraktion DIE LINKE.

Regine Lück, DIE LINKE: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen! Unserer Meinung nach gibt es seit fünf Jahren nun Armut per Gesetz oder auch Hartz IV genannt. Auch wenn Sie das ignorieren wollen, Kollege Schulte,

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Herr Schulte hört das nicht so gern.)

wir sollten nicht vergessen, dass dieses eine Erfindung von Gerhard Schröder und den Sozialdemokraten, unterstützt von den Grünen, war. Und, das kann man nicht oft genug betonen, seitdem bemühen Sie sich, nicht nur wie viele Sozialdemokraten und Grüne, sondern auch Schwarze und Gelbe, die Reform schönzureden. Die Zahl der Arbeitslosen sei zurückgegangen, sagen Sie, "Fordern und fördern" sei das Credo. Die meisten Betroffenen merken aber vom Fördern herzlich wenig. Dafür werden Menschen, die 30 Jahre gearbeitet haben und nun keinen neuen Job finden, nach einem Jahr in Hartz IV geschickt. Und das wenige Geld erhalten diese Menschen nur, wenn sie fast alles, was sie angespart haben, veräußern. Eine unglaubliche Sache, wie ich finde.

(Irene Müller, DIE LINKE: Auch die Riester-Rente.)

Es ändert nichts an den Tatsachen: Nach über fünf Jahren Hartz IV sind weder deren ursprünglichen arbeitsmarktpolitischen Zielstellungen, die Halbierung der Zahl der Arbeitslosen noch eine einheitliche verfassungskonforme Leistung an Erwerbslose aus einer Hand und unter einem Dach erreicht. Die offiziellen Erwerbslosenzahlen sind in Mecklenburg-Vorpommern rückläufig, sagen Sie, zugegeben. Aber Sie wissen so gut wie ich, dass die Statistik geschönt ist.

(Irene Müller, DIE LINKE: Na, von hier aus würde ich sagen, gefälscht.)

Was sagen Sie dazu, dass knapp sieben Millionen Menschen in Deutschland auf Hartz-IV-Leistungen angewiesen sind? Was sagen Sie dazu, dass in den fünf Jahren seit 2005 ebenso viele normale Arbeitsverhältnisse – also Vollzeitstellen – unbefristet und mit angemessener Vergütung verschwunden sind und Teilzeitjobs, Mini- und Midijobs, Leiharbeitsverhältnisse und ein beispielloser Niedriglohn entstanden sind? Nehmen Sie das doch bitte mal zur Kenntnis! Es ist eine Tatsache, dass heute in unserem reichen Deutschland mehr Menschen in prekären Verhältnissen leben müssen als 2005. Hartz IV hat dazu geführt, dass Unsicherheit und die Angst vor Arbeitslosigkeit massiv wachsen.

Vor diesem Hintergrund ist nicht nur die Entlastung auf dem Arbeitsmarkt lediglich statistisch zu sehen. Die Situation für alle Beschäftigten ist dramatisch. Prekäre Beschäftigungsverhältnisse haben Auswirkungen auf regulär Beschäftigte. Durch die Hartz-IV-Gesetze, das heißt durch die darin festgeschriebenen Maßnahmen, ist immer weniger Menschen eine Sicherung des Lebensstandards möglich. Die Armut von heute ist die Altersarmut von morgen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Die unsägliche Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 vergrößert das Problem noch. Die Zumutbarkeitsre-

gelungen und die immer schärfer werdenden Sanktionen bei Ablehnung eines Angebots lassen den Betroffenen faktisch keine Wahl. Sie sind gezwungen, jeden Job anzunehmen, jedes sogenannte Angebot, egal, wie mies die Bedingungen auch sind.

Insofern ist es für mich nicht so außergewöhnlich, dass der berühmt-berüchtigte hessische Ministerpräsident Koch nun den Zwang zur Arbeit fordert. Skandalös ist, dass Herr Gabriel sich hinstellt und mit dem Finger auf ihn zeigt, nach dem Motto: "Haltet den Dieb!" Wie zynisch, denn wir haben faktisch schon die Arbeitspflicht bei Hartz-IV-Empfänger/-innen. Bedauerlich sind meiner Meinung nach solche Beispiele von Leiharbeit zu Dumpinglöhnen wie bei der Drogeriekette Schlecker. Das ist ja nur die Spitze vom Eisberg an Unmoral und an Ungerechtigkeit.

Auch beim Arbeitnehmerüberlassungsgesetz haben Sie alle Schleusen geöffnet. Und die Ironie der Geschichte will es jetzt, dass Sie es FDP und CDU überlassen müssen, wenigstens kleine Verbesserungen im Interesse der Betroffenen durchzusetzen.

(Sebastian Ratjen, FDP: Na, da sieht man mal, wer wirklich sozial ist. – Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Irene Müller, DIE LINKE: Ach, du meine Güte! – Zuruf von Heinz Müller, SPD)

In zahlreichen Gerichtsurteilen hat sich gezeigt, wie handwerklich schlecht, aber auch wie ungerecht und unvereinbar mit dem Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes diese sogenannte Arbeitsreform ist.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Die Forderungen – und ich will sie nicht alle nennen, die neuen haben wir alle vom Kollegen Schulte gehört – sind ja nicht neu, auch wenn Herr Rüttgers und Frau von der Leyen jetzt so tun. Das sind Forderungen, die durch DIE LINKE seit Langem auf dem Tisch liegen.

(Irene Müller, DIE LINKE: Ja, ja, Wahlkampf.)

Wir haben immer Forderungen erhoben, die den betroffenen Menschen ihre unerträgliche Situation erleichtern würden. Deshalb fordern wir auch eine bedarfsdeckende sanktionsfreie Grundsicherung mit einem Mindestregelsatz von 500 Euro. Wir fordern die Abschaffung der Bedarfsgemeinschaften. Wir fordern einen gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro pro Stunde, der würde das sehr fragwürdige Problem des Lohnabstandsgebotes auch lösen. Wir fordern öffentlich geförderte Beschäftigung in den Bereichen, die Ihnen bekannt sind, die für ein funktionierendes Gemeinwesen auch gebraucht werden.

Hartz IV hat Erwerbslose zusätzlich zu ihrer Stigmatisierung als Arbeitslose in zwei Klassen eingeteilt. Es hat den Niedergang von Moral und Anstand im Umgang zwischen Unternehmen und Angestellten befördert. Ich denke nur an die 1,31 Euro pro Stunde und an andere Beispiele. Es hat die betroffenen Familien in Armut gestürzt, aus der sie nur wenig Chancen haben, wieder herauszukommen. DIE LINKE sagt, soziale Gerechtigkeit sieht anders aus. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsident Hans Kreher: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3181. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke. Enthaltungen? – Danke. Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3181 bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE, Ablehnung der Fraktion der SPD, der CDU, der FDP und der NPD abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 25**: Beratung des Antrages der Fraktion der NPD – Landesprogramm zur Reintegration von Ausländern, Drucksache 5/3176.

Antrag der Fraktion der NPD: Landesprogramm zur Reintegration von Ausländern – Drucksache 5/3176 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Tino Müller von der Fraktion der NPD.

(Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

Tino Müller, NPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auf ihrer Herbsttagung 2009 haben sich die Innenminister von Bund und Ländern unter anderem darauf geeinigt, geduldeten Ausländern für weitere zwei Jahre die Möglichkeit einzuräumen, die sozialen Gaben unseres Landes ohne Gegenleistung in Anspruch nehmen zu können. Rund 30.000 Ausländern, die mit einer sogenannten Aufenthaltserlaubnis auf Probe bereits seit Jahren in Deutschland leben, wäre nach den Buchstaben des Gesetzes zum 31.12.2009 dieser Status entzogen worden und die Betroffenen wären zu geduldeten Ausländern geworden, die unter Umständen irgendwann einmal abgeschoben worden wären.

Diese Fristverlängerung soll dazu führen, diesen Ausländern in den nächsten zwei Jahren Gelegenheit zu geben, etwas beizubringen, was diese allerdings in den Jahren zuvor auch nicht vorlegen konnten, einen einfachen Arbeitsnachweis. Dabei gilt diese Verlängerung zukünftig auch, wenn dieser Ausländerkreis eine Schul- oder Berufsausbildung macht, einer Halbtagstätigkeit nachgeht oder auch nur das tut, was Millionen von deutschen Arbeitslosen ständig machen müssen, nämlich darzulegen, sich ernsthaft um eine Beschäftigung zu bemühen. Gelingt ihnen dieses nicht, dann werden Deutschen die Ansprüche auf Sozialleistungen gnadenlos zusammengestrichen.

Die Gutmenschen sogenannter Flüchtlingsinitiativen nannten diese Regelung einen faulen Kompromiss, weil selbst diese lächerlichen Minimalanforderungen an ihre Kundschaft schon als zu viel erachtet werden. Wir nennen diese Regelung keinen faulen Kompromiss, sondern schlicht und ergreifend einen Skandal, der das Ausländerrecht aushebelt und dem Missbrauch Tür und Tor öffnet. Ein Skandal ist dieser Vorgang alleine schon deswegen, weil jene Ausländer, die durch Ausschöpfung des Rechtsweges genug Zeit auf Kosten der Steuerzahler schinden, anschließend noch durch die sogenannte Duldung belohnt werden.

Natürlich geht es uns mit dem in unserem Antrag geforderten Programm zur Reintegration von Ausländern nicht nur um jene geduldeten Ausländer, die abgelehnten Asylbetrüger und ausländischen Sozialstaatsausbeuter, die wir zuhauf im Lande haben,

(Zuruf von Birgit Schwebs, DIE LINKE)

vielmehr ist es eine Notwendigkeit, das gesamte Ausländerrecht zu reformieren.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Ausländer raus, ja, Herr Müller. Ausländer raus!)

Die Ausländerintegrationspolitik ist komplett gescheitert, Herr Methling,

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Ja, ja.)

und die Verfechter dieses Irrsinns befinden sich langsam, aber sicher auf dem Rückzug.

Der Exfinanzminister in Berlin und derzeitiges Vorstandsmitglied der Bundesbank Thilo Sarrazin äußerte jüngst, Zitat: "Ich muss niemanden anerkennen, der vom Staat lebt, diesen Staat ablehnt, für die Ausbildung seiner Kinder nicht vernünftig sorgt und ständig neue, kleine Kopftuchmädchen produziert." Zitatende.

(Zuruf von Birgit Schwebs, DIE LINKE)

Dazu der Politikforscher Professor Arnulf Baring,

(Zuruf von Torsten Koplin, DIE LINKE)

Zitat: "In der Sache kann Sarrazin niemand widerlegen: Deutschland hat ein massives Problem mit Zuwanderern aus der Türkei und dem arabischen Raum!", Herr Koplin.

(Zuruf von Torsten Koplin, DIE LINKE)

"Nur: Im Lande der Leisetreter und der politischen Korrektheit wird jeder, der Klartext redet, gleich niedergemacht." Dazu noch ein Unverdächtiger, der Autor Henryk Broder, Zitat: "Sarrazin hat recht! Sein Tonfall erzeugt Aufregung und ärgert die Gutmenschen. Seien wir doch froh über einen, der Sinnvolles und Richtiges in provokanter Form ausspricht!" Zitatende.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Ja, ja.)

Selbst in einer Studie des Integrationsbeauftragten der Bundesregierung ist festgehalten: Zuwanderer sind doppelt so häufig arbeitslos und kriminell wie der Bundesdurchschnitt. Und weiter aus dieser Studie: Unter den Beziehern von Hartz IV und Sozialhilfe sind Ausländer und deren Kinder doppelt so häufig vertreten.

(Birgit Schwebs, DIE LINKE: Ja, was wollen Sie denn damit sagen, Herr Müller? – Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

Kommen wir zu einem Vorschlag zur Ausländerrückführung, wie wir Nationalen ihn uns gut vorstellen können.

1. Schaffung eines nationalen Arbeitsplatzschutzsicherungsgesetzes

Arbeitsvermittler dürfen nur dann Arbeit für eine begrenzte Zeit an Ausländer vergeben, wenn keine qualifizierte deutsche Arbeitskraft zur Verfügung steht.

(Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

Betriebe, die Ausländer beschäftigen, müssen zudem 25 Prozent vom Bruttolohn in eine Sonderkasse

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Gott sei Dank hört hier keiner mehr zu.)

zur sozialverträglichen Rückführung der beschäftigten Ausländer hinterlegen.

 Ausgliederung der in Deutschland lebenden und beschäftigten Ausländer aus dem deutschen Sozialund Rentenversicherungssystem Wer keine Ansprüche aus Einzahlungen ableiten kann, hat auch keinen Grund, sich ohne Arbeit in Deutschland aufzuhalten.

> (Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Erst geben Sie ihnen keine Arbeit und dann ... Also, Herr Müller!)

Erworbene Auszahlungsansprüche ermöglichen den Ausländern den Aufbau einer eigenen Existenz in ihrem Heimatland, Herr Ringguth.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Ja.)

Allein diese klaren Regelungen bewahren das deutsche Sozialversicherungssystem vor unkalkulierbaren Folgekosten.

 Strikte Anwendung eines Ausländergesetzes zur Aufenthaltsbeschränkung

Ausländer ohne Arbeitserlaubnis oder Sonderaufenthaltsgenehmigung haben Deutschland nach längstens dreimonatigem Aufenthalt unverzüglich zu verlassen.

4. Ausländer dürfen kein Eigentum an Grund und Boden in Deutschland erwerben.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Junge, Junge! – Andreas Bluhm, DIE LINKE: Wo leben Sie denn?)

Grund und Boden sind unveräußerliches Eigentum des deutschen Volkes.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Das ist ja unglaublich! – Zuruf von Torsten Koplin, DIE LINKE)

Wer hiermit übrigens ein Problem hat, der sollte vielleicht mal seinen Blick ins Nachbarland Dänemark richten. Dort wird auch in dieser Frage das nationale Eigentum wirkungsvoll geschützt.

Ersatzlose Streichung des einklagbaren Rechts auf Asyl

Wir fordern die ersatzlose Streichung des Artikels 16a Grundgesetz, des Asylparagrafen.

(Zuruf von Birgit Schwebs, DIE LINKE)

Das weltweit einzigartige einklagbare Recht auf Asyl gehört abgeschafft und hat nur zur Belastung der Staatsausgaben in Milliardenhöhe geführt.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Das hat was mit unserer Geschichte zu tun, Herr Müller.)

Über 90 Prozent der Asylanträge werden hierzulande, Herr Ringguth, abgelehnt.

(Zuruf von Michael Roolf, FDP)

Es ist ein Unding, diese Gerichtsentscheidungen nicht umzusetzen. Hier wird der Rechtsstaat von interessierten Kreisen vorsätzlich außer Kraft gesetzt. Mit diesen Maßnahmen ist vielleicht noch nicht alles geregelt, gleichwohl kommen wir damit einer nachhaltigen Lösung der Ausländerfrage schon um fünf Punkte deutlich näher.

(Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

Meine Damen und Herren, im Verhältnis zu den eben dargelegten Punkten, die Belastung Deutschlands mit einem völlig überzogenen Anteil an Ausländern auch nur auf ein erträgliches Maß zurückzuschrauben, nimmt sich unser vorliegender Antrag noch bescheiden aus.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Wir haben unter zwei Prozent im Land hier. Unter zwei Prozent!)

Wir fordern die Landesregierung in einem ersten Schritt dazu auf, in Mecklenburg-Vorpommern ein Programm aufzulegen, um den derzeitig noch geduldeten Ausländern die Reintegration in ihre Heimatländer sozialverträglich, aber kurzfristig zu ermöglichen.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Ja, Ausländer raus!)

Gerade weil die Anzahl der in unserem Bundesland lebenden Ausländer noch nicht die unhaltbaren Ausmaße Westdeutschlands erreicht hat, wäre es begrüßenswert, ein entsprechendes Pilotprojekt in Mecklenburg-Vorpommern zu starten.

(Zuruf von Sylvia Bretschneider, SPD)

Die sogenannten Erkenntnisse könnten dann zum Beispiel im Rahmen einer späteren Bundesratsinitiative richtungweisend für ganz Deutschland sein. Mecklenburg-Vorpommern könnte so auch als Ausländerrückführungsland eine bundesweite Vorreiterrolle einnehmen.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Ach, um Himmels willen!)

Uns erschließt sich nicht nur die dringende Notwendigkeit, den überfälligen Prozess der Ausländerrückführung einzuleiten,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

wir sind sogar überzeugt davon, dass die Reintegration der Ausländer in ihren Heimatländern nicht nur das Beste für uns Deutsche, sondern auch das Beste für die Ausländer selbst ist.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Sie sind ja wirklich auch reif für die Anstalt.)

Die von Ihnen in den letzten 40 Jahren praktizierte Ausländerpolitik ist, wie bereits dargelegt, komplett gescheitert. Sie haben eine verfehlte Integrationspolitik zu verantworten. Ihre Bilanz zeigt Parallelgesellschaften auf, Millionen Ausländer, die sich gar nicht integrieren wollen. Lassen Sie uns in Mecklenburg-Vorpommern ernst machen mit der Reintegration von Ausländern. Die rund 3.000 derzeit geduldeten Ausländer und die sogenannten 400 Altfälle könnten mithilfe eines solchen Landesprogramms in ihre Heimatländer zurückgeführt werden und die Ausländerstatistik unseres Bundeslandes somit spürbar entlasten.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Sie wollen wohl Ausländerbeauftragter werden, was? – Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Vizepräsident Hans Kreher: Meine Damen und Herren, im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Stein von der CDU.

Peter Stein, CDU: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Keine Rede von Herrn Müller, ohne dass wir unter den Oberbegriff "Skandal" gestellt werden. Herr Müller, ein Skandal ist es, dass Sie ungestraft Zitate aus dem Zusammenhang reißen dürfen, Statistiken verbiegen dürfen

(Michael Andrejewski, NPD: Darin sind Sie doch Meister. – Zuruf von Torsten Koplin, DIE LINKE)

und in Ihren Konsens stellen können.

Ich will Ihren Antrag, er ist im Grunde ja eigentlich nur ein Satz, kurz vorlesen: "Die Landesregierung wird aufgefordert, ein Programm zu entwickeln, welches die Reintegration von Ausländern in ihren Herkunftsländern zum Ziel hat "

Meine sehr geehrten Damen und Herren, für die freiwillige Rückkehr von Ausländern in ihr Herkunftsland hält das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge ein umfassendes Förderprogramm bereit. Dies geschieht über die Zentralstelle für Informationsvermittlung und Rückkehrförderung.

(Michael Andrejewski, NPD: Mit welchem Erfolg?)

Um die Rückkehrförderung zu unterstützen, hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge bereits im Juli 2003, das ist jetzt inzwischen bald sieben Jahre her, diese Zentralstelle eingerichtet. Mithilfe einer speziellen Datenbank werden relevante Informationen über Rückkehrförderprogramme, Länderinformationen oder Beratungsstellen gesammelt und an die interessierten Personen, Behörden oder Beratungsstellen weitergegeben. Und auch bereits heute fördern die Länder in Zusammenarbeit mit der Internationalen Organisation für Migration die freiwillige Ausreise und Weiterwanderung. Über das Programm REAG, über das Programm "Government Assisted Repatriation", GARP kurz genannt, können für Rückkehrer aus unterschiedlichen Ländern finanzielle Starthilfen angeboten werden.

Wie gesagt, das existiert auf Bundesebene. Die Zentralstelle, Wolf-Dieter, die Zentralstelle für Informationsvermittlung zur Rückkehrförderung organisiert Rückkehr und Beratung in den Landkreisen, und das auch in Mecklenburg-Vorpommern. Ich empfehle einen Blick auf die Internetseite des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, um Fakten geht es der NPD gar nicht, auch nicht ernsthaft um ein mit deutschen Steuergeldern finanziertes Landesprogramm. Das alleine wäre ja schon ein Widerspruch in ihrer Denke. Die NPD möchte uns hier in diesem Hohen Hause feststellen lassen, dass Integration in Deutschland gescheitert ist.

Nun, dem möchte ich im Namen der demokratischen Fraktionen widersprechen. Wir haben seit den 60ern verschiedene Stufen des politischen Umgangs ...

(Stefan Köster, NPD: Ha, ha, ha! Jetzt werden wieder die ganzen Märchen aufgezählt.)

Das sind keine Märchen, Herr Köster,

(Stefan Köster, NPD: Natürlich.)

das ist eine Entwicklung, aber das erzähle ich Ihnen jetzt gerade.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Wir haben seit den 60er-Jahren verschiedene Stufen des politischen Umganges mit Ausländern in der Bundesrepublik erlebt. Zunächst war an Integration überhaupt nicht gedacht, weder seitens der Politik noch seitens der Gastarbeiter, wie sie damals genannt wurden. Es war ein Bleiben auf Zeit, es sollte Geld verdient werden und dann Schluss. Die, die damals kamen, hatten allesamt die feste Absicht, wieder zurückzukehren. Das war ein Trugschluss. Viele von damals haben sich von sich aus besser integriert, als es teilweise heute gelingt, und sind deshalb auch geblieben.

Ich habe selber in den 70er-Jahren in meiner Grundschulklasse mit der ersten Kindergeneration dieser Einwanderer zusammengesessen – mit Griechen, Portugiesen, Italienern, Nordafrikanern und später auch Türken. Die hießen Luigi, José, Johannes, Aishe oder Raphaela und die hatten Deutsch als Muttersprache. Die waren bereits hier geboren, trotzdem gab es Probleme. Integration war kein Thema, es wurde sich selbst überlassen.

Später war das Schlagwort zur Lösung der Probleme "Multikulti". Das war eigentlich auch mehr eine Problembeschreibung als eine Lösung. Erst seit etwa Anfang dieses Jahrtausends wird Integration auch namentlich als eigenständiges politisches und gesellschaftliches Ziel ernsthaft beschrieben, und zwar ganz unbestritten parteiübergreifend in der demokratischen Gemeinschaft.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, was ich damit sagen will: Integrationspolitik in Deutschland ist nicht, wie die braunen Herren suggerieren wollen, pauschal gescheitert. Es hat politisch und gesellschaftlich zugegebenerweise eine Weile gedauert und neue Erkenntnisse mussten reifen. Aber Integrationspolitik ist ein immer noch sehr neues politisches Feld und es geht gerade erst richtig los.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Es liegt an uns, im Interesse unseres Landes aus Fehlern der jüngeren deutschen Vergangenheit – auch aus Fehlern, die übrigens in der DDR mit den Ausländern gemacht wurden –, es liegt an uns, gelernt zu haben und mit allen, mit allen, die hieran Interesse haben, gemeinsam die Probleme bei der Integration anzupacken und zu lösen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Mecklenburg-Vorpommern ist immer ein Land starker Zuwanderungen gewesen. Alleine nach dem Zweiten Weltkrieg – wir haben schon Gründe dafür heute vorgetragen bekommen – kamen viele Flüchtlinge, die heute mehr als 40 Prozent des aktuellen Bevölkerungsanteiles ausmachen. Davor waren es in den Jahrhunderten Westfalen, Hugenotten, Schweden und viele andere, die auch ethnisch ihre Spuren hier hinterlassen haben. Ich weiß ja nicht, wo sich heute eine Familie Pastörs im französischen Hinterland reintegrieren ließe, wenn man denn feststellen würde, dass Ihre Integration, die von Herrn Pastörs, hier in Deutschland gescheitert ist.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Das lassen Sie mal, das wollen wir den Franzosen nicht antun.)

Ja, richtig, ich glaube, Caffier wäre ihnen lieber.

Die NPD will immer im Ziel die Zeit zurückdrehen. Sie will ein Deutschland in den Grenzen von vor hundert Jahren und alle Völkerbewegungen rückgängig machen. Wenn sie heute über Reintegration reden, dann ist das für die Nazis nur der erste Schritt zu einer Rettung der deutschen Rasse.

(Michael Andrejewski, NPD: Interessant.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, "Deutschland den Deutschen" ist für die Nazis Parole und Ziel. Dabei scheuen

sie keine Grenzen. Das Deutschland, das Ihnen im Kopf rumspukt, ist Vergangenheit und zudem noch eine Vergangenheit, die es in Ihrer Reinlehre nie gegeben hat.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

Deutschland ist immer ein Schmelztiegel der Völker gewesen.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Zu keiner Zeit war Deutschland gleichermaßen demokratischer, friedlicher, weltoffener, toleranter und freier von perfidem Rassismus als heute.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU – Michael Andrejewski, NPD: Toll!)

Das soll und wird auch so bleiben und deshalb gilt eines für diesen Landtag und das stelle ich für alle demokratischen Fraktionen fest:

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Anträge oder Ideen der NPD werden, egal, wie man's verpackt hat, niemals auch nur einen einzigen Unterstützer in den Reihen der demokratischen Fraktionen finden!

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Da stehen wir, da stehen wir wie ein bunter Block, um in Ihrem Jargon zu bleiben, als Volksvertreter und als Bürger dieses Landes gegen jeden braunen Dreck. – Herzlichen Dank.

(lang anhaltender Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Stein.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Müller von der Fraktion der NPD.

Tino Müller, NPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es war zu erwarten, wie schwer Sie es sich mit einem eigentlich gar nicht so schwierigen Thema machen. Die Integration massenhaft eingewanderter kulturfremder Menschen konnte nicht gelingen und wird auch in Zukunft nicht gelingen.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Diese Zuwanderung, die keinerlei Nutzen für unser Land hat, wird unbezahlbar,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

führt zu Parallelgesellschaften, Herr Ritter, erhöht die Kriminalität und wird zum Sprengstoff für unsere sozialen Sicherungssysteme. Die Rassenunruhen in Frankreich und England haben doch gezeigt, was kurzfristig auch in Deutschland auf uns zukommt, wenn man Millionen Angehörige fremder Kulturkreise sich selbst überlässt. Um diesen sozialen Sprengstoff zu entschärfen, gibt es gar keine Alternative zur Reintegration von Ausländern und die NPD steht mit dieser Auffassung ja auch keinesfalls alleine da.

(Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

Immer mehr EU-Staaten bemühen sich, Ausländer zur freiwilligen Rückkehr in ihr Heimatland zu bewegen, und solche Ausländerrückführungsprogramme bieten

viele Vorteile: Langwierige Asylverfahren und polizeiliche Rückführungsaktionen könnten eingespart werden. Des Weiteren könnten Sozialleistungen in Milliardenhöhe eingespart werden. Die Heimkehrer könnten durch die Gewährung finanzieller Anreize in die Lage versetzt werden, in ihrer Heimat wieder Fuß zu fassen.

Und diese Vorteile hat sogar die ansonsten so schwerfällige EU erkannt. Seit 2008 gibt es ein eigenes EU-Förderungsprogramm zur Unterstützung der freiwilligen Rückkehr von Ausländern in ihre Heimatländer.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Der von der EU aufgelegte europäische Rückkehrfonds ist für seine Laufzeit von 2008 bis 2013, Herr Ritter, mit einem Volumen von immerhin 376 Millionen Euro ausgestattet.

(Ilka Lochner-Borst, CDU: Freiwillig, Herr Müller, freiwillig.)

Pro Jahr stehen Deutschland hier Mittel von gut 4 Millionen Euro zur Verfügung, Mittel, die wir schnellstmöglich in Brüssel abrufen sollten. 2008 machten lediglich rund 2.800 Ausländer in Deutschland von Möglichkeiten Gebrauch, die der europäische Rückkehrfonds bietet. Rückkehrprogramme gibt es unter anderem auch in Frankreich, Großbritannien, Dänemark oder Spanien, wobei meistens auf die Freiwilligkeit zur Rückkehr abgezielt wird.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Ja, ja. – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Die Mittel können aber sehr wohl auch dafür eingesetzt werden, Ausländern ohne Aufenthaltserlaubnis die Rückkehr zu erleichtern, und es gibt keinen vernünftigen Grund, Ausländern den weiteren Aufenthalt in Deutschland zu ermöglichen, wenn deren Asylantrag rechtskräftig abgelehnt wurde. Es gibt auch keinen Grund, Ausländer im Land zu behalten, die straffällig geworden sind

(Zurufe von Ilka Lochner-Borst, CDU, und Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

oder sich nachweislich Sozialleistungen erschlichen haben. Diese Ausländer sind ohne Wenn und Aber in ihre Heimatländer zurückzuführen und kein Mensch, auch nicht der Abgeordnete Stein, konnte bisher glaubhaft darlegen, welchen Nutzen diese Ausländer unserem Volk denn bringen könnten.

(Ilka Lochner-Borst, CDU: Welchen Nutzen bringen Sie denn? – Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Das war eine gute Frage, welchen Nutzen bringen Sie denn.)

Selbst klassische Einwanderungsländer wie die USA, Kanada oder Australien kämen nicht im Traum auf die Idee, ihre Türen für Ausländer zu öffnen, die anschlie-Bend nur die Sozialsysteme belasten würden.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Sie haben wirklich keine Ahnung.)

Diese wenigen Beispiele zeigen, welchen Irrsinn und welchen Luxus wir uns im Bereich der Ausländerfrage leisten.

(Zurufe von Ilka Lochner-Borst, CDU, und Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

Übrigens gab es bereits 1983 ein Rückführungsgesetz in Deutschland. 10.500 DM plus 1.500 DM je Kind bekamen damals ausländische Familien, die in ihre Heimat

zurückkehrten. Von den damals 1,5 Millionen Türken in Deutschland nahmen immerhin 250.000 das Angebot zur Rückkehr an.

Während Sie sich, meine Damen und Herren, ausnahmslos als Vertreter einer multikulturellen Bevölkerung sehen, verstehen wir uns als Anwalt des deutschen Volkes

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Ja, ja.)

und zur Wahrung von deutschen Interessen ist es unabdingbar, die Reintegration von Ausländern in ihre Heimat voranzutreiben.

(Zuruf von Birgit Schwebs, DIE LINKE)

Vizepräsident Hans Kreher: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/3176. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke. Enthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/3176 bei Zustimmung der Fraktion der NPD, aber Ablehnung der Fraktion der SPD, der LINKEN, der CDU und der FDP abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 28**: Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Bericht zur Umsetzung des Schulgesetzes, Drucksache 5/3182. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/3222 vor.

Antrag der Fraktion DIE LINKE: Bericht zur Umsetzung des Schulgesetzes – Drucksache 5/3182 –

Änderungsantrag der Fraktion der FDP – Drucksache 5/3222 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete und Vizepräsident Herr Andreas Bluhm von der Fraktion DIE LINKE.

Andreas Bluhm, DIE LINKE: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Schulgesetz, das mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen zum 1. August des Jahres 2009 in Kraft getreten ist, hat sich nunmehr in einem Schulhalbjahr dem Praxistest unterziehen können. Es wurde von der Landesregierung und den Koalitionsfraktionen mit sehr großen Vorschusslorbeeren bedacht. Da war von einem grundlegenden Wechsel in der Schulpolitik die Rede, von einer Konzentration auf Inhalte statt auf Strukturen,

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Richtig, alles richtig bisher.)

von mehr Selbstständigkeit und Eigenverantwortung der Einzelschule und so weiter.

Der Bildungsminister formulierte dies in seiner Presseerklärung vom 25. August 2009 wie folgt, ich zitiere: "Der Schuljahresbeginn 2009/10 bedeutet eine Weichenstellung im Bildungssystem Mecklenburg-Vorpommerns:"

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Das Schuljahr ist noch nicht um.)

"Mit der Einführung der Selbstständigen Schule wird ab sofort", Herr Ringguth, "mehr Wert auf die individuelle Förderung jedes Kindes gelegt. Ziel ist es, die schulische Arbeit, insbesondere die Unterrichtsqualität, zu verbessern." Ende des Zitats.

Nun haben Weichenstellungen ja immer den Sinn, eine vorher festgelegte Richtung zu ändern. Bei dieser Weichenstellung kennt man zwar das große Ziel, aber unterwegs auf dem Weg dorthin gibt es meist weitere Weichen. Manchmal kommt man damit auch zurück oder wenn es ganz schlimm kommt, fährt man nur im Kreis. Es kommt aber nicht darauf an, wer den Zug fährt, sondern wer die Weichen stellt. Bei ihm liegt die Verantwortung für die Streckenführung zum erklärten Ziel.

Als besonders hervorgehobene Neuerung des Schulgesetzes wurde die Qualitätsentwicklung, die Qualitätssicherung und Evaluation an den Schulen herausgestellt. Die Schulen werden nun umfassend und periodisch extern und intern evaluiert. Die Evaluation soll im Kern den erreichten Stand dokumentieren, Defizite aufdecken und damit Strategien sowie Handlungsmöglichkeiten zur Verbesserung der Arbeit an den Schulen ermöglichen. Dagegen kann man nichts haben, denn eine objektive Evaluation unterstützt Entwicklungs- und Reformprozesse.

Am 25. August, also an demselben Tage, ging auch Herr Reinhardt in seiner Presseerklärung auf Aspekte der Qualität an Schulen ein. Er führte aus, Zitat: "Die neu ins Gesetz aufgenommenen Aspekte zur Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung an der Schule sind eine Richtschnur, auf die sich jeder berufen kann."

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Und das machen sie dann schon.)

"Wer Leistung fordert, muss auch selbst gefordert werden. Wer prüft, muss sich auch selbst prüfen lassen bzw. sich Kontrollen unterziehen. Also werden wir die Qualität unserer Schulen nachhaltig analysieren und verbessern." Ende des Zitats.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Marx hat Schuld.)

Ja, richtig. Aber mal abgesehen davon, dass Qualitätsentwicklung wohl vor Qualitätssicherung kommt, hat Herr Reinhardt mit der Formulierung, "wer prüft, muss sich auch selbst prüfen lassen bzw. sich selbst Kontrollen unterziehen", scheinbar ausschließlich die Schulen gemeint. Der oberste Kontrolleur ist in unserem Land natürlich auch nach dem Schulgesetz, dem neuen, das Bildungsministerium. Es prüft, das ist eine seiner Aufgaben als oberste Schulbehörde, permanent. Es müsste also ein Leichtes sein, diesen von uns geforderten Bericht vorzulegen.

Aber auch das Bildungsministerium, meine sehr verehrten Damen und Herren, muss doch in diesem Evaluationsprozess einbezogen sein, dies umso mehr, weil die Rahmenbedingungen, unter denen die Schule vor Ort arbeitet, gerade dort gesetzt werden. Nur wenn dieser Rahmen stimmt, stimmen auch die Entwicklungsvoraussetzungen und Bedingungen vor Ort. Es geht meiner Fraktion mit diesem Antrag deshalb im Kern auch um die Evaluierung der Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung der Arbeit der Kontrolleure.

Nach einem Schulhalbjahr praktischer Anwendung der Regelungen des neuen Schulgesetzes halten wir eine erste Bilanz für sinnvoll und notwendig. Solche Neuerungen, und ich nenne sie hier nur exemplarisch, wie der Übergang zur schülerbezogenen Stundenzuweisung, die Aufhebung starrer Vorgaben für Klassengrößen, die Einführung der Kontingentstundentafel, die zwingende Erarbeitung individueller Förderpläne für jede Schülerin

und jeden Schüler und die Stärkung der Erziehungsfunktion sollten hinsichtlich ihrer Umsetzung schon in diesem ersten Halbjahr und der dabei gemachten Erfahrungen und des sich daraus ergebenden notwendigen Korrekturbedarfs in einem Bericht an das Parlament dargestellt werden

Denn, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Vorbereitung der Erlasse für das neue Schuljahr läuft ja bereits und spätestens im April werden sie das Licht der Öffentlichkeit erblicken müssen, um das neue Schuljahr vernünftig vorzubereiten. Und es steht schon die Frage, ob denn die bisherigen Parameter der schülerbezogenen Stundenzuweisung ausreichend sind zur Umsetzung der Aufgaben, wie sie im Schulgesetz fixiert sind.

(Torsten Koplin, DIE LINKE, und Dr. Marianne Linke, DIE LINKE: Die Frage steht.)

Einerseits sind klare, langfristige Ziele sowie die Festlegungen der dazu notwendigen Mittel und Methoden zu ihrer Erreichung wichtig. Das ist ohne Frage mit dem neuen Schulgesetz geschehen, auch wenn meine Fraktion zu dem einen oder anderen Punkt eine etwas andere Auffassung hat. Mit Blick auf die langen Wege, die zu diesen Zielen führen, sind aber Etappenbewertungen und vor allen Dingen auch eine Bewertung des Anlaufes aus unserer Sicht notwendig.

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Genau.)

Denn erst sie können uns doch zeigen, ob wir uns überhaupt auf dieses Ziel zubewegen, mit welcher Geschwindigkeit und welche weiteren Hindernisse überwunden werden müssen. In den Schulen vor Ort soll das durch die gesetzlich vorgeschriebenen externen und internen Evaluationen erfolgen. Was nicht klar ist, ist, zu welchen Schlussfolgerungen und Maßnahmen die Evaluationsergebnisse der Schulen im Ministerium selbst führen. Nicht klar ist bisher ebenso, wie sie dort erfasst, wie sie dort bearbeitet und welche Änderungen daraus abgeleitet werden.

Ein wirklich umfassendes und effektives Qualitätsentwicklungs- und Sicherungssystem kann es aus unserer Sicht deshalb nur geben, wenn alle beteiligten Strukturen erfasst und beteiligt werden, auch und besonders das Ministerium als zentrale Steuerungsstelle. Und das kann ja auch nicht so schwierig sein, denn mit dem neuen Landeshaushalt ist die neue Stelle eines Landesschulrates ja extra mit dieser Begründung überhaupt geschaffen worden.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Hört, hört!)

Bisher gibt es nach meiner Kenntnis im Bildungsministerium kein Verfahren zur externen und internen Evaluation. Warum eigentlich nicht? Warum ist der Olymp der Landesbildungspolitik von einer kritischen Betrachtung und Bewertung seiner Arbeit ausgenommen?

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Peter Ritter, DIE LINKE: Störe meine Kreise nicht!)

Auch aus diesem Grund halten wir einen Bericht zur bisherigen Umsetzung des Schulgesetzes für notwendig. Das Parlament als verfassungsmäßiges Kontrollorgan der Landesregierung würde damit praktisch den Part der externen Evaluation übernehmen können.

Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, auch der Termin der vorstehenden Antragstellung ist nicht von ungefähr gewählt. Bis zum 31.03. müssten theoretisch die Entwürfe für die Anhörungsverfahren gegenüber den Verbänden und Strukturen fertiggestellt sein. Mitte Februar endet die Anmeldefrist für die Eltern, was die weiterführenden Schulen betrifft, und es ergeben sich ja genau aus diesen Verfahren Konsequenzen.

Im Zusammenhang mit dem geforderten Bericht will ich auch daran erinnern, dass wesentliche Fragen des Schulgesetzes bisher nicht abschließend geklärt sind. Dabei handelt es sich um die möglichen Auswirkungen der freien Schulwahl ab der 5. Klasse an den weiterführenden Schulen zum Schuljahr 2010/2011 auch vor dem Hintergrund der Anmeldefrist, die ich gerade eben erwähnt habe, und zweitens um die damit zusammenhängenden Fragen der Schülerbeförderung und die Frage der Kostenregelung und Kostenerstattung.

(Birgit Schwebs, DIE LINKE: Sehr richtig.)

Ich denke, gerade hier ist Handlungsbedarf, denn es ist doch zu erwarten, dass sich die Schülerströme in mehr oder weniger erheblichem Maße verändern werden. Der Anmeldeschluss wird es zeigen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Politik der ruhigen Hand. – Zuruf von Ilka Lochner-Borst, CDU)

Das kann durch die Beibehaltung der Mindestschülerzahlen für die Eingangsklassen 5 und 7 für die Bestandsfähigkeit von Schulstandorten schon erhebliche Folgen haben. Selbst wenn im Gesetzentwurf eine vorläufige Schutzregelung eingefügt ist, ergeben sich aber mit diesem Anmeldetermin in den nächsten Wochen schon Tendenzen. Und die damit verbundenen Schwierigkeiten einer perspektivisch tragfähigen Schulentwicklungsplanung für Schulträger und Planungsträger und die Gefahr von sozialen Verwerfungen an einzelnen Schulstandorten will ich an dieser Stelle nur der Vollständigkeit halber nennen.

(Präsidentin Sylvia Bretschneider übernimmt den Vorsitz.)

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich will auf zwei weitere Problemkreise hinweisen, erstens, die Arbeitsbelastung und Arbeitsverdichtung der Lehrkräfte durch die Selbstständige Schule. Ohne jeden Zweifel sind mit einem Mehr an Selbstständigkeit und Eigenverantwortung eine Vielzahl neuer pädagogischer und organisatorischer Aufgaben auf die Schulen übertragen worden. Sie betreffen die Schulleitungen genauso wie jede einzelne Lehrerin und jeden einzelnen Lehrer.

Festzustellen bleibt, dass für diesen Mehraufwand fast ausschließlich nur die Stunden aus ESF-Mitteln zur Verfügung stehen, und diese auch nur für Schulorganisationsfragen im engsten Sinn und in jährlich sinkender Höhe. Für den Unterrichtungsbedarf, meine Damen und Herren, sind die schülerbezogenen Stundenzuweisungen maßgebend. Sie decken allerdings an so mancher Stelle, und das ist die Diskussion vor Ort, im Moment noch nicht den Bedarf.

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Da fällt uns ja gleich was ein.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bitte Sie, dem entsprechenden Berichtsersuchen meiner Fraktion an den Landtag zu entsprechen. Das würde vielleicht auch die Möglichkeit einräumen, die immer noch ausstehenden Unterrichtungen zur Unterrichtsversorgung zum Ende des Schuljahres 2008/2009 und zum Anlauf des Schuljahres 2009/2010 dem Parlament pflichtgemäß vorzulegen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Bluhm.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen und ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst der Abgeordnete Herr Brodkorb für die Fraktion der SPD.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Mathias Brodkorb, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Herr Ritter, keine Angst, das tue ich, und zwar kurz und knapp. Wir lehnen den Antrag ab,

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Falsche Partei.)

und zwar deshalb, weil Sie zwar ein berechtigtes Anliegen vortragen, nämlich unterrichten zu lassen, nur, wir sind nun lange gemeinsam in ein und demselben Ausschuss und es war in der Vergangenheit so, wenn Sie darum gebeten haben, Auskunft zu erhalten über bestimmte Dinge, dann ist dies auf Ihren Wunsch hin entweder mündlich oder schriftlich geschehen

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

und ich kann mich nicht entsinnen, dass es einmal die Situation gab, dass Sie sich tatsächlich darüber beschweren mussten, dass Ihnen Informationen vorenthalten werden.

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Es geht nicht um uns, es geht um Bildungspolitik.)

Ich glaube, auch bei Ihnen war das nicht anders, Herr Koplin. Jedenfalls kann ich mich nicht entsinnen, dass es anders war,

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Das ist nicht die Frage.)

und deswegen würde ich Sie motivieren, den Gegenstand Ihres Antrages einfach zu einem Tagesordnungspunkt im Bildungsausschuss zu machen, dann können wir uns ausführlich damit beschäftigen, die Sache konstruktiv vorwärtstreiben. Aber wir müssen nicht im Parlament beginnen, Anträge, die eigentlich in den Ausschuss gehören, hier ins große Plenum zu holen, weil dann würden wir nie mehr fertig werden. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Brodkorb.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete und Vizepräsident Kreher für die Fraktion der FDP.

Hans Kreher, FDP: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Auch wir haben uns schon überlegt, dass wir natürlich nach einem halben Jahr, zudem das Schulgesetz ja jetzt durchgesetzt wird, im Ausschuss dieses Thema auf die Tagesordnung setzen, denn es ist klar, wenn ein Gesetz neu eingeführt wird, dann muss man

darüber sprechen, welche Auswirkungen hat das, was ist damit zu tun, was für Schlussfolgerungen sind zu ziehen und so weiter. Das war eigentlich auch unser Ziel, das hatten wir uns vorgenommen, aber ein halbes Jahr läuft das Schulgesetz ja jetzt erst. Das halbe Jahr ist ja noch nicht mal ganz zu Ende und es ist natürlich klar, das hat Herr Bluhm ja richtig gesagt, wir müssen dann zur Vorbereitung des nächsten Schuljahres auch die entsprechenden Schlussfolgerungen ziehen.

Aber, Kollege Bluhm, auch Ihre Fraktion wirft uns ja immer wieder vor: Das hättet ihr doch auch im Ausschuss hören können. Diesen Vorwurf muss ich nun natürlich hier auch zurückgeben. Das hätten wir wirklich – und insofern muss ich Herrn Bordkorb leider recht geben,

(Mathias Brodkorb, SPD, und Ilka Lochner-Borst, CDU: Leider?)

ja, leider recht geben –, das hätten wir wirklich im Ausschuss fordern können, sollten wir auch.

Deshalb: Wir würden nun, da der Antrag natürlich hier liegt, auf jeden Fall einer Überweisung zustimmen, wenn Sie das beantragen. Wir haben darüber hinaus – und damit haben wir deutlich gemacht, dass wir natürlich noch wesentlich mehr Fragen haben, als Sie hier eingebracht hätten –, wir haben darüber hinaus Änderungsanträge mit eingebracht. Ich bitte Sie, wenn wir das überweisen, dass die dann auch dort mit behandelt werden. Ansonsten, wenn unsere Änderungsanträge abgelehnt werden und wenn es auch nicht in die Überweisung geht, werden wir Ihren Antrag ablehnen. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Torsten Koplin, DIE LINKE, und Peter Ritter, DIE LINKE: Bitte.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Kreher.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Vierkant für die Fraktion der CDU.

Jörg Vierkant, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich hätte auch ein bisschen weiter ausgeholt hier, aber ich denke, Wesentliches ist hier gesagt worden.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU – Torsten Koplin, DIE LINKE: Da legen wir Wert drauf.)

Ich kann mich nur dem anschließen, was mein Kollege Brodkorb hier gesagt hat.

(Zurufe von Ilka Lochner-Borst, CDU, und Regine Lück, DIE LINKE)

Wesentliches, was Herr Bluhm gesagt hat, war der Versuch einer Begründung des Stichtages 31.03.,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Bloß nicht arbeiten!)

aber auch diesen Stichtag 31. März zur Vorbereitung des nächsten Schuljahres können wir sehr gut in den Ausschuss holen. Das, denke ich, ist der Ort und der Rahmen für all das,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Mann, Mann, Mann, Volksvertreter nennt sich so was!)

was an Paragrafen momentan überhaupt noch nicht in diesem Schuljahr läuft,

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Na, ich werde Ihnen gleich mal was erzählen, was so alles läuft.)

sondern im nächsten Schuljahr erst erfolgt. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Hauptsache, Sie wissen das alles.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Vierkant.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Lüssow für die Fraktion der NPD.

Birger Lüssow, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Völlig zu Recht wird der Bildungsminister von den LINKEN an seine Worte während seiner Einbringungsrede zum Schulgesetzentwurf vom 24.09.2008 erinnert. Nach einem Schulhalbjahr sollte danach der Landtag über die erzielten Erfolge umfassend unterrichtet werden. Eine solche Unterrichtung sollte nun eben auch erfolgen, Herr Minister. Die pädagogischen Experimente gehen aber munter weiter.

Sie wollten die Bildungschancen aller Kinder erhöhen. Sie wollten die Integrierungsfunktion der Schule in der pluralen Gesellschaft für alle Kinder stärken. Sie wollten die Sozialkompetenz der Schüler besser fördern. Mit dem längeren gemeinsamen Lernen wollten Sie der sogenannten sozialen Segregation entgegenwirken, indem Sie die frühzeitige Verteilung der Schüler auf weiterführende Schulen verhindern wollten.

Das gemeinsame Lernen in der 5. und in der 6. Jahrgangsstufe sollte gewährleisten, dass eben alle Schüler sozusagen mitgenommen werden müssen. Die Eltern können nunmehr allein entscheiden, welche weiterführende Schule das Kind nach der 6. Jahrgangsstufe besucht. Allerdings ist klargestellt, dass dann, wenn sich die Eltern gegen die Schullaufbahnempfehlung entscheiden, das erste Halbjahr in der Jahrgangsstufe 7 als Probejahr gilt. Nun, Herr Minister, wie viele Eltern oder, wie Sie zu sagen pflegen, Erziehungsberechtigte haben sich denn entgegen der Schullaufbahnempfehlung entschieden, ihr Kind auf ein Gymnasium zu schicken?

(Ilka Lochner-Borst, CDU: Nach dem neuen Schulgesetz noch gar nicht.)

Wie viele Schüler mussten nach der Probezeit von einem halben Jahr in eine andere Schule versetzt werden? Was waren jeweils die Gründe für derartige Versetzungen?

Die schulartunabhängige Orientierungsstufe wurde aufbauend mit Beginn des Schuljahres 2006/2007 eingeführt, sodass nunmehr verlässliche Daten vorliegen müssen. Wie sieht das insgesamt mit der Versorgung unserer Schulen mit Lehrern aus? Sie wollten neue pädagogisch diktatische Methoden einsetzen.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Didaktische, didaktische!)

Diktaktische.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Didaktische meinen Sie bestimmt. – Peter Ritter, DIE LINKE: Bildungspolitik ist wohl nicht Ihr Thema.)

Wie viel besser sind denn diese neuen Methoden? Wir haben nicht nur die Vermutung, sondern wir wissen es unter anderem durch Informationen von Lehrern und Schülern, dass an unseren Schulen viel zu viel experimentiert wird. Gleichzeitig fallen jedoch viele Unterrichtsstunden wegen Lehrermangel aus, weil Sie nicht für genügend Lehrer gesorgt haben. Hierbei wirkt sich Ihr chaotisches System mit Teilzeitverträgen für Lehrkräfte besonders verheerend aus und wir wissen auch, dass Ihr Kampf gegen die nationale Opposition gerade in den Schulen mit Hochdruck geführt wird.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Gott sei Dank!)

Die Schulen sind nicht der Ort für politische Indoktrinationen. Das hatten wir in der DDR zur Genüge. Aber wem sage ich das, Herr Minister?!

(Regine Lück, DIE LINKE: Das wissen Sie ja auch so genau.)

Ihr Kampf gegen alles Deutschbewusste wird trotzdem zum Scheitern verurteilt sein, da sind wir uns von der NPD ganz sicher. Sorgen Sie dafür, dass unsere Schüler ordentlich ausgebildet und zu souveränen Menschen erzogen werden, die dann in der Lage sind, sich ihre eigene Meinung zu bilden. Hören Sie auf, Meinungen verordnen zu lassen. Ohne Meinungsfreiheit erstickt jede Demokratie.

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Und das aus Ihrem Mund!)

Dem Antrag der LINKEN stimmen wir im Übrigen zu.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete und Vizepräsident Andreas Bluhm für die Fraktion DIE LINKE.

Andreas Bluhm, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich bin schon etwas bass erstaunt,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist fast nicht zu überbieten.)

weil es scheint ein unterschiedliches Maß der Dinge zu geben. Meine Fraktion fordert von der Landesregierung eine Unterrichtung. Das müssen Sie ja mehrheitlich nicht akzeptieren, aber die Legitimation, hier eine solche Unterrichtung vor der Öffentlichkeit dieses Landes zu fordern, ist legitim und ist in Ordnung.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Jörg Vierkant, CDU: Das ist dreist, das ist dreist.)

Und mit diesem Antrag ...

Ich erzähle Ihnen gleich was, Herr Vierkant, ich erzähle Ihnen gleich was.

Mit dem Antrag geht es um den bisher erreichten Stand – ich will doch gar nicht sagen, das muss alles schon klappen –, den bisher erreichten Stand, und zwar, es öffentlich zu tun. Und da kommen wir mal zu ein paar Punkten der schülerbezogenen Stundenzuweisung. Die ist erstmals eingeführt.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Skandalös ist das.)

Hier bleibt zu fragen, wie denn diese Stundenzuweisung wirkt, meine sehr verehrten Damen und Herren. Haben Sie sich das vor Ort mal angeguckt?

(Jörg Vierkant, CDU: Hab ich.)

Na, das glaub ich aber nicht.

So manche Entscheidung ist operativ in den ersten Wochen durch die staatlichen Schulämter nachträglich passiert, um sozusagen den normalen Schulbetrieb zu gewährleisten.

(Dr. Marianne Linke, DIE LINKE: Ja, so ist das.)

So manche Entscheidung ist genauso getroffen worden, zusätzliche Stundenzuweisungen und so weiter. Schülerbezogene Stundenzuweisung hat doch einen engen Zusammenhang mit der Umsetzung des Schulgesetzes, zum Beispiel der individuellen Förderung.

(Dr. Marianne Linke, DIE LINKE: Eben.)

Und da gibt es ein Schreiben eines staatlichen Schulamtes, ich darf das mal zitieren, zur Förderung, zur individuellen Förderung. Zitat: "Für Schüler, die sich zum 04.03.2010 noch in der Diagnostik im Rahmen der Feststellung des sonderpädagogischen Förderbedarfs befinden, kann eine Antragstellung erst nach Vorliegen der Ergebnisse der sonderpädagogischen Diagnostik erfolgen. Bei der Stundenvergabe für das Schuljahr 2010/2011 können sie bei Antragstellung nach dem 04.03.2010 nur im Ausnahmefall berücksichtigt werden."

(Peter Ritter, DIE LINKE: Der Koalition ist das doch egal.)

Meine Damen und Herren von der Koalition, was heißt das denn? Haben die Schüler keinen Anspruch, wenn ein Förderbedarf festgestellt wird, und nur noch im Ausnahmefall?

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Das ist doch ein Witz!

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Förderung nach Termin, das hat doch mit der Realität und dem Anspruch von individueller Förderung nichts zu tun.

Die Förderausschüsse, meine sehr verehrten Damen und Herren der Koalition, die arbeiten nur noch bis zum Sommer. Wer macht dann die Diagnostik?

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Gehen Sie mal rein in die Schulen!)

Wer ist denn überhaupt in der Lage, danach Diagnostik zu machen? Ich rede noch gar nicht darüber, dass die Grundschullehrer ja vorbereitet werden sollen, die gemeinsame Beschulung zu machen.

Da bin ich beim dritten Punkt. Da erklärt der Staatssekretär auf der Pressekonferenz am Montag dieser Woche, Zitat: "Zunächst werden Kinder mit Beeinträchtigungen im Lernen ab dem Schuljahr 2010/11 in Grundschulen am gemeinsamen Unterricht der Regelklasse bzw. in Diagnoseförderklassen teilnehmen und nicht mehr in separaten Klassen an Schulen mit dem Förderschwerpunkt Lernen unterrichtet." Ende des Zitats. Klingt ja toll. Die Frage ist nur, ist das mit den Schulträgern beredet. Mir erklärt der Schulamtsleiter der Stadt Schwerin, dass die Grundschulen gar nicht in der Lage sind, diese Schüler aufzunehmen.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, was ist das denn? Da wird was veranschlagt, da wird was losgetreten, ohne dass hier überhaupt die Rahmenbedingungen existieren. Ich will nur mal auf die Nummer auf Rügen verweisen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Da wird man schon die Frage aufwerfen müssen, ob das überhaupt gesetzeskonform ist. Denn dieser Schulversuch, der die gesamte Insel Rügen betrifft, da ist die Frage, ob denn tatsächlich das Schulgesetz in diesem Falle für Rügen nicht gilt, wenn ich denn nur einen einzelnen gesamt geltenden Schulversuch für die Insel mache. Die Eltern auf der Insel haben überhaupt keine Alternative. Die müssen an diesem Versuch teilnehmen.

(Regine Lück, DIE LINKE: Auch Demokratie.)

Viertens. Schule soll zur Qualitätsentwicklung beitragen – das große hehre Ziel. Die Praxis – eine Nivellierung nach unten.

Im Schreiben vom 14. Januar 2010 zur Ersten Verordnung zur Änderung der Mittlere-Reife-Verordnung vom 17. November 2009 heißt es, Zitat: "Zu der Änderungsverordnung im laufenden Schuljahr haben wir uns entschlossen, da im Zusammenhang mit der Prüfung zur Mittleren Reife des Schuljahres 2008/2009 vermehrt Elternbeschwerden über die Bestehensbedingungen in der Prüfung eingingen und ein Vergleich mit den Regelungen anderer Länder ergab, dass wir in unserem Land weitaus strengere Maßstäbe als die übrigen Länder anlegen." Ende des Zitats.

Na gut, kann ich sagen. Also eigentlich sollte es den Schülerinnen und Schülern schon zur besseren, sozusagen zur höheren Qualität von Schule beitragen. Aber dann kommt's. Unter Ziffer 1 dieses Schreibens in Bezugnahme auf den Erlass heißt es, Zitat: "So ist im Paragrafen 11 Absatz 3 neu geregelt, dass die Prüfung auch bestanden ist, wenn mit bei sonst mindestens ausreichenden Leistungen ein Fach mit "mangelhaft" abgeschlossen wurde" – "mangelhaft", meine sehr verehrten Damen und Herren, ist Fünf – "und das Gesamtprädikat "bestanden" erzielt wurde." Das heißt, dass nunmehr auch ein Prüfungsfach mit der Note "mangelhaft" abgeschlossen und die Prüfung bestanden werden kann. Das ist die Nivellierung nach unten. Das hat mit Qualitätssicherung überhaupt nichts zu tun.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Barbara Borchardt, DIE LINKE: Richtig.)

Das hat auch nichts damit zu tun, die Schülerinnen und Schüler sozusagen so zu qualifizieren, dass sie eine höhere Abschlussquote erzielen.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Richtig.)

Fünftens. Viele Lehrerinnen und Lehrer sind mit neuen Aufgaben betraut, verweisen darauf in einer Vielzahl von Diskussionen und schreiben Positionen zu diesem Bereich.

Ich möchte zitieren aus dem Schreiben des VBE, der ja nun nicht in dem Geruch steht, irgendwie linksorientiert zu sein, sondern ein Lehrerverband ist. Und da heißt es in dem Schreiben, ich darf Ihnen das zitieren: "Die Lehrerinnen und Lehrer des Landes erfüllen eine der wichtigsten Aufgaben des Landes. Damit übernehmen sie eine wichtige Rolle für die Zukunft Mecklenburg-Vorpommerns. Gerade mit der Einführung der Selbstständigen Schulen wurden den Lehrern viele zusätzliche Aufgaben übertragen, die sie außerhalb ihrer Unterrichtsverpflichtung erfüllen müssen."

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Ach so!)

"Es wird höchste Zeit, dass dies auch im politischen Raum Akzeptanz findet. Wir erwarten, dass Sie sich für eine bessere Anerkennung der außerunterrichtlichen Tätigkeit, der Verbesserung der Rahmenbedingungen für Lehrerinnen und Lehrer einsetzen. Dazu gehören unter anderem eine deutliche Absenkung der Unterrichtsverpflichtung, eine Anerkennung und Entlastung der Arbeit als Klassenleiter, die viele zusätzliche Aufgaben erfüllen müssen, zum Beispiel durch eine Anrechnungsstunde für jeden Klassenleiter, eine bessere Umrechnung der Tätigkeit im Ganztagsschulbereich." Ende des Zitats.

Jawohl, meine sehr verehrten Damen und Herren, auch darüber haben wir zu reden. Wie ist denn die aktuelle Situation durch diese vielen Mehraufgaben? Haben Sie sich den Katalog der Aufgaben mal angeguckt, die Lehrerinnen und Lehrer in diesem Lande mehr leisten müssen als bisher? Das ist ja im Interesse der Schülerinnen und Schüler in Ordnung. Aber dann muss ich den Lehrerinnen und Lehrern auch die Rahmenbedingungen schaffen, die das sozusagen überhaupt ermöglichen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Ja, ja. – Barbara Borchardt, DIE LINKE, und Dr. Marianne Linke, DIE LINKE: Genau. – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Ein weiterer Punkt ist die Umwandlung der Ganztagsschulen in die vorwiegend gebundene Form nach den Vorgaben des Paragrafen 128 Absatz 8 Schulgesetz. Ich akzeptiere durchaus den pädagogischen Ansatz und auch die Vorteile für die Schülerbeförderung, vor allem im ländlichen Raum, durch die gebundene Form der Ganztagsschule. Ich halte diese Regelung allerdings so, wie sie im Gesetz ist, nach wie vor für prekär, vor allen Dingen, weil bis zum Schuljahresende die entsprechende Antragstellung der Kommunen, die bisher eine Ganztagsschule haben, erfolgen muss. Und da steht die Frage, welche Rechtskonsequenz leitet sich denn daraus ab, wenn zum Beispiel im Rahmen einer gebundenen Ganztagsschule anerkannt wird, dass die Angebote von Sportvereinen, von Musikschulen oder anderen Trägern der Kinder- und Jugendarbeit im Rahmen der Angebote von Ganztagsschulen anerkannt werden, aber das Stundenvolumen für die anderen Kinder, die an der Schule bis um 16 Uhr bleiben, mit diesem Faktor von 0,1 nur eine Mogelpackung ist, weil sowieso 90 Minuten im Rahmen der entsprechenden Veranschlagung gerechnet werden. Also was heißt denn das?

Von daher denke ich, meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie können diesen Antrag hier ablehnen. Ich habe das Gefühl, Sie haben Angst vor einer öffentlichen Darstellung der aktuellen Situation.

> (Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Zuruf von Minister Henry Tesch)

Na, der Minister wird ja gleich reden und ich habe nach der Geschäftsordnung die Möglichkeit, auch noch mal ans Pult zu treten, was ich dann gerne tun werde. Aber einfach darauf zu sagen, meine sehr verehrten Damen und Herren der Koalition, also das machen Sie mal im Ausschuss, das reicht da, das müssen wir hier im Parlament nicht tun, nein, meine sehr verehrten Damen und Herren, so lassen wir Sie nicht in dieser Frage davonkommen. Hier ist das Schulgesetz und das Für und Wider vieler Regelungen öffentlich diskutiert worden.

(Zuruf von Regine Lück, DIE LINKE)

Es ist eine öffentliche Angelegenheit in diesem Land, die vor Ort, gerade vor dem Ende des ersten Schulhalbjahres, diskutiert wird, wo sozusagen Lehrerinnen und Lehrer fragen, wie soll es denn auch in Vorbereitung auf das neue Schuljahr weitergehen. Und deswegen, haben wir gesagt, brauchen wir eine öffentliche Unterrichtung. Wenn Sie diesen Antrag ablehnen wollen, tun Sie das. Wir werden geeignete Formen und Möglichkeiten finden, diese Dinge dann doch öffentlich zu hinterfragen, ob über eine Kleine Anfrage zu den einzelnen Themen oder eine Große, das werden wir sehen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Dr. Marianne Linke, DIE LINKE: So ist es.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Bluhm.

Das Wort hat jetzt der Bildungsminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern Herr Tesch.

Minister Henry Tesch: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete!

Das neue Schulgesetz ist – und Herr Kreher hat auch noch mal darauf aufmerksam gemacht – am 01.08.2009 in Kraft getreten und damit nicht mal ein halbes Jahr in Kraft. Auch das ist nicht nur eine Frage der nominellen Richtigstellung, sondern das macht deutlich, wenn wir schon so genau hinschauen wollen, dann tun wir das auch. In der Schulpraxis wirkt es damit seit fünf Monaten. Dieser Zeitraum reicht für umfassende Analysen nicht aus, aber sicher – da gebe ich dem Kollegen Bluhm recht – für erste Einschätzungen zur Wirkung der neuen gesetzlichen Regelung.

Und genau vor einem Jahr haben Sie hier in diesem Hohen Haus in Zweiter Lesung das neue Schulgesetz des Landes beschlossen. Sie haben sich dem Regierungsentwurf folgend dafür entschieden, das Inkrafttreten der Normen des Schulgesetzes in zwei Phasen zu gestalten. In der ersten Phase wurden seit dem 01.08.2009 umfassend alle Normen in Kraft gesetzt, die den Rahmen für die Entwicklung der Selbstständigen Schule bilden. Und in der zweiten Phase, beginnend mit dem nächsten Schuljahr, folgen weitere, mehrheitlich hier beschlossene Änderungen.

Und insofern, Herr Lüssow, will ich Ihnen einfach sagen, man muss sehr genau hinschauen. Wenn Sie Dinge bemängeln, die erst in der zweiten Phase stattfinden, dann sind einfach das Schwarze die Buchstaben in dem Fall. In der ersten Phase sind zu nennen die Schulwahlfreiheit für alle weiterführenden Schulen, die Umstellung der Privatschulfinanzierung sowie die damit einhergehende Veränderung der Schülerbeförderung.

Und gerade Frau Borchardt erinnert sich auch noch daran, wie sie im Ausschuss für eine neue Regelung gekämpft hat, die ich in ihrer alten Form nicht zu verantworten habe, was die Hochbegabten betraf, die eben nicht über kommunale Grenzen kam. Insofern haben Sie

ja wahrscheinlich dann das versucht zu lösen, was Sie damals nicht hinbekommen haben. Wir haben es gelöst. Ich habe es Ihnen im Ausschuss gesagt. Und wir, diese Regierung hat es gelöst, die Parlamentarier der Regierungsfraktionen haben das hier abgestimmt.

Ich will auch noch an eine zweite Stelle erinnern, dass wir die gesetzlich verankerte kostenfreie Schülerbeförderung für die gymnasiale Oberstufe haben.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Das haben wir auch positiv herausgestellt.)

Und man kann ja viel, viel mehr fordern. Nur ich finde es natürlich ein bisschen tiefgestapelt, wenn man diese Dinge weglässt. Seit fünf Monaten befinden wir uns in der ersten Umsetzungsphase. Und ich will vielleicht auch nur schlaglichtartig am späten Abend einige Dinge benennen:

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

die Flexibilisierung der Kontingentstundentafel

Das ist nicht etwas, was einfach spurlos an Schulen vorbeigeht, wenn man 15, 20 oder 25 Jahre nach anderen Systemen unterrichtet hat. Damit macht man sich nicht nur Freunde an der Stelle, wenn man sich zusammensetzen muss. Und es gibt Schulen in diesem Land – wir können zusammen hinfahren –, die haben es getan, andere wollen es nicht tun. Auch diese Freiheit ist da. Wir haben natürlich eine Diskussion nach dem Motto: "Kann man da nicht umziehen?" Wir wissen alle, das ist eine schwierige Diskussion, da müssen wir die Kolleginnen und Kollegen mitnehmen.

 die Einführung von individuellen Förderplänen – darauf will ich noch eingehen – und auch die Schulprogramme

Wir haben zuvor auch Schulprogramme gehabt, jetzt aber sind sie verpflichtend. Das ist auch keine Stelle, an der man an jedem Punkt in diesem Land unbedingt Euphorie auslöst.

 oder auch – was ich gut fand – die Bewertung des Arbeits- und Sozialverhaltens

Wir haben zum Halbjahr die schriftlichen Beurteilungen wegfallen lassen, aber nicht, weil es kein Prozess ist, sondern weil wir ganz andere Dinge eingeführt haben.

Und wenn wir an der einen oder anderen Schule – und, Herr Bluhm, das werden Sie ja getan haben – dann hören und sagen, wir müssen jetzt sozusagen individuelle Förderpläne schreiben, dann muss man auch dagegensetzen, dass man zum Halbjahr – jetzt auch im zweiten Schuljahr – keine schriftlichen Dinge mehr abfordert.

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Richtig.)

Wir wissen, welcher Riesenumfang das ist. Wir können ja mal reingehen und wer das getan hat, wird es ungefähr erahnen, was das bedeutet.

schulinterne Lehrpläne

Schulträger haben Sitz und Stimme in der Schulkonferenz, etwas, was gerade Städte, die Grundschulträger sind, mittlerweile ganz genau begriffen haben, was im Schulgesetz steht. Wie ist nämlich eine Schulkonferenz einer Grundschule organisiert, Frau Borchardt? Da sitzen im Übrigen dann nur Eltern und die Lehrer, da sind noch keine Schülervertreter, da haben wir noch keine Drittelparität.

Und alleine durch diese Frage "Sitz und Stimme des Schulträgers in der Schulkonferenz" haben Sie gerade in dem Bereich – Sie haben die Ganztagsschulproblematik angesprochen – viele Schulträger in diesem Land, die das begrüßen, weil sie sagen, wir können, wenn wir uns das zutrauen, hier auch mit unserer Stimme eine Mehrheit auslösen und damit dieses, wie wir finden, für Schülerinnen und Schüler gute Angebot auf den Weg bringen.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Eine der wichtigsten Veränderungen ist die gesetzlich verankerte schülerbezogene Stundenzuweisung. Schulleiter und Lehrkräfte wurden darauf langfristig durch Fortbildung und Beratung vorbereitet. Wir haben Angebote gemacht. Man kann reinschauen. Das ist nicht nur einfach mal so eine Tabelle, das ist ein kompletter Systemwechsel. Und jeder, der sich mit dem Bandbreitenmodell auskennt – ich will das jetzt gar nicht hier breit skizzieren – und der schülerbezogenen Mittelzuweisung, der soll das einfach mal gegeneinanderhalten. Und dann müssen natürlich alle mitgenommen werden. Die schülerbezogene Stundenzuweisung dient einem Mehr an Planungssicherheit. Das heißt doch nicht, wenn man diese Dinge beginnt, dass man dort nicht nachjustiert.

Im Übrigen haben Sie, Herr Bluhm, gerade im Ausschuss darauf Wert gelegt, dass nachjustiert wird. Da kann man doch jetzt nicht sagen, die Schulträger sind losgegangen und haben da noch ein paar Stunden nachgesteuert. Das war genau in dem Ausschuss der Fall, den wir dort besprochen haben. Und obwohl die Lehrkräfte - und ich sehe es wirklich andersrum und ich bin da bestimmt nicht irgendjemand, der sagt, das Glas ist halbvoll – erstmals mit diesem neuen System gearbeitet haben, ist das Schuljahr 2009/2010 erfolgreich gestartet. Es war nämlich nicht die Abbildung des Bandbreitenmodells, was sie machen mussten, sondern sie haben das komplett neue System der schülerbezogenen Mittelzuweisung umgesetzt. Ich lade Sie wirklich ein: Wir stellen es Ihnen dar. Andere haben es getan, wir haben es dargestellt.

Ohne einer abschließenden Analyse vorgreifen zu wollen, die, um valide zu sein, mehr als ein halbes Schuljahr in den Blick nehmen muss, kann bereits zum jetzigen Zeitpunkt vorweggenommen werden, dass die Regelungen dieses Gesetzes den Erwartungen gerecht werden. Und natürlich sind wir doch nicht blauäugig und wissen, dass wir hier einen langen Prozess vor uns haben. Also wir reden hier auch nicht über fünf oder fünfzehn Monate. Wir reden hier über einen wirklich langen Prozess. Und insofern glauben wir schon, dass die neue Richtung mit der Weichenstellung hier ordentlich vorgenommen worden ist.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, rechtzeitig konnten Unterstützung und Planungsangebote organisiert werden. Untergesetzliche Vorschriften wurden auch bei umfassenden Beteiligungsanforderungen pünktlich in Kraft gesetzt. Das Bildungsministerium – ich sage es auch nur verkürzt –, Staatliche Schulämter und Beratungssysteme haben wirklich hier eng zusammengewirkt. Es ist hervorzuheben, dass das Landesinstitut für Schule und Ausbildung, das auch in einem Übergangsprozess ist, wie das Gesetz es beschreibt, jetzt das Institut für Qualitätsentwicklung Mecklenburg-Vorpommern, die Unterstützungs- und Beratungsprozesse geplant und umgesetzt hat. Und wenn Sie in die Schulen gehen, dann bemängeln Sie nicht dies!

Wenn wir ganz ehrlich sind vor diesem Hohen Haus, dann müssen wir einfach sagen, wir haben Ausschreibungen gemacht, wir haben Kolleginnen und Kollegen gewonnen, die in diesem System sind, und der eine oder andere Schulleiter ist dann mit der ganz konkreten Person mehr zufrieden oder nicht. Aber nicht das System wird bemängelt. Dort, wo Bedarf besteht, müssen wir beratend als Haus tätig werden und das machen im Übrigen auch die Schulämter.

Zum anderen hat sich die enge Zusammenarbeit aller Beteiligten in einer neuen Qualität von Information, Kommunikation und Transparenz herausgebildet. Und Transparenz kann manchmal auch wehtun. Manches wird so dargestellt, als ob wir nicht transparent arbeiten wollen. Das Gegenteil ist der Fall.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Dann können Sie ja den Landtag zustimmen lassen!)

Wir haben die Ersten doch schon da, die sagen, wir wollen es gar nicht so transparent haben. Und insofern, denke ich, ist das kein Problem für uns, hier die Dinge transparent darzustellen.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Besonders bezeichnend hierfür sind auch die vielen Beratungsgespräche, Dienstveranstaltungen oder auch unsere Telefonhotline, wo sich die Leute regelmäßig melden.

Und in einem noch nie da gewesenen Umfang wurden Fort- und Weiterbildungsprogramme durch das damalige Landesinstitut für Schule und Ausbildung für Unterrichtsberater, Qualitätsbeauftragte, Multiplikatoren und E-Learning-Redakteure sowie für Erziehungsberechtigte und Mitglieder, die in Mitwirkungsgremien arbeiten, auf den Weg gebracht. Auch das haben wir im Ausschuss besprochen. Wenn man einen Start hat, muss man sozusagen mehr dort reinpacken. Wir waren doch froh, dass wir ESF-Mittel zur Verfügung hatten, dass wir in diese Bereiche investieren und nicht in andere. Und dass es degressiv beim ESF ist, das ist sozusagen, als ob man etwas verkündet, was vorher klar feststeht, das wussten alle Beteiligten. Das können Sie auch nachlesen. Das ist mitgeteilt worden. Und natürlich würde man das Mehr behalten. Aber es gibt Dinge, die dann zum Laufen kommen, und insofern ist hier der degressive Weg vorgezeichnet.

Es ist ausdrückliche Philosophie des neuen Schulgesetzes, mithilfe solcher Maßnahmen einen beständigen Austausch zwischen allen an Schule Beteiligten zu etablieren. Wir haben damals mit einer Schulleiterfortbildung begonnen, indem wir alle Schulleiter des Landes zusammengefasst haben, alle, das waren zusammen dann 500 Schulleiter, die in Rostock-Warnemünde an dieser Veranstaltung teilgenommen haben. Und wir haben Fortbildungen für Schulleiter mit dem Angebot des Masterstudienganges in Kaiserslautern, ein Studiengang, der es in sich hat. Sprechen Sie mit den Beteiligten! Das ist nicht nebenher zu machen. Wir haben Fortbildungen für Qualitätsbeauftragte. Wir haben Fortbildungen für Eltern, Schüler und Personalräte. Das haben diese begrüßt. Auch dies finanzieren wir aus ESF-Mitteln. Das kann man aus meiner Sicht nicht beklagen.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Das will niemand.)

Ja, es ist doch dann aber auch degressiv. Wir haben die erste Auftaktveranstaltung durchgeführt. Es wird weitere geben. Aber ein so großer Start wird nicht alle fünf Jahre möglich sein.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Beantworten Sie doch mal die Frage von Herrn Bluhm!)

Und die Regionalkonferenzen für Schulleiter, für Personalräte und für andere Vertretungen, auch diese finden jetzt wieder statt.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Beantworten Sie doch mal die Frage von Herrn Bluhm! Er will das nicht.)

Und all dies trägt dazu bei, dass die Prozesse der Entwicklung hin zur Selbstständigen Schule als gemeinsame Aufgabe begriffen werden. Das ist meines Erachtens der erste entscheidende Schritt, dies als gemeinsame Aufgabe zu begreifen.

Und insofern, Frau Borchardt, ich will das heute Abend auch gar nicht ...

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Nicht eine Frage haben Sie beantwortet.)

Das ist ja schön, dass Sie das festlegen.

Und insofern will ich nur sagen, glauben Sie wirklich,

(Jörg Vierkant, CDU: Gut, dass Sie eine Schule von innen kennen, Frau Borchardt. – Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

glauben Sie wirklich, Frau Borchardt, und Sie kennen mich aus der Ferne, Sie kennen mich auch aus der Nähe, Sie wissen, ich habe eine Schule ...

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Vincent Kokert, CDU: Um Gottes willen! – Zurufe von Barbara Borchardt, DIE LINKE, und Peter Ritter, DIE LINKE)

Ja, und wir haben erfolgreich, wie ich finde, gearbeitet. Nur eines muss ich Ihnen auch sagen: Glauben Sie, die Lehrerinnen und Lehrer haben vergessen, dass es eine Stundenerhöhung gegeben hat, wenn Herr Bluhm sich jetzt hier hinstellt und sagt, wir wollen das tun?

(Vincent Kokert, CDU: Ganz schlimm.)

Jetzt können Sie sagen, die SPD war auch dabei. Aber die steht dazu, dass sie es getan hat. Sie sagt, warum sie es getan hat. Sie kommen jetzt und sagen, das muss alles weniger werden.

> (Andreas Bluhm, DIE LINKE: Das war nicht ich. Ich habe die VBE zitiert. – Barbara Borchardt, DIE LINKE: Das haben wir nicht gesagt. Das stimmt doch gar nicht.)

Und Sie haben das an anderer Stelle benutzt. Wir wissen, wozu Zitate da sind, um sozusagen diesen Anspruch zu untermauern.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Ja, natürlich.)

Und wenn wir eine Stunde der Unterrichtsverpflichtung reduzieren würden, können wir es jetzt nicht für eine Teilgruppe machen, wenn, dann müsste man es letztendlich für alle tun.

In diesem Zusammenhang ist die Frage für mich einfach gegeben, wir können ja einfach mal fragen: Wie viele Millionen wären es dann für eine Unterrichtsstunde von 27 auf 26 Unterrichtsstundenverpflichtungen? Das kann ja mal jemand zurufen. Wir wollen uns nicht über 1 Million streiten. Über welche Dimensionen –

(Jörg Vierkant, CDU: Ich glaube, 25 Millionen.)

die Linkspartei wird es beraten haben –, über welche Millionengröße reden wir dann, Frau Borchardt?

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Also ich habe die Rede nicht gehalten.)

Ja, sagen Sie es doch! Eine Stunde weniger, wie viele Millionen sind das denn?

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das weiß Frau Borchardt nicht. – Barbara Borchardt, DIE LINKE: Nein, das weiß ich nicht. Bin ja keine finanzpolitische Sprecherin.)

So, dann reden wir über 28 Millionen, über 28 Millionen jährlich. Diese Regierung hat gesagt, wir haben einen Finanzrahmen und wir wollen Schwerpunkte setzen. Und da geht es um die Effekte. Wir haben das im Bereich der Kollegin Schwesig getan und in diesem Bereich. Das ist ein Riesenkraftakt für dieses Land. Und da kann man ja sagen, das reicht nicht. Aber wir haben diesen Schwerpunkt gesetzt. Mehr hat dieses Land nicht. Und dann noch 28 Millionen zusätzlich in der Maßnahme zu fordern und zu generieren, dass das den Unterricht automatisch verbessert, das glaubt uns doch keiner in einem Lehrerkollegium.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU – Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Genau.)

Natürlich hätte man das gern. Aber auch das kann man dort ganz offen an so einer Stelle in Konferenzen besprechen. All dies trägt dazu bei, dass wir hier diesen Prozess wirklich als gemeinsame Aufgabe angehen müssen.

Und natürlich ist es so, dass im Mittelpunkt der Selbstständigen Schule die Schulabschlüsse stehen und die Umsetzung der Bildungsstandards. Und wenn Sie es jetzt so beklagen und sagen, wir machen dann die Nivellierung nach unten, lade ich Sie gerne zu Ihren Kolleginnen und Kollegen nach Berlin ein, die im Grunde genommen genau das, was wir hier tun, in der Kultusministerkonferenz verabredet und gefordert haben. Und da kann man sich hinstellen und sagen, ja, jetzt machen wir etwas und dann ist das so mit "mangelhaft". Wir wollen ja weiter. Nur ich muss natürlich auch die Chancenvergleichbarkeit der Kinder in diesem Land - und das haben Sie heute an anderer Stelle auch getan und vorgetragen -, die muss ich ja wenigstens erst mal im Blick haben. Und da können wir uns gerne in Berlin verabreden und die Dinge darstellen.

Die individuelle Förderung bleibt doch auch keine Herausforderung für eine Woche, für einen Tag oder für fünf Monate. Das ist doch ein Plan, den man erst mal annehmen muss. Ich glaube, dass wir mit den Beschlüssen, die auf Bundes- und auch auf Konferenzebene getroffen worden sind, hier auch einen guten Weg haben.

Worauf bereiten wir unsere Jugendlichen eigentlich vor? Wir bereiten sie darauf vor, wir sind doch diejenigen, die im Land sagen, die haben kein Problem, wenn der Bund bei der Bildung ein bisschen hilft. Wir sind doch diejenigen, die sagen, man kann ländergemeinsame Verabredungen treffen, ohne den ganzen Föderalismus über Bord zu werfen. Und ich habe vorgeschlagen: Lassen

Sie uns doch 2014 einen Einstieg in den Bereich Abitur finden. Wir werden sehen, wie schwer das wird. Dann müssen wir aber in den Schulen auch nach den Standards unterrichten.

Und da können wir ganz ehrlich sein, und das ist kein Vorwurf an die Lehrerinnen und Lehrer, ganz im Gegenteil: Wer unterrichtet denn definitiv nach den Standards? Haben wir die referenzbedingte Zensierung, wenn 30 Schülerinnen und Schüler in einer Gruppe sitzen? Wer erhält denn da die Eins? Wir müssen Fortbildungen machen. Und wenn wir in kleinen Runden sind, erkennen die Leute das auch an. Und das ist kein Niedermachen ihrer Tätigkeit. Das ist nicht etwas Beckmesserisches, sondern es geht darum, Angebote zu machen. Und das tun wir. Das ist ein langer Weg. Und wir wollen uns mit den anderen vergleichen. Das ist wichtig für unsere Schülerinnen und Schüler in diesem Land.

Insofern ist die individuelle Förderung wichtig und insofern müssen Förderpläne gestaltet werden. Das ist kein Selbstlauf. Und natürlich ist da auch noch Sand im Getriebe, weil der eine oder andere das auch gut gemeint, aber vielleicht falsch verstanden hat. Aber deshalb sind ja die Berater vor Ort, hier diesen Qualitätsnachweis zu liefern.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Das Bildungsministerium sieht seine Aufgabe darin, hier den Rahmen für die Entwicklung vorzugeben. Wir unterstützen an dieser Stelle wirklich auch die Schulen. Das zeigen die Rückkopplungen.

Und ich sage noch mal, wenn Sie Herrn Staatssekretär Michallik zitieren und sagen, ja, jetzt ist das nicht so gut, was er da verkündet hat, doch, es ist eine UN-Konvention. Und ob wir es wollen oder nicht, und Sie können sich ja dagegenstellen,

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Ich stelle mich überhaupt gar nicht dagegen. Das habe ich überhaupt nicht getan, ganz im Gegenteil.)

die Bundesregierung hat es getan. Der Bundesrat hat es beschlossen. Wir müssen die Rechte von behinderten Menschen schon in den Blick nehmen.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Das ist eine bösartige Unterstellung.)

Und wenn man die Sorgen und Ängste der Beteiligten dann auch noch so schürt,

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Wer schürt denn hier?)

dann muss ich einfach mal fragen: Ist es denn richtig angekommen?

Jetzt nehmen wir mal die Stadt Güstrow. Da schreibt der Bürgermeister, und der kümmert sich und erzählt nicht, er schafft das nicht, in die Schule reinzubringen, der fragt an und sagt: Was ist los? Dann schreiben wir ihm. Und am Ende geht es um sechs Kinder. Und jetzt muss man jemandem mal erklären, dass man sechs Kinder in der anderen Schule nicht unterbringt. Ich bringe Ihnen auch die Zahlen von Schwerin. Ich sage nur, dieses Reinschreien: "Es geht nicht!", dann rufe ich zurück: "Warum denn nicht?" Und das ist doch der Punkt, an dem wir sind. Das ist doch die schwierige Frage,

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU – Vincent Kokert, CDU: Warum denn nicht? – Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Richtig, Herr Minister!)

wenn Sie nicht äußere Strukturen ändern wollen, sondern beim inneren Brett sind, das Sie bohren müssen.

(Zuruf von Jörg Vierkant, CDU)

Das trifft auf all diese Dinge zu. Und natürlich haben wir die freie Wahl der weiterführenden Schulen. Das ist hier breit debattiert worden. Wir haben die Grundschulen rausgenommen, aus gutem Grund, in einem Flächenland. Es gibt schon Eltern, die sagen, das hätten wir gerne. Andere sagen, wir sehen das – Schulträger, Organisationen – in diesem Zusammenhang als schwierig an, das zu tun. In der nächsten Umsetzungsphase besteht die freie Wahl der weiterführenden Schule.

Und wenn Sie jetzt sagen, Herr Bluhm, das nehme ich ernst, Sie glauben, das ist mit dem Schülerverkehr nicht geregelt, da muss ich Ihnen sagen, dann sagen Sie es uns genau! Da ist nicht nur Vorsorge getroffen worden, es ist nicht nur mit den sozialen Trägern gesprochen worden, den kommunalen Landesverbänden. Es geht darum, dass wir gesagt haben: Dann nennt uns doch mal eure Zahlen! Und Sie können ja mal in die Kommunen gehen, ob Sie Zahlen kriegen.

(Günter Rühs, CDU: Das können Sie nicht.)

Und da haben wir gesagt, da machen wir keinen Vorwurf draus. Wir haben dann nicht gesagt, dass das vielleicht genau aufgeht, sondern wir haben Vorsorge getroffen. Und jetzt wollen wir doch mal schauen, was passiert.

Wenn Sie das Thema im kommunalen Bereich oder in der Presse verfolgen, sehen Sie, die Leute gehen sehr sensibel damit um. Die Anmeldung, das ist alles gesichert. Man muss nicht so tun, als ob die Dinge nicht in Kraft sind. Sie haben selbst gesagt, das Ministerium ist schon dabei, die notwendigen Regelungen vorzulegen. Heute Morgen hat Herr Holter gesagt, diese Regierung macht gar nichts pünktlich.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sie können sich ja auch mal irren. – Zuruf von Andreas Bluhm, DIE LINKE)

Also insofern muss man einfach sagen, wir tun diese Dinge in dem Bereich, und ich glaube auch, dass wir bezüglich der Schulnetzplanung ab dem nächsten Schuljahr die Verordnung rechtzeitig im Februar herausbringen werden.

Und auch die Umstellung der Privatschulfinanzierung ist breit diskutiert worden, ist langfristig vorbereitet. Die Berechungsgrundlagen stehen seit dieser Woche zur Verfügung. Ich bin mir sicher, dass es gelingen wird, spätestens Anfang Mai auch hier die einschlägige Rechtsverordnung vorzulegen.

Jeder einzelne Planungsschritt, jede einzelne Umsetzung dient dem Ziel, die Ausgestaltung der Selbstständigen Schule voranzubringen. Das ist, ich wiederhole es noch mal gerne, ein Prozess. Und darüber hinaus soll zum neuen Schuljahr auch die Verwaltungsvorschrift, die Arbeit in der Ganztagsschule geändert und den neuen gesetzlichen Regelungen angepasst werden. Ganztagsschulen in offener Form sollen – das ist ein Vorhaben, auch das wird falsch transportiert – zu Ganztagsschulen in gebundener Form weiterentwickelt werden, weil eine

ganz einfache Logik dahintersteht. Wir wollen nicht, dass Kinder sagen, ich habe ein Angebot oder ich habe keins, sondern wir wollen, dass sie wählen können. Das ist der Ansatz. Und das macht natürlich Probleme mit Trägern vor Ort und da muss man auch dagegen vorgehen.

Die Dinge sind vorbereitet. Ich denke auch, dass dies möglich ist. Die ersten Schulträger reagieren ja auch darauf. Hier arbeitet die Koalition zusammen. Ansonsten könnte sie ein solches Vorhaben gar nicht stemmen, weil heute Morgen der Eindruck verbreitet worden ist, man arbeite gegeneinander. So ein Projekt kann sie nur gemeinsam machen und das wird in dieser Koalition gut vorangebracht.

(Vincent Kokert, CDU: Das war Wunschdenken der LINKEN, dass man gegeneinander arbeitet.)

Und zu den Kindertagesstätten, auch das steckt ja in Ihrem Berichtsanliegen, da sage ich einfach noch mal, da sollten wir auch das Angebot, das hier schon im Ausschuss genannt worden ist, wirklich annehmen. Ich verweise darauf, dass sich die Koalitionäre gerade in diesem Bereich im Rahmen der KiföG-Novellierung bei der weiteren Ausgestaltung befinden.

Und wenn ich das so sagen darf – und das ist eine Anregung –, ich halte eine einseitige Darstellung aus der Schulperspektive nicht für den richtigen Ansatz.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Deswegen wollen wir ja die Unterrichtung.)

Im Rahmen der Bildungskonzeption 0- bis 10-jähriger Kinder sind wir dabei, Vorschläge für einen verbesserten Übergang von der Kindertagesstätte in die Grundschule zu machen. Dazu gehört auch die Harmonisierung der Rahmenpläne.

Frau Linke, Sie wissen, dass es keine gab. Und das kante ich doch nicht zurück.

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Ich sage noch mal, viele Kindertagesstätten haben etwas gemacht, ohne – zu meinem Erschrecken – dass diese Pläne überhaupt abgestimmt waren. Das machen wir jetzt. Haben Sie jemanden hier am Rednerpult der Koalitionäre gesehen, der da irgendwie hingekantet hat? Nein. Die Kinder stellen wir in den Mittelpunkt. Wir führen jetzt die Abstimmung der Rahmenpläne durch,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Vier Jahre lang schon.)

das können Sie letztendlich auch nur gut finden. Wir werden einen Schritt weiter gehen. Wir werden eine gemeinsame Fortbildung von Erzieherinnen und Erziehern und Grundschullehrerinnen und Grundschullehrern vereinbaren. Das ist diese Nahtstelle, die wir haben wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU – Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Richtig. – Zuruf von Dr. Marianne Linke, DIE LINKE)

Und natürlich ist es so, dass das Schulgesetz uns in die Pflicht nimmt. Natürlich geht es darum, die nachhaltige Sicherung der Unterrichtsversorgung aller Schularten sicherzustellen. Und da ist heute Morgen gesagt worden – Herr Koplin hat das so abgetan –, es gibt ein Landesprogramm "Zukunft des Lehrerberufes in Meck-

lenburg-Vorpommern". Ich frage wirklich ernsthaft und nicht beckmesserisch: Haben Sie es überhaupt schon gelesen? Es ist veröffentlicht. Man kann es ja nachlesen bei uns:

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Das steht sogar im Haushalt drin.)

"Zukunft des Lehrerberufes in Mecklenburg-Vorpommern". Dort ist besonderer Wert auch darauf zu legen, dass wir ein umfangreiches Maßnahmenpaket haben, auch für die bereits tätigen Lehrer. Auch dort wird – auch Sie kriegen Briefe und ich – unterstellt, dass das nicht so ist. Und die substanzielle Arbeit der Mentoren wird hier materiell gewürdigt,

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Ja, der Mentoren, der anderen nicht.)

indem sie für ihre Tätigkeit eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 100 Euro monatlich erhalten, sozusagen für einen, den sie betreuen, für einen einzigen in einem Fach. Das hat es so noch nicht gegeben, Herr Bluhm.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Das ist richtig.)

Außerdem erhalten Lehrkräfte, die als Studienleiter in der Ausbildung tätig sind, zusätzliche Anrechnungsstunden. Es gab bisher eine Kappung bei neun. Die gibt es nicht mehr. Es gibt keine Kappung mehr. Also wir legen nur Wert drauf, dass er wenigstens noch mit drei, vier Stunden im Unterricht ist, aber bis dahin kann er für diese anspruchsvolle Tätigkeit Anrechnungsstunden bekommen.

Das sind alles Summen, die im Landeshaushalt drinstecken. Die Schulen des Landes erhalten schulbezogene Budgets für die Anerkennung besonderer Lehrerleistungen – das stößt nicht unbedingt auf die Freude einzelner Interessenvertreter – und auch für die schulinterne Fortbildung. Und natürlich kann man kritisieren und sagen, das Budget muss größer sein, aber wir beginnen doch. Wenn Sie uns dann sagen, wo wir noch mehr herbekommen können, werden wir das sicherlich auch einstellen.

Und um die Lehrer in ihrer Arbeit dauerhaft zu unterstützen, ist auch das System der Unterrichtsberater natürlich richtigerweise über den ESF finanziert. Hier haben wir deutlich gemacht, dass wir es im Nachgang beibehalten werden. Auch diese Aussagen sind getan worden.

Die Anzahl der Referendarstellen wird sich von 340 auf 493 Stellen erhöhen. Sie können das einfach ausrechnen, was das für den Landeshaushalt bedeutet. Wir wollen Junglehrern, weil wir auch im Wettbewerb mit anderen Ländern stehen,

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Das steht dann im nächsten Doppelhaushalt.)

die Möglichkeit der Vollbeschäftigung geben und ebenfalls ein Starterpaket von 2.500 Euro. Das sind alles Anreize, die dieses Land in den Kontext stellt. Und gerade auch im Zusammenhang mit der Lehrerbildung ist es so, dass dies alles keine Einzelmaßnahmen sind.

Und Sie sind doch immer dafür, dass wir viele einbeziehen und breit diskutieren. Da kann man sagen: Ja, ist denn das Lehrerbildungsgesetz schon da? Wir haben an der Universität Rostock diesen Bereich umfänglich umstrukturiert. Die Gründung des Zentrums für Lehrerbildung und Bildungsforschung ist da, wodurch die Umstrukturierung der Lehrerbildung an Kontur gewinnt.

Und wir haben viele Player. Sie sagen doch, wir sollen alle mitnehmen. Wir sollen doch nicht von oben verordnen. Das tun wir nicht. Wir nehmen alle mit, um ein Lehrerbildungsgesetz vorzulegen. Und es hat bisher ja auch noch nie eines gegeben in diesem Land. Auch das müssen Sie doch mal anerkennen. Insofern ist das jetzt nicht eine einfache Fortschreibung, sondern es ist eine Neuvorlage eines völlig neuen Gesetzes in diesem Land.

Wir wollen auch die Verzahnung der Ausbildungsphasen und die Beratung aller Beteiligten in der Lehrerausbildung stärken. Parallel dazu ist es die Aufgabe des Zentrums, die Bildungsforschung an der Universität Rostock zu etablieren und den wissenschaftlichen Nachwuchs in diesem Bereich zu fördern.

Und ich sage es nochmals, ich danke ausdrücklich allen - und Sie wissen, das Land ist so übersichtlich, dass Sie genauso viele kennen wie ich -, allen Beteiligten, die an der Umsetzung des neuen Schulgesetzes beteiligt waren: Lehrerinnen und Lehrer, Schulleiterinnen und Schulleiter und Erziehungsberechtigte. Nur durch ihre engagierte Arbeit und das unermüdliche Ringen um die Verbesserung der Qualität von Schule konnte das so erfolgreich gelingen. Sie haben die Aufgaben angenommen und die waren nicht einfach. Und natürlich sind dort Dinge, die wir angehen müssen. Das wissen wir auch. In diesem Zusammenhang möchte ich wirklich ausdrücklich, auch öffentlich, das große Engagement unserer Lehrkräfte hervorheben. Diese haben wirklich über viele Jahre Solidarität im Rahmen des Lehrerpersonalkonzeptes demonstriert. Da sind wir uns ja einig.

Jetzt sind wir so weit, dass ich mich freue, dass diese Landesregierung die Kraft aufbringt zu sagen, wir geben auch hier klare Perspektiven im Hinblick auf die Vollbeschäftigung. Der Ministerpräsident hat es gesagt. Wir sollten es wiederholen. Es gibt ein Angebot der Landesregierung, das momentan noch nicht alle Interessengruppen am Tisch überzeugt hat, aber die Lehrerinnen und Lehrer wollen es haben. Wir haben zwei Stufen eingebaut. Wir haben heute über Haushaltspläne gesprochen. Wir sagen, zum 01.08.2013 werden die Lehrer - technisch heißt es Schulartgruppe 2, Sie wissen, Gymnasien, Gesamtschulen, Regionale Schulen, Kooperative Gesamtschulen, Integrierte Gesamtschulen -, diese ganze Lehrergruppe soll zum 01.08.2013 verbindlich auf 92,5 Prozent angehoben sein und ein Jahr später auf 100 Prozent. Und wenn Sie sagen, das ist eine Kleinigkeit für den Landeshaushalt,

> (Andreas Bluhm, DIE LINKE: Das hat auch keiner gesagt. Das ist ja unglaublich.)

das zum jetzigen Zeitpunkt zu versprechen,

(Zurufe von Vincent Kokert, CDU, und Barbara Borchardt, DIE LINKE)

dann ist das so, dass wir hier sozusagen genau diese Dinge nach vorne treiben. Die Selbstständige Schule ist ein langfristiges Projekt, und das bitte ich einfach auch zu sehen, wenn wir hier über kurzfristige Dinge sprechen. Das erfordert die konsequente Umsetzung, die kontinuierliche und sensible Begleitung und vor allem Mut.

(Dr. Marianne Linke, DIE LINKE: Genau.)

Ich will vielleicht ganz zum Abschluss, wenn ich darf, ein Zitat anbringen. Und zwar hat ein Kollege, der Kollege Wolfgang Meyer-Hesemann – der eine oder andere wird ihn kennen, auch von den Kolleginnen und Kolle-

gen aus der SPD-Fraktion, ich habe in der Kultusministerkonferenz lange mit ihm zusammengearbeitet, er war in Nordrhein-Westfalen und zuletzt in Schleswig-Holstein Staatssekretär –, sich in einem Vortrag im Wissenschaftszentrum in Berlin geäußert. Heute ist das nochmals gedruckt worden. Und da heißt es eben auch: "Veränderungen im Bildungssystem brauchen Zeit, viel Zeit – und während dieser Zeit Verlässlichkeit in der Orientierung und in den Rahmenbedingungen." Und das machen wir. Natürlich sind äußere Strukturen dann nicht so zu wählen, sondern wir gehen an "veränderte Pädagogik", an "Veränderungen des tief verwurzelten Bewusstseins der Beteiligten und die Veränderung eingefahrener Handlungsroutinen".

Das ist die Aufgabe, wozu ich uns alle herzlich einlade. Das ist im Sinne dieses Landes und unserer Schülerinnen und Schüler, unserer Kinder. Und da kann ich nur meine Mitarbeit anbieten. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt noch einmal der Abgeordnete und Vizepräsident Kreher für die Fraktion der FDP.

Hans Kreher, FDP: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Herr Kollege Bluhm, Ihre engagierte Rede von vorhin, die kann ich zum Teil voll verstehen.

(Vincent Kokert, CDU: Wir nicht. – Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Auch uns bewegen viele, viele Fragen. Die müssen auch beantwortet werden.

(Dr. Marianne Linke, DIE LINKE: Genau.)

Aber, Herr Kollege Bluhm,

(Vincent Kokert, CDU: Jetzt gibt's aber einen auf die Ohren! – Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

es darf jetzt hier im Landtag nicht der fatale Eindruck entstehen, dass das wieder geschieht, was die Lehrer, die Eltern, alle im Land in den vergangenen 20 Jahren im Schulbereich verunsichert hat, dass nämlich jetzt schon wieder – unter Umständen mit der nächsten Wahl –

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Richtig, Herr Kreher.)

eine total andere Schulpolitik kommen müsse. Wir sollten froh sein, dass wir hier ...

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Woher nehmen Sie das denn?)

Herr Kollege Bluhm, wir sollten ...

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktionen der CDU und DIE LINKE – Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Herr Kollege Bluhm, wir sollten froh sein, dass wir eigentlich in einem uns einig waren jetzt, dass wir uns in einem einig waren, dass endlich diese ständigen Strukturdiskussionen überwunden werden müssen und dass wir diesen Weg in Richtung selbstständiger, eigenverantwortlicher Schule, in Richtung mehr Qualität unterstützen. Das ist doch das Entscheidende, dass wir in

Richtung mehr Qualität arbeiten. Und da sind natürlich Ihre Fragen berechtigt. Da sind auch unsere Fragen berechtigt, aber doch nicht in dieser aufgeheizten Atmosphäre, die dann nur Unruhe schafft, die die Lehrer vor Ort verunsichert, die Eltern vor Ort verunsichert, meine Damen und Herren.

Wir haben hier als Opposition doch auch eine Verantwortung

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

und das ist das, was wir als liberale Opposition auf jeden Fall etwas anders sehen als Sie von der Linkspartei,

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Jawoll, Herr Kreher!)

meine Damen und Herren.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion der CDU – Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Jawoll.)

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Kreher

Ums Wort hat gebeten der Abgeordnete und Vizepräsident Andreas Bluhm für die Fraktion DIE LINKE.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Du willst jetzt Herrn Kreher loben?! – Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

Andreas Bluhm, DIE LINKE: Das ist so mit Lalelu.

Mein lieber Kollege Kreher!

(Heinz Müller, SPD: Erst die Präsidentin!)

Mit Verlaub, die Position meiner Fraktion in den zurückliegenden Monaten und anderthalb Jahren der Debatte um die Selbstständige Schule war immer, wir halten diese Entwicklung für richtig. Da sind wir überhaupt nicht auseinander

(Vincent Kokert, CDU: Ende der Debatte. – Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

und ich weiß jetzt nicht, wo Sie die Gefahr für eine erneute Schulstrukturdiskussion sehen. Das ist im Moment überhaupt nicht auf der Tagesordnung.

(Vincent Kokert, CDU: Ja. – Torsten Koplin, DIE LINKE: Eine abstrakte Bedrohung. – Zuruf von Hans Kreher, FDP)

Eine zweite Bemerkung. Die ist dann schon etwas heftiger und deswegen will ich das auch mit aller nötigen inneren Ruhe, wobei ich sehr unruhig bin, sagen: Herr Minister, ich weise die Unterstellungen, wir redeten hier das Angebot an die Lehrerinnen und Lehrer zur Rückkehr in die Vollzeit klein oder die Fraktion DIE LINKE oder ich persönlich wären gegen die Umsetzung der UN-Konvention, was Sie in Ihrer Rede getan haben, und zwar sehr bewusst getan haben,

(Helmut Holter, DIE LINKE: Das ist ein Skandal. – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE) auf das Entschiedenste zurück. Das ist weder in meiner Rede noch in unseren Positionen deutlich geworden.

> (Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Habt ihr das so verstanden? – Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Genauso hat er es gesagt und genauso sollte es auch verstanden werden.

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE – Helmut Holter, DIE LINKE: Natürlich.)

Und dann möchte ich noch einmal auf ein Problem eingehen, wo ich sage, meine Kollegen, wir können das alles im Ausschuss tun. Nur hat die Öffentlichkeit einen Anspruch darauf, zu wissen, was zum Beispiel ...

Und ich bin über vieles, was der Minister gesagt hat, hier sozusagen auch sehr zufrieden,

(Vincent Kokert, CDU: Schön, das können Sie doch auch mal sagen.)

ich hätte nur erwartet, dass sich die Koalitionäre in dem Sinne ein bisschen positiver zu diesem vorliegenden Antrag äußern, aber egal.

(Vincent Kokert, CDU: Ja.)

Mir geht es noch einmal um die individuelle Förderung. Ich kann Ihnen das nicht ersparen. Entweder haben Sie vorhin nicht zugehört, ich lese Ihnen das noch einmal vor: "Für Schüler, die sich zum 04.03.2010 noch in der Diagnostik im Rahmen der Feststellung des sonderpädagogischen Förderbedarfs befinden, kann eine Antragstellung erst nach Vorliegen des Ergebnisses der sonderpädagogischen Diagnostik erfolgen." Das liegt in der Natur der Sache. "Bei der Stundenvergabe für das Schuljahr 2010/2011 können sie bei Antragstellung nach dem 04.03.2010 nur im Ausnahmefall berücksichtigt werden." Zitatende.

Das heißt, es gibt in den Förderausschüssen, die im Moment die Diagnostik entscheiden, noch eine ganze Reihe von Verfahren, die bis zum 04.03.2010 objektiv nicht abgeschlossen sind.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Richtig.)

Da heißt es dann weiter, Zitat: "Eine erstmalige Antragstellung für eine zusätzliche Förderung kann bei Nichtberücksichtigung dann erst zum darauf folgenden Schuljahr erfolgen."

Meine Damen und Herren, darauf folgend heißt 2011/2012. Was passiert dann mit der individuellen Förderung dieser Kinder bis dahin?

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Nichts, nichts!)

Beantworten Sie mir die Fragen von mir aus auch im Ausschuss, aber die müssen Sie mir beantworten.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Vincent Kokert, CDU: Das war ja ... – Helmut Holter, DIE LINKE: Nun mal los, Herr Kokert, beantworten Sie mal die Fragen! – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE) Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Bluhm.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe also die Aussprache und wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/3222 abstimmen. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/3222 bei Zustimmung der Fraktion der FDP, der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion der NPD und Gegenstimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU abgelehnt.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Ja, aber knapp, ne!? Wenn ich mir hier so die Zahlen angucke, ist das aber ganz knapp. – Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Wer dem Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3182 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? –

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Ja, ja.)

Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3182 bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE und der NPD und Gegenstimmen der Fraktionen der SPD, CDU und FDP abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 29**: Beratung des Antrages der Fraktion der NPD – Einsetzung einer Enquete-Kommission "Drohende Vergreisung des Landes Mecklenburg-Vorpommern und nachhaltige Gegenstrategien", auf Drucksache 5/3178.

Antrag der Fraktion der NPD: Einsetzung einer Enquete-Kommission "Drohende Vergreisung des Landes Mecklenburg-Vorpommern und nachhaltige Gegenstrategien" – Drucksache 5/3178 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Köster von der Fraktion der NPD.

(Vizepräsident Andreas Bluhm übernimmt den Vorsitz.)

Stefan Köster, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! "Alt und ausgeblutet, Deutschland leidet europaweit am stärksten unter dem Bevölkerungswandel", diese Überschrift verdeutlicht massiv, vor welchen herausragenden Problemen unser Land steht. Noch 1989 lebten in Mecklenburg-Vorpommern rund 2 Millionen Einwohner. Bis Ende 2008 verlor Mecklenburg-Vorpommern rund 300.000 Bewohner. Selbst unter Berücksichtigung der politischen Umwälzung von 1989/1990 als Ausnahmefaktor hat unser Land zwischen Elbe, Ostsee, Peene und Stettiner Haff einen Einwohnerrückgang von 230.000 Frauen, Männern und Kindern zu verkraften.

Von der einst jüngsten Region der Bundesrepublik Deutschland wird Mecklenburg-Vorpommern das Altenheim der Republik. Und die veröffentlichten Zahlen sprechen eine mehr als deutliche Sprache. Innerhalb von weniger als 20 Jahren wird sich die Anzahl der Rentner in Mecklenburg und Vorpommern auf dann fast 25 Prozent der Gesamtbevölkerung beinahe mehr als verdoppeln. Dann werden statistisch etwa 100 Arbeitnehmern bis zu 70 Rentner gegenüberstehen. Was dies alleine schon

für die Rentenkassen sowohl der gesetzlichen als auch der privaten Rentenversicherung bedeuten wird, müsste jedem hier bekannt sein.

Bis zum Jahre 2050 wird Mecklenburg-Vorpommern weitere 400.000 Einwohner verlieren. Innerhalb der Europäischen Union wird Deutschland jenes Land sein, welches am stärksten von der Altersverschiebung betroffen sein wird, wenn nicht endlich politisch umgesteuert wird. Als Heilsbringer wird von den etablierten Kräften die Zuwanderung genannt. Der fatalen Entwicklung der Alterspyramide mit einer Zuwanderung von Fremden begegnen zu wollen, bedeutet allerdings letztendlich die Selbstaufgabe.

(Zuruf von Torsten Koplin, DIE LINKE)

Die Vergreisung weiterer Landstriche in Mecklenburg-Vorpommern stellt unzweifelhaft einen bedeutsamen Sachverhalt dar. Wir Nationalisten wollen dieser Entwicklung begegnen.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Ja, das sagt der Titel.)

Eine Enquetekommission, die sich diesem Problem stellt, kann nur der Anfang sein. Es ist aber an der Zeit, den Anfang des Weges aus dieser Katastrophe zu wagen. Grundlegende Erkenntnisse zur kommenden Altersstruktur in unserer Heimat habe ich Ihnen bereits genannt. Ich nenne Ihnen gerne weitere Gründe für die Einsetzung dieser Kommission: Nach Angaben des Statistischen Amtes lag die durchschnittliche Zahl an Kindern im Jahr 2008 bei 386.700 erziehenden Haushalten bei 1,43 – 1991 waren es im Durchschnitt 1,66. Für das Jahr 2015 prognostiziert das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung einen sogenannten zweiten Wendeschock für Mecklenburg-Vorpommern. Die Wissenschaftler warnen, dass dann nicht nur die Kinder, sondern auch die Eltern fehlen werden.

Die alarmierenden Zahlen sind letztlich das Ergebnis einer verfehlten Politik, der es bislang an der Setzung von entsprechenden Rahmenbedingungen fehlte. Sie werden uns in der Erwiderung sicherlich entgegenhalten, dass schon immer hier im Landtag die Vergreisung – Sie nennen es demografische Entwicklung – ein bestimmendes Thema war und ist.

Sicher, es gab häufig Anfragen zur Entwicklung der Einwohner, es gab auch Debatten zur Abwanderung, vor allem auch in Bezug auf die Ausbildungs- und Arbeitsmarktsituation. Auch die Landesregierungen haben sich mit der sinkenden Einwohnerzahl beschäftigt und wollten unabhängige Kommissionen bilden, welche dann vom Parlament aus finanziellen Erwägungen allerdings abgelehnt wurden. Es gab auch Appelle an die Unternehmer hier im Land.

Die damalige CDU-Landtagsfraktion stellte in der 3. Wahlperiode ja den Antrag "Demographische Entwicklung des Landes Mecklenburg-Vorpommern", in dem sogar festgestellt wurde, dass "die Umkehr der Entwicklung der Einwohnerzahl Mecklenburg-Vorpommerns zu einem positiven Trend zu den wichtigsten Aufgaben der Landespolitik (gehört)". Aber auch im Jahr 2000 handelte es sich bereits nur um einen Schaufensterantrag der CDU-Fraktion, der sicherlich richtige Feststellungen enthielt und in die richtige Richtung ging. Damals waren Sie ja auch noch in der Opposition und konnten volksnahe Anträge stellen. Seitdem hat sich das Blatt allerdings in unserem Land ganz stark gewandelt.

Die rot-rote Landesregierung folgte dem CDU-Antrag im November 2001 mit einem eigenen Antrag zur demografischen Entwicklung. Dieser ist an Plattheit aber kaum zu überbieten. Unter anderem finden sich so geistreiche Sätze wie – Zitat –: "Der Landtag und seine Ausschüsse werden sich deshalb mit der gesellschaftlich wichtigen Frage der Bevölkerungsentwicklung und Perspektiven zum Leben und Arbeiten unter Berücksichtigung der gesamtgesellschaftlichen Einflussfaktoren vordringlich befassen. Die Federführung hat der Ausschuss für Bau, Arbeit und Landesentwicklung. Dieser soll Ergebnisse, Schlussfolgerungen und Empfehlungen, um der bisherigen Entwicklung wirksam begegnen zu können, ausarbeiten." Zitatende.

Welche Konsequenzen hatte die Arbeit der Ausschüsse? Sie erraten es richtig: absolut keine!

Höhepunkt der parlamentarischen Auseinandersetzung in Mecklenburg-Vorpommern war dann ein CDU-Antrag vom 15. Mai 2002, mit welchem die CDU die Einsetzung einer Enquetekommission forderte. Dieser Antrag war ein erster notwendiger Schritt aus der Opposition heraus, allerdings von der CDU-Fraktion fast ausschließlich aus dem Blickwinkel von finanz- und wirtschaftspolitischen Interessen betrachtet. Eine nachhaltige Familienpolitik wurde unserem Land bis heute verwehrt.

Zuletzt im Jahr 2004 kramte die CDU-Fraktion erneut einen Antrag zur Einsetzung einer Enquetekommission mit dem Titel "Wirtschafts- und Bevölkerungsentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern – Perspektiven für wirtschaftliches Wachstum und bevölkerungsbewusste Regionalpolitik in einem zukunftsorientierten Land zum Leben, Arbeiten und Wohnen" hervor. Ziel war die Erarbeitung von Handlungsempfehlungen an den Landtag auf sämtlichen politischen Handlungsebenen entsprechend der demografischen Entwicklung und deren Auswirkungen auf alle Lebensbereiche der Menschen in Mecklenburg-Vorpommern.

Sie hören, dass wir gar nicht außer Acht gelassen haben, dass es bereits Bestrebungen zur Einsetzung einer Enquetekommission gab, die sich mit der Vergreisung unserer Heimat auseinandersetzt oder sogar eine Umkehr der Verhältnisse zumindest im Ansatz beabsichtigte. Lang, lang ist es her. Seit 2004 liegt über dem Landtag der Mantel des Schweigens, ausgenommen natürlich, dass der Ministerpräsident im Haushalt der Staatskanzlei für das Jahr 2011 Mittel für eine fachliche Beratung in Sachen Demografie einstellen ließ.

Aus den genannten Gründen stellt die NPD-Fraktion folgerichtig an dieser Stelle den Antrag auf Einsetzung einer Enquetekommission "Drohende Vergreisung des Landes Mecklenburg-Vorpommern und nachhaltige Gegenstrategien". Mit diesem Antrag soll der Landtag unter anderem beschließen:

"1. Der Landtag erkennt, dass die drohende Vergreisung des Landes Mecklenburg-Vorpommern das drängendste Problem der Gegenwart ist und der Zukunft sein wird."

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Schon mal gelesen.)

"2. Der Landtag setzt daher eine Enquete-Kommission "Drohende Vergreisung des Landes Mecklenburg-Vorpommern und nachhaltige Gegenstrategien" ein. Ihre Aufgabe besteht darin, nachhaltige Gegenstrategien zu entwickeln, um der drohenden Vergreisung des Landes Mecklenburg-Vorpommern wirkungsvoll zu begegnen."

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Ja, das sagt der Titel.)

"Die zu bildende Enquete-Kommission soll besonders Initiativen, Gutachter und Sachverständige berücksichtigen, die das Ziel verfolgen, dem Trend der Vergreisung entgegenzuwirken. Sie sollen dabei die Möglichkeit erhalten, ihre Vorstellungen und ggf. auch Projekte zu präsentieren. In diesem Zusammenhang fällt der genannten Enquete-Kommission ,Drohende Vergreisung des Landes Mecklenburg-Vorpommern und nachhaltige Gegenstrategien' nicht zuletzt die Aufgabe zu, bisher ergangene Maßnahmen, die sich die Minderung der selektiven Abwanderung und des Geburtendefizits zum Ziel gesetzt haben, zu bündeln."

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Hört, hört!)

"Das von der zu bildenden Enquete-Kommission zu erhebende Material soll der Landespolitik als Grundlage für zielgerichtetes und effizientes Handeln dienen."

Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Im Ältestenrat ist eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 60 Minuten vereinbart worden. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Als Erster hat das Wort für die Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Herr Koplin. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Torsten Koplin, DIE LINKE: Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Für die demokratischen Fraktionen darf ich Ihnen mitteilen.

(Stefan Köster, NPD: Seit wann kann ein Spitzel Demokrat werden?)

dass wir diesen Antrag ablehnen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE – Michael Andrejewski, NPD: Super Rede!)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke, Herr Koplin.

Es hat jetzt noch einmal das Wort für die Fraktion der NPD der Abgeordnete Köster.

Stefan Köster, NPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Was Sie von den volksfeindlichen Parteien treibt, ist schwer zu begreifen und insgesamt nur zu vermuten. Was für einen Unsinn Sie aber manchmal in der Öffentlichkeit von sich geben, lässt Schlimmes befürchten. Vor allem lassen Sie von der politischen Klasse nichts unversucht, um die Vergreisung und das Aussterben weiterer Teile unseres Landes in ein gutes Licht zu rücken.

In diesem Zusammenhang passt eine Erkenntnis über den demografischen Wandel, welche vom Rostocker Demografie-Professor Reiner Dinkel am 11. März 2009 in Waren-Müritz verkündet wurde. Zitat: "Die Kriminalität wird ganz stark zurückgehen." Zitatende. So wird der Professor in der "Schweriner Volkszeitung" vom 12. März 2009 zitiert. Und die "Schweriner Volkszeitung" bescheinigt dem demografischen Wandel folge-

richtig auch gute Seiten für Mecklenburg-Vorpommern. Da die meisten Straftaten dem Bericht zufolge Diebstahlsdelikte sind und von 16- bis 25-Jährigen verübt werden, diese Altersgruppe aber stark geschrumpft sei und weiter kleiner werde, erwartet der Demografie-Professor somit auch eine Verringerung der Straftaten. Im Umkehrschluss bedeutet dieses ja, dass die Steigerung der Geburtenrate langfristig auch die Kriminalität steigern müsste.

Wie krank ist diese Gesellschaft eigentlich? Anstatt deshalb der Vergreisung noch positive Seiten abzugewinnen, benötigt unsere Heimat zum Beispiel endlich ein Familienkonjunkturpaket. Das heißt, die Politik hat sicherzustellen, dass alle jungen Paare und alle Familien die Gewissheit haben, dass ihre Sorgen und Nöte in den politischen Prozessen berücksichtigt sowie alle Auswirkungen von politischen Entscheidungen generell auf die Kinder und die Familien geprüft und Schlechterstellungen verhindert werden. Erst wenn alle Frauen und Männer spüren, dass Kinder und Familien in Mecklenburg-Vorpommern gewünscht werden, wird die bislang leere Parole "Familienland Nummer eins" mit Leben gefüllt.

Kinder sind unsere Zukunft, heißt es nicht umsonst. Doch die Kinder müssen auch geboren werden und eine lebenswerte Zukunft haben. Hiervon ist Mecklenburg-Vorpommern sehr weit entfernt. So hat das Statistische Amt Mecklenburg-Vorpommern am 26. Januar 2010 bekannt gegeben, dass im ersten Halbjahr des vergangenen Jahres alle Landkreise und kreisfreien Städte jeweils mehr Gestorbene als lebend Geborene zu verkraften hatten. Zudem ist für das erste Halbjahr 2009 ein Wanderungsverlust von 4.499 Bürgern hinzunehmen. Diese nackten Zahlen sind die Konsequenz Ihrer volksverachtenden Politik.

Es sind aber sicherlich nicht nur die fehlenden deutschen Kinder in unserem Land, die katastrophale Folgen für unser Volk haben und das Leben in unserer Heimat gravierend beeinflussen werden. Die fortwährende Überfremdung mit ihren kriminellen Ausmaßen trägt ihr Übriges dazu bei.

(Dr. Marianne Linke, DIE LINKE: Na, na, na, na!)

Doch eine wesentliche Tatsache missachten Sie allerdings: Bei der Vergreisung unserer Heimat handelt es sich nicht um ein Naturwunder, sondern sie ist von Menschen gemacht, nämlich durch die Unfähigkeit, den Unwillen oder die Verweigerung der herrschenden politischen Klasse als oberste Pflicht der Politik, den Erhalt des Volkes und seiner Substanz und den Deutschen ein Leben in Würde und Freiheit sicherzustellen.

Mit der von der NPD-Fraktion geforderten Enquetekommission soll vor allem dafür Sorge getragen werden, die Denkblockaden bei Ihnen zu beseitigen, das Bewusstsein für Volk und Heimat zu schaffen, an dessen Ende Maßnahmen stehen, die die Existenz unseres Volkes, Jung und Alt, in Würde und Freiheit gewährleisten.

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Alles klar!)

Aber hierfür fehlt Ihnen, Volksverräter, offenbar der Schneid.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Barbara Borchardt, DIE LINKE: Das ist eine Beschimpfung. – Zuruf von Torsten Koplin, DIE LINKE) **Vizepräsident Andreas Bluhm:** Herr Abgeordneter Köster, ich erteile Ihnen für die Verunglimpfung der Abgeordneten einen Ordnungsruf.

(Stefan Köster, NPD: Vielen Dank! Nehme ich gerne an.)

Ich erteile Ihnen einen zweiten Ordnungsruf, da Sie als Parlamentarischer Geschäftsführer genau wissen, dass Sie über Ordnungsmaßnahmen des Präsidenten keine Meinungsäußerungen abzugeben haben. Ich weise Sie darauf hin, dass Sie, sollten Sie einen weiteren Ordnungsruf erhalten, das Rederecht für die heutige Sitzung verlieren.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Herr Koplin.

(Stefan Köster, NPD: Jetzt kommt der Spitzel. Na, gestern schon wieder Leute verraten?)

Torsten Koplin, DIE LINKE:

"Kinderschuhe ... Zu hundert, nackt in einer Zelle,"

(Stefan Köster, NPD: Ach, jetzt sind wir wieder beim Dritten Reich. Ich glaube, Sie haben echt leicht einen an der Waffel!)

"ein letzter Kinderschrei erstickt ... Dann wurden von der Sammelstelle die Schuhchen in das Reich geschickt."

> (Stefan Köster, NPD: Oh, oh, oh! – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

"Es schien sich das Geschäft zu lohnen, das Todeslager von Lublin."

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

"Gefangenenzüge, Prozessionen. Und – eine deutsche Sonne schien …"

(Tino Müller, NPD: Zum Thema!)

"Der Kindermord ist klar erwiesen."

(Stefan Köster, NPD: Was hat das denn mit der Vergreisung in Mecklenburg-Vorpommern zu tun? – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

"Die Zeugen all bekunden ihn. Und nie vergess ich unter diesen die Kinderschuhe aus Lublin."

Zitatende.

(Stefan Köster, NPD: Sind das die von Ihnen verratenen Kinder?)

Als sowjetische Soldaten am 24. Juli 1944 das Vernichtungslager Majdanek bei Lublin befreiten,

(Michael Andrejewski, NPD: Haben Sie Katyn auch befreit?)

fanden sie in einer Baracke Zehntausende Paar Kinderschuhe, von Schuhen für 10-Jährige bis zu Babyschuhen.

(Stefan Köster, NPD: Oh, oh, oh! Das muss doch echt wehtun im Kopf bei Ihnen! – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Sehr geehrte Damen und Herren, dass die NPD, die sich ausdrücklich nicht von den Nationalsozialisten distanziert,

(Stefan Köster, NPD: Brauche ich nicht. Ich bin 1973 geboren. – Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

im Gegenteil, wie Herr Müller heute sich entschieden in diese Traditionslinie stellt, dass diese Fraktion also,

(Michael Andrejewski, NPD: In welcher Linie stehen Sie? – Stefan Köster, NPD: Der Herr Stalinist.)

die als geistige Sachwalterin derjenigen auftritt, Herr Köster, die den systematischen und industriellen Massenmord an Millionen Menschen zu verantworten hat.

(Michael Andrejewski, NPD: Was hat das mit Demografie heute zu tun?)

dass diese Fraktion, Herr Andrejewski, es wagt, uns mit einem Antrag zur Bevölkerungsentwicklung zu kommen,

> (Michael Andrejewski, NPD: Wir wagen uns noch ganz andere Sachen. – Stefan Köster, NPD: Wer einmal spitzelt, spitzelt immer.)

ist Ausdruck politischer Verkommenheit sondergleichen.

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE – Barbara Borchardt, DIE LINKE: Wie war das? Wer einmal mordet, mordet immer, oder wie?! – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Dass Sie, Herr Köster, wie zum Beispiel Herr Borrmann gestern, Rudolf Hess glorifizieren,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Wer einmal schlägt, schlägt immer, ne?! – Zuruf von Stefan Köster, NPD)

uns weismachen wollen, dass Sie sich um Geburtenzahlen und Alterung der Gesellschaft sorgen,

(Zurufe von Barbara Borchardt, DIE LINKE, und Irene Müller, DIE LINKE)

lässt einem die Übelkeit aufsteigen. Der Faschist Rudolf Hess hat zur Eröffnung der Reichsärzteschule in Alt-Rehse 1935 gelobpreist,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

dass man bereits bei der Arisierung Fortschritte gemacht hätte. Die Kinder sähen nicht mehr so slawisch aus, sie hätten bereits andere Kopfformen als die Kinder zu Beginn der 20er-Jahre.

(Stefan Köster, NPD: Oh, oh, oh!)

Ihre Idole, sehr geehrte Herren, oder nein, nicht geehrte Herren von der NPD, sind Massenmörder,

(Michael Andrejewski, NPD: Haben Sie das Thema begriffen, oder nicht?)

diese haben die tiefste Zäsur in der demografischen Entwicklung Deutschlands zu verantworten. Und Sie von der NPD kommen uns mit Vergreisung? Das ist einfach ekelhaft!

(Michael Andrejewski, NPD: Die ist antifaschistisch, oder?!)

Allein das Wort "Vergreisung", Herr Köster,

(Stefan Köster, NPD: Na, was ist es denn?)

weist auf Ihren unseriösen Umgang

(Stefan Köster, NPD: Sie verschleiern doch einfach die Tatsachen.)

mit der realen Herausforderung des demografischen Wandels hin.

(Michael Andrejewski, NPD: Das ist ja eine spannende Herausforderung. – Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Vergreisung, Herr Andrejewski, im Kontext Ihres Antrages, bringt die Mutwilligkeit einer Altersdiskriminierung zum Ausdruck.

(Michael Andrejewski, NPD: So ein Schwachsinn! – Stefan Köster, NPD: Oh, Sie haben doch echt einen an der Waffel!)

Eine Gesellschaft ...

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Abgeordneter Köster, ich erteile Ihnen wegen der persönlichen Beleidigung einen dritten Ordnungsruf und weise Sie darauf hin, dass Sie damit kein Rederecht mehr haben. Sollten Sie in dieser Art und Weise hier weiter verunglimpfen, werde ich Sie mit einer anderen Ordnungsmaßnahme belegen.

Bitte, Herr Abgeordneter.

(Stefan Köster, NPD: Dann sollte der Redner zur Sache sprechen. – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Torsten Koplin, DIE LINKE: Eine Gesellschaft, die Werte wie Solidarität, Mitmenschlichkeit, Nächstenliebe, Demokratie und Freiheit lebt, lebt auch Ehrfurcht vor dem Alter.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Sie, Herr Andrejewski, und Sie, die Abgeordneten der Fraktion der NPD, instrumentalisieren die Tatsache des Älterwerdens der Gesellschaft für Ihre widerliche Ideologie,

(Michael Andrejewski, NPD: Und Sie haben das alles verursacht.)

denn die NPD lebt von Schreckensszenarien,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

sie konstruiert und braucht für ihre Politik Gespensterdiskussionen.

(Michael Andrejewski, NPD: Stattdessen ist alles in Butter.)

Der Antrag der NPD auf Einsetzung einer Enquetekommission "Drohende Vergreisung des Landes Mecklenburg-Vorpommern und nachhaltige Gegenstrategien" ist von schlichtem Inhalt und fadenscheinig noch dazu. Er ist schlicht, weil er unlogisch ist.

(Michael Andrejewski, NPD: Schlicht kann auch richtig sein. – Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Sie begründen Ihren Antrag mit – ich zitiere – "einer verfehlten Politik der Altparteien".

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Nur einmal nebenbei: "Altparteien" war ein Begriff der NSDAP.

(Gelächter bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Sie entblöden sich jedoch nicht,

(Zuruf von Tino Müller, NPD)

im gleichen Atemzug im Punkt 2 Ihres Antrages

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

die bisher ergangenen Maßnahmen im Land Mecklenburg-Vorpommern zur Minderung der Abwanderung und des Geburtendefizits bündeln zu wollen. Ihre Politik ist schlecht – also ich kommentiere jetzt einfach einmal, was Sie uns in Ihrem Antrag sozusagen unterschieben –, wir aber wollen sie bündeln. Was Sie wirklich wollen, und deswegen ist Ihr Antrag fadenscheinig, ist, ein parlamentarisches Instrument für Ihre perfide Ideologie zu bekommen.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Mit Ihrem Antrag wollen Sie nunmehr eine Struktur, mit Personal und Geld ausgestattet, versteht sich, um das propagieren zu können,

(Michael Andrejewski, NPD: Oh, was Sie alles so durchschauen!)

was Sie biologistisch, völkisch hier bereits verschiedentlich vorgetragen haben. Ja, Ihren Antrag muss man unbedingt im Zusammenhang mit anderen Anträgen und Reden in diesem Hause sehen.

(Michael Andrejewski, NPD: Wahnsinn!)

So erklärte einer der NPD-Abgeordneten am 21. Oktober 2008 in diesem Hause: Es müssen "Maßnahmen zur Behebung des Kindermangels der Deutschen" eingeleitet werden. Zitatende.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Stefan Köster, NPD: Jawoll! – Michael Andrejewski, NPD: Schlimm, ganz schlimm!)

Ob darunter auch der Zwang zur Kinderzeugung zu fassen ist,

(Gelächter bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

ließ der Redner ausdrücklich offen.

(Stefan Köster, NPD: Oh, oh, oh! – Zuruf von Tino Müller, NPD)

Am 28. Januar 2009 war seitens der NPD davon die Rede.

(Michael Andrejewski, NPD: Ja, mit vorgehaltener Kanone.)

dass die deutschen Mütter nicht länger ihrer Mutterrolle entfremdet werden dürften.

(Gelächter bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Ob darunter die Neuauflage des Mutterkreuzes aus der NS-Zeit zu verstehen ist, ließ der Redner ausdrücklich offen.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

In welchem geistigen Fahrwasser die NPD schwimmt, wird deutlich, wenn man neben die Reden der NPD-Abgeordneten die Reden verblichener Nazigrößen legt.

(Michael Andrejewski, NPD: Oh, was Sie sich für eine Mühe machen!)

Ich zitiere: "Der Bauer hat dem städtischen Ein- und Keinkindersystem den Reichtum einer kinderfrohen Ehe entgegenzusetzen", sagte Reichsbauernführer Darré am 6. Oktober 1933.

(Michael Andrejewski, NPD: Ein kluger Mann!)

Der Landtag habe dafür zu sorgen, dass die deutsche Frau durch das Kinderkriegen in ihrer Mutterrolle geadelt werde, verlangte mehrfach ein streng gescheitelter NPD-Abgeordneter an diesem Rednerpult.

> (Peter Ritter, DIE LINKE: War das Herr Müller zufällig? – Tino Müller, NPD: Bingo!)

Was wird daran deutlich?

(Michael Andrejewski, NPD: Das sind für Sie schlimme Vorwürfe.)

Die NPD will im 75. Jahr, und daran möchte ich hier an dieser Stelle unbedingt erinnern, Herr Andrejewski,

(Michael Andrejewski, NPD: Ja, ich bin da.)

weil Sie das einfach verschleiern wollen,

(Gelächter bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Michael Andrejewski, NPD: Ja, natürlich.)

die NPD will im 75. Jahr des Reichsbürgergesetzes und des Gesetzes zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre, also der Nürnberger Gesetze, die Rassentheorie zur Arbeitsgrundlage im Landtag machen.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Und das, sehr geehrten Damen und Herren, lassen wir nicht zu!

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

Die Rassentheorie und die Nürnberger Gesetze bildeten die juristische Grundlage des Holocaust. Uns sind die Konsequenzen Ihrer politischen Absichten bekannt. Die demokratischen Parteien lassen sich an keiner Stelle von Ihnen instrumentalisieren. Sie von der NPD treffen nicht auf unsere Zustimmung, sondern auf unsere Abscheu.

(Michael Andrejewski, NPD: Überraschung!)

Ich schließe mit dem Beleg für die Konsequenzen sogenannter nationalsozialistischer Bevölkerungspolitik und zitiere aus dem Bericht des SS-Generals Pohl über die Verwertung von Textilmaterial aus der Judenaussiedlung: "Geliefert wurden"(Stefan Köster, NPD: Ein Drehbuch.)

"an die Volksdeutsche Mittelstelle Knabenröcke 11.000 Stück, Knabenhosen 3.000 Stück,"

> (Michael Andrejewski, NPD: Und deswegen brauchen wir heute keine Kinder. Wir sterben aus.)

"Mädchenkleider 9.000 Stück, Schürzen 2.000 Stück, Schlüpfer 5.000 Stück, Schuhe 22.000 Paar." Zitatende.

Zu Ihnen von der NPD, Ihren Anträgen und Ihrer ganzen kruden Ideologie sagen wir: Nein, nein und nochmals

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und FDP – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke, Herr Abgeordneter Koplin.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/3178. Wer diesem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um sein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/3178 bei Zustimmung durch die Fraktion der NPD und ansonsten Ablehnung durch die Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 30**: Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Eckwerte der Hochschulentwicklung des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 5/3184.

Antrag der Fraktion DIE LINKE: Eckwerte der Hochschulentwicklung des Landes Mecklenburg-Vorpommern – Drucksache 5/3184 –

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Professor Dr. Methling. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! In der Klausurberatung unserer Fraktion Anfang Januar dieses Jahres haben wir mit allen Rektoren der Hochschulen und Vertretern der Studierenden über Erfahrungen, Wünsche und Forderungen der Hochschulen für die neu zu erarbeitenden Hochschulvereinbarungen beraten. Dabei wurde von allen Rektoren kritisiert, dass das Bildungsministerium noch keine Eckwerte für die Erarbeitung der neuen Hochschulvereinbarung vorgelegt hat. Deshalb haben wir heute diesen Antrag eingebracht.

Ich darf zunächst auf die Rechtslage verweisen. Im Paragrafen 15 des derzeit gültigen Landeshochschulgesetzes heißt es unter der Überschrift "Hochschulplanung, Zielvereinbarungen" im Absatz 2, ich zitiere: "Auf der Grundlage der … Hochschulentwicklungspläne erarbeitet das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur … in Abstimmung mit den Hochschulen die Eckwerte der Hochschulentwicklung des Landes", welche durch die Landesregierung beschlossen und dem Landtag zur Zustimmung vorgelegt werden. "Die Eckwerte … legen im Einzelnen fest:

- "die Schwerpunkte, die im Interesse eines landesweit ausgewogenen Grundangebots in Forschung und Lehre vorzuhalten sind,"
- 2. "das flächenbezogene Ausbauziel nach Hochschulen sowie die Schwerpunkte des Hochschulbaus,"
- 3. "das Volumen des für alle Hochschulen in Aussicht genommen Gesamtbudgets."

Ende des Zitates. So weit die Vorgaben des Gesetzgebers an die Landesregierung. Sie sind, was die Aufgaben betrifft, klar und eindeutig formuliert.

Mein Kollege Holter hat heute Morgen deutlich gemacht, wo die Landesregierung gegenwärtig auf betriebseigenen Baustellen noch herumwerkelt, ohne fertig zu werden. Da es sich hierbei ausschließlich um Büroarbeit handelt, sind die gegenwärtig tiefen Temperaturen kein Argument für ein unzureichendes Tempo bei der Erarbeitung der Eckwerte. Im Gegenteil, bei dem Wust an Arbeit, der vor der Regierung und den Koalitionsfraktionen liegt, kann einem eigentlich ganz heiß werden.

Bevor Sie nun die sattsam bekannten Argumente wieder in die Debatte einbringen, wir kennen sie ja – nach der Devise, wir machen schon beziehungsweise auf Plattdeutsch, ick bün all hier, es bedarf keiner Aufforderung durch die Opposition –, und als Begründung anführen, will ich auf den Absatz 3 des schon angesprochenen Paragrafen 15 des Landeshochschulgesetzes verweisen. Dort wird geregelt, dass die Hochschulen unter Berücksichtigung der Eckwerte der Hochschulentwicklung mit dem Bildungsministerium Zielvereinbarungen über ihre jeweiligen Entwicklungs- und Leistungsziele abschließen. Die derzeit gültigen Zielvereinbarungen laufen zum 31.12. dieses Jahres aus.

Nun könnte man meinen, es ist genug Zeit bis dahin. Genau dort liegt jedoch das Problem. Und dieses Problem ist auch aus unserer gemeinsamen Erfahrung ein Problem des Parlaments, zunächst aber ein Problem des zuständigen Ministeriums.

Das Landeshochschulgesetz legt für die einzelnen Hochschulen nach Paragraf 15 Absatz 1 fest, dass sie in einem Zyklus von fünf Jahren Hochschulentwicklungspläne vorlegen, die die Grundzüge ihrer Entwicklung ausweisen. Das haben die Hochschulen pflicht- und termingemäß getan. Nach unseren Informationen liegen spätestens seit Anfang 2009 dem Bildungsministerium diese Hochschulentwicklungspläne vor.

Bei der Weiterführung des Prozesses in Form der Umsetzung der Hochschulgesamtpläne in die Eckwerte der Hochschulentwicklung des Landes ist das Ministerium in der Verantwortung. Wie in dieser Legislaturperiode inzwischen üblich, gibt es bisher nur vollmundige Ankündigungen. So erklärte der Bildungsminister am 10. November 2008 – ich betone, 10. November 2008, also vor über einem Jahr –,

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

in einer Pressemitteilung unter der Überschrift "Nächste Phase der Zielvereinbarung im Visier ... Minister Tesch ... lädt Rektoren und Kanzler zum Workshop nach Sparow ein", ich zitiere: "Die Rektoren und Kanzler der Hochschulen in Mecklenburg-Vorpommern sind ... in Sparow im Müritzkreis zu einem zweitägigen Workshop über die weitere Ausgestaltung der Zielvereinbarungen zusammen gekommen." Zitatende. Der Minister wird zum Ziel der Beratung dann wörtlich wie folgt zitiert: "Der Workshop soll die Möglichkeit bieten, rechtzeitig über die weitere Entwicklung zwischen Land und Hochschulen nachzudenken und partnerschaftlich zu debattieren, um so schon konkret und ergebnisorientiert in die Verhandlungen für die Zielvereinbarungen in der Phase 2011 bis 2015 eintreten zu können." Ende des Zitates. Es wäre gut gewesen, wenn es denn so gewesen wäre.

Ich kann heute nur feststellen, dass im Ministerium wohl immer noch nachgedacht wird. Es stellt sich zudem die Frage, auf welchen konzeptionellen Grundlagen denn das Ministerium partnerschaftlich mit wem debattiert hat. Wenn zu diesem Zeitpunkt die Hochschulentwicklungspläne möglicherweise auch nur im Entwurfsstadium vorlagen, ist nicht zu verstehen, dass bisher noch nicht ansatzweise etwas über die Eckwerte der Hochschulentwicklung des Landes zu hören ist.

(Zuruf von Ilka Lochner-Borst, CDU)

Die schönen Ankündigungsfloskeln von rechtzeitig, konkret und ergebnisorientiert, die im November 2008 administrative Aktivitäten dokumentieren sollten,

(Irene Müller, DIE LINKE: Das ist schon ein bisschen her.)

haben sich schlichtweg in Luft aufgelöst, denn wir können keine Ergebnisse sehen.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mein Unmut ist deshalb so groß, weil die Hochschulentwicklung in unserem Lande nicht irgendetwas ist, was so nebenbei erledigt werden kann. Das wissen wir aus langer Erfahrung. Die Hochschulen und Forschungseinrichtungen in unserem Land sind wesentliche Standortfaktoren, sie sind große Arbeitgeber in ihren Regionen und vor allem bedeutende innovative und wissenschaftliche Einrichtungen. Für ihre bisherigen Leistungen verdienen sie unseren Respekt und unsere Anerkennung. Dies ist auch des Öfteren öffentlich dargestellt worden. Vor allem verdienen sie unsere nachhaltige Unterstützung bei der weiteren Entwicklung. Dazu ist eine rechtzeitige und ergebnisorientierte Zusammenarbeit mit den Hochschulen eine grundlegende Voraussetzung.

Aber nicht nur die Hochschulen haben ein berechtigtes Interesse, sondern auch wir als Abgeordnete, als Parlament. Wie am Anfang der Rede bereits festgestellt, muss die Landesregierung die Eckwerte der Hochschulentwicklung und danach auch die daraus abzuleitenden Zielvereinbarungen diesem Hohen Haus zur Beratung und Beschlussfassung vorlegen. Wir müssen uns also zunächst mit den Eckwerten und dann mit den Zielvereinbarungen beschäftigen. Wir haben dazu parlamentarische Gremien. Es wird Ausschussberatungen geben, es wird Anhörungen geben und so weiter.

Aus der letzten Legislaturperiode wissen wir, dass es dabei sehr unterschiedliche Argumente abzuwägen gilt und kontroverse Standpunkte zu Kompromissen geführt werden müssen, damit es wirkliche Vereinbarungen werden, und nicht wieder wie im ersten Gang Zielvorgaben gegenüber der Universität Rostock, die erst im Nachhinein aufgelöst werden konnten, also Regelungen, die dann getroffen werden konnten, wie unter anderem in der Zahnmedizin. Dazu ist neben den erforderlichen Dokumenten vor allem eines notwendig, und zwar ausreichend Zeit. Und genau diese Zeit wird immer knapper. Darum fordern wir die Vorlage der Eckwerte der Hochschulentwicklung zum 31.03.2010.

Ich interpretiere die Gesetzeslage so, dass der Landtag zuerst über die Eckwerte befinden muss, – ich habe das schon gesagt –, sind diese behandelt, kommen als Nächstes die Zielvereinbarungen, die mit den Hochschulen auszuhandeln sind.

Minister Tesch hat vor zwei Tagen angekündigt, im Sommer und im Herbst Workshops durchzuführen, bei denen es unter anderem um die Fortführung der Zielvereinbarungsgespräche gehen soll. Auch unter der Voraussetzung, dass die Eckwerte bis zu dem genannten Termin, wenn es denn so sein sollte, also bis zum 31. März vorliegen, wird es bei den parlamentarischen Beratungen bezogen auf die einzelnen Stufen des Gesamtprozesses außerordentlich eng, die Zielvereinbarungen spätestens in der Dezembersitzung zu behandeln. Ich hoffe sehr, dass es nicht, wie schon öfter in dieser Legislaturperiode geschehen, dazu kommt, dass

wir unter erheblichem Zeitdruck stehen, der dazu führt, dass Beratungsgegenstände von landesweit erheblicher Bedeutung mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen faktisch durchgepeitscht werden, sondern dass wir ausreichend Zeit haben, uns mit den Zielvereinbarungen zu beschäftigen.

Deswegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, fordere ich Sie auf und bitte ich Sie, unserem Antrag zuzustimmen, dass die Landesregierung bis zum 31.03.2010 Eckwerte vorlegt, die die Grundlage für die neu abzuschließenden Zielvereinbarungen sind. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Professor Dr. Methling.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 30 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Als Erster hat ums Wort gebeten der Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur Herr Tesch. Bitte schön, Herr Minister, Sie haben das Wort.

Minister Henry Tesch: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Antrag lautet: "Die Landesregierung wird aufgefordert, spätestens bis zum 31. März 2010, die Eckwerte der Hochschulentwicklung des Landes gemäß § 15 Abs. 2 Landeshochschulgesetz M-V dem Landtag zur Beratung vorzulegen." Wir müssten dies bis Juni tun. Ich würde mich das so nicht trauen zu äußern. Aber Herr Koplin hat heute auch gesagt: Das Einfache ist das Geniale. Insofern legen wir die Eckwerte bereits im März vor. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Minister.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Brodkorb. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Mathias Brodkorb, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Herr Professor Methling, ich möchte Sie animieren, Ihren Antrag einfach zurückzuziehen, weil er sich mit der Ankündigung des Ministers erledigt hat. Wenn Sie ihn trotzdem zur Abstimmung stellen, werden wir ihn ablehnen, und zwar aus folgendem Grund: Das hat mit einer Geschichte zu tun, die mich mit Herrn Bluhm verbindet – der hinter mir sitzt –, weil wir beide durchaus einen gewissen kreativen Anteil an der Ausgestaltung des Paragrafen 15 LHG haben. Sie haben nicht alles vorgelesen. Da steht drin im Absatz 1: "Jede Hochschule erstellt einen fünfjährigen Hochschulentwicklungsplan ... Die Hochschulen legen spätestens zwölf Monate vor Ablauf der Planungsperiode ... ihre Hochschulentwicklungspläne ... vor."

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Ich zitiere etwas verkürzt.

Damit beginnt jetzt die Planungsperiode und endet am 31. Dezember 2010. Dies ist durch die Hochschulen geschehen, und zwar weit vorfristig. Und dann ist festgelegt, dass spätestens sechs Monate nach dieser Frist, das heißt sechs Monate nach diesen zwölf Monaten, das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur die Eckwerte vorlegen muss.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Ja.)

Dies ist geregelt in Absatz 2. Und die Frist dafür läuft am 30. Juni 2010 aus. Das heißt, Sie fordern uns gerade auf, die Regierung zu beauftragen, dass sie schneller arbeitet als die rot-rote Koalition, die die Regierung gesetzlich verpflichtet hat. Das ist Ihr gutes Recht.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Sie haben eine eigenartige Zeitrechnung.)

Es ist nichts dagegen zu sagen, dass man noch etwas schneller wird. Die Koalitionsfraktionen sind dem Minister dankbar dafür, dass er es möglich macht, dass das Parlament auch noch drei Monate mehr Zeit hat, um die Eckwerte zu beraten. Insofern herzlichen Dank! Aber damit hätte sich Ihr Antrag auch erledigt.

Ich glaube, in Zukunft bräuchten wir nicht unbedingt Anträge, die quasi noch höhere Normen an die Regierung oder an das Verwaltungshandeln anlegen, als wir als Parlament der Regierung bereits gesetzlich vorgegeben haben. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU – Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke, Herr Abgeordneter.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der FDP der Vizepräsident Herr Kreher. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Hans Kreher, FDP: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch wenn der Herr Minister jetzt angekündigt hat, dass das im März kommen wird, halten wir es auf jeden Fall für erforderlich, damit wir rechtzeitig die richtigen Weichen stellen können.

(Zuruf von Ilka Lochner-Borst, CDU)

Wir wollten auf jeden Fall den Antrag der Fraktion DIE LINKE unterstützen. Wir werden das Ganze, auch wenn die Fraktion DIE LINKE das nicht zurückziehen wird, wovon ich ausgehe, unterstützen, damit auch noch einmal der Nachdruck da ist, jawohl, wir brauchen das früher, auch wenn es das Gesetz der Regierung unter Umständen ermöglicht hätte, das etwas später zu bringen.

(Irene Müller, DIE LINKE: Wir müssen es ja nicht immer bis zum letzten Tag machen.)

Meine Damen und Herren, wenn wir darüber abstimmen, werden wir dem Antrag zustimmen, ansonsten ...

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Das ist kein Gesetz der Regierung.)

Entschuldigung, das Gesetz, das der Landtag beschlossen hat. Danke.

(Heinz Müller, SPD: Schon besser.)

Gut, aber Sie wissen, wie wir uns verhalten wollen, das ist die Hauptsache.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Abgeordneter.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der CDU die Abgeordnete Frau Lochner-Borst. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Ilka Lochner-Borst, CDU: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Vorgang heute Abend hier hat für mich so etwas wie "Und täglich grüßt das Murmeltier", nur in anderen Rollen. Ich erinnere mich sehr gut an die letzte Legislaturperiode und an riesige Debatten zur Vorlage von Eckwerten und Zielvereinbarungen in diesem Hohen Haus. Allerdings war es damals nicht so einfach gestaltet, Herr Professor Methling, wie sich das jetzt darstellt. Der Minister hat angekündigt, dass wir sogar vor den angekündigten Fristen die Eckwerte im Bildungsausschuss haben werden. Deshalb ist Ihr Antrag heute völlig unnötig. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke, Frau Abgeordnete.

Es hat jetzt noch einmal das Wort für die Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Professor Dr. Methling. Bitte, Herr Abgeordneter.

Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Es ist schon eine eigenartige Logik, was der Minister sagt: Wir legen das zum 31.03. fest, aber ziehen Sie Ihren Antrag zurück, sonst wird er abgelehnt. Das kann ich inhaltlich wirklich überhaupt nicht nachvollziehen.

(allgemeine Unruhe)

Ich bin sehr dankbar darüber, dass der Minister so kurz und klar darauf geantwortet hat. Ja, das ist nicht immer so. Er hat manchmal eher beleidigt reagiert, wenn es Fragen und Anmerkungen gab. Das hat er nicht getan.

Im Übrigen will ich ihm danken, dass er auf den Beitrag oder den Antrag, den Herr Bluhm hier vorgetragen hat, so ausführlich geantwortet und Stellung genommen hat, im Unterschied zu den Vertretern der die Regierung tragenden Fraktionen. Ich finde das zumindest sehr anständig, auch wenn wir sicherlich unterschiedliche Bewertungen haben. Ich glaube, das sollte auch zur Kultur gehören, wenn wir miteinander umgehen. Eigentlich pflegen wir das ganz gut im Bildungsausschuss, aber heute schien mir das nicht ganz angemessen zu sein, wie Sie hier vorgehen.

In der Tat war es so, dass es nicht einfach war, Hochschulvereinbarungen zur gesetzlichen Pflicht zu machen und Eckwerte, die dazu erforderlich sind, vorzulegen. Daran kann ich mich auch erinnern, obwohl ich damals nicht in der Verantwortung gewesen bin. Frau Lochner-Borst hat darauf hingewiesen, dass dabei unter anderem Anträge von Herrn Bartels und der CDU-Fraktion hilfreich waren, um dazu zu kommen, dass mit einer gewissen Verzögerung die Hochschulvereinbarungen dann Anfang 2006 beschlossen worden sind.

Wir haben inzwischen natürlich Erfahrungen und wir haben uns auch verpflichtet, was Zeiträume und so weiter betrifft. Insofern wäre es gut gewesen, wenn dort rechtzeitig gehandelt wird. Sie haben das jetzt auf die gesetzlich vorgegebenen Pflichten bezogen. Die Hochschulen haben schon lange, also Anfang 2009, das betone ich, ihre Schularbeiten gemacht. Dass Sie nun mit fast eineinhalb Jahren Verzögerung mit den Eckwerten darauf antworten, ist schon überraschend. Es ist schon überraschend, dass Sie das als ein hohes oder ausreichendes Tempo bezeichnen.

(Vizepräsident Hans Kreher übernimmt den Vorsitz.)

Ich sehe das anders. Die Hochschulen haben es sich anders gewünscht und haben das sicherlich auch in Gesprächen mit dem Ministerium zum Ausdruck gebracht.

Ich bin froh, dass es jetzt auf diese Art und Weise umgesetzt werden kann, damit wir hoffentlich schnell die Zielvereinbarungen vorbereiten können. Ich gehe davon aus, dass wir im April die Eckwerte hier im Landtag zur Debatte haben und dann die weiteren Weichen gestellt werden können. Dafür bin ich dem Ministerium sehr dankbar. Ich hoffe, dass wir damit wirklich rechtzeitig – wie Sie das glauben – dann zurande kommen, aber davon bin ich angesichts der Evaluierung noch nicht ganz überzeugt. Sie sind dazu verpflichtet, eine Evaluierung der Zielvereinbarungen, die vorher abgeschlossen worden sind, vorzunehmen. Es steht nämlich im Punkt 8 in den Vereinbarungen, dass eine Evaluation vorzunehmen ist und rechtzeitige Gespräche für eine solche Evaluation und Fortschreibung zu führen sind.

Ob die Workshops, die Sie bisher durchgeführt haben, wirklich einer Evaluierung gedient haben, das möchte ich mal bezweifeln. Das, was uns in der Fraktionsklausur vorgetragen worden ist, spricht nicht unbedingt dafür. Sie werden es aber möglicherweise noch ausreichend tun. Ob rechtzeitig, das wird dann der Gang der Geschichte hier im Parlament zeigen. Ich habe jedenfalls die Hoffnung, dass es gelingt. Wir werden alles dafür tun und uns beeilen, die Eckwerte und die entsprechenden Vereinbarungen zu bewerten. Den Antrag ziehen wir nicht zurück. – Danke schön.

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Professor Methling.

Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3184. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke. Enthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3184 bei Zustimmung der Fraktionen DIE LINKE und FDP sowie Gegenstimmen der Fraktionen der SPD, CDU und NPD abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 31**: Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Stärkung der Unabhängigkeit der Gerichte, Drucksache 5/3185.

Antrag der Fraktion DIE LINKE: Stärkung der Unabhängigkeit der Gerichte – Drucksache 5/3185 –

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Borchardt von der Fraktion DIE LINKE.

Barbara Borchardt, DIE LINKE: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist schon famos, die Minister der Landesregierung entwickeln zurzeit eine unglaubliche Schnelligkeit. Ein Minister liefert schon etwas ab, das haben wir gerade gehört, bevor der Termin oder die Frist da ist, und von der anderen Ministerin konnten wir schon vor zwei Stunden hören oder lesen, was sie uns jetzt vielleicht irgendwann sagt.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Die sind gut vorbereitet. – Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Sehr gut vorbereitet.

Meine Damen und Herren, ich könnte mir die Debatte um unseren Antrag eigentlich leicht machen, denn zumindest die Auffassung der Justizministerin steht ja schon fest.

(Gino Leonhard, FDP: Die Ministerin muss nicht reden heute.)

nachzulesen, wie gesagt, in der Presseerklärung. In einem sind wir uns aber einig: "Richter müssen unabhängig sein", so die Justizministerin des Landes Mecklenburg-Vorpommern.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die der rechtsprechenden Gewalt in Deutschland vorgegebenen institutionellen Strukturen stammen aus dem vorletzten Jahrhundert. Aufbau und Funktionsweise der Gerichte in der Bundesrepublik werden noch heute, zu Beginn des 21. Jahrhunderts, maßgeblich durch das Gerichtsverfassungsgesetz aus dem Jahre 1877 bestimmt. Nein, diese Einschätzung stammt nicht von mir, obwohl ich sie teile, sondern von einem renommierten Richter aus Wiesbaden, der an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main in einem Forschungsprojekt zur Frage der Stärkung der Unabhängigkeit der Justiz mitarbeitet.

Ich denke, die demokratischen Fraktionen des Landtages Mecklenburg-Vorpommern schließen sich unserer Auffassung – Rechtsstaatlichkeit verlangt Gewaltenteilung – an. Diese Gewaltenteilung wird mit der strukturellen Aufteilung staatlicher Macht auf die drei klassischen Gewalten gewährleistet. So weit, so gut. Leider hat nach unserer Auffassung nicht nur die Bundesrepublik Deutschland diesen Grundsatz der Gewaltenteilung vielfältig aufgeweicht, so hat sie in der Justiz die sogenannten vordemokratischen Strukturen beibehalten, die eine klare Gewaltenteilung behindern.

Das Grundgesetz schreibt in Artikel 92 fest, ich zitiere: "Die rechtsprechende Gewalt ist den Richtern anvertraut", Zitatende. Das bedeutet: Den Richtern ist ausdrücklich nicht nur die Rechtsprechung, sondern die gesamte dritte Gewalt anvertraut. Und dann schauen wir uns die Wirklichkeit an, da wiederhole ich gern meine Aussage: Die Justiz in der Bundesrepublik Deutschland ist eine Art "Wurmfortsatz" der Verwaltung, also der zweiten Gewalt.

(Toralf Schnur, FDP: Eine kühne Aussage, Frau Borchardt. Das ist wirklich kühn.)

Ausgehend vom Justizministerium finden sich in den Richter- beziehungsweise Justizgesetzen des Bundes und der Länder dementsprechend ein Gerichtsaufbau wie im exekutiven Behördenwesen mit Obergerichten als Mittelbehörden und den erstinstanzlichen Gerichten als untere Behörden.

(Zurufe von Irene Müller, DIE LINKE, und Peter Ritter, DIE LINKE)

Die Justizminister bestimmen also, wem der Zugang zur Justiz eröffnet wird und wer nach einer Probezeit auf Lebenszeit in den Justizdienst berufen wird. Sie beurteilen und ihre nachgeordneten Behörden beurteilen die fachlichen Leistungen der Richter und üben die Disziplinarhoheit über sie aus.

Die Justizminister sind zuständig für Umfang und Inhalt richterlicher und staatsanwaltlicher Fortbildungen. Sie bestimmen zudem, wer innerhalb der Justiz in welcher Weise Karriere macht, sie vertreten die Justiz bei den Haushaltsdebatten und teilen der Justiz etwaige personelle und sächliche Mittel zu und, und, und. Mit anderen Worten: Diejenigen, die im demokratischen Staatsmodell von der Justiz überwacht werden sollen, können sich ihre Kontrolleure selbst aussuchen, können sie befördern und in ihrer Arbeit fördern oder behindern. Im Falle der Staatsanwaltschaften steht ihnen sogar ein Weisungsrecht zu, etwa bestimmte Ermittlungen bevorzugt durchzuführen. Ebenso können mithilfe des Weisungsrechtes Ermittlungen der Staatsanwaltschaft durchaus auch erheblich behindert werden.

Wir meinen, die Wahrung der Unabhängigkeit der Justiz kann nur gewährleistet werden, wenn zum Beispiel die Richterinnen und Richter, wie in Artikel 97 Grundgesetz vorgesehen, die persönliche und sachliche Unabhängigkeit genießen und ihre Entscheidungen ausschließlich an Recht und Gesetz ausrichten. Nur dann kann eine unparteilsche Entscheidung ergehen und nur dann findet sie auch für das soziale Miteinander und die für den Rechtsfrieden erforderliche Akzeptanz.

Um das auch gleich zu sagen: Es geht hier nicht um ein Misstrauen gegenüber den Richterinnen und Richtern in unserem Land, aber auch Richterinnen und Richter sind Menschen mit den üblichen Eigenschaften. Wir brauchen in diesem Zusammenhang nicht über menschliche Schwächen zu lamentieren oder Appelle an die Charakterfestigkeit des Einzelnen zu richten. Deshalb liegt es auf der Hand, dass ein Richter mit erheblichen Karriereambitionen sich nicht zwingend bei der Regierung unbeliebt machen möchte und deshalb etwa verwaltungs-, finanz- oder landgerichtliche Entscheidungen in Staatshaftungssachen eher so begründen wird, dass das Land nicht verliert.

Die richterliche Unabhängigkeit ist aber auch dann gefährdet, wenn Hierarchien innerhalb der Justiz eine vollkommen freie Entscheidung zumindest behindern. Und das schätzen nicht nur wir so ein, sondern Mitglieder der Berufsgruppe selbst. Auf einer internationalen Tagung in Frankfurt am Main, an der ich persönlich teilnehmen durfte, wurde diese Einschätzung von anerkannten Richtern der Bundesrepublik Deutschland vorgenommen.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Hört, hört!)

Ehrlich gesagt, ich würde mich freuen,

(Vincent Kokert, CDU: Wenn Sie sich freuen, freuen wir uns auch.)

wenn wir Abgeordneten in Bezug auf unsere Arbeit ebenso selbstkritisch miteinander umgehen würden.

Aber zurück zum Thema: Wer sich mit diesem Thema beschäftigt, der wird sehr schnell darauf kommen, dass dieses Thema schon seit 1951 in der Bundesrepublik Deutschland diskutiert wird. Und wie sieht es in Europa aus? Da ist festzustellen, bis auf drei Länder der Europäischen Union, nämlich Deutschland, Österreich und Tschechien, verwaltet sich die Justiz selbst. Und bevor Sie mir mit den skandinavischen Ländern kommen, kann ich an dieser Stelle nur sagen, ja, auch in den skandinavischen Ländern verwaltet sich die Justiz selbst. Es ist aber nicht zu vergleichen mit der Justiz in Deutschland, weil sie ganz andere Strukturen haben. Ich denke, die muss man in eine andere Kategorie nehmen. Deutschland, und das kann man wohl zu Recht sagen, ist zumindest in Bezug auf die Selbstverwaltung eher ein Entwicklungsland in der Europäischen Union.

Wo liegt nun die Lösung der von mir angesprochenen Probleme? Dazu gibt es von den Vereinen und Verbänden wie dem Richterbund, der Neuen Richtervereinigung oder der Fachgruppe ver.di unterschiedliche Konzepte, aber es gibt auch ein Konzept, das in der Landesregierung Hamburg zurzeit umgesetzt wird. Hamburg wird regiert von CDU und Bündnis 90/Die Grünen.

(Vincent Kokert, CDU: Ja.)

Alle Konzepte verbindet ein Ziel, eine enthierarchisierte und demokratische Selbstverwaltung zu schaffen. Und sie kommen zu einem Ergebnis: Nimmt man den Rechtsstaat ernst, muss man eine tatsächliche Gewaltenteilung schaffen. Das bedeutet die Schaffung einer demokratischen Justizstruktur, in welcher die richterliche Unabhängigkeit gefördert wird. Zu den Vorschlägen gehört die Schaffung von Justizräten, dem Justizverwaltungsrat und dem Obersten Richterrat, die an dieser Stelle genannt sein sollen. Und auch das sei gesagt, selbstverständlich geht es in erster Linie um die Einbeziehung der Gerichte vor Ort.

Meine Damen und Herren, wir sind fest davon überzeugt, dass wir diese Frage gemeinsam im Europa- und Rechtsausschuss verbunden mit einer Anhörung diskutieren sollten. Mit einer angemessenen Diskussion und auch gemeinsamen Festlegungen werden wir in der Lage sein, hier in Mecklenburg-Vorpommern zur Sicherung des Rechtsstaates und zur Schaffung von demokratischen Strukturen Veränderungen vorzunehmen. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Frau Borchardt.

Meine Damen und Herren, im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst die Justizministerin des Landes Mecklenburg-Vorpommern Frau Kuder.

Ministerin Uta-Maria Kuder: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Um es vorwegzunehmen und in der Pressemitteilung ist es ja auch bereits erfolgt, das wird Sie auch nicht verwundern, halte ich die bestehende Form der Justizverwaltung für die am besten geeignete Form.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Genau, Frau Ministerin, wir auch.)

um den verfassungsrechtlich gesicherten Justizgewährleistungsanspruch zu erfüllen. Die deutsche Justiz ist in Umfragen zum Vertrauen und objektiv messbaren Erledigungsdaten auch im internationalen Vergleich konkurrenzfähig und hoch angesehen.

Die Justiz in Deutschland ist hochmodern ausgestattet, die Entscheidungen sind auf qualitativ höchstem Niveau. Wir sind im europäischen Vergleich bei allen Untersuchungen auf den Spitzenplätzen. Wir stehen keineswegs vor dem vielfach beschriebenen Kollaps. Die bestehende Form der Justizverwaltung mit einem Justizministerium als auch für die personelle und sächliche Ausstattung der Gerichte zuständige oberste Dienstbehörde mag zwar ihre Schwächen und Unzulänglichkeiten an der einen oder anderen Stelle haben, ich halte es aller-

dings für verfehlt, zu glauben, dass mit einer Selbstverwaltung der Gerichte alles besser würde. Die Richter müssen unabhängig sein, das ist der Grundpfeiler unseres Rechtsstaates.

Richterliche Unabhängigkeit bedeutet aber nicht, dass sich die Gerichte selbst verwalten müssen. Die Aufgabe der Richter ist vordringlich die Rechtsprechung und nicht die Verwaltung.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr richtig.)

Als Institution würde ein sich selbst verwaltendes Gericht nach meiner Überzeugung bereits nach kurzer Zeit nicht nur Objekt, sondern – und das ist das Entscheidende – auch selbst Teilnehmer justizpolitischer Auseinandersetzungen werden, und zwar in doppelter Hinsicht: Zum einen gegenüber den anderen Akteuren im politischen Spannungsfeld, den Parteien, Fraktionen und der Landesregierung und zum anderen wären aber auch interne Auseinandersetzungen bei der Ressourcenverwaltung, Verteilung unter den Gerichtsbarkeiten, zu befürchten.

Wer bitte, Frau Borchardt, wenn nicht die Justizministerin, soll die finanziellen Interessen der Justiz in der Landesregierung wahrnehmen? Die Entscheidung über den Haushalt und somit über die finanziellen Zuweisungen für die Justiz werden im Kabinett getroffen, in dem eine Justizministerin sitzt.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Die sind an die Kabinettsdisziplin gebunden.)

Die Regierungsfraktionen entscheiden in ihren Klausurtagungen über die Haushaltsentwürfe. Und bei all diesen Gesprächen wäre kein Mitglied der Selbstverwaltungsgremien dabei, sie bekämen nicht einmal die notwendigen Informationen. Eine ordentliche Interessenvertretung kann nur am Kabinettstisch der Landesregierungen durch eine Justizministerin oder einen Justizminister erfolgen, denn diese haben aufgrund ihrer politischen Verantwortlichkeit ein vitales Interesse am Wohlergehen der gesamten Justiz.

Im Verteilungskampf um die knappen öffentlichen Mittel müsste das Selbstverwaltungsgremium praktisch neben dem vom Kabinett verabschiedeten Haushaltsplanentwurf seinen eigenen Entwurf nicht nur in die parlamentarische Beratung einbringen, da frage ich mich schon, wie das gehen soll, sondern in Abgrenzung zu den haushaltspolitischen Prioritäten des Haushaltsplanentwurfes der Landesregierung und des Parlaments - bei Gesamtausgaben mit einem Zuschussbedarf im dreistelligen Millionenbereich ein ehrgeiziges Vorhaben. Eine solche Justiz, die selbst im politischen Spannungsfeld die von ihr für notwendig erachteten Haushaltsmittel einfordern müsste, geriete zudem über kurz oder lang unter einen erheblichen politischen Erwartungsdruck. Ein solcher Druck wäre nach meiner Überzeugung der verfassungsrechtlich garantierten Unabhängigkeit der Richter als dritte Gewalt dem demokratischen Rechtsstaat abträglich. Jede politische Einflussnahme von den Richtern fernzuhalten, halte ich für eine der vordringlichen Aufgaben der Justizverwaltung.

Die parlamentarische Verantwortung der Justizministerin als Mitglied der Landesregierung schützt die Justiz einerseits in ihrer verfassungsrechtlich garantierten Unabhängigkeit vor politischen Angriffen, andererseits trägt die Justizministerin die politische Verantwortung gegenüber dem Landtag für ihre Personal- und Sach-

entscheidungen und schützt die Justiz auch insoweit in ihrer Unabhängigkeit. Diese Personalverantwortung ist es auch, die die Gewähr für die verfassungsrechtlich geforderte Bestenauslese bietet. Ich befürchte, dass mit der Selbstverwaltung und mit der vorgeschlagenen Gremienverantwortung justiz- und verbandspolitische Einflussnahmen auf die Personalentscheidungen zunehmen und die verfassungsrechtlich geforderte Bestenauslese auf der Strecke bleiben wird.

Während ich als Ministerin im Ernstfall persönlich für personelle Fehlentscheidungen politisch geradestehen muss, können Sie bei einer Gremiumsentscheidung niemanden zur Verantwortung ziehen.

> (Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Ganz richtig. – Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Dies dürfte nicht im Interesse des Parlaments sein. Die Unabhängigkeit der Richterinnen und Richter, die bereits jetzt durch ein engmaschiges gesetzliches Netz abgesichert ist,

(Egbert Liskow, CDU: Hört, hört!)

ich denke vor allem an die Unversetzbarkeit der Richter, die Zuständigkeit der Präsidien für die Geschäftsverteilung, die Verteilung der Präsidialräte und die Einrichtung von Klagemöglichkeiten in Konkurrentenverfahren, würde durch die zur Diskussion gestellten Mitwirkungsmodelle im Ergebnis nicht gestärkt werden.

Dennoch: Sobald ich es politisch verantworten kann, bin ich bestrebt, die Eigenverantwortung der Gerichte im Rahmen des bewährten Systems zu stärken. Als Beispiel möchte ich hier die IT-Fachanwendungen nennen, über deren Einsatz maßgeblich bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften entschieden wurde und über deren Organisation vor Ort entschieden wird. Zudem bereite ich gerade eine Verwaltungsvorschrift vor, aufgrund derer die Personalverantwortung für den gehobenen Justizdienst, die bisher in meinem Hause lag, auf die Präsidenten und die Präsidentinnen der Obergerichte und den Generalstaatsanwalt übertragen wird.

Soweit Sie auf andere europäische Länder verweisen, nur Folgendes: Mir sind keine europäischen Selbstverwaltungsstrukturen bekannt, die zu einer erhöhten richterlichen Unabhängigkeit oder zu einer messbaren besseren Ausstattung der jeweiligen Justizbehörden geführt haben.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Das ist aber eine schöne Ausrede. – Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Ob zum Beispiel Italien oder Ungarn als Vorbild für eine Weiterentwicklung der auf dem Boden des Grundgesetzes entwickelten Organisation der Justiz in Deutschland dienen sollen, diese Frage muss gestellt und beantwortet werden, will man Ihren Vorschlägen folgen. Ich vermag die Notwendigkeit einer Selbstverwaltung der Gerichte nicht zu erkennen. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Frau Ministerin.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Dankert von der Fraktion der SPD.

Reinhard Dankert, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Frau Borchardt, ich gebe zu, dass ich wahrscheinlich unter den Sprechern hier derjenige mit der geringsten juristischen Vorbelastung bin, auch was die Zeit und dieses Thema anbelangt, aber im Lesen Ihres Antrages kam mir spontan folgende Regung: Was soll das? Nun habe ich inzwischen ja auch gelernt, dass es eine lange Diskussion ist, und zwar seit 1953, da war ich gerade erst zwei Jahre alt. Offensichtlich ist die Diskussion genauso grau wie mein Bart jetzt. Wir wollen aber versuchen, uns dieser Diskussion ernsthaft zu nähern. Frau Kuder hat dazu bereits eine ganze Menge gesagt.

In Ihrem Antrag wird behauptet, dass die Richter entgegen der Festlegungen im Grundgesetz noch nicht vollends unabhängig und nicht nur dem Gesetz unterworfen seien. Die hinter diesem Antrag stehende Diktion, dass die Justiz in Deutschland – und Sie sagten es – derzeit lediglich ein "Wurmfortsatz der Justizverwaltung" ist, ist nach meiner Meinung genauso unsachlich wie unzutreffend.

(Heinz Müller, SPD: Sehr richtig.)

Natürlich sind die Richter vor politischer Einflussnahme zu schützen und die Unabhängigkeit ist zu gewährleisten. Ihr Antrag suggeriert aber ein wenig das Gegenteil. Ich sage klar und deutlich: Die Justiz in Deutschland ist unabhängig, aber das war nicht immer und überall so. Die deutsche Justiz steht gut da, was Leistung und Qualität der Rechtsprechung anbelangt. Die Industrie und die Wirtschaft sehen die Justiz in der Bundesrepublik als einen wichtigen Standortfaktor.

Grundsätzlich kann man dem Gedanken der Selbstverwaltung positiv entgegenstehen. Aber warum fielen mir denn bei dem Thema gleich die Kassenärztliche Vereinigung oder die IHK ein? Alles selbstverwaltete Systeme, die durchaus mit Schwierigkeiten kämpfen, wo man gewisse Prozesse auch hinterfragen kann, insbesondere bei den Budgets bei der Kassenärztlichen Vereinigung. Welche Berufsgruppe überwiegt da, welche nicht? Wer kämpft da gegen wen? Ich sage ja nur, was mir eingefallen ist. Ich will keinem zu nahe treten, aber das sind Gedanken, die mir gleich durch den Kopf gingen.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Aber eine richtige Gewaltenteilung ist es nicht.)

Wichtig ist, dass die Justiz Recht spricht, dass sie die Freiheit hat, Recht zu sprechen, dass sie sich um die Menschen kümmert, die vor Gericht Recht suchen.

Auch auf die ganzen Probleme, die dann entstehen würden, wenn sie sich selbst verwalten, ist Frau Ministerin Kuder eingegangen. Ich möchte jedoch noch einige Fragen hinzufügen: Wie werden die Budgetverantwortungen aufgeteilt werden? Wer würde für die Gerichtsbarkeit zielübergreifende Entscheidungen treffen?

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Wie würden Belastungsunterschiede bei den Gerichtsbarkeiten ausgeglichen und so weiter und so fort?

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Dann kommt noch hinzu, dass Sie möchten, dass die Staatsanwälte in die Justizverwaltung einzubeziehen sind. Gerade die unterschiedliche und besondere Stellung dieser beiden Behörden würde dann in einer zusammengeführt werden. Das ist für mich sehr schwer nachzuvollziehen, das sage ich ganz offen.

Selbstverwaltung ist eben kein Selbstzweck, bei allen Bemühungen um eine bessere Struktur und Qualitätsverbesserung in der Justiz – die Ministerin hat ja gesagt, was getan wird –, es stehen in erster Linie, und das sagte ich vorhin schon mal kurz, die Rechtsuchenden im Mittelpunkt. Eine ergebnisoffene Prüfung ist gerade daher nicht zu befürworten. Auch dem Hinweis, dass sich fast im gesamten europäischen Ausland die Justiz selber verwaltet, ist mit Skepsis zu begegnen. Eine unkritische Übernahme ausländischer Modelle verbietet sich.

Machen die Selbstverwaltungsstrukturen, die Sie andenken, die Justiz tatsächlich unabhängiger und für den Bürger qualitativ besser, schneller und effektiver? Ein Blick auf die in der Diskussion genannten vermeintlichen Vorbilder Italien und Spanien lässt deutlich Zweifel aufkommen. Den vorliegenden Antrag lehnt die SPD-Fraktion ab.

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Dankert.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Leonhard von der Fraktion der FDP.

Gino Leonhard, FDP: Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich will zunächst einmal feststellen, was unser Grundgesetz aussagt, nämlich: "Die Richter sind unabhängig und nur dem Gesetze unterworfen."

(Toralf Schnur, FDP: Ja.)

Um das noch mal festzustellen, dies besagt Artikel 97 Absatz 1 des Grundgesetzes. Diesem Artikel soll, meine Damen und Herren, laut Antrag der Fraktion DIE LINKE noch nicht vollends Rechnung getragen worden sein hier in unserem Land Mecklenburg-Vorpommern. Oder wie es Frau Borchardt eben über die Presse hat verlauten lassen: Die Justiz sei derzeit nur ein – Zitat – "Wurmfortsatz der Justizverwaltung".

Es ist schon sehr gewöhnungsbedürftig, dass sich ausgerechnet die Fraktion DIE LINKE zum Anwalt des Rechtsstaates aufschwingen will.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Warum nicht?)

Ja, ich will auch sagen, warum: Mit dem Begriff "Wurmfortsatz", habe ich das Gefühl, liebe Kollegin Borchardt, diskreditieren Sie sich zumindest im Ansatz. Denn wer so spricht, unterstellt damit den Richterinnen und Richtern im Land,

(Toralf Schnur, FDP: Dass sie nicht unabhängig sind, genau.)

sie seien nur bessere Befehlsempfänger und könnten nicht nach Recht und Gesetz entscheiden.

(Toralf Schnur, FDP: Das ist traurig.)

Die Richterinnen und Richter werden damit abqualifiziert, als seien sie lediglich so etwas wie Werkzeuge der Justizverwaltung. Das ist, mit Verlaub gesagt,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

ich habe das gerade vom Kollegen Jäger auch gemerkt, eine Unverschämtheit gegenüber dieser Personengruppe, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU und FDP)

Ich stimme ausdrücklich noch mal dem Kollegen Dr. Jäger zu, der vor Kurzem Folgendes festgestellt hat:

Auf die Unabhängigkeit der Justiz können wir gerade im 20. Jahr der Deutschen Einheit sehr stolz sein. Sie sichert die Gewaltenteilung und schützt den Bürger auch hier in diesem Land Mecklenburg-Vorpommern, meine Damen und Herren.

Insoweit geht der Antrag der Fraktion DIE LINKE völlig am Thema vorbei. Deshalb wird meine Fraktion diesem Antrag hier heute seine Zustimmung auch nicht geben können. Es ist mehr als bedauerlich, meine Damen und Herren von der Fraktion DIE LINKE, dass man als Folge Ihrer Öffentlichkeitsarbeit zu dem Antrag dann zum Beispiel in der Presse Überschriften lesen muss wie "Vorstoß für unabhängige Richter".

Um es noch mal klar zu sagen: Die Richterinnen und Richter in diesem Land sind unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen. Wer mit diesem verunglückten Antrag einen anderen Eindruck erwecken will, liegt völlig falsch, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

Nach unserer Auffassung meinen Sie, das versuchen wir jetzt als Fraktion durchaus aufzunehmen,

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Ja, machen Sie mal!)

auch eher etwas anderes. Es geht im Grunde nämlich um mehr Selbstverwaltung im Bereich der Justiz und es geht Ihnen um ein eigenes Budgetrecht innerhalb der Justiz.

(Toralf Schnur, FDP: So ist es.)

So ist auch die Meinung des Richterbundes zu verstehen, der sich dazu ja öffentlich geäußert hat. Deren Forderung ist insofern auch nicht neu, meine Damen und Herren. Ob sich mehr Selbstverwaltung und gegebenenfalls ein eigenes Budgetrecht der Justiz mit der Aufgabe der Justizverwaltung, die Richter vor politischer Einflussnahme zu schützen und die Unabhängigkeit der sogenannten dritten Gewalt zu gewährleisten, vereinbaren lassen, vermag ich und auch meine Fraktion momentan abschließend nicht zu beurteilen.

(Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

Einer ergebnisoffenen Diskussion im Ausschuss würden wir uns aber nicht verweigern, aber die Gründe dafür und dagegen wollen wir gerne erörtern, allerdings – und um das noch mal ganz klar für meine Fraktion zu sagen – nicht unter der Überschrift "Unabhängigkeit der Justiz", meine Damen und Herren. Wer auch nur ansatzweise den Eindruck erweckt, die Justiz sei nicht unabhängig, hat das Thema bereits verfehlt.

Außerdem, meine Damen und Herren, wenn wir über ein etwaiges Budgetrecht der Justiz beraten, dann beraten wir als Landespolitiker auch über die Effizienz der Justiz und über die Frage nach etwaigen Kosteneinsparungen für das Land. Auch dieses Thema muss dann zwangsläufig ergebnisoffen diskutiert werden. Diesem Antrag, so, wie er heute hier vorliegt, werden wir nicht zustimmen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der CDU und FDP)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Leonhard.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Dr. Jäger von der Fraktion der CDU.

Dr. Armin Jäger, CDU: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen!

Frau Borchardt, es ist gut, dass etwas Zeit vergangen ist zwischen dem,

(Toralf Schnur, FDP: Ja.)

was Sie hier gesagt haben, und dem, was ich jetzt sagen will. Ich hatte somit Gelegenheit, mich etwas mehr abzuregen. Das sage ich Ihnen als einer, der Richter war. Sie haben ganz offenbar nicht begriffen, welch hohes Gut die Unabhängigkeit eines Richters ist, wenn Sie behaupten, und ich sage jetzt, wirklich der Wahrheit zuwider behaupten, dass die Unabhängigkeit der Richter in der Bundesrepublik Deutschland und in Mecklenburg-Vorpommern noch nicht vollends umgesetzt sei.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der CDU und FDP – Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Richtig.)

Zumindest seit 1990 gibt es auch in unserem Land völlig unabhängige Richter, und zwar sachlich wie persönlich. Gott sei Dank!

> (Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der CDU und FDP – Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Was Sie hier tun, ist ein Spiel mit dem Feuer.

(Toralf Schnur, FDP: Das ist so, ja.)

Sie erwecken einen Eindruck, der einen ganzen Berufsstand in ein Licht stellt, als seien Richter nichts anderes als typische Karrieremenschen, die in die Justiz gehen und nur immer danach schielen, ob die Oberen auch zufrieden sind mit den Urteilen, die sie da fassen.

(Toralf Schnur, FDP: Tja!)

Liebe Frau Borchardt, ich habe als junger Richter nicht nach oben geschielt, sondern ich habe nach Recht und Gesetz und nach meinem Gewissen entschieden. Und das tun die Richter in diesem Lande auch.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU und FDP)

Ich will jetzt nicht den Artikel 97 zitieren oder unsere Landesverfassung, in der das alles steht, was auch einklagbar wäre, wenn nur jemand versuchen würde, in die Unabhängigkeit der Richter einzugreifen. Das ist, das sage ich hier, einer der wesentlichen Grundpfeiler unseres Rechtsstaates. Da kann man nicht einfach mal hergehen, weil es gerade so passt, und so tun und ein bisschen daherreden, sondern da muss man sich schon richtig informieren.

Meine Damen und Herren, kein Mensch von uns wird sagen, dass ein gutes System nicht verbesserungsfähig ist. Sicher muss sich auch die Justiz immer wieder fragen lassen, ob Strukturen – nicht die persönliche, die sachliche Unabhängigkeit des einzelnen Richters oder der Richter, Kollegialorgane, denn die sind nie infrage zu stellen – nicht Veränderungen bedürfen, um sich an veränderte Anforderungen anzupassen. Aber Strukturveränderungen stehen immer unter einem ganz besonderen Vorzeichen. Die Aufgabe der Justiz ist vordringlich die Rechtsprechung.

Wenn man also Strukturreformen vornehmen will, dann muss das einen Mehrwert haben für den rechtsuchenden Bürger. Das ist die Aufgabe der Justiz. Und das sage ich Ihnen: Bei dem von Ihnen noch nicht mal richtig dargestellten System einer selbstverwalteten Justiz ist das nicht erkennbar. Ich will das mal praktisch sagen: Wollen Sie wirklich, dass sich Richter statt mit den ihnen übertragenen Fällen in Rechtsstreitigkeiten mit Haushaltsunterlagen, mit der Erstellung von Haushaltsunterlagen, mit der Überwachung von Haushaltsausgaben, mit der Mittelbewirtschaftung und solchen Dingen befassen? Ich sage mal, ich bin nicht so sehr bescheiden, was die Fähigkeit von Richtern angeht, aber da liegt nicht unbedingt die Kernkompetenz von Juristen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Das kann man vermuten, ja.)

Die Lateiner haben gesagt: "ludex non calculat". Ich sage ganz einfach, das stimmt zwar nicht, denn Richter können auch rechnen.

(Heinz Müller, SPD: Ah ja?!)

Ja, Fristen zum Beispiel, die muss man nämlich können. So habe ich das mal gelernt.

> (Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das macht doch der Sachbearbeiter, oder was?! Das dachte ich immer.)

Richtig, genau. Aber das ist doch sicher so, wer sagt, wir wollen den Richtern die Verwaltungsaufgaben übertragen, der muss fragen: Wo bleibt dann die Hauptkompetenz? Wann und in welchen Zeitabständen werden Entscheidungen getroffen? Wir beklagen uns schon manchmal, wenn manche Verfahren länger dauern.

Meine Damen und Herren, ich glaube einfach nicht daran, dass das Übertragen von Verwaltungsaufgaben unsere Justiz verbessert, es behindert sie im Grunde. Es ist die vornehme Aufgabe eines Justizministers oder einer Justizministerin, eines Justizministeriums, dafür zu sorgen, dass die sächlichen Ausgaben getätigt werden können, dass die personellen Voraussetzungen geschaffen werden müssen. Frau Ministerin Kuder hat, und das nicht mit einer Träne im Auge, aber doch mit sehr viel Überzeugung, sagen können, dass es manchmal gar nicht so einfach ist, im Konzert der Ressorts auch wirklich die Interessen der Justiz durchzusetzen. Wer soll das bitte tun, wenn Sie die Gerichte in die Fachgerichtsbarkeiten zersplittern und jeder dann hier seine einzelne Forderung stellt?

Also "divide et impera" ist ein wunderschöner Grundsatz. Wenn man die Gerichte schwächen will, dann muss man sie aufteilen, da muss man den Richtern Aufgaben zuweisen, die sie nicht so gut können. Das wollen Sie nicht, das weiß ich, aber ich warne davor, dass man solche Dinge macht.

Der Ansatz, über den wir reden werden, ist folgender: Wie kommt es zur Bestellung von Richtern? Wie kommt es dazu, dass Richter in andere Funktionen gelangen? Auch da sieht die Verfassung richtig verbindliche Dinge vor. Anders als jeder andere Berufsstand kann man einen Richter – und das weiß einer, der dieses Amt bekommt – nicht gegen seinen Willen versetzen, weil er ja unabhängig ist. Bei dem, was Sie gesagt haben, dass die Gefahr besteht, dass ein Richter Angst oder Bedenken hat, wenn ich jetzt so entscheide, dann sind mir alle böse und versetzen mich, das geht nicht. Gott sei Dank! Das ist aber nicht der Punkt. Ich sage ...

(Irene Müller, DIE LINKE: Das hat Frau Borchardt nicht gesagt.) Nein, nein, nein. Sie hat aber gesagt, dass der Richter nach oben schielt. Sie haben das so gesagt, da bin ich eben fast an die Decke gegangen. Sie sehen unsere Richter, was ihr eigenes Selbstverständnis angeht, völlig falsch. Sie sollten mal mit ein paar Richtern reden.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Dann hätten Sie mir mal besser zuhören sollen!)

Aber wenn Sie darauf abzielen, was in unserer Verfassung ja als Möglichkeit vorgesehen ist, Richterwahlausschüsse einzurichten, dazu sage ich Ihnen als ehemaliger Richter auch eins: Ich bin nicht so sehr davon überzeugt, dass eine Besetzung eines Richterwahlausschusses, wie das unsere Verfassung mit zwei Dritteln von Abgeordneten als Möglichkeit vorsieht, nun besonders die Richtigkeitsgewähr dafür hat, dass in der Fachgerichtsbarkeit die richtige Person ausgesucht ist.

Meine Damen und Herren, wer das will, wer in die Richtung geht, der muss sich fragen lassen, ob die Unabhängigkeit der Richter zu einer politischen Abhängigkeit ausgetauscht werden soll.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Die besteht doch.)

Das möchte ich auf gar keinen Fall. Was ich aber für vernünftig halte, ist, dass wir, da die Personalentscheidung an einem ehernen Grundsatz ausgerichtet ist, für jeden, der ein öffentliches Amt erstrebt, nach dem Artikel 33 Absatz 2 gehen. Da entscheidet ausschließlich eine Bestenauslese, wer sich am besten für das Amt eignet. Da gibt es keine parteipolitischen Abhebungsmöglichkeiten, sondern dort ist objektiv die Eignung festzustellen mit dem dafür erforderlichen Beurteilungsspielraum, wie wir alle wissen.

Eine autonome Justiz mit Selbstverwaltung halte ich für eine Schwächung der Justiz. Ich will mich auf einen, der da unverdächtig ist, berufen und darf zitieren. Der gerade in den Ruhestand verabschiedete Präsident des Oberlandesgerichts Braunschweig Edgar Isermann hat gerade zu diesen Überlegungen, die es, wie Sie richtig ausgeführt haben, ja gibt, gesagt: "Aus der Violinenstimme der Justiz droht im Konzert der Ressorts eine Triangel zu werden, wenn eine sich selbst verwaltende Justiz gegen die Posaunen" – zum Beispiel, Entschuldigung – "des Sozialressorts und die Pauken der Bildung bei Haushaltsberatungen anklingen soll."

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Wir wollen nicht, dass unsere Justiz auch im Konzert untergebuttert wird.

(Irene Müller, DIE LINKE: Ein Glück, dass wir nicht mit Juristensprache groß geworden sind.)

Nein, es geht nicht um Juristen, sondern es geht um praktische Überlegungen, Frau Müller. Wie schaffen wir es, eine möglichst hochgradige Unabhängigkeit der Justiz insgesamt unter Beachtung des Grundsatzes, dass alle Richter in ihrer Amtsausübung völlig unabhängig sind, zu gewährleisten?

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

Worüber wir reden werden, und das werden wir tun müssen, weil wir auch unser Richtergesetz novellieren müssen, ist, wie bei der Bestellung von Richtern der Berufsstand mitwirkt. Da gibt es verschiedene Möglichkeiten und darüber werden wir gerne reden. Das aber bringt Ihr Antrag gar nicht, weil der eigentlich aus meiner Sicht nicht die Rechtsprechung voranbringt, sondern ein Prinzip zu Tode reitet. Und dafür ist mir die Justiz zu schade. Wir werden Ihren Antrag ablehnen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Dr. Jäger.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Andrejewski von der Fraktion der NPD.

Michael Andrejewski, NPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Also mir haben die Schlagzeilen gefallen, die DIE LINKE da herbeigeführt hat. Unabhängige Justiz herstellen, das ist Wasser auf unsere Mühlen, das war eine gute Aktion. Vielen Dank, Frau Borchardt!

Ich muss Sie aber trotzdem ein klein wenig kritisieren. Es ist bezeichnend, dass DIE LINKE nur die mangelnde Unabhängigkeit der Justiz von der Exekutive anspricht, aber die mangelnde Unabhängigkeit von den Parteien lieber nicht erwähnt, denn am Parteibuchschacher um Richterstellen beteiligt sie sich auch gern, wie der Kuhhandel um die Position der Landesverfassungsrichter gezeigt hat. Da haben Sie auch gerne zugegriffen.

Wie unabhängig von der Partei ist ein Richter, der durch sein Parteibuch Karriere macht? Wie unabhängig ist eine Justiz, die von Parteibuchagenden durchsetzt ist? Warum gilt der Grundsatz der Befangenheit eigentlich nur für Verwandtschaft, nicht aber für Parteibücher? Ist der Richter der Bruder meines Prozessgegners,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

kann ich ihn wegen Befangenheit ablehnen? Die Prozessordnungen gehen zu Recht davon aus, dass es psychologisch unmöglich ist, wirklich innerlich unparteisch zu sein, selbst wenn man es versucht, wenn einer der Prozessbeteiligten ein Verwandter ist, auch wenn der betreffende Richter noch so sehr seine Neutralität beteuert. Aber gleichzeitig soll es kein Problem sein, wenn etwa ein SPD-Mitglied völlig neutral und unparteijsch bleiben will, wenn es vor einem Verwaltungsgericht um eine Klage der NPD geht, zum Beispiel.

Stellen wir uns mal den Ministerpräsidenten Sellering vor in seiner Rolle als Verwaltungsrichter, das war er ja früher, und er hätte über die NPD zu entscheiden, über eine Klage der NPD. Er hasst die NPD tödlich, würde sie am liebsten verbieten und plattmachen, aber innerlich ist er natürlich völlig unparteilisch, hält sich nur ans Gesetz.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist ein guter Demokrat. Das ist ein guter Demokrat.)

Das alles hat überhaupt keinen Einfluss auf ihn.

(Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE)

Wenn er das hinbekäme, psychologisch,

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

warum gibt es dann überhaupt noch die Rechtsfigur der Befangenheit, warum traut man ihm nicht zu, gegen seinen eigenen Bruder zum Beispiel, wenn er einen hätte, zu entscheiden? Warum dieses Zwiedenken?

Warum lässt man in einem anderen Bereich den Trainer von Bayern München nicht als Schiedsrichter das entscheidende Meisterschaftsspiel gegen den HSV, sagen wir mal, pfeifen?

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Oh, das sind aber sehr platte Vergleiche, platte Vergleiche! – Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Antwort aus der Praxis: weil es sofort einen Aufstand gäbe. So etwas einzuführen, würde keiner wagen. In der Welt des Fußballs wird der Schwachsinn dieser Vorstellung, ein parteilscher Richter könnte unparteilsche Entscheidungen auch gegen seine Partei treffen, sofort offenbar. Diese Welt des Fußballs ist eben noch relativ volksnah,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

die Regeln sind einfach, das Geschehen leicht zu überblicken. Aber die Welt des Gerichtssaals hingegen nebelt sich ein mit Tausenden komplizierten Vorschriften und jeder Menge Brimborium. Für den Bürger ist all dies so unverständlich, dass man eine Menge Unsinn vor ihm verbergen kann, der ihm beim Fußball sofort auffallen würde. Der Parteibuchrichter kann nicht unparteiisch urteilen. Die Robe ist auch kein Zaubermantel, der dies ermöglicht.

Die Lebenslüge des Parteiensystems besteht darin, dass man überallhin Parteibuchträger setzen will

(Zurufe von Dr. Norbert Nieszery, SPD, und Peter Ritter, DIE LINKE)

und trotzdem alle unparteiisch bleiben – Polizei, Behörden, Justiz und der ganze Staat. Da war die SED ehrlicher. Richter hatten einen klaren, parteiischen Klassenstandpunkt einzunehmen, was viele dann allerdings nicht daran hinderte, in den BRD-Staatsdienst einzutreten, wo sie jetzt aber über ihre Parteilichkeit nicht mehr laut sprechen dürfen, welche Parteibücher sie auch immer haben mögen jetzt. DIE LINKE sitzt im Augenblick nicht in der Exekutive, also kostet es sie gar nichts, deren Einfluss auf die Justiz zu beklagen.

(Heinz Müller, SPD: Ach ja!)

Aber zur Parteibuchjustiz sagt sie vorsichtshalber lieber nichts, denn in dieses Geschäft ist sie selber eingestiegen, und deswegen lehnen wir diesen Antrag ab.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Vizepräsident Hans Kreher: Das Wort hat jetzt noch einmal die Abgeordnete Frau Borchardt von der Fraktion DIE LINKE.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Barbara Borchardt, DIE LINKE: Sie haben zwar vorhin eine gute Rede gehalten, aber deswegen werde ich nicht den Antrag zurückziehen, oder wir. So geht das nicht.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist schon sehr interessant, hier die Debatte zu verfolgen. Und da Sie mit ein paar Zitaten gekommen sind, werde ich Ihnen jetzt mal eins vorlesen von einem Verfassungsrichter, Präsident des Verfassungsgerichtes des Landes Brandenburg, Präsident des Brandenburgischen Oberlandesgerichts, Dr. Peter Macke. Er schrieb, ich zitiere:

"Die Geschichte der Dritten Gewalt in Deutschland ist eine Geschichte der Demütigungen von Anfang an. Man kann auch sagen: Eine Geschichte der Dritten Gewalt als eigenständige Staatsgewalt gibt es in Deutschland fast gar nicht. Es hat nie einen realistischen Versuch gegeben, die Justiz entsprechend der mit der Gewaltenteilungslehre naturgemäß verbundenen Vorstellung eines Nebeneinanders der Staatsgewalten auf eigene Füße zu stellen. Sie ist organisatorisch stets von der Exekutive abhängig und ihr über den Justizminister, seinerseits Teil der Exekutive, verbunden geblieben. Die Rolle des Justizministers ist dabei nie wirklich hinterfragt worden." Zitatende.

Selbstverständlich war abzusehen, in welche Richtung heute die Debatte geht. Ich will aber auf einige Argumente eingehen. Sie haben etwas gesagt, was die Finanzen, die Aushandlung des Haushaltes betrifft. Da kann ich Ihnen nur entgegenhalten: Ich glaube, wir, die demokratischen Fraktionen, haben hier gemeinsam dafür Sorge getragen, dass das Landesverfassungsgericht einen eigenen Haushalt hat, den es mit dem Europaund Rechtsausschuss aushandelt. Das Gegenargument zu Ihrem Argument ist, Frau Ministerin Kuder ist Mitglied des Kabinetts und der Kabinettsdisziplin selbstverständlich unterstellt.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Sie und alle gehen davon aus, und das wissen wir aus unserer eigenen Regierungsbeteiligung selbstverständlich auch, es gibt pauschale Kürzungen innerhalb des Haushaltes, und die werden in der Budgetierung auf alle Ministerien übertragen. Das hat die Haushaltsdebatte auch in 2010/2011 gezeigt.

(Vincent Kokert, CDU: Was hat das mit Unabhängigkeit der Richter zu tun?)

Natürlich geht es in diesem Zusammenhang um das Personalkonzept. Die Personalkürzungen ohne Stellenbeschreibung, ohne Stellenkritik treffen auch das Justizministerium.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Wir gehen davon aus, wir haben da einen ganz anderen Ansatz, dass, wenn wir gemeinsam – Sie haben es hier ja auch so gesagt –, wenn uns die Justiz so viel wert ist

(Zuruf von Michael Roolf, FDP)

und sie in ihrer Selbstverwaltung und in ihren eigenen Auseinandersetzungen einen Haushalt vorlegen, wir ihn dann nur noch in Einzelfragen ablehnen werden. So viel Verantwortung gebe ich den Richtern und Richterinnen und den Staatsanwälten in die Hand, weil das auch etwas damit zu tun hat, dass man sich um die eigenen Belange kümmert. Wir können doch nicht auf der einen Seite die Vorteile der Hochschulautonomie hervorheben, die sich genau um ihre eigenen Belange kümmern, und auf der anderen Seite einer anderen Berufsgruppe dieses Recht und auch ihre Zuständigkeit absprechen.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Da sage ich Ihnen, da stimmt dann irgendwo Ihr eigenes Selbstverständnis nicht.

(Ilka Lochner-Borst, CDU: Das sagt doch niemand. – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Und dann schauen wir doch mal an, wie die Debatte in der Bundesrepublik Deutschland läuft.

(Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Ich hatte zumindest erwartet, und so viel von den demokratischen Fraktionen, dass wir uns der Sache an sich im Ausschuss stellen und gemeinsam mit dem Richterbund, mit der neuen Richtervereinigung und mit dem Bereich ver.di, die dafür zuständig sind, die Diskussion führen und fragen: Was können wir in unserem Land diesbezüglich verbessern und wie insbesondere auch die Unabhängigkeit der Justiz stärken?

Sie werfen mir nun das Wort "Unabhängigkeit" vor. Nun werde ich Ihnen sagen, und Sie wissen ja alle, dass wir in den EU-Strukturen nun nicht vertreten sind: Der Beirat der europäischen Richter, den Sie sicherlich kennen, spricht genau von dieser Thematik, Unabhängigkeit der Justiz.

(Vincent Kokert, CDU: Schreien Sie doch nicht so!)

und da weiß ich nicht, warum Sie uns hier in irgendeiner Weise damit etwas unterstellen wollen, was überhaupt nicht gesagt wird.

> (Dr. Armin Jäger, CDU: Wer die Justiz als Wurmfortsatz darstellt, hat keine Ahnung. Gehen Sie in sich, Frau Kollegin!)

Die Debatte geht um die Unabhängigkeit der Gerichte, der Richterinnen und Richter. Und der "Wurmfortsatz", das habe ich Ihnen versucht vorhin zu sagen, ist genau dargestellt,

(Vincent Kokert, CDU: Die Gralshüterin der unabhängigen Gerichte, das ist ein Lacher!)

sowohl bei den Richterverbänden als auch bei ver.di. Das könnte ich Ihnen auch als Zitat vorsetzen.

(Vincent Kokert, CDU: Bitte nicht!)

Die Richterinnen und Richter, die Verbände sehen sich selber als "Wurmfortsatz", weil sie nicht selbstständig entscheiden können, weil man ihnen das abspricht. Und bitte schön reden Sie mit dem Richterbund, der ja nun wirklich nicht in irgendeiner Weise mit uns, also politisch, in unsere Richtung gebracht werden kann.

Ich will Ihnen auch noch mal sagen, dass wir im Grunde genommen wirklich darüber nachgedacht haben, dass wir uns fraktionsübergreifend dieser Debatte stellen sollten, weil sie schon so lange geht, weil sie in den Verbänden in Mecklenburg-Vorpommern offensiv diskutiert wird. Und dass Sie sich da verschließen, das zeugt davon, dass Sie in keiner Weise über Alternativen beziehungsweise über Erneuerung irgendwie mal nachdenken wollen.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Im Grunde genommen zeigen Sie, dass es teilweise keinen Sinn hat, über Neuerungen innerhalb des Landes Mecklenburg-Vorpommern, das heißt, die demokratischen Strukturen zu verändern, überhaupt nachzudenken.

(Heinz Müller, SPD: So ein Quatsch.)

Wir werden aber keine Ruhe geben und Sie immer und immer wieder damit konfrontieren und damit werden wir und andere Sie auch nicht alleine lassen. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsident Hans Kreher: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3185. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke. Enthaltun-

gen? – Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3185 bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE, aber Ablehnung der Fraktion der SPD, der CDU, der FDP und der NPD abgelehnt.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Schluss der heutigen Tagesordnung. Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages für Mittwoch, den 10. März 2010, 10.00 Uhr ein. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 21.07 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Wolfgang Griese, Dr. Klaus-Michael Körner, Gabriele Měšťan, Angelika Peters, Heike Polzin und Dr. Henning von Storch.

Namentliche Abstimmung

über den Antrag der Fraktion DIE LINKE Kreisgebietsreform verschieben und 2014 mit den Kommunalwahlen umsetzen

- Drucksache 5/3180 -

Jastimmen		Dankert, Reinhard	
		Heydorn, Jörg	
DIE LINKE		Müller, Detlef	
		Müller, Heinz	
	Bluhm, Andreas	Dr. Nieszery, Norbert	
	Holter, Helmut	Dr. Ringstorff, Harald	
	Koplin, Torsten	Schildt, Ute	
	Dr. Linke, Marianne	Schulte, Jochen	
	Lück, Regine	Schwarz, Thomas	
	Dr. Methling, Wolfgang	Dr. Seemann, Margret	
	Müller, Irene	Sellering, Erwin	
	Ritter, Peter	Tegtmeier, Martina	
	Schwebs, Birgit	Dr. Timm, Gottfried	
	Dr. Tack, Fritz		
		CDU	
FDP			
		Dr. Born, Ulrich	
	Grabow, Ralf	Caffier, Lorenz	
	Kreher, Hans	Glawe, Harry	
	Leonhard, Gino	Holznagel, Renate	
	Ratjen, Sebastian	Dr. Jäger, Armin	
	Reese, Sigrun	Kokert, Vincent	
	Roolf, Michael	Lochner-Borst, Ilka	
	Schnur, Toralf	Löttge, Mathias	
		Renz, Torsten	
NPD		Ringguth, Wolf-Dieter	
		Schlupp, Beate	
	Andrejewski, Michael	Seidel, Jürgen	
	Köster, Stefan	Specht, André	
	Lüssow, Birger	Stein, Peter	
	Müller, Tino	Vierkant, Jörg	
	Pastörs, Udo	Waldmüller, Wolfgang	
Neinstimmen			
SPD		Endgültiges Ergebnis:	
	Dr. Backhaus, Till	Abgegebene Stimmen	56
	Baunach, Norbert	Gültige Stimmen	56
	Borchert, Rudolf	Jastimmen	22
	Bretschneider, Sylvia	Neinstimmen	34
	Brodkorb, Mathias	Enthaltungen	–